Dienstag, 14. Oktober 1986 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion - Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 239 - 42.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 850 TL.

Rückschlag von Reykjavik soll keine Eiszeit einleiten

Großmächte: Genfer Verhandlungen gehen weiter / Geteiltes Echo in Bonn

DW. **Bonn**

Das Stimmungstief nach dem enttäuschend verlaufenen „Vorgipfel" von Island ist nicht von Dauer. Beide Seiten bekräftigten gestern ihren Willen, die Genfer Abrüstungsverhandlungen fortzusetzen, dort von den in Reykjavik erzielten Annäherungen auszugehen und die Möglichkeit eines weiteren Gipfels in Washington im Auge zu behalten.

US-Außenminister Shultz versicherte, die USA kehrten mit „konstruktivem Geist" nach Genf zurück. Dort könne man fortfahren, wo man in Reykjavik aufgehört habe. Gorbatschow sagte, er bleibe „optimistisch" und von einem Gipfel in Washington sei man „nicht weiter entfernt als vor Reykjavik".

Außenminister Genscher sagte, es bedürfe nun „sehr viel Staatskunst und sehr viel Verantwortung", um einen „möglicherweise für lange Zeit unaufholbaren" Rückschlag in den Ost-West-Beziehungen zu vermeiden.

Bundespräsident Richard von Weizsäcker äußerte sich bei einem Staatsbankett in Budapest „tief enttäuscht" über den Gipfel. „Aber wir dürfen und werden die Hoffnung nicht aufgeben", zu Fortschritten in der Abrüstung zu kommen. Der außenpolitische Berater von Bundeskanzler Kohl, Horst Teltschik, meinte, es sei verfrüht, von einem Scheitern des Gipfeltreffens zu sprechen.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel meinte, „der Präsident der USA hat damit eine schwere Verantwortung auf sich geladen".

Vor seinem Abflug hatte Gorbatschow auf einer Pressekonferenz seine Verhandlungsführung mit Reagan dargestellt. Er habe die Vernichtung aller Mittelstreckenwaffen in Europa vorgeschlagen. Die französischen und britischen Mittelstreckenwaffen sollten dabei ausgeklammert bleiben. Die Zahl der Sprengköpfe bei den in Asien und auf amerikanischem Gebiet verbleibenden Mittelstreckenraketen hätte auf 100 begrenzt werden sollen. Außerdem sei er Moskau zu einer Halbierung des strategischen Raketenarsenals bereit gewesen. Über diese Punkte sei man sich praktisch schon einig gewesen. Im Bereich der Kurzstreckenraketen habe er ein Einfrieren dieser Potentiale und anschließende Verhandlungen angeboten. Reagan habe die „historische Chance" für eine weitgehende Abrüstung durch sein Beharren auf dem SDI-Projekt scheitern lassen.

SEITEN 2 UND 3:
Weitere Beiträge

Reagan seinerseits teilte auf einer kurzen Erklärung vor seinem Abflug mit, er habe Gorbatschow angeboten, die Stationierung von SDI um zehn Jahre hinauszuschieben, falls sich die Sowjetunion mit der vollständigen Abschaffung aller Atomraketen einverstanden erkläre. Gorbatschow aber habe verlangt, daß die USA ihre SDI-Forschung auf das Labor beschränkten. „Das können und wollen wir nicht", erklärte er. Damit habe Gorbatschow das „weitreichendste Rüstungskontrollangebot in der Geschichte" abgelehnt.

Reagan kündigte an, in einer Fernsehansprache (heute um 2.00 Uhr nachts MEZ) zum Gipfel von Reykjavik Stellung zu nehmen.

DER KOMMENTAR

Gipfel-Folgen

HERBERT KREMP

Gipfelkonferenzen der Großen, die nicht zu „Durchbrüchen" führen, haben einen großen Nachteil: Sie berühren die Innenpolitik in westlichen Ländern weit mehr als in östlichen. Reykjavik endete ohne Ausgang infolge der sowjetischen Entschlossenheit, das amerikanische Projekt der Raketenabwehr (SDI) praktisch aus der Welt zu schaffen. Reagan ließ sich nicht auf den Laborkasten beschränken. Jetzt wird ihm die Rechtfertigung für das Ende vorschneller Hoffnungen auferlegt.

Warum gab er nicht nach, fragt ihn der Rest der Welt? Die deutsche Opposition spricht von einem „schwarzen Sonntag für die Menschheit". Die Bundesregierung erklärt, die Verhandlungen würden weitergehen (Kanzleramt), die Staatskunst müsse nun Rückschläge vermeiden (Auswärtiges Amt). SDI, um das es geht, ist in der westlichen Welt, auch in der deutschen, ein heikles Thema. Am Projekt der Raketenabwehr scheiden sich seit Jahren die Geister. Die Diskussion wird sich in den Maßen des Wahlkampfes vergröbern. Gegen Hoffnungen (besonders enttäuschte) sind Argumente nicht mächtig. In Reykjavik (besonders bei der Vorbereitung) gab es Aussichten auf Rüstungsbegrenzungen. Sie hätten die Kosten in Ost und West gesenkt, aber nicht die Gefahren beseitigt: Für Krieg wären auch dann noch genug Waffen übriggeblieben.

Reagan will mehr, er will eine Revolution: Defensivwaffen (SDI) sollen die Offensivwaffen ersetzen, nicht nur vermindern. Diese strategische Revolution kann Gorbatschow nicht mitvollziehen. Militär, Politbüro und er selbst betrachten diese Revolution als eine Form der Entwaffnung.

Man könnte fragen, ob Gorbatschow SDI nur zum Vorwand nahm, um seine Raketen (das einzige, wovon die Sowjetunion genug hat) behalten zu können. In der Innenpolitik stellen Opposition und Regierung diese berechtigte Frage nicht. Angesichts der „enttäuschten Hoffnungen" wird der Bürger von den Politikern in nächster Zeit nur halbe oder emotionelle Antworten vernehmen.

exklusiv in der WELT



Die tödliche Fehlkalkulation des MfS

Der einstige Doppelagent Werner Stiller deckt im heutigen Teil der WELT-Serie einen Fehlschlag des „DDR"-Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) auf: Die fließend spanisch sprechende Studentin Tamara Bunke sollte auf Wunsch Moskaus als Einfluß-Agentin den revolutinären Eifer „Che" Guevaras in Südamerika bremsen; denn die Sowjets befürchteten *Gegenmaßnahmen der Amerikaner. Es war eine tödliche* Fehlkalkulation: Tamara Bunke versagte. Sie erlag „Ches" revolutionärem Kampfgeist. Zusammen mit ihm wurde sie von bolivianischen Soldaten erschossen. Seite 8

Heute in der WELT

Neuer Service: Hochschul-WELT

Wo kann der Chemie-Student ein Jahr früher *als* im *Bundes*schnitt das Diplom erwerben? Wie kommt man zu einem Praktikanten-Platz in den USA? Die Hochschul-WELT, eine neue Serviceseite, die künftig jeden Dienstag erscheint, beantwortet diese Fragen. Außerdem ständige Rubrigen: Tauschmarkt für Studienplätze und Praktikantenbörse. Seite 10

POLITIK

Flucht: Vier Männer aus der „*DDR*" und 20 Polen sind am Wochenende nach Bayern geflüchtet. Nach Polizeiangaben waren zwei der „DDR"-Bewohner über die CSSR, die beiden anderen direkt aus Mitteldeutschland geflohen. Die Polen setzten sich von einer Reisegruppe in München ab.

Verknüpft: Eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung zwischen der Sowjetunion und Polen steht im Mittelpunkt der Gespräche, die Ministerpräsident Ryschkow in Warschau führt. So will sich Moskau an Investitionen beteiligen, die Polen aus Devisenmangel nicht geschafft hat.

Kinnock: Der britische Oppositionsführer besucht heute und morgen Berlin. Geplant sind ein Treffen mit dem Regierenden Bürgermeister Diepgen und ein Gespräch mit Vertretern der oppositionellen SPD. Außerdem will Kinnock eine britische Militäreinheit bei Übungen beobachten.

Golfkrieg: Iran hat gestern die irakische Millionenstadt Basra am Schatt el Arab unter Beschuß genommen. Die militärische Pressestelle in Teheran sprach vom Beginn eines zweitägigen Bombardements wirtschaftlicher und militärischer Ziele zur Vergeltung irakischer Luftangriffe.

WIRTSCHAFT

WELT-Report: Mauritius, die Tropeninsel im Indischen Ozean, wirbt um mehr deutsche Touristen, aber auch um Unternehmer in der Bundesrepublik Deutschland, die der einheimischen Wirtschaft mit Investitionen helfen und Unterstützung geben sollen. In einem mehrseitigen Report stellt die WELT dieses kleinste afrikanische Land vor.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte begannen die Woche schwächer. Am Rentenmarkt drückten umfangreiche Abgaben aus der Londoner City. WELT-Aktienindex 270,31 (272,30). BHF-Rentenindex 106,607 (106,769). BHF-Performance-Index 107,017 (107,149). Dollarmittelkurs 1,9813 (2,0036) Mark. Goldpreis je Feinunze 432,60 (430,75) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964 = 100
280
270
260
30. 1. 2. 3. 6. 7. 8. 9. 10. 13.
September/Oktober '86
DIE WELT

KULTUR

Cinecittà: Fellini beginnt hier jetzt mit den Dreharbeiten zu „Das Interview", Johannes Schaaf produzierte vergangenes Jahr in der römischen Filmstadt den Streifen „Momo". Cinecittà, 50 Jahre alt, lebt wieder. (S. 27)

Istvan Eörsi: Von den Schwierigkeiten des Literaten in Ungarn spricht der Dramatiker in einem Interview des jugoslawischen Magazins „Danas". Eörsi hält sich derzeit als Besucher und Stipendiat in West-Berlin auf. (S. 26)

SPORT

Fußball: Das Länderspiel zwischen Deutschland und Spanien morgen in Hannover wird von 20.15 Uhr an live im Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) übertragen. Das bestätigte gestern der Deutsche Fußball-Bund. (S. 11)

Motorsport: Nach dem Sieg des Österreichers Gerhard Berger beim Formel-1-Rennen in Mexiko-City ist die WM noch nicht entschieden. Die Entscheidung zwischen Mansell, Piquet und Prost fällt im letzten Rennen. (S. 11)

AUS ALLER WELT

Schreber: Die alte Idee des Leipziger Arztes, an den Stadträndern Nutz- und Erholungsgärten zu schaffen, wird immer beliebter. Nicht der ökonomische Nutzeffekt, die Erholung steht im Vordergrund: Lebensfreude. (S. 28)

Rehabilitation: Als „Alternative zur Kinderklinik" sowie zur Kinder- und Jugendpsychiatrie eröffnet das DRK Nordrhein in Bad Neuenahr eine Rehabilitationsklinik für Jugendliche mit chronischen Krankheiten. (S. 28)

Banken wollen NH am Leben erhalten

Treffen mit dem neuen Eigentümer Schiesser / Aufsichtsratsitzung in Hamburg

cd./DW. **Frankfurt/Bonn**

Die 13 größten Gläubigerbanken der Neuen Heimat, die wahrscheinlich schon vor Freitag mit dem Käufer des Konzerns, Horst Schiesser, zu einem ersten Gespräch zusammenkommen werden, in dem Schiesser den Kaufvertrag vorlegen und seine Vorstellungen über die weitere Finanzierung der Neuen Heimat vortragen will, gehen offenbar ohne einheitliches und klares Konzept in das Treffen. Dem Vernehmen nach ist es derzeit das Bemühen vor allem der Großgläubiger zu verhindern, daß nach der Royal Bank of Canada und dem Bankhaus Trinkaus & Burkhardt weitere Banken versuchen, durch Erwirkung von Arresten oder Kreditkündigung Sicherheiten oder Liquidität aus dem NH-Konzern herauszuziehen, für die schließlich die anderen Institute einspringen müßten, wenn ein Überleben der Neuen Heimat gesichert werden soll. Würden noch weitere Banken aus dem Kreis der stillhaltenden Gläubiger ausbrechen, drohe eine Lawine losgetreten zu werden, befürchtet man in Bankkreisen, unter der schließlich die Neue Heimat begraben würde und die auch den Banken größere Verluste einbringen würde. Noch sind die Banken bemüht, die Neue Heimat vorerst am Leben zu halten, weil sie wissen, daß sie beim Zusammenbruch des Konzerns mit Sicherheit Einbußen erleiden, die sich anderenfalls möglicherweise in engerem Rahmen halten lassen. Die Banken wollen aber die Gewerkschaftsholding BGAG nicht aus der Verantwortung lassen. In einigen Banken wird derzeit juristisch geprüft, inwieweit frühere Aussagen der BGAG zur Neuen Heimat als Patronatserklärungen angesehen werden können.

SEITE 4:
Vierspännig durch die Gesetze

Der Aufsichtsrat der NH wird heute in Hamburg zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenkommen. Auf der Tagesordnung steht unter anderem die Wahl eines neuen Vorsitzenden. Der neue Besitzer der NH, der Berliner Brotfabrikant Horst Schiesser, hat bereits angekündigt, daß er für den Vorsitz in diesem Gremium kandidiert. Aus welchen Personen sich die neue Anteilseignerseite im einzelnen zusammensetzen soll, war zunächst nicht zu erfahren. Die Aufsichtsratsmitglieder der Anteilseignerseite unter Vorsitz von DGB-Chef Ernst Breit waren zum 1. Oktober zurückgetreten.

Die nordrhein-westfälische Landesregierung ist zwar generell zu weiteren Gesprächen über die Zukunft der 43 000 Neuen-Heimat-Wohnungen an Rhein und Ruhr bereit, sieht für deren Erfolg nach dem Neue-Heimat-Verkauf aber grundlegend schlechtere Chancen. Städtebauminister Christoph Zöpel erklärte gestern in einer Sondersitzung des Landtages zur Neuen Heimat, die Gespräche könnten unter gewissen Bedingungen mit vom DGB-Vorsitzenden Ernst Breit benannten Personen wieder aufgenommen werden.

Anschlag in Bonn: Kabinett berät morgen Konsequenzen

Zimmermann erarbeitet Vorschläge / Zweiter RAF-Brief

GÜNTHER BADING, **Bonn**

Der Schwerpunkt bei der Bekämpfung des Terrorismus muß nach Ansicht von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in der Fahndung nach dem harten Kern der „Rote Armee Fraktion" (RAF) liegen. Ein totaler Schutz der gefährdeten Personen sei nicht zu bewerkstelligen, erklärte der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Michael-Andreas Butz, gestern bei der Zusammenfassung der bisherigen Erkenntnisse über den Mord an dem Leiter der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, Gerold von Braunmühl.

Bisher gibt es 130 Hinweise aus der Bevölkerung, aber noch keine heiße Spur. Innenminister Zimmermann wird am Mittwoch das Bundeskabinett informieren und Vorschläge für Konsequenzen unterbreiten; am Mittwochnachmittag will er auch den Bundestagsinnenausschuß unterrichten.

Im Bundesinnenministerium befaßte sich gestern eine Arbeitsgruppe der Sicherheitsfachleute aller Ressorts mit den Folgen aus diesem Mord. Die Staatssekretärsrunde unter Vorsitz von Kanzleramtschef Schäuble hatte sich zuvor ebenfalls mit diesem Thema beschäftigt.

Auch durch einen zweiten sogenannten Bekennerbrief, der der Deutschen Presseagentur in Köln zugesandt wurde, gab es keine neuen Erkenntnisse. Dieses Schreiben ist eine Kopie des in der Nähe des Tatortes in Bonn gefundenen ersten RAF-Briefes. Darin sind Drohungen gegen Spitzenpolitiker enthalten; betroffen sind alle Bundestagsparteien mit Ausnahme der Grünen. Unter anderen tauchen die Namen von Bundesinnenminister Zimmermann, Außenminister Genscher, Wirtschaftsminister Bangemann, des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, und auch des außenpolitischen Experten der SPD, Hans-Jürgen Wischnewski, auf. Wischnewski gilt den linken Terroristen seit seinem Einsatz 1977 in Mogadischu als eine Symbolfigur des staatlichen Kampfes gegen den Terror.

Regierungssprecher Friedhelm Ost wandte sich vor der Presse dagegen, die von RAF-Terroristen nach Anschlägen hinterlassenen Aufzeichnungen als „Bekennerbriefe" zu beschreiben. Ost benutzte für das nach dem Anschlag auf von Braunmühl gefundene Schriftstück das Wort „Mörderbrief". Der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch bezeichnete es als erschreckend, daß man den Jargon der Terroristen gedankenlos übernehme. „Wir dürfen uns nicht angewöhnen, uns eine Sprache aufdrängen zu lassen, die die kriminelle Energie verharmlost oder beschönigt."

Der frühere Verfassungsschutzpräsident Heribert Hellenbroich forderte im Kölner „Express" eine „bessere Konzentration der nationalen Anti-Terror-Kräfte". Falsch sei die „Zersplitterung" in Bundes- und Landeskriminalämter oder Bundes- und Landes-Verfassungsschutzämter.

Rau: Ich setze weiter aufs Ganze

Schlechtestes Ergebnis für die SPD in Bayern seit 1945 / „Bedeutendster Erfolg der CSU"

DW. **Bonn/München**

SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau hält trotz der Wahlschlappe der Sozialdemokraten in Bayern – sie erzielten mit 27,5 Prozent der Stimmen ihr schlechtestes Ergebnis seit Kriegsende – an seiner Linie für die Bundestagswahl im Januar fest. „Ich wiederhole: Ich setze aufs Ganze", sagte Rau gestern.

Die Beteuerungen des Kanzlerkandidaten stehen allerdings im Widerspruch zu seinen Äußerungen vor der Bayern-Wahl, als er gefordert hatte, im Süden müsse die SPD deutlich zulegen, um bei der Bundestagswahl im Januar eine Regierungsmehrheit *zu erhalten. Den Erfolg der CSU, die* auf 55,8 Prozent der Stimmen kam, erklärte Rau allein mit der Person Franz Josef Strauß. Bundeskanzler Kohl sei nicht annähernd von vergleichbarer Statur.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler erklärte zum Wahlziel der SPD, die absolute Mehrheit habe sich „als ein Phantansieprodukt" herausgestellt. Die CSU habe ein „tragfähiges und gutes Fundament" für die Entscheidung im Januar gelegt.

CSU-Chef Strauß hält das Abschneiden seiner Partei trotz der Stimmenverluste gegenüber 1982 „unter den gegebenen Umständen für den bedeutendsten Wahlerfolg der CSU überhaupt seit Kriegsende". Nach einer Vorstandssitzung sagte Strauß, angesichts der Irritationen durch die Bonner Politik in der

SEITEN 2, 4, UND 5:
Weitere Beiträge

Deutschlandfrage und in der Agrarpolitik sowie einer geringen Wahlbeteiligung habe die CSU ein hervorragendes Ergebnis bekommen.

Innerhalb der SPD wird die Niederlage auch auf die Politik der „Anbiederung an die Grünen" zurückgeführt. Der SPD-Landesgeschäftsführer in Baden-Württemberg, Siegmar Mosdorf, nannte gegenüber der WELT den Versuch, auf der Protestwelle gegen die atomare Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf mitzuschwimmen, „völligen Schwachsinn". Ähnlich äußerte sich der Heilbronner SPD-Bundestagsabgeordnete Dieter Spöri: „Als Protestpartei können die Grünen von der SPD nicht übertroffen werden."

Die Sozialdemokraten in Hamburg, wo am 9. November die Bürgerschaft neu gewählt wird, ziehen aus der Bayern-Wahl den Schluß, daß sie um „50 Prozent plus X" kämpfen müssen. Ihr Fraktionsvorsitzender Henning Voscherau erklärte in Anspielung auf die Fehler der Genossen im Süden, die Hamburger SPD hätte nie vergessen, daß Mehrheiten „ohne die Mitte nicht erreichbar" seien. Er zeigte sich überzeugt, daß die FDP, die in Bayern mit ihren 3,8 Prozent scheiterte, auch in Hamburg nicht in das Landesparlament kommen werde.

Die bayerischen Grünen, die mit 7,5 Prozent erstmals in den Landtag einziehen, haben eine „harte Opposition" angekündigt. Ihre Arbeit werde sich „entscheidend auf die Probleme der Wiederaufarbeitung und der Kernenergie" konzentrieren.

Diepgen erteilt Buwitt eine Rüge

DW. **Berlin**

Der Fraktionsvorsitzende der CDU im Berliner Abgeordnetenhaus, Buwitt, hat den Vorsitz im Hauptausschuß des Parlaments gestern „vorübergehend" niedergelegt. Buwitt war wegen einer nicht bezahlten Heizungsanlage in die Schußlinie der Kritik geraten (WELT v. 13.10.). Der CDU-Fraktionsvorstand, der sich gestern mit den Anschuldigungen befaßt hat, sprach Buwitt jedoch einstimmig das Vertrauen aus, weil er die Vorgänge habe klären können.

Mit einer scharfen Rüge reagierte Berlins Regierender Bürgermeister Diepgen auf die Vorgänge um Buwitt. Senatsprecher Fest erklärte, Diepgen habe Buwitt „nachdrücklich" darauf hingewiesen, daß ein Politiker in Buwitts Position „bei Erledigung seiner persönlichen Angelegenheiten eine ganz übergewöhnliche Sorgfalt anzusetzen und besonders hohe Maßstäbe anzulegen" habe.

Vorruhestand auch nach 1988?

DW. **Bremerhaven**

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm hat angedeutet, daß die Bundesregierung die Vorruhestandsregelung über das Jahr 1988 hinaus verlängern wird. Er schloß dabei nicht aus, daß die Regelung für Arbeitnehmer und Unternehmen finanziell attraktiver wird. In einem Interview mit der „Nordsee-Zeitung" verwies der Minister darauf, daß in diesem Jahr 60 000 Arbeitnehmer das Vorruhestandrecht in Anspruch nehmen würden. Die endgültige Entscheidung der Bundesregierung machte Blüm allerdings von der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt abhängig.

Zur Forderung der Gewerkschaften nach einer Verkürzung der Arbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche meinte Blüm, die Bundesregierung habe sich nie gegen eine solche Verkürzung ausgesprochen. Aber die Regelung der Arbeitszeit sei Aufgabe der Tarifpartner.

Weizsäcker in Budapest

cgs. **Budapest**

Bundespräsident Richard von Weizsäcker ist bei seinem Staatsbesuch in Ungarn von Regierung und Bevölkerung überaus freundlich und mit allen Ehren empfangen worden. Bei einem Festbankett, das das ungarische Staatsoberhaupt Pal Losonczi zu Ehren des deutschen Gastes gab, erklärte Weizsäcker, Deutsche und Ungarn seien sich „im Herzen nahe".

In Ungarn sei europäische Gesinnung stets lebendig gewesen, sagte der Bundespräsident und lobte die ungarische Wirtschaftsreform, die gute Voraussetzungen für eine enge ökonomische Kooperation mit der Bundesrepublik geschaffen habe. Die kulturelle Einheit Europas sei eine ältere und stärkere Wirklichkeit als geographische Grenzen und ideologische Gegensätze. „In Ungarn wird die Vielfalt Europas praktisch vorgelebt," sagte Weizsäcker.

Seite 6: Diplomatisch verbrämt

Nobelpreis für Medizin vergeben

DW. **Stockholm**

Der diesjährige Nobelpreis für Medizin und Physiologie ist zu gleichen Teilen an die Italienerin Rita Levi-Montalcini und den Amerikaner Stanley Cohen vergeben worden. Die italienische Wissenschaftlerin, die heute am Institut für Zellbiologie in Rom arbeitet, erhielt den Preis für die Entdeckung des „Nervenwachstumsfaktors". Ihre Leistungen auf diesem Gebiet sind für die Erforschung des Nervensystems von entscheidender Bedeutung.

Der Amerikaner wurde für die Entdeckung des „Epidermalen Wachstumsfaktors" ausgezeichnet. Dieser Faktor fördert das Wachstum von Hautzellen. Das Komitee des Stockholmer Karolinska-Instituts würdigte mit seiner Entscheidung die Entdeckungen der beiden Forscher, die „für das Verständnis des Wachstums von Zellen und Organen von grundlegender Bedeutung" seien.

Seite 7: Außer Kontrolle geraten

Dollarkurs weiter im Abschwung

cd. **Frankfurt**

Der Gleitflug des Dollars hielt gestern an. Der amtliche Kurs wurde von 2,0036 auf 1,9813 Mark und damit auf den niedrigsten Stand seit Beginn seiner Abwärtsbewegung zurückgenommen. Am Nachmittag glitt der Kurs weiter auf etwas unter 1,98 Mark ab. Die Bundesbank hat nach Beobachtungen des Handels gestern nicht interveniert, sondern lediglich bei der amtlichen Notierung mit dem Kauf von drei Millionen Dollar regulierend eingegriffen.

Devisenhändler waren teilweise überrascht über die Offenheit, mit der Bundesbank-Direktoriumsmitglied Claus Köhler klargestellt hat, daß die Bundesbank mit Interventionen lediglich das Tempo von Wechselkursveränderungen bremsen, aber nicht den Trend am Devisenmarkt bestimmen wolle. Die Bundesbank hat allerdings schon immer betont, daß sie von Interventionen gegen den Markttrend nichts hält.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Der Anfang vom Ende?

Von Evangelos Antonaros

Den unmittelbaren Verlust der Macht, die sie nach den Worten einer ihnen nahestehenden Zeitung „mit übertriebener Selbstgefälligkeit und Arroganz" ausgeübt haben, brauchen Griechenlands Sozialisten nach dem unerwarteten Ergebnis der Kommunalwahlen vom Sonntag nicht zu befürchten. Ihre Parlamentsmehrheit ist eher solide, ihr Mandat noch relativ frisch. Dennoch hat die Abkehr von hunderttausenden Stimmen den Charakter eines massiven Protests. Papandreou hat einen Denkzettel erhalten: Wenn ihr so weitermacht, werdet ihr nicht wiedergewählt.

Jahrelang hat Papandreou im Ruf gestanden, die Griechen manipulieren und ihnen die abenteuerlichsten Kehrtwendungen schmackhaft machen zu können. Diese Selbstsicherheit hat ihn zu Übertreibungen und Fehlentscheidungen verleitet, die den Anfang vom Ende für ihn bedeuten könnten.

Papandreou hat die Reaktion seiner Landsleute auf seine rigorose Sparpolitik unterschätzt. Athens Spitzensozialist hat offenbar nicht verstanden, daß die Griechen ihn nicht aus Liebe für seine wirren Theorien, sondern aus Protest gegen seine konservativen Vorgänger 1981 an die Macht brachten. Einiges haben sie sich von ihm gefallen lassen, aber die drastischen Einkommensschnitte gehen ihnen zu weit. Es gibt auch andere Gründe für die massiven Stimmenverluste: So volksnah, wie sie sich manchmal gaben, sind die Sozialisten nie gewesen. Während der Durchschnittsgrieche den Gürtel enger schnallen mußte, feierten bestimmte Kabinettsangehörige teure Partys. Die innerparteiliche Demokratie wurde nie angewandt, Kritiker wurden kurzerhand vor die Tür gesetzt.

Dennoch kommt das Wahlergebnis keineswegs einer Abwahl der Sozialisten gleich. Eher sieht es danach aus, daß die Griechen einen Warnschuß auf ihre Regierung abgegeben haben und vorerst nicht allzu viel riskieren wollen. Denn nur die wenigsten von ihnen, das ergibt sich vielen Umfragen, lassen sich von der bürgerlichen Opposition begeistern. Auch sie scheint in den letzten fünf Jahren erstaunlich wenig dazugelernt zu haben. Im Ernstfall wäre sie nur eine Notlösung, aber keine überzeugende Alternative.

Schlüsselland Honduras

Von Günter Friedländer

Während Everett Ellis Briggs als neuer Botschafter der USA seine Reise nach Honduras vorbereitete, erhielt die Regierung in Tegucigalpa eine Protestnote aus Managua gegen angebliche honduranische Überfälle auf sandinistische Streitkräfte. Warum suchten hohe Offiziere des honduranischen Heeres mit dem Oberst Thomas Said Speer diesen Zeitpunkt für einen Putschversuch aus?

Sie wußten, warum die USA im Juni ihren Botschafter John Ferch absetzten: Er konnte die Regierung in Tegucigalpa nicht davon überzeugen, daß Reagan im Kongreß die Schlacht um die Hilfe von 100 Millionen Dollar für die Contras nur vorübergehend verloren hatte und schließlich gewinnen würde. Die vorsichtige honduranische Regierung hielt erst einmal alle Hilfe für die Contras zurück. Die rebellischen Offiziere sahen die Gelegenheit, sich bei Briggs als den Contras geneigt zu empfehlen und gleichzeitig Beförderungen zu erzwingen. Zyniker fügen hinzu, daß sie im Machtzentrum des Landes sitzen wollten, wenn es an die Verteilung der 100 Millionen geht, deren Löwenanteil für die in Honduras stationierten nicaraguanischen Freiheitskämpfer bestimmt ist.

Im März 1984 und im Februar 1986 waren die Chefs des honduranischen Heeres bei ähnlichen Handstreichen abgesetzt worden, aber dieses Mal zogen die Putschisten den kürzeren. Ihre Führer wurden bereits in bester lateinamerikanischer Tradition als Militärattachés ins Ausland geschickt. Polizeichef Oberst Leonel Riera Lunatti wird im Januar General und Chef der honduranischen Streitkräfte werden.

Honduras (4,2 Millionen Einwohner auf einem Gebiet von fast der Hälfte der Bundesrepublik) ist von einer Bananenrepublik zum Schlüsselland der USA-Politik in Mittelamerika aufgerückt. Briggs soll die honduranische Regierung davon überzeugen, daß die USA sie gegen die Sandinistas verteidigen werden, wenn die USA freie Hand behalten, den Contras in Honduras zu helfen. Dabei muß er die zuweilen gegensätzlichen Interessen der Politiker und des Militärs der Honduraner zufriedenstellen. Keine leichte Aufgabe selbst für diesen auf verschiedenen Posten in Lateinamerika bewährten Mann.

Europäische Träume

Von Dieter Thierbach

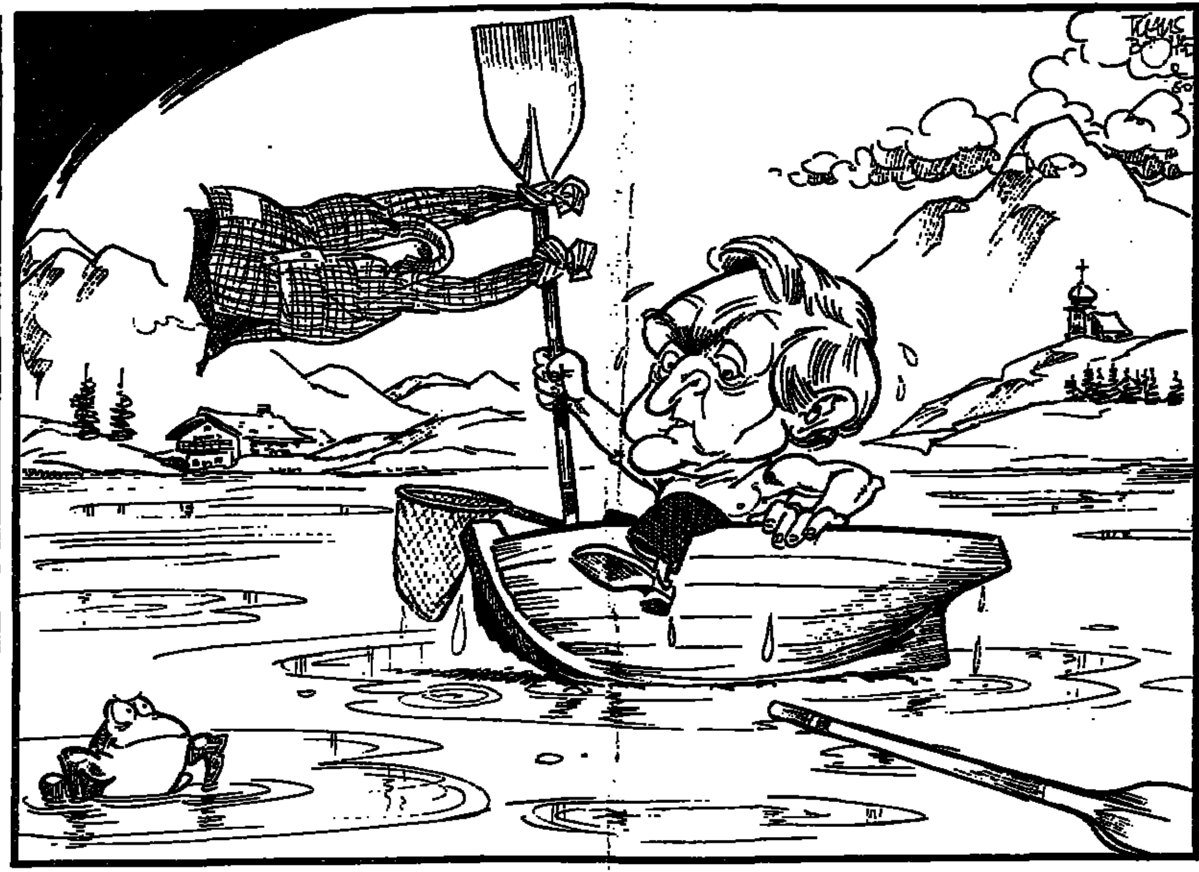
Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher verließ am Wochenende seinen globalen Einflußbereich und begab sich in höhere, für ihn noch nicht erforschte Sphären: Er plädierte für Autonomie in der bemannten Weltraumfahrt. Eine europäische Nasa – welch verlockende Idee.

Sie ist so neu nicht. Zwar ist es für ihn – wie für uns – schwer vorstellbar, daß „wir Europäer an den wissenschaftlichen, geistigen und ethischen Fragen, die die neuen Entwicklungen stellen, mitarbeiten können, ohne selbst an der Weltraumfahrt beteiligt zu sein." Aber Antriebsaggregate, Steuerungselektronik und vor allem optische Bauteile sind hochbegehrte Produkte made in Germany. Ohne die Beteiligung deutscher Industrie-Forschungsstätten hätte der europäische Satellitentransporter Ariane nicht so schnell von der Startrampe im Dschungel von Kourou abgehoben. Freilich, wenn Genscher meint, dafür sorgen zu müssen, „daß unsere Spitzenforscher bei uns zu Hause an den neuen großen Aufgaben mitarbeiten können" – um nicht abzuwandern –, sollte er sich vor allem an gewisse Parlamentskollegen wenden.

Denn bei seiner Vision über das Jahr 2000 hinaus darf eines nicht vergessen werden: Weltraumpolitik beginnt bereits am Boden. Wo nämlich die Technologiefeindlichkeit gepredigt, wo beispielsweise der forcierte Einsatz von Computern im Berufsleben verdammt wird, kann man kaum erwarten, daß superschnelle Entwicklungen dieser Species für Einsätze im All aus dem Boden wachsen.

Europas Weg ins All kann nur Stückwerk bleiben, solange wir halbherzig „die Entscheidung von historischem Rang" preisen, auf die amerikanische Konkurrenz schielen und das eigene Innovationspotential verschenken.

Technologie ist, neben der Wirtschaft, der zweite realistische Weg, wie Europa nicht nur seine Möglichkeiten besser nutzen kann – denn natürlich können einzelne europäische Länder neben den USA nur ein Brosamen-Dasein fristen –, sondern wie es noch intensiver zusammenwüchse, über alle nationalen Egoismen hinweg. Nur: dazu gehört der Wille zur Technologie, nicht politisch-selektiv, sondern wissenschaftlich.



Trockenzeit KLAUS BÖHLE

Rückschlag in Reykjavik

Von Bernt Conrad

Der West-Ost-Dialog hat einen Rückschlag erlitten. Die Chancen für wichtige Abrüstungsvereinbarungen sind nahe an den Nullpunkt gesunken. Ein weiterer Gipfel ist nicht in Sicht. So lautet die Bilanz von Reykjavik. Für die Sowjets ist die Schuldfrage klar: „Der amerikanische Präsident hat durch sein stures Festhalten am SDI-Programm bedeutsame Fortschritte in der Abrüstung verhindert." Aber so einfach liegen die Dinge nicht.

Tatsächlich waren die Diskussionen positiver verlaufen, als gemeinhin erwartet worden war. In einer freundlichen Atmosphäre hatte sich die Möglichkeit überraschend umfassender Abrüstungsschritte herausgeschält. In diesem Stadium entschlossen sich Reagan und Gorbatschow, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die über Nacht die gemeinsamen anvisierten Abrüstungsziele in konkrete Texte umsetzen sollte. Damit ging der Präsident weit über seine ursprüngliche Absicht hinaus, in Reykjavik nur „Impulse" für die Abrüstungsunterhändler in Genf zu geben und damit die Aussichten für einen erfolgreichen Hauptgipfel in Washington zu verbessern. Was in der Nacht vom Samstag zum Sonntag entstand, waren nicht bloße Impulse, sondern exakte Pläne mit Zahlen und Daten.

Der sowjetische Parteichef schien so erpicht auf Abrüstungsfortschritte, daß er sogar Reagans Vorschlag folgte, in einer zweiten Arbeitsgruppe Lösungsmöglichkeiten für humanitäre Fragen sowie für regionale und bilaterale Probleme vorzubereiten. Das war eine bemerkenswerte Konzession, denn sie löschte den anfänglichen Versuch des Kreml aus, allein die Abrüstung auf die sowjetisch-amerikanische Tagesordnung zu setzen und schwelende Konfliktherde wie Afghanistan, Angola, Äthiopien, Kambodscha und die prekäre Lage der Juden und Dissidenten in der Sowjetunion auszuklammern.

Hier sammelte Reagan Pluspunkte. Von ihm vorgelegte Listen mit akuten Menschenrechtsverletzungen und den Namen auswanderungswilliger Juden wurden von sowjetischer Seite akzeptiert. Die Thematik kam in den vorbereiteten Text einer Abschlußerklärung. Sie bildete zusammen mit den ins Auge gefaßten Abrüstungsschritten – eine fünfzigprozentige Reduzierung der strategischen Raketen in zehn Jahren, eine Begrenzung der Mittelstreckenraketen auf je 100 in Amerika und Asien und ihre völlige Entfernung aus Europa sowie Modalitäten für Beschränkungen atomarer Tests – ein Paket, das ohne Übertreibung als „Durchbruch" bewertet werden konnte.

Doch Gorbatschow hatte dieses Paket nur geschnürt, um damit einen unüberbietbar attraktiven Hebel zur Ausschaltung des Weltraumverteidigungsprogramms SDI in die Hand zu bekommen. Im letzten Akt des Dramas von Reykjavik zog er plötzlich das alte sowjetische Junktim wieder aus dem Hut und stellte Reagan vor die Wahl: Entweder Verzicht auf SDI oder das ganze Paket entfällt. Dies war ein klarer Rückschritt, denn in Genf hatten sich die Sowjets schon bereit gefunden, ein Interimsabkommen über die Begrenzung der Mittelstreckenwaffen ohne Rücksicht auf SDI ins Auge zu fassen. Eine Einigung schien unmittelbar bevorzustehen. Das machte Gorbatschow jetzt rückgängig.

Soviel zur Schuldfrage. Natürlich hätte Reagan in diesem Augenblick nachgeben und seinerseits auf SDI verzichten können. Viele Europäer hätten ihm dafür Beifall gespendet. Aber ebenso wie Gorbatschow mit all seinen in Aussicht gestellten und dann wieder rückgängig gemachten Konzessionen nichts anderes im Sinn hatte, als SDI zu liquidieren, hielt der Präsident an seiner Absicht fest, SDI nicht zum Handelsobjekt zu machen. Immerhin zeigte er sich in einem Punkt kompromißbereit: Er verlängerte die Frist, in der Weltraum-Abwehrwaffen nicht stationiert werden sollen, von siebeneinhalb auf zehn Jahre, und näherte sich damit der alten Fünfzehnjahresfrist der Russen weiter an. In diesen zehn Jahren sollten in Reagans Sicht sogar alle strategischen Offensivwaffen abgeschafft werden.



Wieviel Zeit bleibt? Gesprächspartner Reagan, Gorbatschow FOTO: REUTER

Warum aber dann überhaupt noch SDI? Diese Frage drängt sich auf. Die Amerikaner beantworten sie mit einem doppelten Argument: Erstens könnte SDI als Druckmittel zur Einhaltung von Reduzierungsverpflichtungen im Offensivbereich und zweitens als potentieller Schutzschild gegen „Verrat", das heißt auch gegen atomare Drohungen von dritter Seite, dienen. Das erste Argument würde mit der verifizierten Beseitigung aller Offensivwaffen zumindest insoweit entfallen, als eine Weltraumverteidigung allein auf amerikanischer Seite dann nicht mehr erforderlich wäre. Dies würde noch mehr für die Abwehr dritter Atommächte gelten. Mit anderen Worten: Im Fall einer Beseitigung sämtlicher strategischer Offensivwaffen – und nur in diesem Fall, nicht etwa bei einer fünfprozentigen Reduzierung, wie Gorbatschow sie vorgeschlagen hat – würden sich vertragliche Abmachungen über eine gemeinsame Nutzung der Weltraumverteidigung anbieten, wie sie Reagan den Sowjets schon früher vorgeschlagen hatte.

Darüber sollte in West und Ost nachgedacht werden. Immerhin haben Gorbatschow und Reagan übereinstimmend die gute Atmosphäre und die Freimütigkeit ihrer Gespräche bis zur entscheidenden Auseinandersetzung in der letzten Stunde gelobt. Diese beiden Männer können also durchaus miteinander reden, und aus dem Scheitern von Reykjavik sollte nicht die Schlußfolgerung gezogen werden, daß derartige Gespräche überflüssig seien. Am schädlichsten wäre eine von den Sowjets gesteuerte Propagandakampagne von „Friedenskräften", die alle in Reykjavik gefundenen Ansätze für längere Zeit entwerten würde.

IM GESPRÄCH Hussain Ershad

Land ohne Hoffnung

Von Volker Stahr



Das Elend in Grenzen halten: Ershad FOTO: CAMERA PRESS

Bangladesch ist eines der ärmsten Länder der Erde. Es besitzt weder Öl noch Reichtümer, hat weder eine strategisch wichtige Lage (wie Thailand) noch je eine historisch bedeutsame Rolle (wie Indien) gespielt. Dafür ist es mit hundert Millionen Einwohnern der dichtestbesiedelte Flächenstaat der Welt und an achter Stelle in der Einwohnerzahl. Schon 1971, als das damalige Ostpakistan sich mit indischer Hilfe nach einem blutigen Befreiungskrieg aus dem pakistanischen Staatenverbund löste, galt Bangladesch als „hoffnungslos". Das Land ist zu schwach, sich selbst zu helfen. Und westliche Hilfe „hinkt der Bevölkerungsentwicklung um fünf bis zehn Jahre hinterher", wie es einmal Ex-Präsident Ziaur Rahman formulierte.

Vor diesem Hintergrund finden jetzt Präsidentschaftswahlen statt, deren Ergebnis bereits feststeht: die Bestätigung von Präsident General Hussain Muhammad Ershad. Vier Jahre hat er als Armeechef und „Oberster Kriegsrechtsverwalter" regiert. Erst vor einigen Wochen gab er das Armee-Oberkommando ab und übernahm als „Zivilist" den Vorsitz der ihn stützenden Regierungspartei „Jatiya". Sein bescheidenes Ziel, das er von Vorgänger – und Vorbild – Zia übernommen hat: die „Verschlimmerung der Lage in Grenzen zu halten".

Ershad ist mittelgroß, schlank und mit militärisch kurzem Haar; höflich und zurückhaltend im Auftreten; kein großartiger Redner, aber auch kein Mann großer Worte, sehr intelligent – er ist ein sehr musischer Mensch mit viel Interesse für Literatur und Kunst und sportlich. Im übrigen ist er diszipliniert und technokratisch; ein Berufsoffizier ohne Charisma, bei dem Realitätssinn und Effizienz obenan stehen.

Ershad, Jahrgang 1930, stammt aus dem Norden des heutigen Bangladesch und ist der Sohn eines hohen Justizbeamten der Stadt Rangpur. Die Stellung des Vaters ermöglichte ihm das College in Rangpur und ein Universitätsstudium in der Hauptstadt Dhaka. Danach trat er in die pakistanische Armee ein und erhielt eine Offiziersausbildung. Zur Zeit des Unabhängigkeitskrieges leistete er Dienst in Westpakistan. Erst 1973 wurde er „repatriiert" und in der bengalischen Armee zum Oberst befördert. Nach dem Besuch der Militärakademie in Delhi folgte 1975 die Ernennung zum General. Präsident Zia förderte den in seinen Augen loyalen, disziplinierten und politisch zurückhaltenden Offizier. Er machte ihn 1978 zum Armeechef.

1981 wurde Zia bei einem blutigen Umsturzversuch ermordet. Die Militärs um Ershad konnten den Putsch zwar niederschlagen, doch der neue Präsident Abdus Sattar, ein hochbetagter, integrer Richter, aber politisch schwach, bekam die Lage nicht in den Griff. In einer Art „sanftem Staatsstreich" übernahm der Armeechef 1982 die Macht. Im Jahr darauf übernahm er auch formal das Amt des Präsidenten. Dies will der nicht unbeliebte Ershad sich jetzt vom Volk nachträglich absegnen lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die beherrschenden Montagsthemen sind die Bayernwahl und Reykjavik:

DONAU KURIER

Der entscheidende Fehler war aber der Beschluß vor mehr als einem Jahr, sich voll gegen die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) zu stellen. (Ingolstadt)

Allgemeine Zeitung

Mit Recht kann (Strauß) Kritiker und Gegner fragen, wo es denn in der Bundesrepublik noch Wahlsiege mit über 55 Prozent der Stimmen gebe außer in Bayern. Der Anspruch auf Teilhabe an der Macht in Bonn wird von dem Münchner Patriarchen deshalb auch künftig nachhaltig gestellt werden. (Mainz)



NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Alle Hinweise auf bayerische Besonderheiten ändern nichts daran, daß die Sozialdemokraten im Vorfeld der Bundestagswahl ihren bisher schwersten Rückschlag erlitten haben.

Berner Zeitung BZ

Wesentlich mehr verlor wohl Gorbatschow, der eine Art Vabanque gespielt zu haben scheint. Offenbar setzte er darauf, Reagan mit bekannter sowjetischer Ermüdungstaktik umstimmen zu können. Das ist ihm nicht gelungen. Er wird, wenn er dazu die Chance erhält, wieder bei Null anfangen müssen.

The Washington Post

Man kommt nicht umhin zu überlegen, ob der Präsident nicht besser daran getan hätte, bei seinem Plan für ein geringerwertiges Treffen zu bleiben, auf dem Pläne für einen späteren, ehrgeizigeren Gipfel hätten gefaßt werden können. Aber er hat die Einladung Gorbatschows zu einem hochkarätigen Pokerspiel angenommen. Jetzt kommt er mit leeren Händen nach Hause, und er wird diese Tatsache erklären müssen.

LE FIGARO

Das Bild des modernen und vernünftigen Staatsmanns, das er von sich selbst zeichnen wollte, war nur der Widerschein der Illusionen des Westens ... Die Strategie hat sich nicht geändert. Wie Breschnew, Andropow und Tschernenko hat Gorbatschow zwei Ziele: SDI zu sabotieren und die USA von Europa zu trennen. (Paris)

Süddeutsche Zeitung

Die Pessimisten – von Kissinger bis Nixon – haben recht behalten. Gipfel sind allenfalls geeignet, eine Übereinkunft zu besiegeln, sie können sie nicht erzeugen. Reagan und Gorbatschow schieden voneinander, ohne einen neuen Termin ausgemacht zu haben. Vielleicht ist das auch gut so. Es bleibt damit reichlich Zeit, um den nächsten Gipfel sorgfältig vorzubereiten, so daß ein Eklat nicht mehr möglich ist. (München)

Die bayerische Marginalie zur Weltpolitik

Hinter Hiersemanns Rücken: Schöfbergers SPD mit den falschen Themen / Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Im Schatten von Reykjavik mutet die Bayernwahl an wie eine Marginalie zur Weltgeschichte. Da aber die Weltgeschichte mehr aus der Summe solcher „Randbemerkungen" als von den säkularen Einschnitten lebt, hebt das in Reykjavik erreichte Zwischenergebnis der Weltpolitik den Wahlsonntag aus dem gemächlichen Gang deutscher Regionalwahlen heraus. Seine Aspekte sind über den Freistaat hinaus innenpolitisch, mit Ausstrahlungen auf die Außenpolitik.

Zunächst gilt es, die Sonderheiten dieses Urnengangs auszusortieren. Da ist als erstes Franz Josef Strauß. Er ist in Bayern, aber keineswegs nur dort, in eine adenauersche Singularität hineingewachsen. Von Barzel bis Kohl hat sich so mancher in die politische Erbfolge des Gründungskanzlers unserer Republik gestellt. Keiner steht überzeugender in der Kontinuität als Strauß, der in seinen jungen Jahren ein herausragender Kampfgefährte Adenauers war. Daß ihm die Nachfolge im Bundeskanzleramt versagt blieb, steht auf einem anderen Blatt. Den Kriterien, mit denen man Spitzenkandidaten der Parteien üblicherweise mißt, ist Strauß längst entrückt. Von vornherein galt er als Garant eines eindeutigen CSU-Sieges, als habe er die Unantastbarkeit der absoluten Mehrheit seiner Partei zu einem Lebensgesetz Bayerns gemacht.

Zum zweiten ist da die CSU. Die Folge ihrer haushohen Wahlsiege erklärt sich auch daraus, daß sie weithin im Staate Bayern nicht nur gesellschaftspolitisch, sondern gesellschaftlich eine dominante Stellung einnimmt. Einst hatten die Sozialdemokraten über den engeren Bereich der Politik hinaus Gesangvereine gegründet, Sportvereine organisiert, Kleingärtnervereine ins Leben gerufen, die Naturfreunde auf die Wanderschaft gebracht und dergleichen mehr, um ihre Anhänger von der Wiege bis zur Bahre in proletarische Nestwärme einzuhüllen. Nie haben sie gesellschaftliche Allgegenwart umfassender vollbracht als die CSU in ihrem Stammland.

Sieht man von diesen bayerischen Einmaligkeiten ab, sticht der freie Sturz der Sozialdemokraten ins Auge. Im Saarland hatte Lafontaine, in Nordrhein-Westfalen Rau die absolute Mehrheit erkämpft, weil es beiden gelang, die Wählerschaft der maßvollen linken Mitte aufzubieten und dennoch die Grünen unter die Fünf-Prozent-Barriere zu drücken. In Bayern machten sich die gemäßigten Traditionswähler der SPD vergrätzt in den goldenen Oktober davon, und gefühlsbewegte Linkswähler gingen ohne Umwege zu den Grünen. Das kam so: Hinter dem bayerisch-barocken Kandidaten Hiersemann engagierte sich die Schöfberger-SPD für die falschen Themen, und so mobilisierte sie die falschen Emotionen. Ausgerechnet in Bayern katapultierte sie die Grünen in den Landtag.

Das hat Rückwirkungen auf den Kanzlerkandidaten Rau. Schon vor zwei Jahren sagte ein prominenter Sozialdemokrat ohne Umschweife voraus, bei der Bundestagswahl bekomme Rau als Kanzlerkandidat „eins vor den Koffer" und dann kehre er nach Düsseldorf zurück. Nach diesem Wahltag in Bayern denken mehr und mehr prominente Sozialdemokraten so. Nicht minder desillusionierend ist das Wahlergebnis für die FDP. Noch immer redet sie sich ein, sie stelle eine eigenständige „dritte Kraft" dar. In Wirklichkeit wird sie für eine bestimmte Regierungskonstellation entweder gebraucht oder nicht gebraucht. In Niedersachsen wurde sie gebraucht und gewählt; in Bayern wird sie nicht gebraucht, folglich bleibt sie draußen. Als entschiedene Hüterin der sozialen Marktwirtschaft, als Lambsdorff- und Bangemann-Partei, könnte sie durchaus die „dritte Kraft" sein. Sie schafft es nicht, weil ihr der Baum-Hirsch-Flügel ständig auf die Füße tritt. Bei der Bundestagswahl im Januar wird sie als Mehrheitsbeschaffer wieder gebraucht, das mag ihre Rettung sein.

Die relativen Wahlerfolge der Grünen und der „Republikaner" legen einen bedenklichen Zug zahlreicher Protestwähler zur Radikalität links und rechts des bewährten demokratischen Parteienspektrums offen. Die „Republikaner" haben der CSU Stimmen abgenommen. Vielleicht lernen linke Eiferer, die Strauß als „bundespolitischen Rechtsaußen" beschimpfen, aus diesem Vorgang.

Der Wahlausgang in Bayern stößt die SPD in ihre tiefen Zweifel zurück, ob sie den richtigen Kanzlerkandidaten auf den Schild gehoben habe. Immer mehr Wähler teilen diese Zweifel. Um so verbissener wird die SPD den Mißklang der Gipfelbegegnung von Reykjavik ausbeuten, um mit weltpolitischem Katastrophengejammere von ihren eigenen Misere abzulenken. Davon hat Ehmke eine Kostprobe geliefert, deren Düsternis im Gegensatz zu seinen weißen Haaren steht.

Für Kohl konnte die Bayernwahl hundert Tage vor der Bundestagswahl eine Beschreibung des innenpolitischen Zustandes sein, ehe noch das Resultat von Reykjavik bekannt war. Buchstäblich über Nacht sieht jetzt manches anders aus. Aber der Bundeskanzler weiß, wie man solche emotional befrachtete Situationen auch wahlpolitisch meistert. Er hat es bewiesen, als er 1983 die Bundestagswahl wohl gerade wegen der Nachrüstungsdebatte sicher gewann.

In Reykjavik wurde ein Abkommen von „historischen Ausmaßen" verpaßt – Beide Seiten suchen die Schuld beim anderen

Einen Meter vor dem Traumziel blieben sie stehen

Von FRITZ WIRTH

Er begann als der Mini-Gipfel der beschränkten Hoffnungen. Als sie verhandelten, bekamen ihre Vorschläge „historische Ausmaße". Als sie Reykjavik verließen, war aus diesem Ereignis der kleine Gipfel des großen Beinahe geworden. „Wir sind 99 Meter gelaufen", sagte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses, „*und haben dennoch nicht* die Ziellinie erreicht."

Dazwischen lag eine der erstaunlichsten Verhandlungsrunden in der Geschichte des Ost-West-Konflikts. Sie waren nach Reykjavik gekommen, um Leitplanken für das nächste Gipfeltreffen aufzubauen. Reykjavik sollte die große, aber unverbindliche Gipfelprobe werden. Über Nacht jedoch wurde daraus ein aufregender Raketen-Poker, bei dem beide Seiten bis auf Haaresbreite das Traumziel berührten, innerhalb von zehn Jahren, also bis zum Jahre 1996, alle offensiven ballistischen Raketen abzuschaffen.

Wie kam es dazu? Was lief falsch? Wer legte den letzten Stolperstein?

Es begann verheißungsvoll. Beide Seiten schienen darauf konzentriert, das Machbare zu erreichen. Das Machbare war zum Beispiel ein Interimsabkommen über den Abzug von Mittelstrecken-Raketen in Europa und Asien. Die Sowjets hatten zuvor Signale gesetzt, daß hier Abmachungen möglich seien. Das stärkste dieser Signale: Sie hatten das Problem der atomaren Mittelstreckenwaffen (INF) von den Verhandlungen über die Weltraumverteidigung SDI abgekoppelt. Man glaubte in Washington, hier herrsche grünes Licht. Die Hoffnung wurde verstärkt, als beide Regierungschefs bereits am Samstag nachmittag nach 90 Minuten beschlossen, zwei Arbeitsgruppen einzusetzen.

Die Arbeitsgruppe für Rüstungskontrolle begann ihre Gespräche um 8.00 Uhr am Abend. Was sich von diesem Augenblick an im Hoefdi-Haus zu Reykjavik bis zum schließlichen Abbruch des Gipfels ereignete, hat alle Chancen, ebenso Teil der internationalen Abrüstungs-Folklore zu werden, wie einst der schon zur Legende gewordene „Waldspaziergang in Genf".

Man behandelte als erstes jenes Problem, das Bonn auf die Tagesordnung gesetzt hatte, die Kurzstrecken-Raketen der Sowjets in Europa, und räumte die Hürde schnell aus dem Wege, *indem man beschloß, die sowjetischen* Kurzstrecken-Raketen auf dem gegenwärtigen Stand einzufrieren und das Thema wieder auf den Tisch zu bringen, wenn die Verhandlungen über weiterreichende Mittelstrecken-Raketen abgeschlossen worden sind.

Die Amerikaner schlugen vor, diese Raketen – auf sowjetischer Seite vor allem die SS 20 und auf amerikanischer Seite Marschflugkörper und Pershing 2 – auf je 100 Gefechtsköpfe zu reduzieren. Die Sowjets atmeten tief durch. Sie wollten zumindest erreichen, daß ihr Mittelstrecken-Arsenal in Asien zunächst auf dem heutigen Stand eingefroren wird.

Die Amerikaner blieben hart. Die Verhandlung begann sich in eine Marathonsitzung zu verwandeln. Um 2.00 Uhr in der Nacht gingen im Hoefdi-Haus *die Kaffeevorräte zur Neige.* Es blieb nur noch Rotwein und alter isländischer Käse auf dem Tisch. „Kaum der richtige Stoff, um wach zu bleiben", meinte trocken ein Mitglied der amerikanischen Delegation. Um 3.00 Uhr in der Nacht weckte die amerikanische Seite Außenminister Shultz aus dem Schlaf, um wichtigen Rat einzuholen.

In den Morgenstunden gaben die Sowjets nach. Das Ergebnis schien zu schön, um wahr zu sein: Eine Null-Lösung für Europa, die verbleibenden 100 Gefechtsköpfe im Mittelstreckenbereich sollten auf sowjetischer Seite in Asien, auf amerikanischer Seite auf eigenem Boden in den USA stationiert werden. Sicherheitsberater Admiral Poindexter zog beglückt Bilanz: „Eine hundertprozentige Reduzierung der Mittelstrecken-Raketen in Europa, eine 80prozentige in Asien. Insgesamt eine Abrüstung von 1300 sowjetischen Gefechtsköpfen auf 100. Wir waren einverstanden."

Doch noch in dieser Nacht begann sich im Hoefdi-Haus zunächst schattenhaft, dann immer mächtiger und schließlich überlebensgroß eine sowjetische Hürde *zu profilieren:* Ihre Furcht und ihr kompromißloser Widerstand gegen das Weltraum-Verteidigungsprogramm SDI.

Es begann bei den Gesprächen über die Reduzierung nuklearer ballistischer Raketen. Ihre Marschrichtung war schnell klar: Sie verlangten als Preis für diese Reduzierung eine Verpflichtung der USA, sich für mindestens zehn Jahre an den ABM-Vertrag *zu binden. Zugleich wollten sie* die Vertragsklauseln verschärfen: Er sollte die Forschung und das Testen von Weltraumverteidigungssystemen nur im Labor zulassen.

Damit war klar: Sie koppelten die sogenannten Start-Verhandlungen an die SDI-Frage. Das war nicht neu. Überraschend jedoch war, daß plötzlich auch an allen anderen Fronten die sowjetische SDI-Alarmflagge hochging. Plötzlich gab es für sie auch wieder einen Zusammenhang zwischen einer Mittelstrecken-Raketen-Lösung und dem amerikanischen SDI-Programm, bis sie schließlich auch die Teststopp-Frage in ein SDI-Junktim hineinmanövrierten.

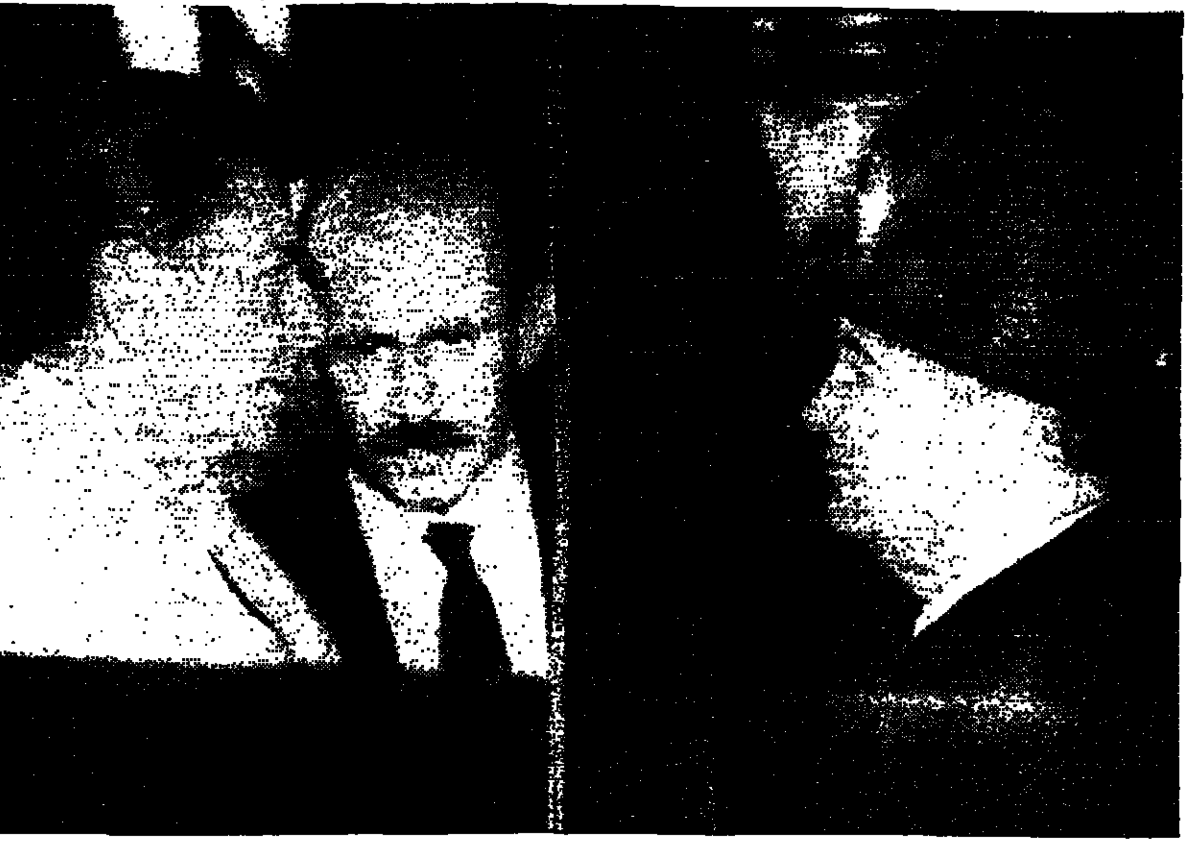
Der amerikanischen Delegation, geleitet vom Rüstungskontroll-Veteran Paul Nitze, war plötzlich klar: Die Sowjets waren nicht nach Reykjavik gekommen zu einem Gipfel der kleinen Lösungen und zu Gesprächen über das Machbare, sie waren erschienen zum Generalangriff auf das amerikanische SDI-Programm.

Am Sonntag versuchte Ronald Reagan in einem Gespräch unter vier Augen, Gorbatschow von diesem „Linkage"- und Kopplungskurs abzubringen. *Das Unternehmen scheiterte.* Um 12.00 Uhr am Mittag, als der Gipfel eigentlich beendet sein sollte, trafen sich Reagan, Shultz, Poindexter und Stabschef Regan zu einer eiligen Konferenz und formulierten einen Gegenvorschlag. Um 13.00 Uhr lag er den Sowjets auf dem Tisch. Das war der Zeitpunkt, an dem eine vierte Gesprächsrunde arrangiert wurde für den Nachmittag.

Der amerikanische Vorschlag: Die USA binden sich zunächst für fünf Jahre an den ABM-Vertrag, vorausgesetzt, daß die Sowjets in diesem Zeitraum dem beiderseitigen Abbau offensiver strategischer Raketen zustimmen. Sie würden sich für weitere fünf Jahre an diesen ABM-Vertrag binden, wenn in dieser Frist, also bis zum Jahre 1996, in gleichmäßigen Schüben sämtliche ballistische strategische Raketen abgeschafft seien.

Es war der ehrgeizigste und weitestreichende Abrüstungsvorschlag, der bei einem Gipfel je auf dem Verhandlungstisch gelegen hat. Ronald Reagan gab ihm „historische Ausmaße". Die Sowjets zeigten ihm die kalte Schulter. Sie antworteten mit neuen scharfen Restriktionen am *SDI-Programm, die es praktisch zur* Strecke gebracht hätten.

Es war der Punkt, an dem Ronald Reagan „nein" sagte. Um 19.00 Uhr am Sonntag abend verließ er mit Michail Gorbatschow gemeinsam das Geisterhaus an der Hafenbucht von Reykjavik. Ende eines Gipfels des eingefrorenen Lächelns, Ende eines möglichen historischen Durchbruchs, Ende eines kleinen Gipfels und eines großen Beinahe.



Abschied in Reykjavik: Erstes Ende eines Gipfels und eines großen Beinahe FOTO: AP

Moskau tat in Reykjavik drei wichtige Schritte

Von RÜDIGER MONIAC

Der politisch-psychologische Schaden des schließlich vergeblichen Versuchs von Reagan und Gorbatschow in Reykjavik, bei der Rüstungskontrolle von Nuklearwaffen und strategischen Verteidigungssystemen voranzukommen, muß wahrscheinlich als viel größer angesehen werden als die Tatsache, daß vorläufig oder auch auf längere Sicht noch keine Atomsprengkörper und Trägersysteme mittlerer und interkontinentaler Reichweite beider Weltmächte verschrottet werden können.

In den Berichten vom gescheiterten Gipfel wird als entscheidender Grund für dessen Mißlingen die amerikanische Weigerung herausgestellt, die Forschungsphase der Strategischen Verteidigungsinitiative SDI ausschließlich in den Labors stattfinden zu lassen. Das hatte Gorbatschow verlangt, Reagan aber abgelehnt, um dem SDI-Projekt die Testmöglichkeiten auch im Weltraum nicht zu verbauen. In einer ersten Wertung von Reykjavik stehen damit die USA in den Augen vieler leicht als die Blokkierer da, die, wie es ihm erscheint, die angeblich völlig selbstlosen Abrüstungsvorschläge der Sowjets vom Tisch wischten.

Militärisch hat Reykjavik immerhin die Aussicht auf Abrüstung nicht verbaut. Es gibt die beiderseitige Bereitschaft für tiefschneidende Reduzierungen bei den strategischen Nuklearwaffen auf U-Booten, landgestützten Interkontinentalraketen und strategischen Bombern. Und es ist unverkennbar auch Bewegung zu beobachten bei den Systemen mittlerer Reichweite.

Die Sowjetunion hat in Island bei den atomaren Mittelstreckenwaffen (INF) drei wesentliche Schritte getan:

Erstens ist sie nun bereit, die ursprünglich von den USA vorgeschlagene „Null-Lösung" bei Pershing-2-Raketen, Marschflugkörpern und SS-20-Systemen zumindest für die Europa-gerichteten Waffen zu akzeptieren.

Zweitens würde sie auch die INF-Waffen kürzerer Reichweite (unter 1000 Kilometer) „einfrieren" und über deren Verringerung verhandeln wollen. Das ist ein Thema, an dem insbesondere die Bundesrepublik Deutschland ein äußerst starkes Interesse hat.

Drittens schließlich will sie die in *Asien stationierten SS 20 auf 100* Gefechtsköpfe verringern und den USA im Gegenzug die Lagerung von 100 Pershing-2-Raketen auf eigenem Hoheitsgebiet zugestehen. Sie besteht nicht mehr auf der Einbeziehung der britischen und französischen Nuklearwaffen in die amerikanisch-sowjetische Gesamtrechnung. Vor Reykjavik hatte es immer geheißen, Moskau wolle sein östlich des 80. Breitengrades aufgebautes SS-20-Potential von 171 Raketen mit je drei Sprengköpfen nicht angetastet wissen.

Auch wenn beide Staatsführer in Reykjavik unverrichteterdinge auseinandergegangen sind, heißt das nicht, daß der Genfer Abrüstungsdialog zwischen beiden Supermächten nun ins Stocken geraten wäre. Ganz im Gegenteil: Die von Gorbatschow auf dem Island-Gipfel angedeuteten Konzessionen in der Rüstungskontrolle sind jetzt zum Bestandteil der Verhandlungen von Genf geworden. Die Sowjets kämen in die allergrößten Erklärungsschwierigkeiten, wenn sie von den Konzessionen wieder abweichen wollten.

Gesetzt den Fall, es käme auf der Grundlage dieser Konzessionen zu einem Abrüstungsvertrag zumindest bei den Mittelstreckenwaffen (INF). Wie wäre es dann künftig um die militärische Sicherheit der Europäer in der NATO bestellt?

Mit dem Verschwinden von Pershing-2-Raketen und Marschflugkörpern wäre die Fähigkeit des Bündnisses, seine kriegsverhindernde Militärstrategie der flexiblen Reaktion für die Gegenseite glaubwürdig zu erhalten, in einem ganz entscheidenden Punkt geschwächt. Die Allianz würde nicht mehr über Waffensysteme verfügen, mit denen von europäischem Boden aus auf sowjetisches Territorium mit hoher zerstörender Wirkung gezielt werden könnte. Die USA müßten für die kriegsverhindernde Wirkung im Sinne ihrer europäischen Verbündeten ihr strategisches Potential bereitstellen. Dessen Verwendung zur Verhinderung einer bewaffneten Auseinandersetzung in Europa aber wäre aus sowjetischer Sicht nicht so glaubwürdig, wie der mögliche Einsatz amerikanischer Nuklearwaffen von europäischem Boden aus.

Eine weitere Folge der „Null-Lösung" für Europa wäre die Fort-Existenz einer sowjetischen Fähigkeit, mit Raketen kürzerer Reichweite bis 1000 Kilometer alle strategisch entscheidenden Kriegsziele auf NATO-Territorium in Westeuropa weiterhin bedrohen zu können. Das ist eine besondere Bonner Besorgnis. Selbst beim „Einfrieren" dieses sowjetischen Potentials bliebe Moskau genug für einen theoretisch denkbaren militärischen Sieg in Europa. Die jetzt in Reykjavik angekündigte sowjetische Bereitschaft, auch über die Reduzierung dieser Waffen zu verhandeln, sagt noch nichts darüber, daß sie am Ende verschwänden.

Denn die NATO hat – abgesehen vom britischen und französischen Potential – nichts in Verhandlungen da*gegenzusetzen. Schließlich: Gerade* die möglichen Verhandlungen über die Begrenzung sowjetischer und (nicht vorhandener) westlicher Raketen mit Reichweiten unter 1000 Kilometern bergen für die NATO in Europa die Gefahr, ein eigenes Potential zur Raketenabwehr nicht aufbauen zu können. Das insbesondere von Bonn propagierte Konzept einer „erweiterten Luftverteidigung" erfordert die Entwicklung neuer ballistischer Systeme, die sich die Westeuropäer durch amerikanisch-sowjetische Abrüstungsverträge nicht verbauen lassen dürfen.

Michail Gorbatschow unterbrach Tante Marusja

Von R.-M. BORNGÄSSER

Exakt um 22.58 Uhr am Sonntag abend unterbrach das sowjetische Fernsehen sein Programm, das laufende Fernsehspiel „Tante Marusja" wurde abrupt abgebrochen. Eine Schrift flimmerte über den Bildschirm, simultan erklärte ein Sprecher mehrmals, daß man jetzt die Pressekonferenz des Generalsekretärs Michail Gorbatschow aus Reykjavik live übertragen werde.

Den sowjetischen Fernsehzuschauern wurde das Ende dieser larmoyanten Geschichte einer alleinstehenden Alten vorenthalten, die sich für ihre Zöglinge aufopfert und nur Undank erntet. Auch die beliebte Fußballrunde am Sonntagabend entfiel. Statt dessen erlebte man wortgetreu Gorbatschows Gipfel-Erklärung nach dem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan.

„Wir ahnten schon, daß die Gespräche schlecht verlaufen waren, denn die Atmosphäre dieser Pressekonferenz glich von Anbeginn an einer Beerdigung", so urteilte die resolute Hausmeisterin im Ausländerquartier am Kutusovskyprospekt in Moskau. „Aber er fand die richtigen Worte", setzt sie hinzu.

Die Mienen der sowjetischen Politiker – neben Gorbatschow, Schewardnadse und Dobrynin – schienen würdig und gefaßt. Auch die Gorbatschowa, die sonst immer bereitwillig in die Kamera lächelt, saß ernst, mit gefalteten Händen, in der erste Reihe im Pressesaal.

Gorbatschows Rede ließ seine sonst üblichen rhetorischen Offensiven vermissen. Er gab am Ende dieses Treffens kein Schaugefecht für das sowjetische Publikum. Seine Rede-Strategie bewegte sich zwischen Lob („ein großes Treffen"), um dann in heftigen Tadel auszubrechen („Wir sind an neuen Grenzen angelangt") bis zur Unterstellung („Reagan könne nicht frei handeln, weil er von militärisch-industriellen Kreisen seines Landes beherrscht würde") und gipfelte in dem Vorwurf, „daß Reagan mit leeren Händen und leeren Taschen" nach Reykjavik gekommen sei.

Nach der 50minütigen Rede beantwortete der KP-Chef Fragen der angereisten Reporter aus aller Welt. Bevorzugt allerdings die der sowjetischen Journalisten sowie der aus anderen Ostblockstaaten.

Daß die sowjetische Bevölkerung *nur einseitig informiert wurde – auch* am Montag gab es nur Wiederholungen der Aussagen Gorbatschows im Fernsehen und im Rundfunk – spiegelt sich auch in den Umfragen unter Passanten auf dem Kutusovskyprospekt wider.

An diesem grau-windigen Moskauer Oktobertag, die Temperaturen bewegen sich um null Grad, hasten die Menschen wie gewohnt durch die Straßen Moskaus. Nur lustlos beantworten sie die Frage nach der Einschätzung dieses Treffens. So meint die attraktive 28jährige Juristin Larissa: „Selbst die Tatsache, daß es zum Gipfeltreffen gekommen ist, ist das Verdienst der konstruktiven Politik der UdSSR. Sehr schade, daß die Reagan-Administration nicht fähig war, *auf die Idee der militärischen* Überlegenheit zu verzichten und kompromißlose Lösungen zu finden."

Der 50jährige Taxifahrer Jurij, der gegenüber dem Hotel „Ukraina" auf Fahrgäste wartet: „Ich bin nicht überrascht. In der letzten Zeit tat die USA alles mögliche, um die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zu verschärfen und das Treffen zu untergraben." Ein Rentner, der aus dem Milchgeschäft kommt, meint: „Sehr schade, wir hatten Hoffnung. Bei der Verhandlung waren sich die Staatsmänner sehr nahe gekommen."

Auch Rau sieht sich jetzt als Opfer der Informationspolitik des DGB

Sondersitzung in Düsseldorf zur Neuen Heimat / Zöpel: Hinweise auf Mieter-Nachteile

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Die Regierung Rau hat Hinweise, die nach dem Verkauf der Neuen Heimat an den Berliner Bäcker Schiesser „eine rechtlich unzulässige Verschlechterung der Lage der Mieter und anderer Beteiligter erkennen lassen". Dies hat gestern der nordrhein-westfälische Städtebauminister Zöpel in einer Regierungserklärung im Düsseldorfer Landtag betont, der auf Initiative von CDU und FDP zu einer Sondersitzung einberufen worden war.

Zöpel übte indirekt harte Kritik an den „unvollständigen" Informationen der Regierung Rau durch den DGB, der weder vor dem Verkauf der Neuen Heimat noch bei der mit Schiesser vereinbarten Herausnahme der 43 000 NH-Wohnungen an Rhein und Ruhr die Regierung Rau konsultiert habe. Dabei seien nach den Worten Zöpels seine Verhandlungen mit der NH zur Übernahme dieser Wohnungen zum Preis von rund 2,45 Milliarden Mark „in einem fortgeschrittenen, erfolgsversprechenden Stadium" gewesen, bevor der Verkauf an Schiesser weitere Gespräche „blokkiert" habe.

Zöpel stellte vor dem Landtag fest, nach seiner bisherigen „unvollständigen Informationssituation" bleibe das Landesbauvermögen vom Gesellschafterwechsel unberührt, außerdem begründe der Verkauf keine Rechtsbeziehungen der landeseigenen Wohnungsbauförderungsanstalt (WFA) mit der Firma „Die Neue Gesellschaft" (DNG) Schiessers. Dadurch habe kein Schuldnerwechsel stattgefunden, allerdings seien Auswirkungen auf die bilanzielle Bewertung der Forderungen „nicht auszuschließen". Allerdings sei durch den Verkauf die wohnungspolitischen Handlungsmöglichkeit der Regierung Rau „noch begrenzter" geworden, erklärte der Minister. Die Voraussetzungen für eine Übernahme der Wohnungen mit staatlicher Hilfe


Christoph Zöpel: Kein Wechsel der Schuldner FOTO: TEUTOPRESS

in Nordrhein-Westfalen hätten sich „grundlegend verschlechtert".

Der SPD-Politiker, der in der Vergangenheit bei seinen Verhandlungen mit DGB und Neue Heimat den Düsseldorfer Landtag nach Auffassung von CDU und FDP stets spät und unvollständig unterrichtet hatte, appellierte gestern an die Opposition, bei der Lösung der Probleme zu helfen und kündigte an, die Landesregierung werde nur noch tätig werden, wenn im Landtag zuvor „ein breiter Konsens" über Hilfsmaßnahmen gefunden worden war. Die Beobachter waren auch überrascht, daß Zöpel im Gegensatz zum wohnungspolitischen SPD-Sprecher Volkmar Schultz keinerlei Kritik an der Reaktion der Bonner Regierungsparteien auf den Verkauf der Neuen Heimat übte.

Der nordrhein-westfälische CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf, der durch das unglückliche Taktieren des Parlamentarischen CDU-Fraktionsgeschäftsführers Heinz Hardt erst als vierter Redner in der am Nachmittag begonnenen Debatte auftreten konnte, nannte es dann auch „wohltuend", daß die Regierung Rau im Gegensatz zu den Einlassungen des DGB-Vorsitzenden Ernst Breit auf jegliche Angriffe auf die Bundesregierung und jegliche Parteipolemik verzichtet habe.

Die CDU-Opposition begrüße auch die späte Einsicht der Regierung Rau, die Lösung des Problems Neue Heimat jetzt gemeinsam mit den anderen Parteien zu suchen. Jetzt erwarte die Union auch vom DGB die Beendigung des „törichten Versuchs, für die selbstverschuldeten Schwierigkeiten" die Bundesregierung, die Bonner Regierungsparteien und die CDU verantwortlich zu machen. Die Fortsetzung dieses Versuchs müsse jede noch bestehende Möglichkeit zerstören, die entstandenen Probleme zu lösen, erklärte Biedenkopf.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende Achim Rohde fragte in der Debatte, ob die Regierung Rau ihre „Duzfreunde" von der Neuen Heimat nach Recht und Gesetz behandelt oder dem DGB „Beihilfe zur Fahrerflucht" geleistet habe". Der nachsichtige Umgang mit dem größten Schuldner des Landes stimme die Liberalen skeptisch.

Schließlich habe die Landesregierung nur einen Regierungsrat beauftragt, der seit fast zwei Jahren die „Machenschaften" des Gewerkschaftskonzerns zu entwirren versuche, anstatt eine Expertensondergruppe einzusetzen, sagte Rohde, der dieses Verhalten als „schuldhaftes Organisationsversagen" wertete. Ministerpräsident Rau forderte den FDP-Politiker auf, den Rechtstaat nicht nur gegenüber seinen Gegnern, sondern auch gegenüber „seinen Freunden" durchzusetzen.

Der Wahlgang in Bayern brachte eine Reihe von Überraschungen

Die SPD steht vor einem Scherbenhaufen. Fast alle Direktmandate gingen an die CSU

PETER SCHMALZ, München

Die Plakate waren schon gedruckt, einige voreilig in der Wahlnacht sogar geklebt, dann aber rasch wieder abgenommen. „Jetzt eine Mehrheit für Johannes Rau" wollte Münchens SPD ihre Wähler aufmuntern. Doch angesichts der schlimmsten Wahlniederlage seit Bestehen dieser Republik schien den roten Wahlkämpfern ein solcher Satz unangebracht. „Wir stehen vor einem riesigen Scherbenhaufen", schätzte Münchens Oberbürgermeister Georg Kronawitter, einer der letzten sozialdemokratischen Hoffnungsträger im Freistaat, die Lage realistisch ein.

Und Helmut Rüge, als Gast der SPD bei der Wahlparty im Maximilianeum, fand schnell den Grund für die böse Schlappe: „Hiersemann hatte bei seinem Wahlkampf die schlechtere Blasmusik." Doch der Mann ist Kabarettist und deshalb ein Berufs-Schelm, weshalb nicht auszuschließen ist, daß Hiersemanns Waterloo auch bei besseren Pauken und Trompeten nicht zu vermeiden gewesen wäre.

Ein Blick auf das Wahlverhalten in den 105 Stimmkreisen macht wichtigere Gründe deutlich. So mußte Hiersemann den größten Einbruch ausgerechnet in der bayerischen Landeshauptstadt hinnehmen, wo die Genossen nach dem Sieg Kronawitters über den CSU-Oberbürgermeister Kiesl vor zwei Jahren wieder Boden unter den Füßen zu spüren glaubten. Bei der letzten Landtagswahl lag die SPD (42,1) fast gleichauf mit der CSU (43,2), nun aber konnten die Christsozialen ihr Ergebnis entgegen dem Landestrend sogar noch leicht um 0,2 Prozent steigern, während die SPD zehn Prozent einbüßte.

Profitieren konnten davon die Grünen, die in München ihren Anteil um 6,5 Punkte auf 13,3 steigerten, im Universitätsviertel Schwabing sogar auf den Rekord von 19,5 kamen. Hier zeigt sich deutlich, wie wenig es Hiersemann gelungen ist, seine Anti-Atom- und seine Umweltpolitik im linken Wählerspektrum seiner Partei glaubwürdig zu vertreten: Wer ernsthaft aus der Kernkraft aussteigen möchte, der spart sich den Umweg über die Sozialdemokraten und wählt gleich Grün – zumindest im universitär-städtischen Bereich.

Auf dem Land kann sich die SPD dagegen noch als eine bevorzugte Alternative darstellen, wie die Ergebnisse in Schwandorf zeigen: Im Stimmkreis, in dem der Bauplatz der Wiederaufarbeitungsanlage liegt, rutschte die einst führende CSU um fast 15 Prozent auf 35,7, während die SPD um zehn Prozent zulegte und auf 50,9 kam und die Grünen mit 6,5 Prozent ihr letztes Ergebnis um nur einen halben Prozentpunkt verbessern konnten. Ähnlich liegen Gewinne und Verluste in den angrenzenden Stimmkreisen.

In Schwandorf konnte die SPD auch insofern ihren einzigen Erfolg dieser Wahl verbuchen, als es ihrem Kandidaten Dietmar Zierer, einem entschiedenen Gegner der WAA, gelungen ist, der CSU das Direktmandat abzunehmen. Der Trost darüber kann aber nur schwach sein: Von 105 Direktmandaten errang die SPD gerade zwei, die restlichen 103 gingen an die CSU. Besonders schmerzlich für die sozialdemokratischen Wahlmanager ist dabei Prozent- wie Mandatsverlust in den großen Städten. Von den vier Nürnberger Stimmkreisen hielt die SPD bisher drei, seit Sonntag keinen mehr.

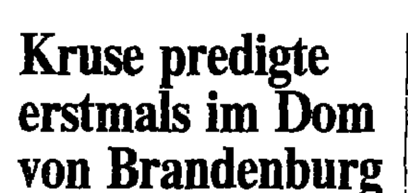
Im Ergebnis vergleichbar, in der Wirkung jedoch wesentlich katastrophaler ist die Situation in München. Dort führten die Genossen bei den Mandaten mit 7:4, seit Sonntag steht es 11:0 für die CSU. Selbst CSU-Generalsekretär Gerold Tandler siegte im traditionell sozialdemokratisch wählenden Münchner Norden mit klarem Vorsprung.

Mit einer nicht ausreichend genug vermittelten Energiepolitik, wie Willy Brandt vermutet, ist diese Stadt-Niederlage allein nicht erklärbar. Hier artikuliert sich auch im Wahllokal ein neues großstädtisches Lebensgefühl, das geprägt ist vom Willen zur Leistung und vom Wunsch zur individuellen Freiheitsgestaltung. Hierauf hat die CSU mit ihrem positiven Werbe-Image („Bei uns in Bayern") ganz offensichtlich die besseren Antworten als eine SPD, die noch immer das Heil sieht in Staatsplanung und Dirigismus von oben.

So deutet sich also das Ende früherer Regeln an, als die CSU draußen im Land die Stimmen holen mußte, die ihr in der Stadtluft verwehrt waren. Wohl ist diese Partei weit entfernt, deshalb die Verankerung im ländlichen Bereich zu verlieren – wenn auch gestern die Zahl der Stimmkreise mit über 70 Prozent schrumpfte –, doch die Bauern zählen nicht mehr zu den unerschütterlichen CSU-Wählern.

Auch der überraschend hohe Erfolg der Republikaner des ehemaligen Fernseh-Journalisten Franz Schönhuber, der mit stark nationalen Tönen aus dem Stand drei Prozent holte, ist ein Hinweis, daß sich die bayerische Regierungspartei ihrer Ränder nicht mehr völlig sicher sein kann. Interessant auch für die Bonner Koalitionsregierung ist nun die Frage, ob Schönhuber auf dieser Erfolgswelle, die ihm eine fette Wahlkampfkostenerstattung bringt, auch zum Bundestag kandidiert. Er selbst zögert noch, doch seine Anhänger bedrängen ihn. Er könnte der Union am rechten Flügel und bei den Vertriebenen unangenehm viele Stimmen wegholen.

Landtagswahlen in Bayern



Kruse predigte erstmals im Dom von Brandenburg

dpa, Berlin

Zum ersten Mal hat der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Bischof Martin Kruse, im Dom in Brandenburg an der Havel gepredigt. Kruse nahm, wie von der Berliner evangelischen Kirche gestern mitgeteilt wurde, an einem Gottesdienst des Domkapiteltages in Brandenburg auf Einladung des ehemaligen Ostberliner Bischofs Albrecht Schönherr teil. Kruse war zuletzt im Sommer Gast bei einem regionalen Kirchentagstreffen in Cottbus und hat zuvor bereits in mehreren Städten in der „DDR", darunter Magdeburg und Frankfurt an der Oder, in Gottesdiensten gepredigt oder auf kirchlichen Veranstaltungen gesprochen.

Politisches Seminar von Jusos und FDJ

dpa, Saarbrücken/Leipzig

Die Entwicklung von Alternativen zur Atomenergie ist Thema eines umweltpolitischen Seminars, zu dem sich die saarländischen Jungsozialisten (Jusos) und die Freie Deutsche Jugend (FDJ) der „DDR" in dieser Woche in Leipzig treffen. Nach Mitteilung der Saar-Jusos ist es das erste Mal, daß die beiden Jugendorganisationen im Rahmen ihres seit fünf Jahren gepflegten Jugendaustausches ein politisches Seminar in der „DDR" veranstalten.

Bürgermeister seines Amtes enthoben

dpa, Dürmentingen

Der Bürgermeister von Dürmentingen (Kreis Biberach), Günther Achtert (CDU), ist vom Biberacher Landrat Wilfried Steuer (CDU) vorläufig seines Amtes enthoben worden. Dem 41jährigen Achtert werden „finanzielle Unregelmäßigkeiten" vorgeworfen, teilte das Landratsamt Biberach gestern mit. Der seit zehn Jahren amtierende Bürgermeister soll sich zum Nachteil der Gemeinde finanziell bereichert und auch Urkundenfälschungen begangen haben.

Die Staatsanwaltschaft Ravensburg bestätigte die Einleitung der Ermittlungen aufgrund einer Anzeige des stellvertretenden Dürmentinger Bürgermeisters Paul. Sie lehnte jedoch eine Stellungnahme ab. Nach Angaben des Landratsamtes wird Achtert unter anderem vorgeworfen, eine Rechnung in Höhe von mehr als 3000 Mark mit Schecks bezahlt zu haben, obwohl die Waren weder bestellt noch geliefert worden seien.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

‚Nicht erneut vierspännig durch die Gesetze fahren!'

Von WILHELM STROBEL

Versagt die Kontrolle der Neuen Heimat erneut? Zeigt das dreifache Kontrollsystem aus Aufsichtsrat, Behörde und Prüfungsverband alte Schwächen neu?

Der Aufsichtsrat hat aufgrund der Neue-Heimat-Satzung eine über das Normalmaß hinausgehende Schlüsselrolle: Er bestellt die Geschäftsführer und steuert sie mit einem Riesenkatalog an Zustimmungsvorbehalten sowie der Auflage, alles Wichtige nach Paragraph 90 Aktiengesetz zu melden. Dies machte den bisherigen Aufsichtsratsvorsitzenden Breit zum


Wirtschafts-Wissenschaftler Prof. Strobel FOTO: SCHÜTZE

eigentlichen Firmenchef und kann einem Nachfolger Schiesser die gleiche Rolle bieten, wenn die Aufsichtsratsmitglieder mitspielen.

Sie müssen am 14. Oktober das seit dem 1. Oktober bestehende „Interregnum" beenden und den neuen Aufsichtsratsvorsitzenden wählen sowie die neuen Geschäftsführer bestellen. Erst damit kann die alte Mannschaft abgelöst sein. Pflichtgemäß hat sich der Aufsichtsrat zu dieser Sitzung von der alten Mannschaft über die Krise und darüber informieren zu lassen, wie es mit einer Konkurs- bzw. Vergleichsantragspflicht gemäß Paragraph 64 GmbH-Gesetz steht.

Wenn das bisherige Gerede und auch das alarmierende ATH-Gutachten stimmt, hat der Aufsichtsrat den neuen Geschäftsführern den Stadtplan für den Weg zum Konkursrichter mitzugeben. Er hat ihnen auch ans Herz zu legen, keine Bilanzfälschung zu treiben und relevante Teile des Konzernkaufvertrags zu übergehen. Der „Eigentümer" Schiesser muß im Rahmen seiner Wahl zum Aufsichtsratsvorsitzenden den Kaufvertrag auf den Tisch legen und von der Runde auf Rechtmäßigkeit überprüfen lassen.

Zusätzliche Auflagen des Wohnungsgemeinnützigkeitsrechts tun ein übriges und machen klar, daß nicht jeder als Geschäftsführer bestellt werden kann. Gleiches gilt für den Aufsichtsratsvorsitzenden. Hier hat der Aufsichtsrat am 14. Oktober jene Weichenstelleraufgabe, um die er sich am 26. September offensichtlich drückte. Er kann der alten Geschäftsführung überdies im Hinblick auf Paragraph 64 GmbH-Gesetz keine Entlastung geben.

Die Hamburger Anerkennungsbehörde beim Bausenator hat die Oberaufsicht über das Ganze mit dem Prüfungsverband als Gehilfen. Ihr muß sofort alles über Aufsichtsrat, Geschäftsführer usw. mitgeteilt werden. Auch hat sie nach dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz ein sehr umfassendes Auskunfts- und Nachprüfungsrecht, das besonders verpflichtet. Wie kläglich diese Behörde versagt hat, ist im Untersuchungsbericht der Hamburger Bürgerschaft nachzulesen. Jetzt beginnt sich das Spiel zu wiederholen, weil zur Anhörung vor einer Woche nicht auf das Erscheinen der alten, noch verpflichteten Mannschaft gedrungen wurde: Diese Altmannschaft einschließlich des alten Aufsichtsratsvorsitzers Breit hätte über alles Klarheit verschaffen können. Die Behörde wußte, daß die neue Mannschaft noch nicht im Amt war und daher nicht kommen konnte, daß die Anhörung also im Sande verlaufen mußte.

Auch die flankierende Behördenebene der Hamburger Staatsanwaltschaft fügt sich in dieses Bild ein. Dabei hätte sie schon seit einiger Zeit dem Vorwurf der Konkursverschleppung nachgehen müssen, da ein entsprechender Vorgang eröffnet wurde (Aktenzeichen 190 JS 160/86) und da der Vorwurf neue Nahrung erhalten hat.

Dem Prüfungsverband als drittem Kontrollglied fehlte offensichtlich die Rückenstütze seitens der Behörde oder gar das Rückgrat. Immerhin ist die Aufstellungsfrist des Jahresabschlusses um über sechs Monate und die Prüfungsfrist dementsprechend um drei Monate überschritten. Der Prüfungsverband darf nicht gemeinsam mit der Firma den Kopf in den Sand stecken aus Angst vor der Konkursantragspflicht. Wenn das Leck bleibt, hat der Prüfungsverband Informations- und Aktivierungsaufgaben bis hin zur Behörde.

Das Kontrollsystem muß sicherstellen, daß die Neue Heimat nicht aufs neue vierspännig durch die Gesetze fährt, auch nicht im Interesse einer abschließenden Genossen- und Kollegenschonung. Dies ist bei der Aufsichtsratssitzung am 14. Oktober 1986 ebenso zu beachten wie beim Bankengespräch am 17. Oktober, mit dem die Bankenkontrollstrenge hinzukommt: Die Banken dürfen nicht mithelfen, daß die Erfüllung der Konkurs- oder Vergleichsantragspflicht nur hinausgeschoben wird, so daß auch fällige Verlustabschreibungen verzögert werden können. Notfalls hat das Aufsichtsamt einzugreifen.

Prof. Dr. Wilhelm Strobel ist Direktor des Seminars für Wirtschaftsprüfung und Steuerwesen der Universität Hamburg.

An der SPD-Basis in Bayern fängt es schon an zu brodeln

lz. München

Rudolf Schöfberger, Bayerns SPD-Chef, und Karl-Heinz Hiersemann, der gescheiterte Spitzenkandidat, hatten das passende Gewand angelegt: In dunklen Anzügen und mit Leichenbittermiene traten sie gestern gemeinsam vor die Presse. Und Schöfberger sagte, was alle schon wußten: „Wir haben die schwerste Niederlage seit 1946 erlitten. Jetzt müssen wir darüber nachdenken, ob wir alles richtig gemacht haben. Auf jeden Fall tritt die bayerische Sozialdemokratie nicht aus der Geschichte aus, wir werden neuen Mut fassen."

Schöfberger, den die eigenen Genossen nicht unbedingt zu den fleißigsten, sicher aber zu den schärfsten innerparteilichen Analytikern zählen, fand auch schon drei Fragezeichen am mißlungenen Wahlkampf, der der SPD magere 27,5 Prozent brachte: Die Warnung vor der „Neuen Armut" (Schöfberger: „Nicht einmal Sozialhilfeempfänger betrachten sich als arm."), die Betonung des freiheitlichen Bayerns („Ob das Abschalten des ‚Scheibenwischers' wirklich eine große Rolle spielte?") und ob die Partei bei „aufgezwungenen Themen" wie Asyl und Neue Heimat richtig reagierte.

Eines haben die führenden Genossen schnell erkannt: Die Einbußen in den Großstädten sind dramatisch, weshalb der Landesvorstand gestern sogleich eine Kommission dagegen einsetzte. Besonders die Jugend will sich Schöfberger „stärker an die Brust nehmen" und will dazu die in der Partei offenbar noch immer beliebte „Opas Versammlung im Hinterzimmer" öffnen, denn „man weiß seit 30 Jahren, daß die nichts mehr bringt".

Bei aller Kritik ist der SPD-Chef überzeugt: „Am Spitzenkandidaten hat es mit Sicherheit nicht gelegen." Auch sich selbst, so hat er schon am Abend zuvor verraten, könne er keinen subjektiven Vorwurf machen. Dem Landesvorstand gefiel's und er sprach beiden Männer das uneingeschränkte Vertrauen aus. Doch an der Basis und vor allem bei den ums Mandat gebrachten Genossen brodelt der Unmut, schon ist die Rede vom lahmen Wahlkampf. Die Auseinandersetzung um den 12. Oktober steht Bayerns SPD offenbar erst noch bevor.

Strauß: Der bedeutendste Wahlerfolg seit Kriegsende

lz. München

Strahlend und zum Scherzen aufgelegt, analysierte der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß gestern das Wahlergebnis. Sein Fazit: „Der bedeutendste Wahlerfolg, den die CSU seit Kriegsende unter diesen Umständen zu verzeichnen hatte. Unsere Stellung ist gestärkt."

Die Umstände, die nach seiner im Landesvorstand wie auch während einer anschließenden Pressekonferenz vorgetragenen Meinung ein um zwei bis drei Prozent höheres Ergebnis verhindert haben, sieht er in Bonn (Landwirtschaftspolitik, „Differenztöne" in der Ostpolitik), wie auch im Land. Hier habe sich vor allem die niedrige Wahlbeteiligung (70,3 gegenüber 78 Prozent vor vier Jahren) bei schönem Herbstwetter ausgewirkt.

Manche, so vermutet Strauß, haben gedacht: „Die brauchen meine Stimme nicht, wenn's eh schon so viele haben." Strauß korrigierte seine erste Einschätzung, die Wahlenthaltungen seien nur zu Lasten der CSU gegangen: In den Großstädten, so der CSU-Chef, gingen Sozialdemokraten aus Ärger über die Neue Heimat nicht zur Wahl.

Ungerührt beobachtet Strauß den Überraschungserfolg der Republikaner, bei denen er deutsch-nationale Untertöne und Schlagworte hört, die ihm aus der Weimarer Republik bekannt sind. Der FDP, die mit nur 3,8 Prozent kläglich gescheitert ist, gibt er dennoch gute Chancen für die Bundestagswahl: „Dann lebt sie von Angstwählern der CDU und CSU." Eine absolute Mehrheit der Unionsparteien sei nicht wahrscheinlich, aber auch nicht auszuschließen.

Der Wahlerfolg sei auch eine Bestätigung der Energiepolitik der CSU, meint Strauß und verweist auf das Ergebnis im Kernkraftwerks-Standort Gundremmingen. Dort sei die SPD „pulverisiert" worden und die CSU habe einen „dramatischen Wahlsieg" errungen. Zum Einzug der Grünen amüsierte sich Strauß: Es werde „viele Auseinandersetzungen innerhalb der Opposition geben um die Zuerkennung der Narrenkappe in der bayerischen Politik". Wie lange er gewillt ist, diesem Treiben zuzusehen, ließ er offen und wich jeder Frage nach einem Wechsel ins künftige Bundeskabinett aus.

München hat die Bonner FDP-Zentrale aufgeschreckt

DIETHART GOOS, Bonn

Ernüchtert haben gestern die Führungsgremien der Freien Demokraten in Bonn das magere FDP-Ergebnis der bayerischen Landtagswahl analysiert. Es sei offensichtlich nicht gelungen, dort den Wählern eigenständige liberale Politik zu vermitteln, wurde in Präsidium und Bundesvorstand kritisch angemerkt. Auch hätten sich außerhalb größerer Städte wieder die bekannten organisatorischen Schwächen der FDP gezeigt. Zwischenzeitlicher Opitimismus führender Liberaler hinsichtlich der FDP-Chancen bei der bevorstehenden Hamburger Bürgerschaftswahl ist neuer Unsicherheit gewichen.

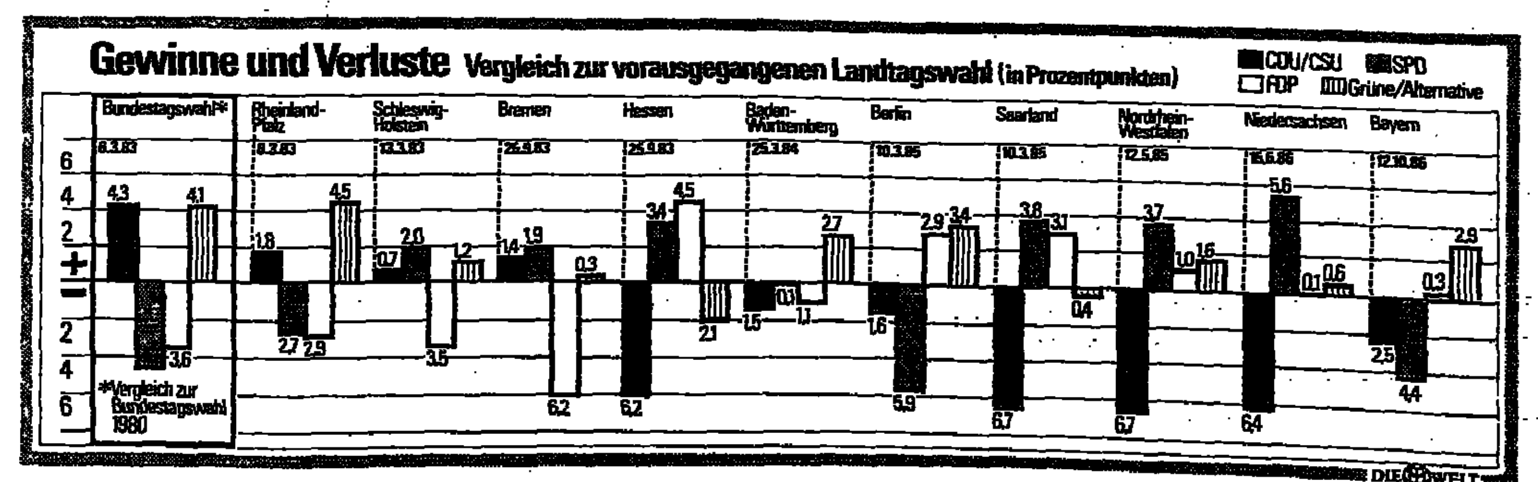
Entäuscht zeigte sich gestern der Hamburger FDP-Landesvorsitzende Professor Ingo von Münch. Am Rande der Bundesvorstandssitzung sagte Münch in einem WELT-Gespräch: „Ich hätte mir ein besserer FDP-Ergebnis in Bayern gewünscht. Denn das hätte uns für die Schlußphase des Hamburger Wahlkampfes einen tüchtigen Schub vermitteln können. Auch wäre es für unser Bemühen, in die Hamburger Bürgerschaft zurückzukehren, ideal gewesen, wenn die Wähler dieses FDP-Ziel am Sonntag bereits in Bayern realisiert hätten."

Auf die Frage, woran die bayerische FDP gescheitert sei, antwortete der Hamburger FDP-Chef: „Es war schwer, den bayerischen Wählern plausibel zu machen, daß die FDP unbedingt gewählt werden muß. Niemand hat daran gezweifelt, daß die absolute Mehrheit der CSU bestätigt wird. Das hätte die FDP nicht verhindern können. Leider stand die Alternative nicht zur Debatte, mit der FDP in der bayerischen Landesregierung künftig liberale Politik durchzusetzen." Auch die niedrige Wahlbeteiligung habe der FDP geschadet.

Negative Rückwirkungen aus Bayern für die Wahlaussichten seiner Partei in Hamburg befürchtet Professor von Münch allerdings nicht. „Unsere Ausgangslage ist ganz anders. In Hamburg besteht die gute Chance, der SPD die absolute Mehrheit streitig zu machen. Denn mit der sozialdemokratischen Politik sind viele Bürger nach den Skandalen und Affären unzufrieden. Wir spüren deutlich den Wunsch nach Änderung der politischen Verhältnisse in Hamburg, das gilt es für uns zu nutzen. Aber wir haben noch fast vier schwere Wochen vor uns."

In der verbleibenden Zeit bis zum 9. November will die FDP nach Ankündigung ihres Landesvorsitzenden in Hamburg einen eigenständigen und argumentativen Wahlkampf – weder in Anlehnung an die SPD noch an die CDU – führen. Die jüngste infas-Umfrage, die der Hamburger FDP nur 3,5 Prozent prophezeite, schreckt Münch nicht. Er verwies auf das Saarland, wo infas der FDP kurz vor der Wahl am 10. März 1983 nur drei Prozent vorhersagte. Tatsächlich erreichten die Liberalen dann aber zehn Prozent Wählerstimmen.

FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann, der für seine Partei in Bayern 5,5 Prozent erwartet hatte, kündigte gestern als Konsequenz aus dem mageren Ergebnis verstärkte Anstrengungen der Freien Demokraten an. „Wir werden unsere Themen offensiver herausstellen und unsere Gemeinsamkeiten mit der CDU unterstreichen. Aber wir werden auch darauf verweisen, daß das Wahlergebnis der SPD in Bayern für die Bundesebene nicht typisch ist."



Scharping will Siegeszuversicht nicht verlieren

Nea. **Mainz**

Die Sozialdemokraten in Rheinland-Pfalz werden angesichts der im Mai kommenden Jahres vorgesehenen Landtagswahl ihr Konzept auch trotz des enttäuschenden Abschneidens der Parteifreunde in Bayern nicht ändern. „Wir wollen also weiter versuchen, Siegeszuversicht auch ohne ein Bündnis mit den Grünen zu vermitteln", betonte der Landesvorsitzende Rudolf Scharping in einem Gespräch mit der WELT.

Auf die Frage, ob die Resultate in Bayern nicht gerade gegen eine solche Konzeption sprächen, antwortet der SPD-Politiker: „Es gibt keine Alternative, wir müssen da durch." Die Lage in Rheinland-Pfalz ist – natürlich mit anderen Zahlenwerten – der in Bayern durchaus vergleichbar: Ein Zwei-Parteien-Parlament mit absoluter CDU-Mehrheit, die Grünen mit guten, die FDP mit unsicheren Chancen, in den Landtag zu kommen.

Scharping ist vor allem durch die „dramatischen Einbrüche in den großen Städten" Bayerns beunruhigt. Für die Verluste, die die SPD gerade hier an die Grünen erlitten hat, sucht der 37jährige SPD-Spitzenkandidat Gründe auch in einer bisher kaum beachteten Richtung: „Ich habe gerade jetzt wieder im Wahlkampf festgestellt, daß die Sozialdemokraten im kommunikativen und kulturellen Umfeld der alternativen Szene praktisch nicht mehr vertreten sind."

Die SPD habe heute auch kein eigenes, beherrschendes Thema mehr wie bei früheren Wahlen. In der Außenpolitik und in der Energiepolitik habe sie Vermittlungsprobleme und gelte bei vielen als „diskreditiert". Vielleicht werde man das Thema soziale Gerechtigkeit künftig stärker betonen. Dennoch hofft Scharping, daß seine Partei bis zur Bundestagswahl und zur rheinland-pfälzischen Landtagswahl wieder Tritt faßt und den „nicht zu leugnenden psychologischen Knick" durch die Bayernwahl überwindet. „Ein sehr wichtiger Unterschied zu Bayern ist: In Rheinland-Pfalz hat die SPD 42 Prozent der kommunalen Mandate inne. Darauf läßt sich doch wohl anders aufbauen."

Gonzales kommt nach Bonn

AFP, **Madrid**

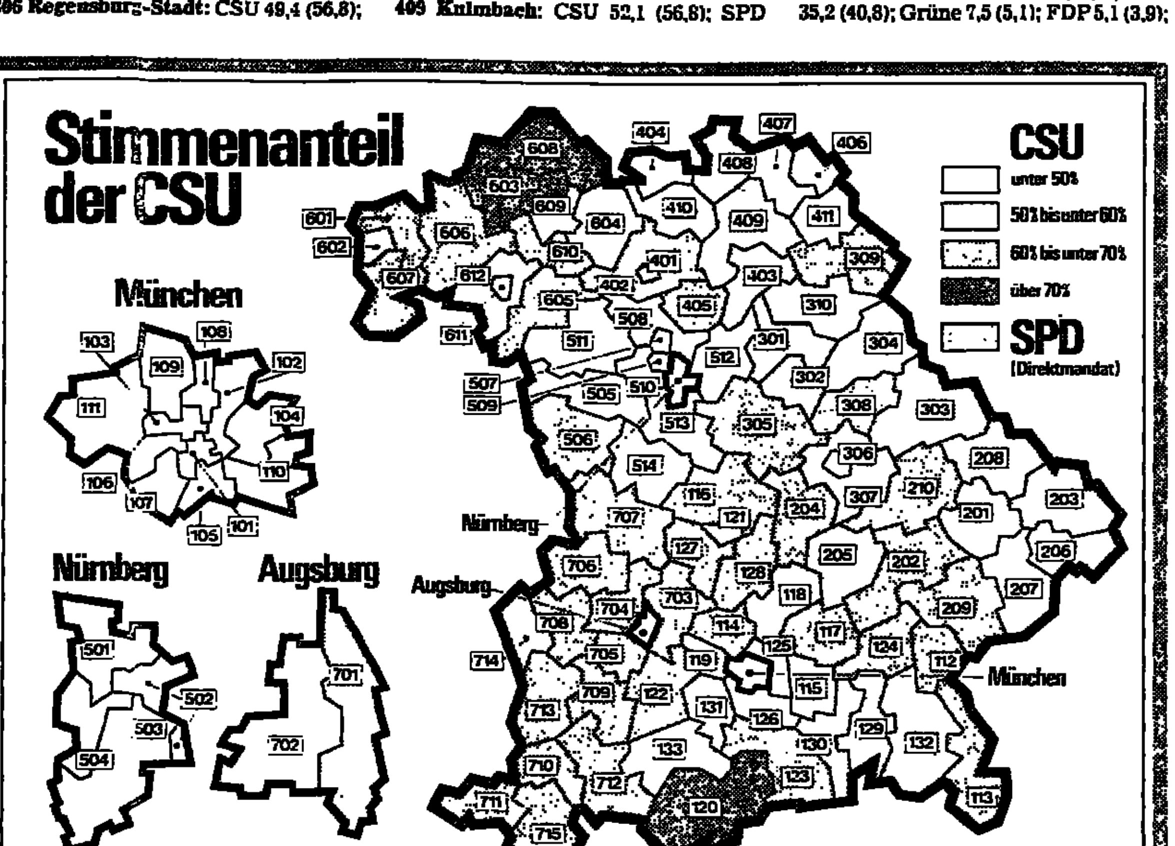
Der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez wird am kommenden Mittwoch in Bonn an einer Konferenz der Führungen der europäischen Mitgliedstaaten der Sozialistischen Internationale (SI) und am 16. und 17. an der SI-Ratssitzung, ebenfalls in Bonn, teilnehmen. Das wurde gestern in Madrid bekanntgegeben. Gonzalez ist Vorsitzender der spanischen „Sozialistischen Arbeiterpartei" (PSOE) und einer der Vizepräsidenten der SI.

Die Einzelergebnisse aus allen 105 bayerischen Stimmkreisen

Die 105 bayerischen Stimmkreise meldeten – nach einer Übersicht von dpa – folgende Wahlergebnisse (in Klammern Ergebnisse der Landtagswahl 1982):

101 München-Altstadt: CSU 40,2 (42,1); SPD 32,6 (42,6); Grüne 17,6 (8,8); FDP 4,7 (3,8); Rep 2,8 (–). Gewählt: Ernst Michl (CSU), bisher Werner Leiss (SPD).
102 München-Schwabing: CSU 38,3 (39,5); SPD 31,2 (42,3); Grüne 19,5 (9,9); FDP 6,5 (5,8); Rep 2,5 (–). Gewählt: Elisabeth Biebl (CSU), bisher Joachim Schmolcke (SPD).
103 München-Nymphenburg: CSU 41,5 (42,1); SPD 32,2 (42,2); Grüne 15,6 (8,1); FDP 5,6 (4,9); Rep 3,2 (–). Gewählt: Erich Schosser (CSU), bisher Hedda Jungfer (SPD).
104 München-Bogenhausen: CSU 44,4 (43,8); SPD 31,5 (41,1); Grüne 11,9 (6,1); FDP 7,2 (6,8); Rep 2,8 (–). Gewählt: Gustav Matschl (CSU) wie bisher.
105 München-Giesing: CSU 42,8 (42,3); SPD 32,7 (43,6); Grüne 12,6 (6,4); FDP 6,4 (5,3); Rep 3,2 (–). Gewählt: Erich Kiesl (CSU), bisher Hans-Günter Naumann (SPD).
106 München-Laim: CSU 44,4 (43,3); SPD 33,7 (43,3); Grüne 11,6 (5,9); FDP 4,9 (4,7); Rep 3,4 (–). Gewählt: Paul Wilhelm (CSU), bisher Max von Heckel (SPD).
107 München-Fürstenried: CSU 45,2 (44,2); SPD 30,8 (40,6); Grüne 12,0 (6,1); FDP 7,5 (6,9); Rep 2,4 (–). Gewählt: Karl Schön (CSU) wie bisher.
108 München-Milbertshofen: CSU 39,3 (38,8); SPD 33,9 (45,1); Grüne 16,8 (8,2); FDP 5,8 (5,6); Rep 3,1 (–). Gewählt: Gerold Tandler (CSU), bisher Jürgen Böddrich (SPD).
109 München-Moosach: CSU 44,2 (43,3); SPD 34,7 (44,7); Grüne 10,9 (5,7); FDP 4,4 (4,0); Rep 3,6 (–). Gewählt: Erwin Stein (CSU), bisher Max Weber (SPD).
110 München-Ramersdorf: CSU 46,6 (45,7); SPD 32,6 (41,7); Grüne 10,2 (5,5); FDP 5,4 (4,8); Rep 3,3 (–). Gewählt: Heinrich Traublinger (CSU), bisher Richard Gütlein (CSU).
111 München-Pasing: CSU 47,3 (47,8); SPD 28,7 (37,2); Grüne 11,3 (6,0); FDP 7,3 (6,8); Rep 3,0 (–). Gewählt: Peter Schmidhuber (CSU) wie bisher.
112 Altötting: CSU 62,4 (68,2); SPD 20,8 (23,7); Grüne 5,4 (3,9); FDP 2,8 (2,9); Rep 7,2 (–). Gewählt: Stefan Jetz (CSU), bisher Friedrich Harrer (CSU).
113 Berchtesgadener Land: CSU 62,0 (67,0); SPD 20,4 (23,4); Grüne 7,0 (4,2); FDP 3,3 (3,2); Rep 4,4 (–). Gewählt: Franz Xaver Werkstetter (CSU) wie bisher.
114 Dachau: CSU 62,7 (61,9); SPD 19,9 (28,5); Grüne 8,3 (4,9); FDP 3,5 (3,6); Rep 3,5 (–). Gewählt: Herbert Huber (CSU) wie bisher.
115 Ebersberg: CSU 56,2 (57,5); SPD 22,0 (30,0); Grüne 10,4 (5,1); FDP 5,9 (5,5); Rep 2,6 (–). Gewählt: Richard Gürteler (CSU) wie bisher.
116 Eichstätt: CSU 66,9 (69,4); SPD 23,1 (24,4); Grüne 4,2 (2,6); FDP 2,2 (2,0); Rep 2,5 (–). Gewählt: Gustl Schön (CSU) wie bisher.
117 Erding: CSU 63,5 (66,5); SPD 18,0 (23,3); Grüne 7,3 (3,9); FDP 4,8 (3,9); Rep 2,9 (–). Gewählt: Jakob Mittermeier (CSU) wie bisher.
118 Freising: CSU 54,3 (60,8); SPD 20,4 (26,4); Grüne 13,0 (5,5); FDP 4,2 (3,7); Rep 3,5 (–). Gewählt: Otto Wiesheu (CSU) wie bisher.
119 Fürstenfeldbruck-Ost: CSU 50,3 (49,3); SPD 28,6 (37,1); Grüne 10,5 (6,0); FDP 5,7 (5,8); Rep 2,7 (–). Gewählt: Manfred Hölzl (CSU), bisher Alfred Seidl (CSU).
120 Garmisch-Partenkirchen: CSU 70,1 (69,9); SPD 15,3 (20,4); Grüne 5,3 (3,3); FDP 3,5 (4,5); Rep 3,1 (–). Gewählt: Max Streibl (CSU) wie bisher.
121 Ingolstadt: CSU 55,9 (56,9); SPD 31,2 (35,3); Grüne 5,8 (3,5); FDP 2,9 (2,8); Rep 3,0 (–). Gewählt: Hermann Regensburger (CSU) wie bisher.
122 Landsberg/Lech-Fürstenfeldbruck-West: CSU 62,0 (63,4); SPD 19,8 (26,3); Grüne 8,7 (4,6); FDP 3,9 (3,8); Rep 2,4 (–). Gewählt: Thomas Goppel (CSU) wie bisher.
123 Miesbach: CSU 60,2 (60,5); SPD 21,7 (27,7); Grüne 7,3 (4,3); FDP 4,4 (5,2); Rep 3,7 (–). Gewählt: Edmund Stoiber (CSU) wie bisher.
124 Mühldorf: CSU 63,8 (67,1); SPD 18,9 (23,6); Grüne 4,8 (3,5); FDP 3,4 (3,6); Rep 6,4 (–). Gewählt: Nikolaus Asenbeck (CSU) wie bisher.
125 München-Land Nord: CSU 47,8 (48,3); SPD 29,7 (37,8); Grüne 10,8 (5,7); FDP 6,8 (6,2); Rep 2,6 (–). Gewählt: Martin Mayer (CSU) wie bisher.
126 München-Land-Süd: CSU 49,8 (49,7); SPD 24,2 (33,6); Grüne 11,6 (6,0); FDP 9,3 (8,4); Rep 2,3 (–). Gewählt: Hermann Zenz (CSU) wie bisher.
127 Neuburg: CSU 68,5 (71,2); SPD 21,4 (22,7); Grüne 4,0 (2,9); FDP 2,1 (2,1); Rep 2,5 (–). Gewählt: Eugen Redwitz (CSU), bisher Richard Keßler (CSU).
128 Pfaffenhofen/Ilm: CSU 67,5 (69,2); SPD 20,2 (24,3); Grüne 5,6 (3,2); FDP 2,6 (2,3); Rep 2,0 (–). Gewählt: Hans Eisenmann (CSU) wie bisher.
129 Rosenheim-Ost: CSU 57,8 (63,0); SPD 20,5 (25,2); Grüne 6,3 (4,2); FDP 3,6 (4,1); Rep 7,6 (–). Gewählt: Adolf Dinglreiter (CSU), bisher Franz Neubauer (CSU).
130 Rosenheim-West: CSU 56,3 (61,3); SPD 23,3 (28,3); Grüne 6,1 (4,0); FDP 3,5 (3,7); Rep 7,3 (–). Gewählt: Josef Heiler (CSU) wie bisher.
131 Starnberg: CSU 52,9 (53,0); SPD 19,7 (28,7); Grüne 12,9 (6,6); FDP 10,3 (9,5); Rep 2,1 (–). Gewählt: Mathilde Berghofer-Weichner (CSU) wie bisher.
132 Traunstein: CSU 58,9 (64,2); SPD 20,6 (24,7); Grüne 6,5 (4,5); FDP 3,1 (3,7); Rep 5,9 (–). Gewählt: Alois Glück (CSU) wie bisher.
133 Weilheim-Schongau: CSU 59,0 (60,1); SPD 25,6 (30,6); Grüne 6,9 (3,8); FDP 2,6 (3,5); Rep 2,1 (–). Gewählt: Peter Widmann (CSU) wie bisher.
201 Deggendorf: CSU 57,1 (70,5); SPD 25,1 (22,6); Grüne 5,0 (3,1); FDP 2,0 (1,8); FVP 7,3 (–). Gewählt: Hans Wallner (CSU), bisher Bartl Kalb (CSU).
202 Dingolfing: CSU 61,8 (67,3); SPD 26,4 (25,4); Grüne 4,9 (3,4); FDP 2,4 (2,3); Rep 1,8 (–). Gewählt: Ewald Lechner (CSU) wie bisher.
203 Freyung-Grafenau: CSU 59,5 (68,5); SPD 22,8 (24,6); Grüne 4,4 (2,9); FDP 1,4 (1,5); FVP 8,0 (–). Gewählt: Alfons Urban (CSU), bisher Georg Loibl (CSU).
204 Kelheim: CSU 61,7 (65,2); SPD 26,4 (27,6); Grüne 4,9 (3,2); FDP 2,8 (2,0); Rep 1,5 (–). Gewählt: Gerhard Merkl (CSU) wie bisher.
205 Landshut: CSU 58,3 (60,0); SPD 22,2 (28,8); Grüne 8,1 (4,3); FDP 4,3 (4,5); Rep 4,4 (–). Gewählt: Herbert Huber (CSU) wie bisher.
206 Passau-Ost: CSU 56,8 (64,2); SPD 28,4 (27,8); Grüne 6,5 (4,2); FDP 3,1 (2,6); Rep 2,0 (–). Gewählt: Gebhard Glück (CSU) wie bisher.
207 Passau-West: CSU 59,6 (65,9); SPD 25,8 (25,9); Grüne 5,8 (4,2); FDP 2,7 (2,4); Rep 2,8 (–). Gewählt: Heinz Pollwein (CSU) wie bisher.
208 Regen: CSU 58,8 (65,5); SPD 26,2 (27,5); Grüne 5,9 (3,5); FDP 1,3 (1,6); FVP 4,7 (–). Gewählt: Josef Niedermayer (CSU) wie bisher.
209 Rottal/Inn: CSU 61,6 (72,2); SPD 18,5 (20,5); Grüne 4,5 (3,1); FDP 9,3 (2,4); FVP 1,7 (–). Gewählt: Herbert Kempfler (CSU) wie bisher.
210 Straubing: CSU 64,3 (68,8); SPD 22,9 (22,3); Grüne 4,2 (3,5); FDP 3,5 (3,4); Rep 1,6 (–). Gewählt: Alfred Dick (CSU) wie bisher.
301 Amberg-Sulzbach-Nord: CSU 53,6 (57,6); SPD 32,8 (33,8); Grüne 6,4 (4,0); FDP 3,1 (3,3); Rep 2,5 (–). Gewählt: Herbert Falk (CSU) wie bisher.
302 Amberg-Sulzbach-Süd: CSU 53,3 (59,2); SPD 32,2 (32,0); Grüne 7,8 (5,2); FDP 1,9 (2,0); Rep 3,0 (–). Gewählt: Wolfgang Dandorfer (CSU) wie bisher.
303 Cham: CSU 56,7 (70,4); SPD 28,0 (20,5); Grüne 5,5 (4,4); FDP 1,9 (3,3); Rep 2,8 (–). Gewählt: Max Fischer (CSU) wie bisher.
304 Nabburg: CSU 56,5 (67,0); SPD 32,9 (25,6); Grüne 3,7 (3,4); FDP 1,6 (1,9); ÖDP 2,4 (1,1). Gewählt: Otto Zeitler (CSU) wie bisher.
305 Neumarkt: CSU 66,6 (73,6); SPD 20,1 (19,4); Grüne 5,7 (3,4); FDP 2,5 (2,0); Rep 1,9 (–). Gewählt: Hans Spitzner (CSU) wie bisher.
306 Regensburg-Stadt: CSU 49,4 (56,8); SPD 31,0 (32,3); Grüne 9,7 (6,0); FDP 3,9 (2,8); Rep 3,0 (–). Gewählt: Peter Weinhofer (CSU), bisher Wilhelm Gastinger (CSU).
307 Regensburg-Land: CSU 54,8 (62,2); SPD 30,2 (29,3); Grüne 6,6 (4,6); FDP 2,6 (2,0); Rep 2,4 (–). Gewählt: Adolf Beck (CSU) wie bisher.
308 Schwandorf: CSU 35,7 (50,0); SPD 50,9 (40,8); Grüne 6,5 (6,0); FDP 1,7 (1,2); Rep 2,7 (–). Gewählt: Dietmar Zierer (SPD), bisher Manfred Humbs (CSU).
309 Tirschenreuth: CSU 60,0 (61,4); SPD 29,7 (31,7); Grüne 4,1 (3,6); FDP 2,6 (2,2); Rep 1,7 (–). Gewählt: Bruno Ponnath (CSU) wie bisher.
310 Weiden: CSU 54,2 (57,8); SPD 34,0 (34,0); Grüne 6,0 (4,2); FDP 2,2 (2,2); Rep 1,5 (–). Gewählt: August Richard Lang (CSU) wie bisher.
401 Bamberg-Stadt: CSU 56,9 (59,1); SPD 25,5 (31,0); Grüne 9,2 (4,7); FDP 3,6 (3,3); Rep 2,4 (–). Gewählt: Paul Wünsche (CSU) wie bisher.
402 Bamberg-Land: CSU 69,2 (72,6); SPD 21,0 (21,5); Grüne 4,1 (2,5); FDP 1,8 (2,0); Rep 1,8 (–). Gewählt: Philipp Vollkommer (CSU) wie bisher.
403 Bayreuth: CSU 51,3 (55,0); SPD 31,2 (37,4); Grüne 6,7 (3,3); FDP 3,0 (2,0); Rep 6,9 (–). Gewählt: Simon Nüssel (CSU) wie bisher.
404 Coburg: CSU 47,7 (47,4); SPD 38,1 (44,1); Grüne 5,7 (3,4); FDP 3,3 (4,0); Rep 4,3 (–). Gewählt: Siegfried Möslein (CSU) wie bisher.
405 Forchheim: CSU 64,7 (66,5); SPD 21,2 (25,6); Grüne 6,4 (3,5); FDP 3,1 (3,0); Rep 2,3 (–). Gewählt: Walter Hofmann (CSU) wie bisher.
406 Hof-Ost: CSU 52,7 (53,0); SPD 36,6 (40,6); Grüne 4,6 (3,3); FDP 1,6 (1,8); Rep 3,2 (–). Gewählt: Klaus Kopka (CSU) wie bisher.
407 Hof-West: CSU 49,4 (49,2); SPD 41,6 (45,2); Grüne 4,4 (3,0); FDP 1,6 (1,6); Rep 2,2 (–). Gewählt: Georg von Waldenfels (CSU) wie bisher.
408 Kronach: CSU 54,8 (56,2); SPD 37,7 (39,3); Grüne 3,6 (2,5); FDP 1,2 (1,4); Rep 2,0 (–). Gewählt: Rudi Daum (CSU) wie bisher.
409 Kulmbach: CSU 52,1 (56,8); SPD 34,7 (37,5); Grüne 4,8 (2,4); FDP 1,8 (1,7); Rep 5,4 (–). Gewählt: Dieter Heckel (CSU), bisher Herbert Hofmann (CSU).
410 Lichtenfels: CSU 57,6 (59,7); SPD 32,1 (34,8); Grüne 4,3 (2,3); FDP 2,4 (2,3); Rep 2,3 (–). Gewählt: Walter Grossmann (CSU) wie bisher.
411 Wunsiedel: CSU 46,1 (45,9); SPD 44,2 (47,6); Grüne 4,4 (3,4); FDP 1,6 (1,8); Rep 2,4 (–). Gewählt: Willi Müller (CSU), bisher Kurt Gebhardt (SPD).
501 Nürnberg-Nord: CSU 42,9 (43,2); SPD 37,5 (45,6); Grüne 11,2 (6,1); FDP 3,5 (3,1); Rep 3,0 (–). Gewählt: Günther Beckstein (CSU), bisher Rolf Langenberger (SPD).
502 Nürnberg-Ost: CSU 46,1 (46,2); SPD 33,2 (41,0); Grüne 10,9 (6,5); FDP 5,0 (4,6); Rep 3,0 (–). Gewählt: Sieghard Rost (CSU) wie bisher.
503 Nürnberg-Süd: CSU 44,5 (43,4); SPD 39,0 (46,7); Grüne 8,2 (5,0); FDP 3,4 (3,2); Rep 3,3 (–). Gewählt: Karl Freller (CSU), bisher Gerda-Maria Haas (SPD).
504 Nürnberg-West: CSU 43,9 (42,7); SPD 38,8 (47,6); Grüne 8,5 (5,2); FDP 3,1 (2,7); Rep 3,7 (–). Gewählt: Heinz Leschanowsky (CSU), bisher Toni Schimpl (SPD).
505 Ansbach-Nord: CSU 54,2 (59,3); SPD 27,4 (29,7); Grüne 7,0 (4,8); FDP 4,6 (4,1); Rep 4,9 (–). Gewählt: Hans Maurer (CSU) wie bisher.
506 Ansbach-Süd: CSU 63,6 (68,3); SPD 21,5 (22,5); Grüne 5,7 (3,9); FDP 3,7 (4,4); Rep 4,0 (–). Gewählt: Friedrich Bauereisen (CSU) wie bisher.
507 Erlangen-Stadt: CSU 46,3 (44,1); SPD 31,9 (42,3); Grüne 11,7 (7,2); FDP 6,2 (4,9); Rep 2,3 (–). Gewählt: Wilhelm Vorndran (CSU) wie bisher.
508 Erlangen-Land: CSU 53,8 (54,2); SPD 29,0 (36,1); Grüne 7,1 (4,7); FDP 4,5 (4,0); Rep 4,1 (–). Gewählt: Christoph Maier (CSU) wie bisher.
509 Fürth-Stadt: CSU 41,2 (41,8); SPD 40,7 (48,0); Grüne 8,0 (5,1); FDP 4,5 (3,3); Rep 4,4 (–). Gewählt: Günter Hefele (SPD), bisher Walter Dorsch (SPD).
510 Fürth-Land: CSU 46,7 (48,9); SPD 35,2 (40,8); Grüne 7,5 (5,1); FDP 5,1 (3,9); Rep 4,2 (–). Gewählt: Günter Gabsteiger (CSU), bisher Hans Tauber (CSU).
511 Neustadt-Bad Windsheim: CSU 58,3 (64,4); SPD 24,1 (26,2); Grüne 6,8 (4,0); FDP 3,7 (3,5); Rep 5,1 (–). Gewählt: Karl Hillermeier (CSU) wie bisher.
512 Nürnberger Land: CSU 47,2 (51,2); SPD 34,4 (39,3); Grüne 8,3 (4,3); FDP 3,6 (3,6); Rep 5,2 (–). Gewählt: Anton Dobmeier (CSU) wie bisher.
513 Roth: CSU 58,5 (60,2); SPD 27,0 (31,2); Grüne 7,5 (4,5); FDP 3,1 (3,0); Rep 2,8 (–). Gewählt: Manfred Weiß (CSU) wie bisher.
514 Weißenburg-Gunzenhausen: CSU 55,8 (60,0); SPD 29,4 (30,9); Grüne 6,6 (3,8); FDP 3,7 (3,7); Rep 3,1 (–). Gewählt: Rudolf Klinger (CSU), bisher Ewald Lechner (CSU).
601 Aschaffenburg-Ost: CSU 60,1 (60,5); SPD 28,7 (32,2); Grüne 6,4 (4,5); FDP 2,1 (1,0); Rep 1,7 (–). Gewählt: Karl Lautenschläger (CSU) wie bisher.
602 Aschaffenburg-West: CSU 54,9 (53,3); SPD 31,6 (37,9); Grüne 7,7 (5,2); FDP 2,6 (2,5); Rep 1,9 (–). Gewählt: Hermann Leeb (CSU) wie bisher.
603 Bad Kissingen: CSU 70,2 (71,1); SPD 18,7 (22,9); Grüne 4,3 (1,6); FDP 3,3 (3,3); Rep 2,0 (–). Gewählt: Herbert Neder (CSU) wie bisher.
604 Hassberge: CSU 59,5 (61,4); SPD 24,0 (28,7); Grüne 5,0 (3,3); FDP 8,0 (5,6); Rep 2,5 (–). Gewählt: Albert Meyer (CSU) wie bisher.
605 Kitzingen: CSU 60,5 (61,8); SPD 24,5 (28,9); Grüne 5,3 (4,1); FDP 3,9 (3,4); Rep 2,9 (–). Gewählt: Franz Brosch (CSU) wie bisher.
606 Main-Spessart: CSU 62,1 (63,7); SPD 26,9 (28,9); Grüne 4,9 (3,9); FDP 2,1 (2,4); Rep 2,3 (–). Gewählt: Eberhard Sinner (CSU) bisher Walter Zeißner (CSU).
607 Miltenberg: CSU 61,9 (61,9); SPD 27,0 (30,5); Grüne 5,9 (4,2); FDP 2,0 (2,5); Rep 2,1 (–). Gewählt: Ludwig Ritter (CSU) wie bisher.
608 Rhön: CSU 71,4 (72,9); SPD 17,6 (20,7); Grüne 4,4 (3,1); FDP 3,2 (2,3); Rep 2,0 (–). Gewählt: Johann Böhm (CSU) wie bisher.
609 Schweinfurt-Nord: CSU 51,8 (51,6); SPD 35,2 (39,4); Grüne 6,1 (3,8); FDP 3,1 (3,4); Rep 2,3 (–). Gewählt: Wilhelm Baumann (CSU) wie bisher.
610 Schweinfurt-Süd: CSU 63,7 (67,4); SPD 22,0 (25,2); Grüne 6,0 (3,7); FDP 2,9 (2,5); Rep 4,1 (–). Gewählt: Karl-Heinz Naetscher (CSU) wie bisher.
611 Würzburg-Stadt: CSU 52,0 (51,1); SPD 30,2 (37,5); Grüne 9,5 (5,7); FDP 4,9 (4,2); Rep 1,7 (–). Gewählt: Walter Eykmann (CSU) wie bisher.
612 Würzburg-Land: CSU 55,9 (56,8); SPD 30,2 (34,8); Grüne 6,7 (4,3); FDP 4,1 (2,9); Rep 1,5 (–). Gewählt: Christian Will (CSU) wie bisher.
701 Augsburg-Stadt-Ost: CSU 51,1 (49,7); SPD 31,5 (38,1); Grüne 9,3 (6,5); FDP 3,0 (3,3); Rep 3,1 (–). Gewählt: Johann Marxreiter (CSU) wie bisher.
702 Augsburg-Stadt-West: CSU 49,9 (51,4); SPD 32,8 (38,1); Grüne 8,9 (6,1); FDP 3,0 (2,8); Rep 3,1 (–). Gewählt: Albert Schmid (CSU) wie bisher.
703 Aichach: CSU 64,8 (69,7); SPD 18,2 (21,5); Grüne 6,3 (4,6); FDP 2,5 (2,9); Unabh. 4,8 (–). Gewählt: Georg Fendt (CSU) wie bisher.
704 Augsburg-Land-Nord: CSU 61,7 (64,0); SPD 23,9 (26,5); Grüne 7,0 (4,9); FDP 3,3 (3,0); Rep 2,4 (–). Gewählt: Max Strehle (CSU) wie bisher.
705 Augsburg-Land-Süd: CSU 62,5 (64,6); SPD 22,7 (26,5); Grüne 7,3 (5,1); FDP 3,6 (2,7); Rep 2,3 (–). Gewählt: Karl Vogele (CSU) wie bisher.
706 Dillingen: CSU 63,9 (63,2); SPD 21,2 (25,8); Grüne 5,5 (4,4); FDP 4,8 (5,8); Rep 2,5 (–). Gewählt: Otto Meyer (CSU) wie bisher.
707 Donau-Ries: CSU 66,8 (66,0); SPD 23,6 (26,5); Grüne 5,6 (4,1); FDP 2,0 (2,6); Rep 0,7 (–). Gewählt: Anton Jaumann (CSU) wie bisher.
708 Günzburg: CSU 65,2 (67,0); SPD 22,5 (25,4); Grüne 5,7 (4,0); FDP 2,5 (2,4); Rep 1,0 (–). Gewählt: Hans Maier (CSU) wie bisher.
709 Kaufbeuren: CSU 64,5 (67,8); SPD 17,9 (21,5); Grüne 6,2 (4,6); FDP 3,9 (3,8); Rep 3,1 (–). Gewählt: Erwin Seitz (CSU) wie bisher.
710 Kempten: CSU 60,2 (61,6); SPD 21,2 (27,6); Grüne 7,2 (5,6); FDP 3,9 (4,2); Rep 3,9 (–). Gewählt: Paul Diethei (CSU) wie bisher.
711 Lindau: CSU 63,2 (64,0); SPD 18,9 (24,3); Grüne 9,8 (6,5); FDP 3,5 (4,1); Rep 2,7 (–). Gewählt: Franz Heubl (CSU) wie bisher.
712 Marktoberdorf: CSU 65,2 (69,9); SPD 16,7 (19,8); Grüne 6,2 (4,8); FDP 4,3 (3,5); Rep 4,0 (–). Gewählt: Richard Wengenmeier (CSU) wie bisher.
713 Memmingen: CSU 64,0 (68,1); SPD 22,6 (23,1); Grüne 5,4 (4,6); FDP 3,2 (2,9); Rep 1,7 (–). Gewählt: Josef Miller (CSU), bisher Rudolf Kluger (CSU).
714 Neu-Ulm: CSU 54,3 (55,4); SPD 30,5 (33,5); Grüne 7,8 (5,9); FDP 3,5 (4,0); Unabh. 1,2 (–). Gewählt: Franz Ihle (CSU), bisher Karl Häußler (CSU).
715 Sonthofen: CSU 65,0 (65,0); SPD 19,4 (24,4); Grüne 7,3 (5,1); FDP 3,2 (3,5); Rep 2,8 (–). Gewählt: Alfons Zeller (CSU) wie bisher.

Rep = Die Republikaner; FVP = Freiheitliche Volkspartei; ÖDP = Ökologisch-Demokratische Partei.



„Argentinien hat Anspruch auf Falklands"

AFP, Buenos Aires

Den Anspruch Argentiniens auf die Falkland-Inseln hat die 76. Konferenz der Interparlamentarischen Union (IPU) in Buenos Aires bekräftigt. Außerdem forderte sie Argentinien und Großbritannien zur Wiederaufnahme von Verhandlungen auf und sprach sich für die Entmilitarisierung des Archipels aus.

Die Falkland-Resolution wurde auf der jetzt zu Ende gegangenen Konferenz, an der rund 100 Länder teilgenommen hatten, mit 608 Stimmen angenommen. 144 Parlamentarier – darunter die Vertreter Mittelamerikas und der EG-Länder – enthielten sich der Stimme, während 157 dagegen stimmten, darunter alle britischen Delegierten. Diese erklärten gleichwohl, sie würden sich weiter für eine Annäherung zwischen ihrem Land und Argentinien im Hinblick auf eine Lösung des Konfliktes einsetzen. Die auf Entkolonisierung ausgerichtete Resolution zielt neben der Falkland-Frage auch auf eine „Förderung" der Unabhängigkeit Namibias und auf die Abschaffung der Apartheid in Südafrika ab.

Wie ferner bekannt wurde, ist die nicaraguanische Hauptstadt Managua durch geheime Abstimmung zum Ort der IPU-Konferenz im kommenden Jahr bestimmt worden. Managua erhielt den Vorzug vor Lissabon.

Indien sperrt sich gegen Kontrolle durch USA

Washington fürchtet Sowjet-Zugang bei Computer-Lieferung

PETER DIENEMANN, Neu-Delhi

„Ein voller Erfolg", kommentieren US-Diplomaten den viertägigen Indien-Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Caspar Weinberger, „ein historisches Ereignis", meint gar die indische Presse.

Doch ob Indiens Premier Rajiv Gandhi, der 90 Minuten lang mit dem Amerikaner unter vier Augen sprach, tatsächlich mit dem Ergebnis dieses Besuches voll zufrieden sein kann, ist fraglich.

„Angenehm und produktiv", charakterisierte Weinberger diesen Meinungsaustausch. Doch wieder einmal hat die Führungsnation der Dritten Welt, als die sich Indien versteht, den USA deutlich gemacht, daß sie nicht bereit ist, einen politischen Preis oder US-Kontrolle für amerikanische Hochtechnologie zu zahlen.

Zwar wurde mit dem Besuch Weinbergers endgültig das indisch-amerikanische Geschäft über die Lieferung von 404 Düsentriebwerken für das künftige leichte Kampfflugzeug der indischen Luftwaffe – in Entwicklung für die 90er Jahre – abgeschlossen, doch verhielt sich Weinberger zurückhaltend bei direkten Waffenlieferungen an Indien.

Dem Wunsch der indischen „Geschäftspartner" – „wir wollen das Beste, was es auf der Welt gibt" – kamen die USA jedoch entgegen: Weinberger stimmte einem Geschäft über Waffensysteme und -technologie direkt von amerikanischen Herstellern zu. „Lizenzproduktion" oder „Produktion indischer Rüstungsgüter mit amerikanischem Know-how" heißt das in indischem Klartext.

In harter Währung

Bezahlt werden muß in harter Währung. Dies gilt auch für „Fertiggüter" wie Patrouillenboote für die Küstenwache, ein Radar-System für die geplante Raketen-Abschußbasis im Bundesstaat Orissa. Navigationssysteme und möglicherweise auch C-130 Transportflugzeuge, die die USA Indien liefern werden. Der geringe indische Bedarf würde eine Lizenzproduktion freilich nicht rechtfertigen.

In der für die Inder sehr wichtigen Frage, dem Verkauf von drei amerikanischen Supercomputern für die Wetterbeobachtung, zeigte sich Weinberger freilich zurückhaltend. Die Computer der letzten Generation – geeignet für Verteidigungszwecke – sollen nach amerikanischem Wunsch von US-Kontrolleuren überwacht werden, damit Technologie und aus ihnen gewonnene Erkenntnisse nicht in sowjetische Hände geraten.

Brücke zu Moskau bleibt

Trotz amerikanischer Versicherung „wir wollen helfen, wo immer es möglich ist" und dem indischen Wunsch nach Hochtechnologie im Rüstungsbereich, die nur die USA oder westeuropäische Länder liefern können, besteht die seit 1971 geschlagene Brücke zwischen Moskau und Neu-Delhi im Bereich Rüstung weiter.

Rund 80 Prozent des indischen Rüstungsmaterials stammt aus der Sowjetunion, die sich bis vor wenigen Jahren damit zufrieden gab, daß die Inder die Waffen in indischen Rupien bezahlten. Auch gegen einen Technologie-Transfer hatte Moskau bisher keine Einwände.

So liefert die Sowjetunion Indien künftig mit der MiG-29 jenes Kampfflugzeug, das bisher den Staaten des Warschauer Pakts unzugänglich blieb und das bei den sowjetischen Streitkräften noch in Erprobung ist. U-Boote der „Kilo"-Klasse werden Indien nicht nur geliefert, sondern künftig auch hier gebaut. Indien wird – auch wenn es langfristig Rüstungsabkommen mit Moskau nicht mehr verlängern sollte – noch über Jahrzehnte hinaus von sowjetischen Ersatzteillieferungen abhängig sein – trotz Eigenproduktion.

„Die USA", so meinen Offizielle des Verteidigungsministeriums, „haben sich in der Vergangenheit als unzuverlässige Partner erwiesen."

Diplomatisch verbrämt lobt Weizsäcker die Wirtschaftsreformen der Ungarn

Erstmals besucht ein deutsches Staatsoberhaupt Budapest / Gute bilaterale Beziehungen

C. G. STRÖHM, Budapest

„Endlich mal ein Staatsbesuch, der uns Ungarn wirklich etwas bringt. Die Deutschen sind doch das tüchtigste Volk in Europa. Der Präsident der Bundesrepublik kommt sicher nicht mit leeren Händen zu uns." Der Mann aus dem Volk, der an der Ecke des Budapester Kossuth-Platzes stand, als die Wagenkolonne mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und dem ungarischen Staatsoberhaupt Pal Losonczi zum Parlamentsgebäude einbog, mag die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten eines deutschen Präsidenten vielleicht ein wenig überschätzen. Was dieser Zuschauer bei der offiziellen Begrüßungszeremonie aber sagte, entspricht ziemlich genau der Stimmung in der ungarischen Bevölkerung. Der deutsche Bundespräsident ist nicht nur bei den offiziellen Gastgebern, sondern auch im einfachen Volk sehr willkommen.

Vor dem imposanten neugotischen Parlamentsgebäude wehten ungarische und deutsche Fahnen. Eine Ehrenkompanie spielte das Deutschlandlied und die traditionelle ungarische Nationalhymne, deren Text auch unter der kommunistischen Volksrepublik mit den Worten beginnt: „Gott schütze die Magyaren."

So begann bei strahlendem Wetter der erste Besuch eines deutschen Staatsoberhaupts auf ungarischem Boden. Die ungarischen Gastgeber, die durch den negativen Verlauf des Reykjavik-Gipfels ein wenig beunruhigt sind, wollen offenbar mit dem Weizsäcker-Besuch die demonstrative Serie west-östlicher Annäherungsversuche hier in Budapest fortsetzen. Vielleicht gewinnt gerade jetzt die seinerzeit von den Ungarn verbreitete These neue Bedeutung, wonach die mittleren und kleineren Staaten in Ost und West eine „besondere Rolle" spielen sollten – und zwar gerade dann, wenn der Dialog der Supermächte ins Stocken gerät.

Hier an der Donau erscheint der Weizsäcker-Besuch als Fortsetzung und Höhepunkt einer ganzen Serie von ungarischen Kontakten mit dem Westen. So hielt sich gerade erst die niederländische Königin Beatrix in der ungarischen Hauptstadt auf. Ferner hat der römische Kardinal und Rektor der Gregorianischen Universität, Paulus Poupon, gemeinsam mit der Ungarischen Akademie der Wissenschaften erst eine Dialog-Konferenz zwischen Christen und Marxisten veranstaltet.

Von Kadar selber heißt es, er wolle demnächst in die USA reisen, um sich dort mit Präsident Reagan zu treffen. Ob dieser Plan sich angesichts des negativen Ausgangs des Vorgipfels in Island noch in absehbarer Zeit realisieren läßt, ist allerdings zweifelhaft. Auch ist noch nicht ganz klar, ob es heute programmgemäß zur Begegnung Kadars mit dem Bundespräsidenten – als Ort vorgesehen ist der Belgrad-Saal des Parlaments mit seiner berühmten Inschrift: „Ungarn ist die Vormauer der Christenheit" – kommen wird, falls der Parteichef etwa zu einem Ostblock-Gipfel mit Gorbatschow abreisen müßte.

So stammen die einzigen leichten Schatten, die auf dieser ungarisch-deutschen Begegnung liegen, aus dem Bereich der Weltpolitik – während sich die bilateralen Beziehungen beider Länder erstaunlich gut entwickeln. Deshalb fand Weizsäcker an seinem ersten Abend für seine Gastgeber Worte, wie sie eigentlich bei Staatsbesuchen und Staatsbanketts sonst fast nie gesprochen werden.

„Deutsche und Ungarn sind sich im Herzen nahe", sagte der Bundespräsident am Schluß seiner Tischrede. Vorher hatte er den „fruchtbaren politischen Dialog" sowie das „wertvolle Klima des Vertrauens" betont, das heute zwischen Bonn und Budapest herrsche. Eine Million Touristen aus der Bundesrepublik, die in diesem Jahr Ungarn besuchen – und Bonn als der mit Abstand wichtigste westliche Handelspartner (und der zweitwichtigste Handelspartner überhaupt) gilt, waren weitere Argumente in der Ansprache des deutschen Gastes.

Mit Ungarns Staatsoberhaupt Pal Losonczi schreitet Richard von Weizsäcker die Ehrengarde ab FOTO: AP

Die Ungarn registrierten aufmerksam das diplomatisch verbrämte Lob Weizsäckers für ihre Wirtschaftsreform („die ungarische Wirtschaftspolitik hat weitsichtige Voraussetzungen für die enge industrielle Zusammenarbeit beider Länder geschaffen").

Einer Nation, die auch unter kommunistischer Herrschaft ihr nationales Selbstbewußtsein bewahrte, klangen die Worte des Gastes wohltuend in den Ohren, wonach die „freundschaftliche Verbundenheit zwischen Deutschen und Magyaren in mehr als einem Jahrtausend gemeinsamer Geschichte in der Mitte Europas wurzelt".

Auch die Waffenbrüderschaft wurde – wenn auch nur indirekt – angesprochen, als Weizsäcker erwähnte, Deutsche und Ungarn hätten zum letzten Mal im Jahr 1030 gegeneinander zu den Waffen gegriffen, und als er daran die Frage knüpfte: „Welche anderen Völkers Europas können dies angesichts der blutigen Geschichte unseres Kontinents sonst noch verzeichnen?"

Überraschender Rückschlag für Papandreou

E. A., Athen

Mit einem nahezu sensationellen Ergebnis sind die griechischen Kommunalwahlen ausgegangen: Die Kandidaten der seit 1981 in der Opposition befindlichen Bürgerlichen Partei „Neue Demokratie" haben in fast allen Großstädten den ersten Platz errungen und die in den letzten fünf Jahren immer wieder siegreichen Sozialisten von Ministerpräsident Andreas Papandreou in die Defensive gezwungen. Vor allem in den drei größten Städten Griechenlands – Athen, Piräus und Saloniki – schnitten die bürgerlichen Kandidaten unerwartet gut ab. In der Landeshauptstadt hat der frühere Industrie- und Finanzminister Miltiades Evert, der sich seit einiger Zeit um den Vorsitz seiner Partei bemüht, knapp 45 Prozent der Stimmen erhalten und den seit acht Jahren regierenden sozialistischen Bürgermeister Beis mit etwas mehr als 29 Prozent auf Platz 2 verwiesen. Etwa 21 Prozent der Stimmen entfielen auf die zwei kommunistischen Parteien.

Politisch wichtiger ist allerdings die Tatsache, daß diese Trendwende zugunsten des bürgerlichen Lagers auch auf dem Lande eindeutig bestätigt wurde. In zahlreichen Hochburgen der Sozialisten, etwa in Nordgriechenland und auf der Insel Kreta, erlitt die regierende Pasok-Partei beachtliche Niederlagen. Der Grund für diesen Rückschlag dürfte die rigorose Sparpolitik sein, die die Regierung seit der jüngsten Parlamentswahl anwendet. Ministerpräsident Papandreou hatte offenbar von Anfang an diesen ungünstigen Wahlausgang geahnt und daher absichtlich versucht, diesem Urnengang jede politische Bedeutung zu nehmen. Ihm nahestehende Zeitungen ließen sich allerdings von dieser Einstellung nicht beirren und sprachen bereits gestern von einem ernstzunehmenden „Alarmsignal" an die Sozialisten.

Eine erste Wahlanalyse zeigt, daß die Kommunisten, die bisher mit Streiks und Demonstrationen am heftigsten gegen den Austerity-Kurs der Sozialisten reagiert hatten, von deren Popularitätsverfall kaum profitiert haben. Alle Stimmen sind eben zu den Konservativen abgewandert oder zurückgekehrt. Dennoch sind die Kommunisten aufgrund des griechischen Wahlrechts zu einem Zünglein an der Waage geworden: Weil in kaum einer größeren Stadt ein Kandidat die am ersten Wahlsonntag erforderliche absolute Mehrheit erhalten hat, wird die Haltung der Kommunisten bestimmen, ob bei der Stichwahl am kommenden Sonntag, an der die zwei erfolgreichsten Kandidaten in jeder Stadt teilnehmen, ein Konservativer oder ein Sozialist in das Rathaus einziehen wird. (SAD)

Neue Verfassung fordert atomfreie Philippinen

Amtszeit des Präsidenten wird auf sechs Jahre beschränkt

JOCHEN HEHN, Hongkong

Die Philippinen haben eine neue Verfassung. Mit sechswöchiger Verspätung einigte sich die Verfassungskommission (Concom) auf einen Text, der die revolutionäre Regierung von Staatspräsidentin Corazon Aquino nachträglich legitimiert.

Die Einigung auf die neue Verfassung – die vierte nach 1935 – kam nicht einstimmig zustande. Zwei Mitglieder der 47 Mitglieder zählenden Kommission verweigerten dem Papier aus formalen Gründen die Unterschrift. Die Verfassung sei ihnen „zu langatmig und wortreich". Das Verfassungspapier wird morgen Frau Aquino überreicht, die es im Januar der Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen wird.

Die Beratungen waren alles andere als reibungslos. Mehrmals drohten Mitglieder der von Frau Aquino ernannten Kommission, die in einen mehrheitlichen konservativen und einen „nationalistischen" Block gespalten war, ihre Mitarbeit aufzukündigen. Doch machte nur ein Concom-Mitglied seine Drohung wahr.

In den wesentlichen Punkten der neuen Verfassung haben sich die Concom-Mitglieder von den Erfahrungen der Vergangenheit leiten lassen. Die Verfassung begrenzt die Regierungszeit des Staatsoberhaupts auf sechs Jahre und schließt eine Wiederwahl aus. Der von Frau Aquino im Februar in einer unblutigen Revolution entthronte Präsident Ferdinand Marcos hatte fast 20 Jahre lang mit diktatorischen Vollmachten regiert.

Die Philippinen sind eine präsidiale Republik. Die Volksvertretung, der Kongreß, besteht aus zwei Kammern. Er war 1972 bei der Ausrufung des Kriegsrechts von Marcos abgeschafft worden. Auch dies soll nicht mehr möglich sein. Die Volksvertretung muß bei einer Verhängung des – auf 60 Tage begrenzten – Kriegsrechts funktionsfähig bleiben.

Die neue Verfassung gestattet es der Regierung, mit den USA über die Verlängerung des Pachtvertrages für die beiden militärischen Basen Subic Bay und Clark Airfield zu verhandeln. Der Vertrag läuft 1991 aus. Allerdings legt sie die Regierung auf eine Politik fest, die das philippinische Territorium „frei von Atomwaffen" halten soll.

Da die USA grundsätzlich jede Auskunft verweigern, die Aufschluß darüber gäbe, welche Schiffe ihrer Pazifik-Flotte Nuklearwaffen an Bord haben, könnte dieser Passus der Verfassung eigentlich nur dann gesetzeskonform durchgesetzt werden, wenn Manila dem Beispiel Neuseelands folgte und alle seine Häfen für die Schiffe der US-Marine sperrte. In Anbetracht der engen Bindungen Manilas an die USA, die der wichtigste politische und wirtschaftliche Partner sind, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt jedoch nicht mit einer solchen Entscheidung zu rechnen.

Die neue Verfassung legt außerdem fest, die höchstmögliche ausländische Beteiligung an philippinischen Unternehmen – wie bisher – auf 40 Prozent zu beschränken. Mit Rücksicht auf die nationalen Minderheiten wurde die Bildung autonomer Regionen ermöglicht. Die Todesstrafe wurde abgeschafft.

Stolpert Kabinett Martens über „Fall Happart"?

HELMUT HETZEL, Brüssel

Vor kurzem vom Obersten Gericht Belgiens als Bürgermeister der Gemeinde Voeren/Fourn abgesetzt, hat sich José Happart jetzt mit einem Trick wieder ins Amt manövriert. Am Wochenende trat der nach der Absetzung Happarts als geschäftsführender Bürgermeister fungierende Norbert Lang zurück; daraufhin rückte José Happart als Stadtrat automatisch in diese Funktion nach.

Unterstützt wurde dieser Schritt von der wallonischen Mehrheit im Stadtrat der zweisprachigen Gemeinde, die zum Gebiet Flanderns gehört. Nun steht die Brüsseler Regierung vor einer neuen Zerreißprobe.

Denn mit diesem Schritt spielte Happart, der für eine Wiederangliederung der Gemeinde an Wallonien kämpft, den Ball zurück nach Brüssel. Die Koalition aus flämischen und wallonischen Christdemokraten und flämischen und wallonischen Liberalen aber ist über diese Frage zerstritten und muß nun handeln.

Zudem steht der amtierende christdemokratische Regierungschef, der Flame Wilfried Martens, unter schwerem Druck seiner eigenen Partei, der CVP. „Über die Sache Happart kann nicht verhandelt werden. Happart ist seines Amtes enthoben, er kann also auch nicht geschäftsführend als Bürgermeister eingesetzt werden", sagte CVP-Fraktionschef Luc van den Brande. Dies engt den Spielraum des Regierungschefs weiter ein.

Das Schicksal der Brüsseler Regierung hängt nun davon ab, ob es Martens trotzdem gelingen wird, seinen wallonischen Innenminister Charles Nothomb in die Kabinettsdisziplin einzubinden.

Als Innenminister, so meinen namhafte belgische Juristen, müsse Nothomb das höchstrichterliche Urteil des Staatsrates akzeptieren und ausführen. Brüssel könne Happart auch als geschäftsführenden Bürgermeister nicht hinnehmen. Nothomb aber ließ erkennen, daß nach seiner Ansicht Happart sehr wohl geschäftsführend im Amt bleiben könne. Außerdem will der Innenminister das Urteil des Staatsrates anfechten.

Sollte Nothomb in dieser schwierigen Lage aber zurücktreten oder gar vom Premier Martens entlassen werden, wäre der Sturz des Kabinetts „Martens VI" wohl unvermeidlich.

Islamischer Markt nach EG-Vorbild?

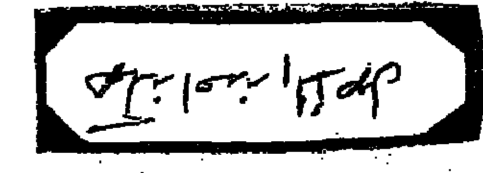
dpa, Istanbul

Für die Schaffung eines „Islamischen Gemeinsamen Marktes" nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft hat sich die Türkei auf einer Konferenz von 200 Regierungsvertretern, Bankiers, Wirtschaftswissenschaftlern und Geistlichen islamischer Staaten in Istanbul ausgesprochen. Ein der Europäischen Währungseinheit (ECU) nachempfundener „Islamischer Dinar" würde das politische Gewicht und den Anteil am Welthandel der islamischen Staaten erhöhen. Außerdem forderte Ankara eine Zusammenarbeit der islamischen Staaten in den Bereichen Schwerindustrie und Rüstung, um „der Ausbeutung durch den Westen ein Ende zu setzen". Der frühere pakistanische Planungsminister Ahmed verwies dabei auf die „riesigen natürlichen und menschlichen Ressourcen" der islamischen Staaten. Die Türkei bewirbt sich derzeit um die Mitgliedschaft in der EG.

Bangladesch wählt Präsidenten

dpa, Neu-Delhi

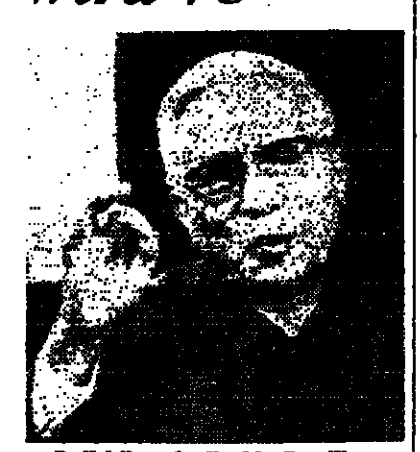
Die Bevölkerung Bangladeschs wählt morgen zum dritten Mal seit der Unabhängigkeit des Landes einen Präsidenten. Doch das Ergebnis zugunsten des amtierenden Präsidenten General Hussein Mohammed Ershad (56) scheint schon vor der Öffnung der Wahllokale festzustehen. Zwar bemühen sich neben Ershad noch elf Kandidaten um das höchste Amt, die beiden großen Oppositionsgruppierungen aber boykottieren die Wahl und haben trotz eines gesetzlichen Verbots zu einem zwölfstündigen Generalstreik am Mittwoch aufgerufen. Die Wahl des Generals, der sich nach dem unblutigen Militärputsch am 24. März 1982 selbst zum obersten Kriegsrechtsverwalter und damit zum Oberhaupt des Bengalenstaates ernannt hatte, gilt bei politischen und diplomatischen Beobachtern in Dhaka allein schon wegen des Fehlens prominenter Gegenkandidaten als gesichert.



Lebenslang ein Kämpfer: Le Duc Tho wird 75

J. H., **Hongkong**

Mit der alten Garde um den legendären Ho Chi Minh kämpfte er an führender Stelle um die Unabhängigkeit Vietnams, in Paris führte er mit Henry Kissinger harte Verhandlungen: Le Duc Tho, der heute 75 Jahre alt wird. Er wird in die Geschichte als der Politiker eingehen, der als nordvietnamesischer Chefunterhändler bei den Pariser Friedensverhandlungen (1968–73) mit Kissinger die Voraussetzung für einen ehrenvollen Abzug der Amerikaner aus Vietnam schuf.



Politbüromitglied Le Duc Tho FOTO: AP

Die Annahme des Friedensnobelpreises, der ihm und Kissinger in Würdigung dafür gemeinsam verliehen wurde, lehnte er jedoch mit der Begründung ab, daß zuerst das Vietnam-Problem gelöst werden müsse. Doch auch nachdem das Problem knapp zwei Jahre später im nordvietnamesischen Sinne gelöst war, blieb er bei seiner Ablehnung.

Mit Ho Chi Minh gründete Tho 1930 als 19jähriger die Indochinesische Kommunistische Partei und schloß sich der Viet-Minh-Partisanenbewegung gegen die Franzosen an. Dies brachte ihm einen Gefängnisaufenthalt ein. Nach einem Exil in China begab sich Tho zusammen mit KP-Chef Le Duan nach Südvietnam, um dort im Untergrund den Aufbau der kommunistischen Zellen zu organisieren. Tho war dabei vor allem für die ideologische Ausrichtung der seit 1962 gegen die südvietnamesischen Regierungstruppen kämpfenden kommunistischen Partisanenbewegung Vietkong verantwortlich.

Seit dem Tode Le Duans im Mai dieses Jahres gehört Le Duc Tho neben dem neuen Parteichef Truong Chinh und Ministerpräsident Pham Van Dong zur kollektiven Dreierführung seines Landes und ist in dieser Eigenschaft Mitglied des Politbüros und des Sekretariats der KP.

Obwohl zum „Pekinger Flügel" der Partei zählend, hat er 1978 nach dem Einmarsch vietnamesischer Truppen in Kambodscha den Bruch mit Peking und die Hinwendung zu Moskau mitgetragen. Le Duc Tho gilt als Vertreter eines pragmatischen Reformkurses.

Im letzten Jahr forderte Le Duc Tho in einer Rede zum 1. Mai in Ho-Chi-Minh-Stadt (früher: Saigon) die Vereinigten Staaten zur Normalisierung der Beziehungen auf. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Washington und Hanoi war schon 1978 erwartet worden, jedoch wegen des vietnamesischen Einmarsches nach Kambodscha gescheitert.

Queen für mehr Jugendaustausch

AP, **Peking**

Am ersten Abend ihres Staatsbesuchs in China äußerte die britische Königin den Wunsch nach häufigeren Begegnungen von Jugendlichen beider Länder. Sie gab die Einrichtung eines neuen Stipendienprogramms der „Royal Society" bekannt, das den Austausch von Nachwuchswissenschaftlern ermöglichen soll.

Die Queen war am Sonntag zum ersten Staatsbesuch eines regierenden britischen Monarchen in China eingetroffen.

Tutu: Kirchen sollen vermitteln

epd, **Johannesburg**

Der anglikanische Erzbischof von Kapstadt, Desmond Tutu, hat Südafrikas Regierung aufgefordert, die Kirchen als Vermittler zwischen ihr und der verbotenen Befreiungsbewegung Afrikanischer Nationalkongreß (ANC) einzusetzen.

In einem Interview sagte der Friedensnobelpreisträger von 1984, die Kirchen hätten gegenwärtig das Vertrauen der Radikalen, die glauben, daß die Probleme des Landes nur mit Gewalt gelöst werden könnten.

Statt Lösung in Ulster immer härtere Fronten

Ein Jahr anglo-irisches Abkommen / Befehl zum Töten?

REINER GATERMANN, **London**

Nun ist es schon bald ein Jahr her, daß London und Dublin in Hillsborough das Anglo-Irische Abkommen unterzeichneten. Seine Befürworter, in erster Linie die britische und irische Regierung, sehen in ihm immer noch Ausgangspunkt und Basis eines langfristigen Versöhnungsprozesses. Seine Gegner, darunter die politische Opposition in Dublin sowie die wichtigsten nordirischen Parteien beiderseitig der Konfessionslinie, sahen ebenfalls bisher keinen Grund, ihr erstes Urteil zu ändern, wonach der „Accord" Betrug und Verrat sei. Recht behielten sie mit ihrer Voraussage, daß er zur Eskalation des bewaffneten Kampfes und der Gewalt führen würde.

Polizeiskandal

Hinzu kam jedoch noch ein weiterer Aspekt, der vor allem die Regierung in London belastet. Ein Polizeiskandal und Amnesty International haben gleichermaßen das Augenmerk wieder auf den Vorwurf gelenkt, die Polizei in Nordirland habe von 1982 bis 1984 eine „Schießen-um-zu-töten-Politik" betrieben. Ihr seien laut Amnesty mindestens 34 Personen zum Opfer gefallen, die meisten unbewaffnete Zivilisten. Die Forderung der Organisation, einen juristischen Untersuchungsausschuß einzusetzen, ist von Nordirland-Minister Tom King abgelehnt worden.

„Das Hillsborough-Abkommen hat die Lebensverhältnisse der Katholiken in Nordirland nur verschlechtert, behauptet Bernadette McAliskey, bekannter unter ihrem Mädchennamen Devlin, auf dem Labour-Kongress. Mit den von ihr so gehaßten Protestanten teilt Bernadette McAliskey nur eine Auffassung: Daß der von Dublin und London gebildete internationale Fonds, bisher gespeist mit 50 Millionen amerikanischer und einer Million kanadischer Dollar – gleiche Summen sollen in den kommenden vier Jahren eingezahlt werden – nichts anderes als ein Bestechungs- und Beschwichtigungsversuch seien. Mit dem Geld soll vor allem die Wirtschaft in Ulster sowie im Grenzbereich der Republik gefördert werden.

Während die protestantischen Unionisten mit Morden und Benzinbomben die Säuberung „ihrer Gegenden" betreiben sowie weiterhin jegliche Zusammenarbeit mit den Nordirland-Behörden ablehnen und offenbar dabei sind, eine neue mobile Streitmacht „für das Schlimmste" aufzubauen, haben die katholischen Nationalisten inzwischen alle Geschäftsleute, die mit der Polizei oder dem Militär zusammenarbeiten, sei es, weil sie gebombte Polizeistationen reparieren oder die Uniformen der Soldaten waschen, zu „legitimen Zielen" erklärt. Parallel dazu gehen die IRA-Angriffe auf Soldaten und Polizisten unvermindert weiter. Am Sonntag wurde der elfte Beamte in diesem Jahr getötet.

Unterdessen taucht immer mehr Material auf, das die Royal Ulster Constublary (RUC), die Polizei Nordirlands, in ein dubioses Licht stellt. Zunächst war John Stalker, stellvertretender Polizeichef von Groß-Manchester, beauftragt worden zu untersuchen, ob für die Ulster-Beamten der Befehl bestanden habe, zu schießen um zu töten, was offiziell immer bestritten wurde. Plötzlich wurde Stalker nach Fertigstellung eines Zwischenberichts, der offenbar kritisch war und zur Dienstbefreiung von zwei Polizeioffizieren führte, unter fadenscheinigen Vorwänden von diesem Auftrag befreit. Es hieß, er habe privat mit Kriminellen verkehrt. Die Vorwürfe erwiesen sich als grundlos. Erhoben hatte sie Colin Sampson, Polizeichef von West Yorkshire, der Stalker auch als Vorsitzender der Ulster-Untersuchungskommission ablöste. Nach dem Freispruch Stalkers verstärkt sich der Verdacht, daß etwas vertuscht werden sollte. Im Herbst wird sich das Parlament mit dem Fall beschäftigen.

Sir John im Zwielicht

Unterdessen hat nun auch Colin Sampson angekündigt, Ulsters Polizeichef Sir John Hermon vernehmen zu wollen. Stalker-Anhänger vermuten, daß auf diesem Weg dessen Erkenntnisse entschärft werden sollen. Der „Observer" beschrieb am Sonntag ausführlich die Hintergründe der Ermordung von sechs unbewaffneten Personen in Nordirland Ende 1982. Für die Tat soll eine geheime „Todespatrouille" verantwortlich gewesen sein, der keine RUC-Mitglieder angehörten, deren höchster Chef jedoch Sir John gewesen sein soll.

Gewalt – ein Zeichen der Zeit (Folge II)

„Befreiung" von Konventionen schafft Leere und neue Zwänge

Kaputtmachen, aussteigen, ablehnen – Schlagworte, die eine nach moralischen Werten erzogene Generation nur kopfschüttelnd zur Kenntnis nimmt. Alfred Stümper, Polizeipräsident von Baden-Württemberg, sieht in dem Werteverlust die Grundlage der wachsenden Bereitschaft zur Gewalt.

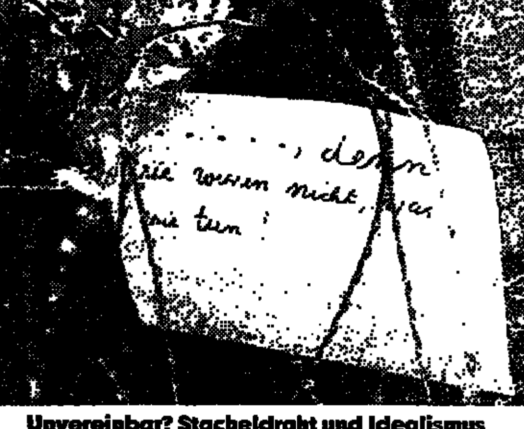
Von ALFRED STÜMPER

Zur gleichen Zeit, wo sich weithin existenzielle und hochbrisante Probleme aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich der Menschheit stellen, ist auch eben das über Jahrhunderte im Grundkonzept unbestrittene moralisch-ethische Wertgefüge selbst ins Schwanken geraten, und zwar nicht nur in Randbereichen, sondern in zentralen Dreh- und Angelpunkten. Bisher als unerschütterlich geltende moralische Grundsätze werden plötzlich in Frage gestellt und teilweise sogar brüchig. Diese weitreichende Verunsicherung, ja sogar ein teilweiser innerer Bruch, geht selbst bis tief in die Kirchen hinein, die früher zwangsläufig ein gewisses festes Rahmenkonzept im moralisch-ethischen Bereich abgegeben haben. Sie tun sich nach außen zunehmend schwerer in ihrem Verhältnis zum Staat, zur staatlichen Gewalt und zur staatlichen Ordnung.

Nach innen vollziehen sich weithin Schwerpunktverlagerungen, so auch eine tiefgreifende Verlagerung in der Bewertung der moralischen Schuld, von der – schlagwortartig ausgedrückt – Sexualsünde zur Sozialsünde. Man sucht nach neuen Inhalten der menschlichen Verantwortung mit allen Chancen und allen Gefahren. Chancen: Die Verantwortung für die Menschheit untereinander mehr und mehr zu erkennen, auch für Nöte bisher „entfernter Völker". Gefahren: Darüber hinaus wichtige andere moralische Zielsetzungen aus den Augen zu verlieren, unter Umständen sogar zu pervertieren oder aber in reine Theorie und Ideologie ohne Realitätsbezug zu dieser Welt zu verfallen. Das Verhältnis des Staates zu seinen Bürgern und den anderen Nationen ist ebenso neu zu definieren wie das Verhältnis der Religionen und Kirchen untereinander. Man denkt weiträumiger, ja weltweit, kann dabei aber auch in die Gefahr geraten, den eigenen allernächsten Verantwortungsbereich darüber hinaus zu vernachlässigen oder ganz aus den Augen zu verlieren.

In einer solchen Zeit wäre es geradezu beunruhigend, wenn die Menschheit nicht beunruhigt wäre.

3. Es kommt noch folgendes hinzu: Diese Neuorientierung hat der Menschheit ein neues Bewußtsein gebracht, ein Neuerleben der menschlichen Gestaltungsfreiheit, Individualität und eine „Emanzipation" aus bisherigen, oft als überholt, lästig und ungerecht empfundenen Lebensnormen. Es sind bei weitem nicht nur moralische Gesetze und Auffassungen, sondern überhaupt die Regeln der Konvention, wovon man sich befreit hat, wodurch indes Leerräume entstanden sind, in die dann andere Zwänge einflossen und weiter einfließen können; ob diese besser sind und freier machen, wird dabei die Zukunft weisen.



Unvereinbar? Stacheldraht und Idealismus FOTO: POLY PRESS

Unterstützend zu diesen Entwicklungen kommt noch, daß man nach den verheerenden beiden Weltkriegen mit vielen Millionen von Toten, die man historisch nur zahlenmäßig abhandelt, sich zurückbesinnt auf den Wert des einzelnen Menschen und des einzelnen Lebens selbst.

Diese steigende wissensmäßige und sensitive Bewußtseins- und Empfindungserweiterung gerade bezüglich des Eigenwerts des Menschen führt zwangsläufig zu einem stark erhöhten Erwartungshorizont, auch gegenüber dem Staat.

4. Dieser positiven Entwicklung im menschlichen Bereich steht andererseits aber ein Zurückgehen der menschlichen Belastbarkeit und Stabilität gegenüber: Die Menschen sind nicht nur sensibler, sondern auch empfindlicher geworden. Vor allem aber – und hier spielen das Anspruchsdenken und auch die Einflüsse unseres Wohlstands mit hinein – fällt es ihnen immer schwerer, auf etwas zu verzichten.

5. Diese kontrapunktische Konstellation muß ganz zwangsläufig zu einer wesentlich verstärkten Frustrationsanfälligkeit führen. Junge Leute werden besonders leicht frustriert, denken sie ja auch in unserer Zeit, wie immer, besonders idealistisch, bedingungslos und „puristisch". Wenn auch die meisten sich mit dem Älterwerden „fangen", „abfinden" – und dabei teilweise auch wieder der Gefahr der reinen Anpassung erliegen –, verstärken sich bei anderen die unser soziales Gefüge abweisenden Reaktionen: ein Aussteigen aus der Verantwortung, aus den Regeln, aus der Gesellschaft, von der inneren Ablehnung bis zum Haß gegen den Staat, die Gesellschaft und ihre Einrichtungen; eine Flucht in Drogen und Alkohol, ja sogar ein Aussteigen aus dem eigenen Leben; der Suizid zählt derzeit zur zweithäufigsten Todesursache bei Menschen zwischen dem 21. und 25. Lebensjahr.

Nächste Folge:
Wie soll die Polizei reagieren?

Wenn im Organismus die Steuerung der Zellteilung außer Kontrolle gerät

Der Medizin-Nobelpreis würdigt grundlegende Forschungen über Wachstumsfaktoren

Von LUDWIG KÜRTEN

Mit der Vergabe des diesjährigen Medizin-Nobelpreises an die Italienerin Rita Levi-Montalcini und den Amerikaner Stanley Cohen würdigt das Nobel-Kommitee deren grundlegende Forschungsarbeiten auf dem Gebiet der sogenannten Wachstumsfaktoren. Seit Frau Levi-Montalcini Anfang der 50er Jahre die erste derartige Substanz, den „Nervenwachstumsfaktor" (Nerve Growth Factor, NGF) entdeckte, erlangten diese Eiweißstoffe zunehmende Bedeutung.

Sie steuern im Organismus nicht nur das Wachstum und die Entwicklung zahlreicher Zellen und Gewebe, sondern sie sind – wie man heute weiß – auch an der Entstehung bestimmter Krankheiten und Fehlfunktionen des Körpers beteiligt.

So wird vermutet, daß der von Stanley Cohen entdeckte „Epidermale Wachstumsfaktor" (Epidermal Growth Factor, EGF) möglicherweise im Zusammenhang mit der Krebsentstehung steht.



Die diesjährigen Nobelpreisträger für Medizin und Physiologie: Rita Levi-Montalcini (Italien) und Stanley Cohen (USA) FOTOS: DPA

Frau Levi-Montalcini stieß bereits vor fast vierzig Jahren auf den Nervenwachstumsfaktor. 1950 war sie von Turin an die Universität von St. Louis übergewechselt. 1952 wies sie nach, daß Krebsgeschwülste von Mäusen, die in befruchtete Hühnereier übertragen worden waren, das Wachstum von bestimmten Teilen im Nervensystem der Embryonen anregten.

Dieses Wachstum fand statt, ohne daß die Geschwulst und der Embryo direkten Kontakt miteinander hatten. Frau Levi-Montalcini zog daraus den Schluß, daß die Geschwulst eine Substanz absonderte, die auf Nervenzellen wachstumsfördernd wirkt. Sie wies nach, daß NGF auch in Zellkulturen hochwirksam ist und innerhalb kurzer Zeit die Ausbildung von Nervenfasern anregt.

Die Substanz wurde dann später isoliert und ihre Struktur aufgeklärt. Es handelt sich um einen Eiweißstoff (Protein), der aus zwei identischen Ketten mit jeweils 118 Aminosäuren besteht. NGF wird von jenen Zellen produziert, mit denen Nervenzellen im Körper Verbindungen anknüpfen. Vor allem Nervenzellen, die mit den Botenstoffen Adrenalin und Noradrenalin arbeiten, sind für diesen Wirkstoff empfänglich. Dabei ist die Substanz nicht nur für das Überleben der Nervenfasern notwendig, sondern dient auch als „Leitsubstanz". Sie sorgt dafür, daß bestimmte Nervenzellen nur mit den entsprechenden Zielzellen Kontakt aufnehmen.

Wenn NGF von den Zielzellen abgesondert wird, heftet es sich an bestimmte Bindungsstellen (Rezeptoren) an der Oberfläche der Nervenfasern. Es wird dann von den Nerven aufgenommen und durch die Fasern zum Zellkörper transportiert, wo es vermutlich auf deren genetisches Material einwirkt.

Lange Zeit hatte man angenommen, daß NGF nur in der Körperperipherie wirkt. Neuerdings konnte aber nachgewiesen werden, daß die Substanz auch auf Nervenfasern im Gehirn wirkt, die den Botenstoff Acetylcholin nutzen. Dabei hat man die Substanz in Hirnregionen gefunden, die an der Entstehung der „Alzheimer-Krankheit" beteiligt sind. Diese Alterserkrankung führt zu fortschreitendem Persönlichkkeitsverlust (Demenz). Man hofft heute darauf, durch die Behandlung mit NGF den Krankheitsverlauf beeinflussen zu können.

Stanley Cohen gelang Ende der 70er Jahre mit der Isolierung und Strukturaufklärung von EGF (Epidermal Growth Factor) ein weiterer wichtiger Schritt bei der Erforschung der Wachstumsfaktoren. EGF stimuliert vor allem das Wachstum von Hautzellen, aber auch einer Vielzahl anderer Gewebe. Bislang ist allerdings unbekannt, von welchen Zellen das Protein, das aus 55 Aminosäuren besteht, gebildet wird.

Auch EGF heftet sich an spezifische Rezeptoren auf der Oberfläche der Zielzellen. Der Effekt in der Zelle wird dann über einen „Sekundären Botenstoff" ausgelöst. Neuerdings verdichten sich die Anzeichen, daß es einen Zusammenhang zwischen EGF und Krebs gibt. Bestimmte Teile des Erbgutes von Krebszellen, die sogenannten Krebsgene, ähneln den Genen, die für die Herstellung der EGF-Bindungsstellen auf der Zelloberfläche verantwortlich sind.

Es könnte somit sein, daß in Krebszellen die Steuerung des Wachstums mit Hilfe verschiedener Faktoren außer Kontrolle geraten ist. Diese Erkenntnis hat dazu geführt, daß sich heute eine Vielzahl von Forschern mit Wachstumsfaktoren beschäftigen. Inzwischen sind fast 50 verschiedene Substanzen bekannt. Diese neuen Erkenntnisse über die Rolle der Wachstumsfaktoren haben nun das Nobelpreiskommitee am Stockholmer Karolinska-Institut bewogen, den Preis den beiden Wissenschaftlern zuzuerkennen, die den Grundstein für diese Forschung gelegt haben.

Frau Levi-Montalcini wurde am 22. April 1909 in Turin geboren. Sie studierte Medizin und arbeitete bis 1950 an der Universität Turin. Bis 1977 lebte sie dann in den Vereinigten Staaten und nahm auch die amerikanische Staatsbürgerschaft an. In den letzten Jahren hatte sie eine Professur am Medizinischen Institut der Universität Rom. Frau Levi-Montalcini ist erst die vierte Frau, die einen Medizin-Nobelpreis erhält.

Stanley Cohen wurde am 7. November 1922 in New York geboren. Er studierte Geisteswissenschaften und Medizin an den Universitäten von Brooklyn und Michigan. Bis 1953 arbeitete er in St. Louis, seitdem ist er Professor an der Vanderbilt Universität in Nashville.

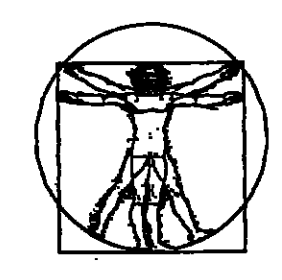
NOTIZEN

Verkehrslärm

Berlin (AP) – Nach dem Motto „Der beste Lärm ist der, der gar nicht erst entsteht", hat gestern das Bundesumweltamt in Berlin seine neuesten Forschungsergebnisse im Kampf gegen die Verkehrslärmbelästigung vorgestellt. Dabei haben verschiedene Vorhaben zum Erfolg geführt: Drehzahlreduzierung von Motor- und Getriebekapseln, verbesserte Ansaug- und Auspuffanlagen aber auch eine defensive Fahrweise. In Wohngebieten mit „Tempo 30" wurde eine Lärmpegelreduzierung zwischen fünf und zehn Dezibel sowie ein geringerer Schadstoffausstoß erreicht.

Tierversuche

Bonn (dpa) – Nach wie vor sterben in der Bundesrepublik jährlich bis zu zehn Millionen Tiere für wissenschaftliche Untersuchungen, wie der Bundesverband der Tierversuchsgegner gestern in Bonn mitteilte. Damit widersprachen die Tierschützer deutlich den Äußerungen von Bundesforschungsminister Riesenhuber. Während seit 1980 in Hessen jeweils rund 1,1 Millionen Tierversuche pro Jahr durchgeführt worden sind, hat die Zahl in Niedersachsen sogar zugenommen. Insgesamt, sop der Verband, steht einem Rückgang der Versuche in einigen Forschungsbereichen eine Steigerung in anderen gegenüber.



Reaktor-Störfälle

Bonn (dpa) – 1985 gab es in den 22 damals arbeitenden deutschen Kernkraftwerken 237 Störfälle, die den Behörden gemeldet wurden. Dies teilte Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) jetzt in einem Bericht für den Umweltausschuß des Bundestages fest. Dabei sei in keinem Fall Radioaktivität freigesetzt worden noch hätte Gefahr für Menschen oder die Umwelt bestanden. Von den gemeldeten Störfällen wurden 62 bei Wartungsarbeiten entdeckt, die anderen 177 traten beim Betrieb auf. 22 führten zu einer automatischen Schnellabschaltung des Reaktors, 20mal mußte die Leistung vorübergehend herabgesetzt oder der Reaktor abgeschaltet werden.

Schnelle Leitung für die Wissenschaft

Ein europäisches Kommunikationssystem soll die Arbeit der Forscher vereinfachen

Von ARNO NÖLDECHEN

Ein Kommunikationsnetz, das möglichst alle europäischen Forschungs- und Hochschul-Institute untereinander verbinden soll, hat jetzt der IBM-Konzern unter dem Begriff „EARN" (European Academic and Research Network) propagiert. Sein Vorteil besteht darin, daß es mit allen Computeranlagen, die bereits in diesen Instituten vorhanden sind, voll funktionsfähig ist.

Computer gehören heute zur Standardausrüstung aller Forschungslabors. Wegen der Unterschiede der einzelnen Betriebssysteme sind sie jedoch häufig nicht zur Kommunikation mit deutschen noch mit ausländischen Labors verwendbar. Dieser Mangel gegenseitiger „Kompatibilität", soll nun gezielt mit „EARN" abgebaut werden.

Dieses neue Kommunikationssystem läuft über von IBM angemietete Daten-Telefonleitungen, mit Hilfe derer die Teilnehmer kostengünstig miteinander korrespondieren können. Sie müssen lediglich die Telefongebühren bezahlen, die beim Zugang zum EARN-Netz anfallen.

Der Nutzen für Teilnehmer ist vielseitig. So können Wissenschaftler aller europäischen Länder einen regelrechten Dialog untereinander führen, indem sie briefartige, kurze Nachrichten austauschen. Das geschieht „on line", also sofort, außerhalb der üblichen Brieflaufzeiten. Es ist daher möglich, allen interessierten Kollegen die neuesten Forschungsergebnisse im Rundlaufverfahren zuzustellen.

Darüber hinaus erlaubt das Netz, Rechner untereinander zu koppeln, um beispielsweise bestimmte Programme auszutauschen oder an verschiedenen Plätzen „gemeinsam" Programme durchzurechnen. Schließlich öffnet das EARN-Netz Zugang zu Datenbanken in Europa und in Übersee. Dadurch kann auf schnellstem Wege Literatur aus nahezu allen Ländern bezogen werden.

Das Kommunikationssystem ist in seiner Grundstruktur so aufgebaut, daß es nicht nur unterschiedliche Betriebs-(Hardware-)Systeme verbindet, sondern auch in schon bestehende, verschieden konzipierte Netze eingeschaltet werden kann. Das klingt einfacher, als es in Wirklichkeit ist.

Es müssen nämlich schaltungstechnische Eigenheiten mit bestimmten Programm-(Software)-Strukturen in Einklang gebracht werden. Obwohl sich die Postverwaltungen der verschiedenen Staaten auf bestimmte Normen in der digitalen Nachrichtenübermittlung geeinigt haben, existieren immer noch zahlreiche Unterschiede.

Auch die Europäische Gemeinschaft zeigt Interesse an diesem „Wissenschafts-Netz", um Entwicklungen verschiedener europäischer Forscher und Techniker möglichst schnell grenzüberschreitend zu lösen. Forschungschef Kaspar V. Casani, verantwortlich für alle IBM-Aktivitäten in Europa, dem Mittleren Osten sowie in Afrika dazu: „Wir mußten viele Vorurteile abbauen". Inzwischen aber hat man in Brüssel eingesehen, daß EARN für die verschiedenen EG-Projekte von Vorteil ist. Beamte der EG-Kommission übernehmen dabei hauptsächlich organisatorische und kommunikative Aufgaben.

Der amerikanische Computer-Konzern stellt zwar die Datenleitungen kostenlos bis 1987 zur Verfügung, aber ein eigens gebildetes Teilnehmer-Komitee, in dem kein IBM-Vertreter sitzt, entscheidet über Änderungen oder organisatorische Fragen. Dem europäischen Kernforschungszentrum CERN in Genf ist eine gewisse Vorreiter-Rolle zuerkannt worden.

IBM verspricht sich von EARN umfassende Erkenntnisse über die optimale Struktur internationaler Kommunikationsnetze. Das Ergebnis wird auch die internationalen Postverwaltungen und Computerfirmen beschäftigen, da sie sich um die Abstimmung neuer Normen für ähnliche, breit angelegte Nachrichtennetze im Weltverkehr bemühen.

Diese werden OSI-(Open Systems Interconnection)-Netze genannt, weil sie für alle Computersysteme weltweit „offen" sein sollen. In sogenannten Protokollen werden alle Hard- und Software-Bedingungen festgelegt, damit die existierenden Computersysteme miteinander kommunizieren können.

Spürnasen haben Hochkonjunktur

Experten diskutieren auf einem Kongreß in München Umweltprobleme in Großstädten

Von MARTIN BOECKH

Es werden zwar Heizkosten gespart, aber gleichzeitig wird zu wenig gelüftet. So lautete einer der Kernsätze auf einer Tagung des VDI (Verein Deutscher Ingenieure) zum Thema „Umweltschutz in großen Städten" in München. Je perfekter die Wohnungen isoliert sind, desto stärker steigt die Konzentration von Schadstoffen in ihnen.

200 Wissenschaftler und Ingenieure aus dem Bereich Umweltschutz diskutierten in München in rund 40 Fachbeiträgen Umweltschutzprobleme der Großstädte. Schwerpunkte waren dabei die Luftqualität, der Lärmschutz und die Abfallproblematik. Neben dem schlechten Stadtklima kam bei der Tagung auch die Luft im häuslichen Innenraum zur Sprache. Nicht nur das radioaktive Gas Radon, das aus Baumaterialien freigesetzt wird, sondern auch Stoffe wie Formaldehyd, Holzschutzmittel, Asbest und Haushaltschemikalien gefährden die Gesundheit in schlecht gelüfteten Räumen. Hinzu kommen Abgase von Industrie, Straßenverkehr und Kleingewerbe. Um der Mischung städtischer Gerüche Herr zu werden, wurden Kataster vorgestellt, die eine Einteilung in verschiedene Belastungsgebiete möglich machen. Die Spürnase von Testpersonen war dabei ebenso gefragt wie die Elektronik eines Gasanalysegerätes im mobilen Testwagen.

Weniger aufwendig läßt sich Lärm messen. Die akustischen Umweltverschmutzer stecken vorrangig im Straßenverkehr, gefolgt von Schienen- und Luftverkehr. Der gesundheitliche Aspekt wird heute immer wichtiger: Die Zahl der Bluthochdruckpatienten liegt in Gebieten mit großer Lärmbelästigung um 50 Prozent höher als in Ruhezonen.

Nur eine neue Verkehrspolitik könnte hier Abhilfe schaffen. Nicht mehr das (Straßen-)Angebot darf die (Verkehrs-)Nachfrage wecken, sondern bestenfalls der umgekehrte Weg kann nach Meinung der Stadtökologen dem Auto als Hauptsünder für Lärm und Abgase beikommen. Umweltpolitik dürfe sich nicht darauf beschränken, eingetretene Schäden zu beheben, sondern das Übel müsse an der Wurzel, das heißt an der Emmissionsquelle gepackt werden. Das gelte für das Auto genauso wie für Gewerbe und Haushalt.

Auch dem Problem der Abfallbeseitigung von Haus- und Industriemüll läßt sich am besten nach dem Grundsatz beikommen, je weniger, desto besser. Hier ist der einzelne Bürger gefragt, der mit seinem persönlichen Verhalten entscheidend zu einer besseren Umweltverträglichkeit beitragen kann.

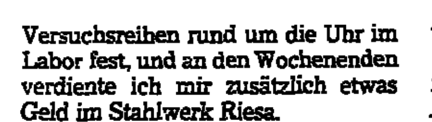
Dafür müßte der Gesetzgeber jedoch, so eine Forderung der Tagung, ausreichende Anreize schaffen, die gemeinsam mit Entwicklungsingenieuren und Stadtplanern entwickelt werden sollten.

Die Erlebnisse des Doppelagenten Werner Stiller in Ost-Berlin



Der Werdegang von Werner Stiller, zuletzt Oberleutnant im allmächtigen Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ost-Berlin, belegt einmal mehr, wie das „DDR"-Regime seine Machtstellung behaupten kann: durch ideologische „Erziehung" schon von Kindesbeinen an und durch ein Spitzelsystem, das Schüler wie Studenten und Werktätige in seine Dienste zu pressen weiß. Auch Werner Stiller, Physik-Student in Leipzig und durch politisches Wohlverhalten aufgefallen, machte mit, als der Anwerber „Leo" bei ihm auftauchte. Es war der Anfang einer typischen MfS-Karriere.

So wurde ein Student aus Leipzig zum Stasi-Mann





Oben: Tamara Bunke ging als Leihgabe des Ostberliner MfS an das sowjetische KGB. Einsatzziel: das Bett von „Che" Guevara

Über allen Karrieren flattert schon in der Schule die blaue Fahne der „DDR"-Staatsjugendorganisation FDJ: Werner Stiller war an der Merseburger Polytechnischen Oberschule Propaganda-Sekretär. An der Leipziger Universität hieß seine Aufgabe, die „Machtfrage" unter den Studienanfängern im ersten Jahr für die SED zu entscheiden.

Meine Kindheit verbrachte ich in dem kleinen Dorf Weßmar in der Elsteraue. Als Umsiedlerin aus Schlesien hatte es meine von meinem Vater geschiedene Mutter schwer, nach dem Krieg allein drei Kinder, meine beiden älteren Schwestern und mich, zu ernähren. Ich selbst empfand die Not als „normal", denn ich kannte nichts anderes. Langsam wurde unser Leben leichter, als meine Mutter in den nahegelegenen Leuna-Werken, bald nach Walter Ulbricht genannt, zu arbeiten begann. Ich kam in den Werkskindergarten.

Ein „Freundschaftstreffen" mit sowjetischen Pionieren wurde für mich zum großen Erlebnis; die Berichte über die russische Raumfahrt, beginnend mit dem „Sputnik" ab Herbst 1957, verschlang ich und las dazu noch mancherlei Bücher, in denen heldenhafte Sowjetsoldaten „weißgardistische Eindringlinge", „faschistische Söldner" oder gar amerikanische Spione mutig und selbstlos bezwangen.

Daß hin und wieder ein Mitschüler und schließlich die von fern angebetete Pionierleiterin selbst auf Nimmerwiedersehen in den Westen verschwanden, konnte mich nicht mehr erschüttern. Ich war inzwischen schon so weit ideologisch gefestigt, daß ich die Thesen vom unausweichlichen Sieg des Sozialismus, von der besseren Gesellschaftsordnung und ähnliches fest glaubte.

Am 25. August 1966 wurde ich als einer von knapp 2000 Studienanfängern im Leipziger Kongreßsaal feierlich immatrikuliert.

Meine bis dahin grundsätzlich positive Einstellung zum Regime erhielt damals (bei der Besetzung der CSSR im „Prager Frühling" 1968 durch die Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten – die Red.) einen schweren Schlag. Ich lernte später, politische Vorgänge genau zu analysieren und manche „Notwendigkeit" zu verstehen. Der Riß von 1968 blieb jedoch irreparabel. Wir hegten an diesem 21. August sogar die Hoffnung auf einen Aufbruch der Volksmassen. Vielleicht, so dachten wir, schlägt die Flamme auf den wirklichen Brandstifter zurück. Aber im Kreml hatte man gut geplant. Die Entrüstung des Westens legte sich schnell, und im Osten breitete sich Friedhofsruhe aus. Wer sollte eigentlich auch aufbegehren, wenn wir selbst, die wir uns für aufgeklärte und engagierte Studenten hielten, nicht bereit waren, gegen das Partei-Verdikt aufzubegehren? Für jeden von uns blieb eben die Angst um das eigene persönliche Schicksal unter der eisernen „Kontrolle des Partei- und Staatsapparates" letztlich ausschlaggebend.

Mit Beginn meines dritten Studienjahres waren die Wogen schon verebbt. In den Jahren 1968 und 1969 arbeitete ich während der Leipziger Messe als Aushilfskellner, um mir eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit zu verschaffen. Als ich mit meiner Diplomarbeit begann, gab ich auch meine Studentenbude in Leipzig auf. Zwei Tage in der Woche zog ich wieder bei meiner Mutter in Leuna ein. An den restlichen Wochentagen hielten mich die physikalischen Versuchsreihen rund um die Uhr im Labor fest, und an den Wochenenden verdiente ich mir zusätzlich etwas Geld im Stahlwerk Riesa.

Eines Tages im März 1970 erzählte mir unsere Nachbarin in Leuna, es sei ein eleganter Herr mittleren Alters erschienen und habe sich nach mir erkundigt. Mich überraschte das nicht sonderlich. Ich hatte seit längerer Zeit mit einer Visite des Staatssicherheitsdienstes gerechnet. Nicht, daß gegen mich etwas vorliegen konnte. Mit riskanten Äußerungen hatte ich mich kurz vor der Vergabe des Themas für die Diplomarbeit zurückgehalten. In der SED-Parteiorganisation galt ich weiter als zuverlässig. Doch unter uns Studenten war es ein offenes Geheimnis, daß alljährlich bei den Parteimitgliedern und auch bei anderen Kommilitonen Abgesandte des Staatssicherheitsdienstes auftauchten, um Mitarbeiter besonders unter den angehenden Physikern zu werben. Ein Seminarkollege war sogar jahrelang von Russen in Zivil angegangen worden, seine bei der Volksarmee erworbenen Funkkenntnisse in den Dienst des sowjetischen Geheimdienstes KGB zu stellen. Nun war also die Reihe an mir.

Wie so vieles andere, was mir damals jedoch noch als ganz „normal" erschien – wir, die DDR-Jugend, kannten ja nichts anderes –, ist das starke Interesse des MfS an der Studentenschaft im Wesen des Regimes begründet. Während bei den Nachrichtendiensten demokratischer Länder des Westens aus gutem Grund Abwehr und Aufklärung organisatorisch getrennt sind und sie außerdem ein waches, durch den Vorrang der individuellen Freiheit geschärftes Auge auf sich gerichtet wissen, besteht das Geheimdienstsystem der DDR wie das der anderen Ostblockstaaten aus einem einheitlichen und allmächtigen Apparat. Dieser verbindet nicht nur die Geheimdienstfunktionen im Inneren und im Ausland miteinander, sondern gibt ihnen auch einen völlig andersartigen Charakter.

Große Probleme mit der jungen Intelligenz

Die besondere Wichtigkeit des akademischen Nachwuchses für diese geheimdienstliche Aufgabenkombination ergibt sich aus folgenden Einsatzmöglichkeiten:

– Überwachung und Kontrolle der gesamten DDR-Studentenschaft – das heißt der künftigen Führungsschicht des Staates – durch Spitzel, Zuträger und Handlanger in deren Reihen;

– Aufbau perspektivischer personeller Stützpunkte in den späteren beruflichen Einsatzbereichen der Hochschulabsolventen;

– Überwachung anderer DDR-Bevölkerungsteile, in deren Mitte die Studentenschaft beziehungsweise die spätere akademische Berufselite lebt und tätig ist;

– Kontrolle der Lehrkörper an den Fach- und Hochschulen sowie an den Universitäten;

– Rekrutierung von inoffiziellen Mitarbeitern, im internen Sprachgebrauch „IM" genannt, das heißt nebenberuflich geheimdienstlich tätiger Personen für die Übermittlung von Instruktionen an Quellen im sogenannten Operationsgebiet;

– kurz „OG" –, vorwiegend in der Bundesrepublik;

– Anwerbung von Kandidaten für die spätere Übersiedlung in das „OG";

– Einsatz von Studenten zur nachrichtendienstlichen Bearbeitung interessierender Personen aus dem „OG" mit dem Ziel, diese als Quellen für das MfS zu werben;

– Beeinflussung und nachrichtendienstliche Verwertung offizieller und halboffizieller Verbindungen der FDJ zu Jugendorganisationen des Westens sowie der Staaten der Dritten Welt;

– „Anschleusen" von Doppelagenten an westliche Nachrichtendienste;

– Aufbereitung eines Potentials von Agenten zum subversiven Einsatz in den Reihen des Feindes bei einer bewaffneten Auseinandersetzung;

– Nachwuchswerbung für das MfS selbst.

Die junge Intelligenz unterscheidet sich von anderen Grupen der DDR-Bevölkerung in mehrfacher Hinsicht, was für die Führung des MfS natürlich auch große Probleme mit sich bringt. Studenten – auch sozialistische – sind von Natur aus besonders kritisch gegenüber ihrer gesellschaftlichen Umwelt eingestellt. Davon abgesehen opponiert der überwiegende Teil der DDR-Studentenschaft ohnehin auf unterschiedliche Weise gegen den Sozialismus nach SED-Muster: Ihre oppositionelle Einstellung reicht von stummer oder verbaler Ablehnung im vertrauten Kreis über den Besitz und die Verbreitung regimekritischen Schrifttums über die Pflege aktiver Verbindungen zu Vertretern der westlichen Jugend und das Engagement in kirchlichen Studentengemeinden bis hin zu Versuchen, so etwas wie konspirative Gruppen zu bilden. Ich behaupte sogar – und habe für diese Behauptung meine Gründe –, daß es eine regelrechte, wenn auch nur locker organisierte regimefeindliche Studenten-„bewegung" gibt, die zuweilen offen hervortritt, so zum Beispiel bei den Demonstrationen auf dem Berliner Alexanderplatz im Oktober 1977 und 1978 anläßlich der Feierlichkeiten zum Jahrestag der DDR-Gründung.

Alle, die sich nicht als zu „unzuverlässig" oder „charakterlich" ungeeignet erweisen, werden später auch auf eine Zusammenarbeit angesprochen. Für jede Fach- und jede Hochschule oder Universität ist zunächst eine spezielle Abwehrdiensteinheit zuständig, angesiedelt in den einzelnen Bezirksverwaltungen. Bei kleineren Fachschulen besteht sie aus zwei bis drei hauptamtlichen Mitarbeitern, die eine Arbeitsgruppe bilden. Bei einer großen Universität können es bis zu zwanzig Offiziere sein. Für die Technische Universität Dresden wurde zum Beispiel eine volle sogenannte „Objektdienststelle" eingerichtet, mit der ich später selbst viel zu tun hatte. Die für die Sicherung der jeweiligen Lehranstalt verantwortliche Abwehreinheit verfügt dort natürlich auch über die meisten „IM", also inoffiziellen Mitarbeiter, die Spitzel- und ähnliche Hilfsdienste leisten. Sie befaßt sich mit allen Fakultäten, insbesondere natürlich mit den als „ideologisch anfällig" geltenden, wie Medizin, Kulturwissenschaften, Naturwissenschaften, Theologie, bezeichnenderweise auch Gesellschaftswissenschaften. Das Regime hat also sogar mit seinem prädestinierten Nachwuchs besondere Schwierigkeiten.

Die Mitarbeit im MfS bietet handfeste Vorteile

Was nicht der eigentlichen Abwehr, also dem Spitzeldienst, verfällt, unterliegt den Anwerbungsaktionen anderer konkurrierender MfS-Abteilungen. Die Auslandsaufklärung hat dabei Vorrang, aber auch besonders strenge Auswahlprinzipien. Für sie kommen als inoffizielle Mitarbeiter nur politisch völlig zuverlässige, gründlich überprüfte Studenten in Frage, während sich die Abwehr nicht nur regimetreuer, sondern auch regimefeindlicher Studenten bedient. Das hat seinen besonderen Grund. SED-Mitglieder können oppositionelle Gruppen schlecht unterwandern. So mancher Teilnehmer an einer „staatsfeindlichen Handlung" – mag es die Verteilung eines Flugblatts, die Verbreitung eines bissigen politischen Witzes oder die Teilnahme an einer Protestaktion gewesen sein – hat als Beschuldigter einen Vernehmungsraum betreten und ihn „entlastet" – aber als MfS-Spitzel – wieder verlassen. So manche attraktive Studentin, die zur Leipziger Messe einmal der Großzügigkeit und dem Charme eines westlichen Besuchers erlegen war, hat fortan im MfS-Auftrag regelmäßig Messebesucher aus dem kapitalistischen Ausland „betreuen" müssen.

Es hat sich herumgesprochen, daß die Zusammenarbeit mit dem MfS nicht nur einige Überwindung erfordert, sondern auch eine ganze Reihe handfester Vorteile bietet. Nur in Ausnahmefällen besteht der Lohn der Willfährigkeit und Disziplin dabei in Geld. Üblicher und begehrter sind berufliche Förderung und ein interessanter Arbeitsplatz, Hilfe in Examensnöten oder auch nur die Absicherung gegen die allgegenwärtige Gefahr, in das Zwielicht einer Untersuchung zu geraten – und manchmal auch das Abenteuer. Ein Beispiel dafür ist weltbekannt geworden, allenfalls in Umrissen freilich der dahinter stehende eigentliche – fehlgeschlagene – Auftrag. Auch ich erfuhr erst später während meiner Dienstzeit im MfS davon: Bald nachdem Fidel Castro auf Kuba die Macht übernommen hatte, beschloß er bekanntlich, seinen Gefolgsmann „Che" Guevara nach Südamerika zu entsenden, um auch dort die „revolutionäre Situation" herbeizuführen. Doch die Sowjetführung war davon alles andere als begeistert. Sie fürchtete, die eben errungene Bastion Kuba könne durch die Ausbreitung der Revolution gefährdet werden, die naturgemäß amerikanische, schwer abzuwägende Gegenmaßnahmen auslösen würde. Der Kreml versuchte also, „Che" zu bremsen, der schon damit beschäftigt war, in Bolivien Partisanenverbände aufzustellen. Das MfS erbot sich, den Sowjets einen Dienst zu erweisen und eine perfekt Spanisch sprechende DDR-Studentin als Einfluß-Agentin zur Verfügung zu stellen. „Che" wurde in die DDR eingeladen und Tamara Bunke als Dolmetscherin an seine Seite gestellt. Er nahm sie prompt mit nach Südamerika. Die Fehlkalkulation in diesem feinen Geheimdienstgespinst erwies sich für das Mädchen als verhängnisvoll. Sie war nicht nur nicht imstande, den fanatischen „Che" von seinem Vorhaben abzubringen, sondern erlag selbst seinem revolutionären Kampfgeist. So ist sie zusammen mit ihm im bolivianischen „Maquis" umgekommen.

Nach dem ersten Auftauchen des MfS-Mannes in der Nachbarschaft vergingen einige Tage, ohne daß etwas geschah. Ich wußte natürlich, daß er wiederkommen würde, und überlegte hin und her, wie ich auf sein voraussichtliches „Angebot" reagieren sollte. Ich konnte mich bei meinem bisherigen Engagement für die FDJ und die Partei nicht gleich völlig unzugänglich zeigen. Auch stand ich vor dem Diplom-Examen, das ich nicht gefährden wollte. Auf keinen Fall wollte ich mich jedoch dazu hergeben, Freunde und Mitstudenten auszuhorchen. Ich entschloß mich, mir zunächst einmal anzuhören, was man von mir erwartete.

Am 12. April 1970 ist der Mann endlich erschienen. „Ich bin der Leo."

„Wie stellst du dir deine Zukunft vor?" Meine Zukunftsabsichten beschrieb ich kurz und knapp:

„Ich werde dorthin gehen, wo mich die Partei hinstellt."

Leo war offensichtlich begeistert. Er sprach von komplizierten und gefährlichen Aufträgen, die er im Dienst des MfS absolviert habe, von Einsätzen in der „BRD" und „sozialistischer Kundschaftertätigkeit". Ich stutzte: Über Spitzeldienste, Überwachung meiner Kommilitonen, Zuträgeraufgaben war kein Wort gefallen. Nach dem fünften Cognac kam er schließlich damit heraus, was er sich offensichtlich als Trumpf vorbehalten hatte: „Meine Aufgabe ist es, den Klassenfeind auf seinem eigenen Gebiet zu schlagen. Du bist doch ein pfiffiger Bursche. Wenn du bei uns mitmachst und dir Mühe gibst, fängst du nach dem Studium gar nicht erst zu arbeiten an, sondern gehst nach einer Vorbereitungszeit als Kundschafter über die grüne Grenze."

„Was erwartest du jetzt von mir?"

„Schreib erst 'mal einen ausführlichen Lebenslauf und eine detaillierte Verwandtenaufstellung, und dann sehen wir weiter." Er vereinbarte mit mir einen neuen Termin zwei Wochen später im Restaurant „Kiew" in der Petersstraße in Leipzig.

Es war diese vage Möglichkeit, die mich am Ende bewogen hat, auf das Angebot einzugehen. Nicht, daß ich das Fernziel dabei schon eindeutig angesteuert hätte. Im Grunde hatte ich vom „Westen" und vom Leben dort noch keine rechte Vorstellung. Die Aussicht war verlockend, der DDR wenigstens zeitweilig oder auch endgültig den Rücken kehren zu können.

Ich gab mir mit dem Lebenslauf und der Verwandtenaufstellung Mühe. Zum festgelegten Zeitpunkt fand ich mich im Restaurant „Kiew" ein. Leo nahm befriedigt Lebenslauf und Verwandtenaufstellung in Empfang und erläuterte mir dann, vor dem „Preis" – das heißt der Übersiedlung als DDR-Kundschafter in die Bundesrepublik – stehe der Fleiß. Dazu gehöre freilich auch die Feststellung „innerer Feinde". Gleichzeitig beruhigte er mich jedoch. Das sei in meinem Falle nur notwendige Routine. Die Phase könne bald abgeschlossen werden. Ich sah ein, daß ich doch irgendwie mit dieser Vorstufe fertig werden mußte, wollte ich überhaupt für das MfS „interesssant" bleiben. So berichtete ich ihm ganz oberflächlich über die schlechte ideologische Situation im Institut, über Unzufriedenheit und Mißstände.

Abermals nach zwei Wochen legte ich ihm, wieder bei einem Mittagessen, diesmal im Interhotel „Stadt Leipzig", einen umfangreichen Bericht über die ideologische Situation am Physikalischen Institut vor. Wenn einzelne Personen darin schlecht wegkamen, dann vor allem sture und dogmatische SED-Mitglieder. Sein neuer Auftrag für mich bestand darin, Personalien und Beurteilungen von Studenten zu schreiben, die nach meiner Auffassung für eine Zusammenarbeit mit dem MfS in Frage kamen. Meine Berichte sollte ich nun auch nicht mehr mit meinem Namen unterschreiben, sondern einen Decknamen verwenden. Für das MfS hieß ich fortan „Stahlmann". Unsere „Arbeitsessen" fanden nun regelmäßig statt. Leo machte mich mit seinem Vorgesetzten Werner bekannt.

„Bist du bereit, alle Aufträge zu erfüllen?"

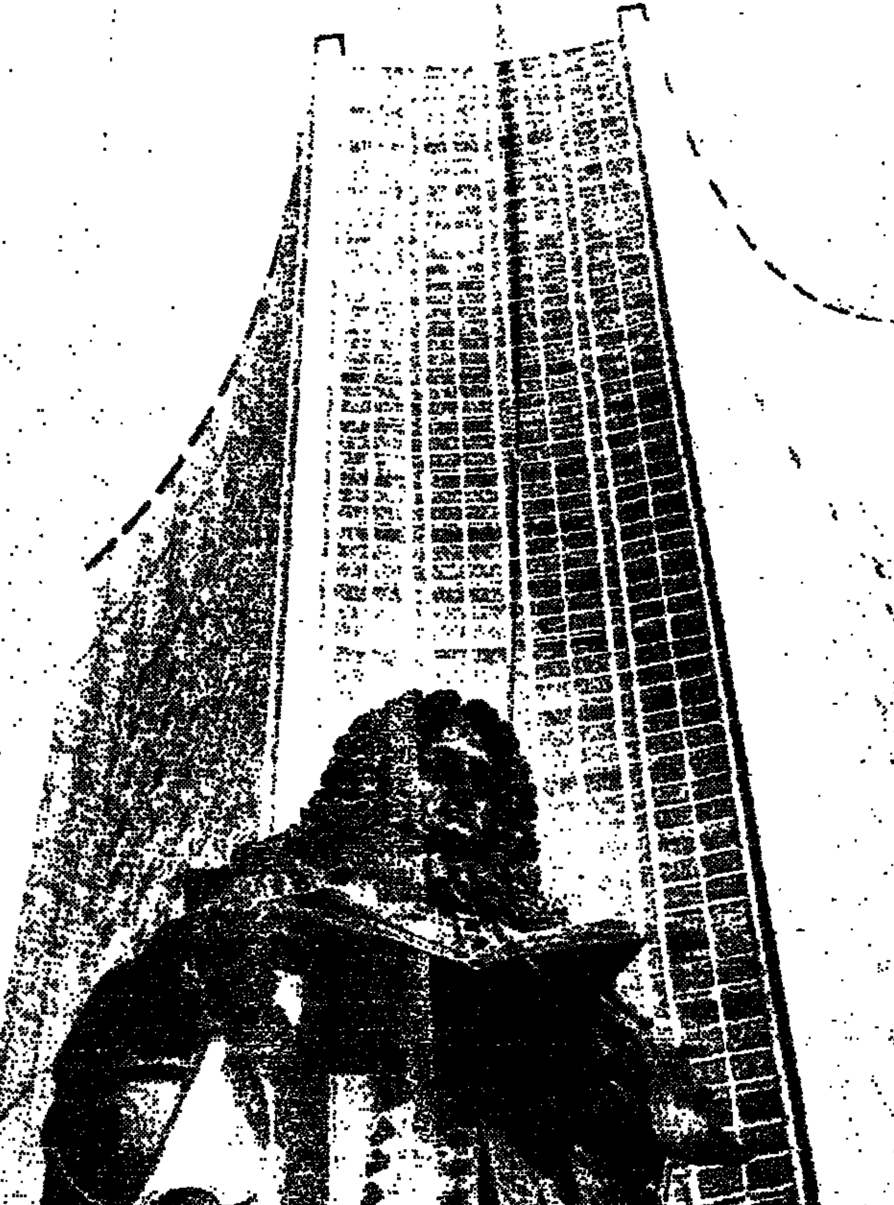
Werner stellte mir eine Frage, die für mich schicksalhaft sein sollte: „Hast du eigentlich feste Heiratsabsichten?"

Ich antwortete wahrheitsgemäß, weil mein festes Verhältnis gewiß nicht verborgen geblieben war. Bei einem meiner Kellner-Einsätze auf der Leipziger Messe hatte ich mich in eine Ungarin verliebt, die als Dolmetscherin mit einer Delegation aus Budapest gekommen war. Dank meiner Nebenverdienste konnte ich oft nach Budapest reisen, und wir hatten uns bereits verlobt. Mit dieser Antwort war die Chance schon vertan, in der Bundesrepublik eingesetzt zu werden.

Am 25. Juli 1970 heiratete ich. Meine Frau Ilona blieb zunächst noch in Ungarn, da die Übersiedlungsformalitäten noch einige Zeit in Anspruch nahmen.

Mitte November teilte Leo mir mit, er wünsche mich Anfang Dezember in Berlin zu sehen. Bei diesem Termin werde man meine weitere Entwicklung besprechen. Ich solle mich am festgelegten Tag um 10 Uhr vormittags in der Knaackstraße 8 im Stadtbezirk Prenzlauer Berg vor der Tür mit dem Namensschild „Haustein" einfinden. Immer noch nahm ich an, ich würde nach angemessener Vorbereitung in den Westen geschickt.

Der Mann, der dort im Sessel saß, mochte etwa 35 Jahre alt sein. Werner, der hinter mir eintrat, stellte ihn als „Christian" vor. Mir wurde im selben Augenblick klar: Vor dem mußt du ganz höllisch auf der Hut sein. Der ist dir vermutlich weit überlegen und könnte dich durchschauen. Er malte das Schreckensbild des Klassenfeindes und seiner finsteren Absichten an die Wand, verspritzte gehörig Gift in Richtung Bonn und Washington. „Deshalb ist es wichtig, daß das MfS in seiner Arbeit von Genossen und Patrioten der DDR unterstützt wird. Bist du bedingungslos bereit, alle Aufträge, die wir dir erteilen, zu erfüllen?"



Schlußfolgerung des Leipziger Studenten Stiller: „Wer an einer Uni studiert, die den Namen Karl Marx trägt, darf sich nicht dem Staatssicherheitsdienst verweigern."

FOTOS: WEREK/SUNDAY TELEGRAF/CAMERA PRESS

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

Morgen in der WELT

Geheimnisvolle Begegnung auf der Leipziger Messe – Der Bundesnachrichtendienst ist Gastgeber – Ein BND-„Totem" als Erkennungszeichen



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 71

Und die CDU?

„CSU macht den Vertriebenen Zusagen": WELT vom 3. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

die ostpolitischen Zusicherungen der CSU an den Vertriebenensprecher Czaja sind zu begrüßen, leider fehlt aber bisher eine ähnliche Erklärung von seiten der CDU. Im Gegenteil, Genscher plant schon, in engem Zusammenspiel mit Kohl, eine neue Polenreise für die Zeit nach den Wahlen. Der Name Genscher steht für die dilettantische Polenpolitik der Vergangenheit: Einseitige Zugeständnisse, verfassungswidrige Verzichtpolitik und in den Sand gesetzte Milliardenkredite, die heute dem Steuerzahler teuer zu stehen kommt. Polnische Gegenleistungen sind ausgeblieben; noch heute ist es deutschsprachigen Eltern verwehrt, ihre Kinder in ihrer Muttersprache aufwachsen zu lassen.

Wir Wähler wüßten gern vor den Wahlen, ob Genschers Politik der Tributzahlungen, die er als „Friedenspolitik" bezeichnet, nach den Wahlen (mit Rückendeckung von Kohl) erneut aufgenommen werden soll.

Mit freundlichen Grüßen
Ursula Stenzel,
Wilhelmshaven

U- und E-Musik

„Ein ‚U' für ein ‚E'?": WELT vom 9. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Ihren Anmerkungen zu René Kollo werden Sie wohl richtig liegen, aber anstatt hier als weiteres Beispiel für „U- und E-Verfilzler" ausgerechnet Peter Hofmann anzuführen, möchte ich Ihnen empfehlen, einmal in die „Ausflüge" der Herren Domingo und Carréras hineinzuhören

Mit freundlichem Gruß
Anke Exner,
Bochum 6

„Auftrag verfehlt"

„Seinen Auftrag verfehlt": WELT vom 16. September

Niemand erwartet von einem Journalisten eine besonders innige Liebe zur Mathematik. Aber wenn er es denn mit Zahlen zu tun hat, sollte das Ergebnis nicht ein so krauses Zahlenwerk sein wie in dem Bericht „Seinen Auftrag verfehlt", in dem es um die Fernsehspiel-Eigenproduktionen des WDR geht.

Da stimmt weder die Zahl der Mitarbeiter (um rund 400 verschätzt) noch der WDR-Anteil am Finanzausgleich innerhalb der ARD (55 Prozent, nicht 25). Auch das Verhältnis Produktion zu Verwaltung mit 1 : 6 anzugeben, ist für jeden nachprüfbar falsch: Das wirkliche Verhältnis ist 6,5 : 3,5. Die Proportion ist höchstens aus einer grotesken Verdrehung nachzuvollziehen: Ein Sechstel der Mitarbeiter des WDR (nämlich rund 700) ist im weitesten Sinne (einschließlich aller allgemeinen Dienstleistungen) der Verwaltung zuzurechnen.

Daß der WDR im vergangenen Jahr 21 Fernsehspielabende mit neu produzierten Programmen belegte, daß er fast alle seine Fernsehspiele neu produzieren läßt, daß die wöchentliche „Lindenstraße" umfangreiche Produktionskapazitäten in Köln bindet usw. usw. – alle diese Informationen mag der Autor seinen Lesern erst gar nicht mehr zumuten. Zutreffend ist bei diesem Artikel nur die Überschrift, wenn sie – einzig richtige Lesart – auf die Arbeit des Autors bezogen wird: „Auftrag verfehlt".

Michael Hirz,
WDR-Pressestelle

Wort des Tages

„Die Politik ist so zu ordnen, daß mäßige Intellekte ihr genügen."

Friedrich Nietzsche, deutscher Philosoph (1844–1900)

Personen

GEBURTSTAG

Die Aktion „Macht das Tor auf" machte **Wilhelm Wolfgang Schütz** 1958 zum bekanntesten Deutschlandpolitiker der Bundesrepublik. Schütz, der heute seinen 75. Geburtstag in Berlin begeht, gehörte nie dem Bundestag an, beeinflußte aber als Vorsitzender des Kuratoriums Unteilbares Deutschland die Diskussion um die Wiedervereinigung als Publizist, Redner und enger Vertrauter des früheren Gesamtdeutschen Ministers Jakob Kaiser. 1972 trat Schütz unter dem Eindruck der Ostpolitik **Willy Brandts** der SPD bei. 1942 hatte Schütz in der Emigration in London zusammen mit seiner Frau Dr. **Barbara Sevin** unter dem Titel „German Home Front" in einem Buch darzulegen versucht, daß es in Deutschland Widerstand gegen Hitler gebe. Schütz ist seiner deutschen Vision stets treu geblieben, obwohl seine Ideen, die Brandts Ostpolitik vorwegnahmen, auf scharfen Widerstand gestoßen sind. Auch als Lyriker, Bühnen- und Fernsehautor hat Schütz sich einen Namen gemacht.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Werner Lauterborn** vom Physikalischen Institut der Georg-August-Universität in Göttingen hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Angewandte Physik der Technischen Hochschule Darmstadt erhalten.

EHRUNG

Die Weltorganisation für Gastroenterologie hat auf ihrem Kongreß in São Paulo die Bockus-Medaille an Professor Dr. **Ludwig Demmling**, Chef der Medizinischen Universitätsklinik Erlangen, verliehen. Die Bockus-Medaille ist die einzige von der Weltorganisation alle vier Jahre verliehene Auszeichnung für besondere Leistungen auf dem Gebiet der Behandlung von Verdauungskrankheiten. Die Medaille ging in diesem Jahr zum erstenmal an einen Vertreter aus Deutschland.

KIRCHE

An den Feiern zum 525jährigen Bestehen der armenisch-apostolischen Kirchen am Sonntag in Istanbul hat als Vertreter der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) der Hannoversche Landesbischof **Eduard Lohse** teilgenommen. Lohse war vor zwei Jahren als EKD-Ratsvorsitzender mit dem Patriarchen der Kirche, **Shnork Kaloustian**, in Hannover zusammengetroffen. Die Gesamtzahl der armenischen Christen in aller Welt liegt heute bei rund 4,5 Millionen. In der Türkei sind die Armenier eine kleine Minderheit.

Ein neuer Service der WELT

PAUL F. REITZE

Die WELT veröffentlicht von heute an in jeder Dienstag-Ausgabe eine Hochschulseite. Die neue Institution soll eine Service-Einrichtung sein. Sie nimmt nicht Kurs auf Utopia, und sie wird nicht politisieren. Ihr Ziel: Hilfestellung für den Studien-Alltag.

Schenkt man der jüngsten Prognose der Kultusministerkonferenz Glauben, so brechen für Studenten bald paradiesische Zustände an. Die Spitze des „Abiturientenberges" ist bereits 1983 erklommen worden; in die Hochschulen werden jetzt weniger junge Leute drängen als bisher – bis zu 16 000 jährlich.

Warum startet die WELT ausgerechnet in einem so frohgemuten Augenblick ihre neue Hochschulseite?

Erstens: Bisher waren Studienplätze Mangelware; sie wurden in etlichen Fächern, nicht nur im Bereich des harten Numerus clausus, zentral zugeteilt. Wenn sich die angespannte Situation zu normalisieren beginnt, dann bedarf es mehr denn je gezielter Information. Ein Sektor, der immer stärker reglementiert wurde, kann nicht plötzlich nach den Marktgesetzen des freien Spiels der Kräfte funktionieren.

Zweitens: Die Beschäftigungsprobleme für junge Akademiker werden sich nicht auf den Lehramtsbereich beschränken, sie wachsen generell, da der bisherige Hauptabnehmer, der Staat, kaum noch neue Positionen schaffen kann. Die Wirtschaft wird sich guten Absolventen nicht versagen, aber sie stellt angesichts weltweit immer schwieriger werdender Märkte spezielle Anforderungen.

Wer Chancen nutzen will, muß dem schon frühzeitig, während des Studiums, Rechnung tragen.

Wer den Studienplatz in der Tasche hat, dem sind die eigenen vier Wände am Hochschulort noch lange nicht sicher. Doch der mühsame Weg zur Wunsch-Bude läßt sich abkürzen. Wie werden die Plätze im Studentenheim vergeben? Wie findet sich der Student auf dem Markt der privaten Anbieter zurecht? Was ist ein Wohnberechtigungsschein? Die Hochschul-WELT gibt ihren Lesern Informationen zum Semesterbeginn.



Wohnraum ist knapp: Zum Semesterbeginn werden mehr Buden gesucht als angeboten. FOTO: HÖFT

Die Suche nach dem Dach überm Kopf

Von DORIS GROSS

Für den größten Teil der Studenten, der nicht von seinem Heimatort aus die Hochschule erreichen kann, gilt die erste Sorge einem ordentlichen Dach über dem Kopf. Möglichst hochschulnah, möglichst groß, möglichst modern – und natürlich möglichst billig: So sieht die Traumbude für fast jeden Studenten aus.

Bei der Suche wird man auf drei Wohnraumarten stoßen: das Wohnheim, die Sozialwohnung und die *„nicht preisgebundene" Wohnung.*

Bei den meisten Wohnheimen teilt man sich Küche, Dusche und WC mit etwa fünf Kommilitonen. In neueren Heimen gibt es auch Einheiten für kleinere Wohngemeinschaften und Einzelappartements; für diese ist jedoch die Nachfrage wesentlich größer als das Angebot.

Nachteil bei öffentlichen Wohnheimen: Hier gelten einige Mietrechte nicht, die man bei privaten Vermietern hat (z. B. Kündigungsschutz, Verzinsung der Mietkaution, verbrauchsabhängige Heiz- und Warmwasserkostenabrechnung). Außerdem ist die Mietdauer meist auf fünf Jahre beschränkt.

Öffentlicher Wohnheimträger und Anbieter der meisten Wohnheimplätze ist das örtliche Studentenwerk. Will man sich um einen Platz bewerben, so gibt es dafür an den meisten *Hochschulorten zwei verschiedene* Möglichkeiten:

1. Man wendet sich direkt an den Belegungsausschuß des entsprechenden Wohnheims. Antragsformulare erhält man beim Hausmeister.

2. Man sucht die zentrale Wohnheimverwaltung des Studentenwerks am Hochschulort auf. Alle Bewerbungen werden an einen studentischen Belegungsausschuß weitergeleitet, der seine Auswahl trifft.

Zu den Auswahl-Kriterien gehören zum Beispiel die Studentenzahlen in den einzelnen Studienrichtungen, das zahlenmäßige Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen oder das zwischen deutschen und ausländischen Kommilitonen. Damit soll eine möglichst ausgeglichene Belegung erreicht werden, die den Wohnheimbewohner aus der Enge seines Fachstudiums herausführt.

Neben *den Wohnheimen* des Studentenwerkes gibt es an nahezu allen Hochschulorten auch eine Reihe privater Heime. Sie wurden oft im Rahmen von Bauherrenmodellen erstellt. Plätze bieten aber auch Korporationen sowie katholische und evangelische Studentengemeinden an.

Sozialwohnungen werden offeriert mit dem Hinweis „WBS erforderlich". WBS steht für Wohn-Berechtigungs-Schein, den man beim Wohnungsamt seiner Gemeinde erhält, sofern die Einkommensgrenze nach Paragraph 25 (1) des Zweiten Wohnungsbaugesetzes nicht wesentlich überschritten wird. Mit diesem Wohnberechtigungsschein kann man eine „angemessen große" Wohnung beziehen. Was man darunter versteht, ist von Ort zu Ort verschieden. In der Regel stehen jedoch einer Einzelperson 45 und jeder weiteren 15 Quadratmeter zur Verfügung.

Wer jetzt allerdings glaubt, sich eine 60 Quadratmeter große Wohnung ohne weiteres mit einem Mitbewohner teilen zu können, der hat die Rechnung ohne das Wohnungsamt gemacht. Die meisten Hochschulorte gehören nämlich zu Gebieten mit erhöhtem Wohnraumbedarf. Und in solchen ist ein „Zusammenlegen" von Wohnberechtigungsscheinen nicht möglich, außer für Geschwister.

Andererseits kann man natürlich mit zwei Personen in eine 45 Quadratmeter große Sozialwohnung ziehen, falls zumindest eine von ihnen einen Wohnberechtigungsschein hat.

Wenn man trotz allem als Wohngemeinschaft in eine bestimmte Sozialwohnung ziehen möchte, so kann man eine Sondererlaubnis beim Wohnungsamt beantragen.

Die Genehmigung wird in der Regel erteilt, wenn die Behörde nicht in der Lage ist, dem Vermieter einen Mieter aus dem eigentlichen Berechtigtenkreis zu vermitteln.

Was ein Zimmer kostet

Die niedrigste Miete für einen Studentenheim-Platz zahlt man nach Angaben des Deutschen Studentenwerks in Osnabrück: 138 Mark (mit Nebenkosten). Unter den Traditionsuniversitäten ist Göttingen am günstigsten (143 Mark). Im unteren Preisfeld sind auch Bonn (160 Mark), Berlin (164 Mark) und Erlangen (170 Mark) zu finden. Die *teuersten Hochschulstädte:* Darmstadt, Frankfurt, Freiburg, Konstanz, Kiel, Stuttgart und, an der Spitze, Köln (223 Mark).

Befreiung von der Pflichtversicherung

DW. Köln

Studenten und Studienanfänger können sich von der Pflichtversicherung befreien lassen, wenn sie eine private Krankheitskosten-Vollversicherung abschließen. Darauf macht der Verband der privaten Kranken*versicherungen (PVK) aufmerksam.*

Die Bescheinigung über den Versicherungsschutz stellen die privaten Krankenversicherer aus. Sie ist zusammen mit dem Befreiungsantrag an die Allgemeine Ortskrankenkasse am Wohn- oder Studienort weiterzuleiten. Wenn der Antragsteller bereits Mitglied einer Ersatzkasse ist, muß *die Befreiung dort beantragt werden.* Das kann innerhalb der ersten drei Monate nach Semesteranfang geschehen. Die Befreiung gilt nur für die Dauer des Studiums.

Wer nach BAföG unterstützt wird, bekommt auf Antrag vom Amt für Ausbildungsförderung einen Zuschuß in Höhe von 38 Mark monatlich.

Universität als Kulturheimat?

DW. Bonn

Das Bundesministerium für Bil*dung und Wissenschaft will die stu*dentische Kulturarbeit „wiederbeleben". So sind in Karlsruhe/Pforzheim und Tübingen/Reutlingen zwei vom Ministerium geförderte Modellversuche angelaufen. Ihr Ziel ist es, in den Bereichen Theater, Film/Video, Musik und Literatur neue Initiativen anzuregen. Dazu sollen Künstler Impulse in die Hochschulen tragen und das Engagement der Studentenschaft auf diesem Felde stärken.

Einen Überblick über die einzelnen Initiativen gibt die Untersuchung *„Universität als Heimat?". Sie ist als* Band 33 und 34 der „Studien Bildung Wissenschaft" beim K. H. Bock Verlag, 5340 Bad Honnef 1, erschienen (22,50 bzw. 16,80 Mark).

Für Studenten aus dem Ausland

DW. Stuttgart

„Was ausländische Studienbewerber wissen sollten" heißt eine Broschüre mit *Informationen für ausländische* Studenten an Universitäten, Fachhochschulen und Kunsthochschulen, die das baden-württembergische Ministerium für Wissenschaft und Kunst herausgegeben hat. Sie kann kostenlos bei der Pressestelle des Ministeriums (Postfach 401, 7000 Stuttgart) oder den akademischen Auslandsämtern der Hochschulen angefordert werden.

Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Wo Chemiker Zeit sparen

Weniger als elf Semester fürs Diplom: Konstanz und Bayreuth

P. F. R. Bayreuth

Junge Universitäten zeichnen sich oft durch eine merklich kürzere Studiendauer aus. Dies hat die Gesellschaft Deutscher Chemiker jetzt im Detail für ihr Fach untermauert.

In Konstanz werden bis zum Erwerb des Diploms im Schnitt 10,5 Semester, in Bayreuth nur unwesentlich mehr, nämlich 10,8 Semester benötigt. Studenten an alten Hochschulen legen die berufsqualifizierende Prüfung bis zu zwei Jahre später ab. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 12,9 Semestern. Das Beispiel Bayreuth ist besonders interessant, da sich hier bei der Doktorprüfung ein gegenläufiges Bild ergibt. Der bis zum Diplom erzielte Zeitgewinn geht bis zur Promotion wieder verloren.

Statistisch gesehen, erhält der Bayreuther Chemie-Doktor den Titel erst nach 19,2 Semestern zugesprochen. Bundesweit liegt die Zeitspanne da*für zwischen 16,6 und 20,9 Semestern.*

In Bayreuth hat man nach Gründen gesucht, warum die „Studiergeschwindigkeit" zwischen Diplom und Promotion so merklich nachläßt. Man glaubt nun, eine erste Erklärung gefunden zu haben: Beim Diplom schlage sich die noch geringe Studentenzahl nieder. Die Betreuung sei da*her optimal. Aber sollte dies nicht* erst recht für die Promotionsphase gelten?

Der Bayreuther Chemieprofessor Hans-Ludwig Krauss weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß relativ viele der an seiner Hochschule Promovierenden Assistententätigkeiten ausüben. An einer im Aufbau be*findlichen Universität fordere dies* einen überdurchschnittlich hohen Zeitaufwand. Krauss räumt jedoch ein, daß das zügige Studium bis zum Diplom auch eine Folge davon ist, daß hier Prüfungs- und Studienordnungen stark reglementieren.

In der anschließenden Phase bis zur Doktorprüfung gibt es diesen Druck nicht mehr. Der Sprung in die Freiheit wird offensichtlich nicht immer problemlos verkraftet. Die Bayreuther Chemiker möchten in naher Zukunft erreichen, daß sich die zu langen Promotionszeiten an ihrer *Hochschule verkürzen. Das Ziel: der* Doktortitel nach rund 17 Semestern.

Das wäre bundesweit ein guter Wert. Die chemische Industrie drängt *indes darauf, die Studienzeiten auf 15* Semester zu reduzieren. Um dafür einen Anreiz zu geben, hat die Industrie ein sogenanntes Chemie-Fonds-Stipendium zur Verfügung gestellt.

Die ersten Kandidaten dafür sind bereits gefunden worden. Wenn sie innerhalb der vorgeschlagenen 15 Semester ihre Promotion abschließen, erhalten sie eine Sonderprämie und eine Belobigung. Die Namen von Kandidat und Doktorvater werden in der Verbandszeitschrift veröffentlicht. Bruno Blaser vom Fonds der Chemischen Industrie hofft, daß ein solches Stipendium zum Wettstreit unter den Universitäten anspornt.



Lehrer Höfer sitzt nach

Pädagogen ohne Job werden in Bad Harzburg umgeschult

C. GEYER, Bad Harzburg

„Ich war der Verzweiflung nahe. Wenn man mit 30 Jahren immer noch keine Arbeit hat, ist eine psychologische Schallmauer erreicht." Herbert Höfer gehörte bis vor wenigen Monaten noch zu jener Gruppe arbeitsloser Akademiker, die das meiste Kopfzerbrechen bereitet: den Lehrern.

Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Lange Zeit hat seine Frau am Fließband *gearbeitet, während er* selbst sich um den Haushalt kümmerte. Das ist zur Freude der Eheleute Höfer inzwischen anders geworden.

„Als ich nach meinem zweiten Staatsexamen auf der Straße stand, habe ich den Sprung ins kalte Wasser gewagt", meint der junge Familienvater heute. „In der Umschulung für die Wirtschaft lag *meine einzige Alternative.*" Vor zwei Jahren hat Herbert Höfer ein Fernstudium bei der – vom Bundesbildungsministerium und der Bundesanstalt für Arbeit geförderten – Wirtschaftsakademie für Lehrer (Hindenburgring 12a, 3388 Bad Harzburg) begonnen.

Zusammen mit noch zwanzig weiteren arbeitslosen Pädagogen wurde er zunächst zu einem Wochenendseminar eingeladen, auf dem die Leiterin der Wirtschaftsakademie, Gisela Böhme, den Ablauf des in der Regel zwölfmonatigen Fernstudiums erläuterte. Hier wurde ihm erst einmal Mut gemacht. „Die pädagogischen Fähigkeiten eines ausgebildeten Lehrers sind in der Wirtschaft ideal einsetzbar", bekräftigt Frau Böhme.

Der Erfolg scheint ihr Recht zu geben. Von den 1000 arbeitslosen Leh*rern, die bisher ein Fernstudium* absolvierten, haben mehr als 90 Prozent im mittleren Management Fuß gefaßt. Allein die Tatsache, daß der Bewerber womöglich jobbegleitend ein Fernstudium absolviert hat, ist für viele Personalchefs schon ein Qualifikationszeichen. Beweist der Bewerber damit doch Persönlichkeitsmerkmale, die in der Wirtschaft hoch geschätzt sind: Zielstrebigkeit, Belastbarkeit, Einsatzbereitschaft.

In Bad Harzburg kann man den Abschluß als Direktionsassistent, als Managementassistent oder als Personalassistent anstreben. Für die nahe Zukunft ist auch der Studiengang als Technologie-Assistent vorgesehen. Eine wirtschaftsbezogene Allround-Ausbildung soll den Einstieg in verschiedenartige Unternehmen ermöglichen und später in der jeweiligen betrieblichen Praxis die weitere Spezialisierung erleichtern.

Gisela Böhme: „Mit dem Studium kann man von heute auf morgen beginnen. Der Einstieg ist jederzeit möglich." Die Lehrgangsgebühr beträgt 2305 Mark, hinzu kommen 250 Mark Prüfungskosten. Bei den entsprechenden Voraussetzungen übernimmt das Arbeitsamt sämtliche Kosten.

Herbert Höfer entschied sich für die Ausbildung als Personalassistent. Jeden Monat arbeitete er einen sogenannten Studienbrief durch. Insgesamt rechnet man mit etwa 780 Stunden, die zur Bewältigung des Materials nötig sind. Nach 12monatiger Studiendauer besuchte der arbeitslose Pädagoge das Abschlußseminar, das in die sogenannte „erweiterte instituts-interne Prüfung" mündete.

Danach hatte er einen Abschluß in der Tasche, der ein anerkanntes Äquivalent zu der sonst üblichen *Prüfung vor der Industrie- und* Handelskammer ist. Der heutige Personalassistent: „In Harzburg habe ich eine Lebenskrise gemeistert."

Das Wirtschafts-Praktikum vereinigt die Länder

THOMAS DITTRICH, Köln

Praktikum in Kanada, Peru, Togo oder Japan? Für viele Wirtschaftsstudenten ist das kein unerfüllbarer Wunsch mehr. Die AIESEC (Association Internationale des Etudiants en Sciences Economiques et Commerciales) tauscht jährlich etwa 6000 Studenten der Volks- und Betriebswirtschaft innerhalb ihrer 64 Mitgliedsländer.

Alle Kontinente sind beteiligt, auch einige Länder des Ostblocks wie Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei. Dabei hatte es zunächst nur mit jenen sieben Ländern angefangen, die 1949 die AIESEC gründeten, um über den Praktikantenaustausch einen Beitrag zur Völkerverständigung zu leisten. Jährlich kamen neue Mitgliedsstaaten dazu: in diesem Jahr wurden Malta und Marokko aufgenommen. Mit der Volksrepublik China laufen derzeit die Verhandlungen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist das stärkstes Mitgliedsland der Organisation: Jedes Jahr reisen etwa 850 ihrer Studenten zu einem AIESEC-Praktikum ins Ausland. Die gleiche Zahl ausländischer Studenten kommt für ein mindestens sechswöchiges Praktikum zu uns.

AIESEC-Praktika sind nicht nur Ferienjobs. Sie sollen Studenten die Möglichkeit geben, Erfahrungen in Unternehmen zu sammeln und gleichzeitig fremde Länder und Kulturen kennenzulernen. „Man ist mehr als nur Tourist in einem Land. Durch mein Praktikum bei einer Bank in Kairo habe ich doch einige Einblicke in die ägyptische Mentalität gewinnen können", meint Xaver Einsle, derzeitiger Vorsitzender der AIESEC in der Bundesrepublik.

Charakteristisch für AIESEC ist in allen Mitgliedsländern, daß keine parteipolitischen Ziele verfolgt werden und alle Aufgaben „von Studenten für Studenten" ehrenamtlich wahrgenommen werden. Mitgliedsbeiträge und -ausweise gibt es nicht, AIESEC ist offen für alle Wirtschaftsstudenten.

Wer sich jedoch Mitarbeiter in einem der 44 Lokalkomitees zwischen Kiel und Konstanz nennen möchte, muß schon etwas Idealismus mitbringen. Neben dem Studium fällt pro Tag etwa eine Stunde Arbeit an, bei der Organisation von konkreten Projekten auch etwas mehr. Drei oder vier Jahre arbeiten die AIESEC-Studenten ehrenamtlich mit. Dann ist das Studium und damit die aktive Zeit in der Organisation vorbei.

Diese Projekte sind thematisch breit gefächert und verwirklichen das Ziel, Theorie und Praxis miteinander zu verbinden. Frauen im Management, Bank 2000, Unternehmensethik, moderne Bürokommunikation – das sind nur einige der aktuellen Seminarthemen.

Fest etabliert hat sich inzwischen das Firmenkontaktgespräch. Unternehmen präsentieren sich an den *Universitäten, Studenten stellen* Fragen zu Einstellungskriterien, Traineeprogrammen und Aufstiegschancen. Diese persönlichen Kontakte bauen die Hemmschwelle für spätere Bewerbungen ab.

Die AIESEC hat verschiedene Geldquellen: Vor allem sind es Spenden aus der Wirtschaft, die die laufen*den Kosten decken. Hinzu kommt die* Unterstützung durch den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD). Auch andere staatliche und halbstaatliche Stellen fördern die Aktivitäten der AIESEC.

Informationen:
Deutsches Komitee der AIESEC
Hohenzollernring 54, 5000 Köln 1
Telefon: 02 21 / 23 47 61

STUDIENPLATZ TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. *In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt.* Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Humanmedizin Vorklinik

2. Semester

	von	nach
1	FU Berlin	Uni Bonn
2	FU Berlin	Uni Göttingen
3	FU Berlin	Uni Hannover
4	FU Berlin	Uni Heidelberg
5	FU Berlin	Uni Köln
6	FU Berlin	Uni Marburg
7	FU Berlin	Uni Münster
8	Uni Düsseldorf	Uni Erlangen
9	Uni Düsseldorf	Lübeck
10	Uni Düsseldorf	Uni Kiel
11	Uni Düsseldorf	Uni Münster
12	Uni Frankfurt	Uni Hamburg
13	Uni Frankfurt	Uni München
14	Uni Frankfurt	Uni Tübingen
15	Uni Freiburg	Uni Mainz
16	Uni Freiburg	Uni Tübingen
17	Uni Gießen	Uni Düsseldorf
18	Uni Gießen	Uni Freiburg
19	Uni Gießen	Uni Düsseldorf
20	Uni Gießen	Uni Münster
21	Uni Gießen	Uni Tübingen
22	Uni Göttingen	Uni Tübingen
23	Uni Marburg	Uni Göttingen
24	Uni Marburg	Uni Hamburg
25	Uni Marburg	Lübeck
26	Uni Marburg	Uni Kiel
27	Uni Mainz	Uni Heidelberg
28	Uni Mainz	Uni Münster

3. Semester

	von	nach
1	RWTH Aachen	Uni Köln
2	Uni Bonn	Uni Hamburg
3	Uni Bochum	Uni Bonn
4	Uni Bochum	FU Berlin
5	Uni Bochum	Uni Erlangen
6	Uni Bochum	Uni Frankfurt
7	Uni Bochum	Uni Freiburg
8	Uni Bochum	Uni Göttingen
9	Uni Bochum	Uni Heidelberg
10	Uni Bochum	Lübeck
11	Uni Bochum	Uni Köln
12	Uni Bochum	Uni Münster
13	Uni Bochum	Uni Mainz
14	Uni Bochum	Uni Regensburg
15	Uni Bochum	Uni Tübingen
16	Uni Bochum	Uni Ulm
17	Uni Bochum	Uni Würzburg
18	FU Berlin	TU München
19	FU Berlin	Uni München
20	Uni Essen	Uni Bonn
21	Uni Essen	Uni Frankfurt
22	Uni Essen	Uni Gießen
23	Uni Essen	Uni Münster
24	Uni Essen	Uni Mainz
25	Uni Essen	Uni Würzburg
26	Uni Gießen	Uni Erlangen
27	Uni Gießen	Uni Heidelberg
28	Uni Gießen	Uni Mannheim
29	Uni Gießen	Uni München
30	Uni Gießen	Uni Würzburg
31	Lübeck	RWTH Aachen
32	Lübeck	Uni Hamburg
33	Uni Köln	TU München
34	Uni Köln	Uni München
35	Uni Kiel	RWTH Aachen
36	Uni Kiel	Uni Bonn
37	Uni Kiel	Uni Düsseldorf
38	Uni Kiel	Uni Gießen
39	Uni Kiel	Uni Hamburg
40	Uni Kiel	Uni Köln
41	Uni Marburg	Uni Hamburg
42	TU München	Uni Erlangen
43	Uni Saarbrücken	Uni Erlangen
44	Uni Saarbrücken	Uni Freiburg
45	Uni Saarbrücken	Uni Göttingen
46	Uni Saarbrücken	Uni Hannover
47	Uni Saarbrücken	Uni Heidelberg
48	Uni Saarbrücken	Uni Hamburg

4. Semester

	von	nach
1	Uni Bonn	Uni Freiburg
2	Uni Bonn	Uni Hamburg
3	Uni Bonn	Lübeck
4	Uni Bonn	Uni Kiel
5	FU Berlin	Uni Freiburg
6	FU Berlin	Uni Hamburg
7	FU Berlin	Uni Marburg
8	FU Berlin	Uni Tübingen
9	Uni Düsseldorf	Uni Tübingen
10	Uni Frankfurt	Lübeck
11	Uni Frankfurt	Uni Kiel
12	Uni Frankfurt	Uni Münster
13	Uni Frankfurt	Uni Saarbrücken
14	Uni Gießen	Uni Hannover
15	Uni Gießen	Uni Heidelberg
16	Uni Gießen	Uni München
17	Uni Gießen	Uni Tübingen
18	Uni Heidelberg	Uni Erlangen
19	Uni Heidelberg	Uni München
20	Uni Heidelberg	Uni Würzburg
21	Lübeck	Uni Hamburg
22	Uni Köln	Uni Bonn
23	Uni Mannheim	Uni Heidelberg
24	Uni Münster	Uni Bonn
25	Uni Münster	Uni Freiburg
26	Uni Münster	Uni Hamburg
27	Uni Münster	Lübeck
28	Uni Münster	Uni Kiel
29	Uni Münster	Uni Würzburg
30	Uni Mainz	Uni Erlangen
31	Uni Mainz	Uni Freiburg
32	Uni Mainz	Uni Köln
33	Uni Mainz	Uni München
34	Uni Mainz	Uni Tübingen
35	Uni Saarbrücken	Uni Bochum
36	Uni Saarbrücken	Uni Essen
37	Uni Saarbrücken	Uni Münster
38	Uni Tübingen	Uni Freiburg
39	Uni Tübingen	Uni Hamburg
40	Uni Ulm	Uni Hamburg
41	Uni Ulm	TU München
42	Uni Ulm	Uni München
43	Uni Würzburg	Uni Erlangen
44	Uni Würzburg	TU München
45	Uni Würzburg	Uni München

Humanmedizin Klinik

1. Semester

	von	nach
1	RWTH Aachen	Uni Bonn
2	RWTH Aachen	Uni Freiburg
3	RWTH Aachen	Uni Münster
4	RWTH Aachen	Uni Tübingen
5	RWTH Aachen	Uni Ulm
6	Uni Bonn	Uni Heidelberg
7	Uni Bonn	TU München
8	Uni Bonn	Uni München
9	Uni Bonn	Uni München
10	Uni Bonn	Uni Ulm
11	Uni Bochum	Uni Freiburg
12	Uni Bochum	Uni Tübingen
13	FU Berlin	Uni Freiburg
14	FU Berlin	Uni Hannover
15	FU Berlin	Lübeck
16	FU Berlin	TU München
17	FU Berlin	Uni München
18	Uni Düsseldorf	Uni Bonn
19	Uni Düsseldorf	Uni Heidelberg
20	Uni Düsseldorf	Uni Münster
21	Uni Düsseldorf	Uni München
22	Uni Essen	RWTH Aachen
23	Uni Essen	Uni Bonn
24	Uni Essen	Uni Düsseldorf

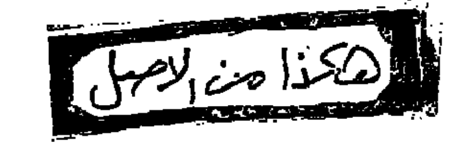
PRAKTIKANTEN BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Betriebswirtschaft

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Berlin	Steuerberatung	Rechnungswesen	n. V.
2	Bochum	Steuerberatung	EDV/Bilanzierung	n. V
3	Burgbrohl	Vermögensberatung	Vermögensplanung	n. V.
4	Darmstadt	Steuerberatung	Rechnungswesen	n. V.
5	Dettenhausen	Apparatebau	Kfm. Bereich	n. V.
6	Dortmund	Techn. Großhandel	Warenumschlag	n. V.
7	Düsseldorf	Kunstgewerbe	Verkauf	3 M.
8	Duisburg	Textil-Einzelhandel	Verkauf	n. V:
9	Emsdetten	Textilindustrie	Kfm. Bereich	3 M.
10	Erbach	Kunststoffgroßhandel	Buchhaltung	1 – 6 M.
11	Flensburg	Warenhaus	Vertrieb	1 – 3 M.
12	Frankfurt	Werbeagentur	Kundenberatung	3 – 6 M.
13	Fritzlar	Steuerberatung	Rechnungswesen	1 – 2 M.
14	Gütersloh	Versicherung	Kfm. Bereich	n. V.
15	Hagen	Reiseveranstaltung	Marketing	n. V.
16	Haltern a. See	Holz- u. Kunststoff	Marketing	3 M.
17	Hann. Münden	Gummiindustrie	Kfm. Bereich	n. V.
18	Heidelberg	Metallindustrie	EDV/Personalwesen	6 M.
19	Hannover	Automobilclub	Rechnungswesen	2 – 3 M.
20	Hildesheim	Haustechnik	Rechnungswesen	n. V.
21	Kehlheim	Werbung	Kfm. Bereich	ab 3 M.
22	Köln	Sanitär/Heizung	EDV-Buchhaltung	n. V.
23	Köln	med. Kosmetik	Organisation	n. V.
24	Köln	Börse	Verkauf/Beratung	ab 3 M.
25	Köln	Handel	Kfm. Bereich	2 M.
26	Langenhagen	Käse-Frischdienst	Kostenrechnung	n. V.
27	Monschau	SB-Warenhaus	EDV/Kassenwesen	2 – 3 M.
28	Mönchen-Gladb.	Baubeschl./Werkzeug	Einkauf/Verkauf	n. V.
29	München	Diätet. Produkte	Marketing	3 – 6 M.
30	Münsingen	Druck/Verlag	Marketing	n. V.
31	Norderstedt	Ausstellungs-Messesyst.	Marketing	3 M.
32	Poing	EDV	Software-Entwicklung	3 – 6 M.
33	Roisdorf	Spedition	Import-Export	6 M.
34	Recklinghausen	Krankenhaus	EDV/Budgetierung	3 M.
35	Reilingen	Textil	Absatzwirtschaft	3 – 4 M.
36	Saulgau	Steuerberatung	Bilanzen	n. V.
37	Schöneberg	Steuerberatung	Finanzbuchhaltung	n. V.
38	Schorndorf	Feinmechanik	EDV/Statistik	n. V.
39	Schwalbach	Markenartikel	Marketing	2 M.
40	Trier	Holzindustrie	Verkauf/Verwaltung	1 M.
41	Varel	Automobilhandel	Verkauf	n. V.
42	Waghäusel	Maschinenbau	Kfm. Bereich	6 M.

In der nächsten Woche: Maschinenbau



HOCKEY

Indien ist schon lange nicht mehr Lehrmeister

DAGMAR GARBE, **London**

Ihr letztes Gruppenspiel bei der Hockey-Weltmeisterschaft gegen Indien (heute um 14.30 Uhr) bereitet der deutschen Mannschaft keine schlaflose Nacht mehr. Die Lehrjungen von einst haben den Lehrmeister überholt. Die Zeiten haben sich längst geändert.

In den vergangenen zehn Jahren haben die Deutschen den asiatischen Rekord-Olympiasieger in zwölf Begegnungen sechsmal geschlagen und bei vier Unentschieden nur zweimal verloren. Das Land mit seinen zwei Millionen Hockeyspielern spielt im Hockey nur noch eine zweitrangige Rolle. Indien hat ebenso an Bedeutung verloren wie Pakistan. Aber während sich der Abstieg Indiens Schritt für Schritt vollzog, ging der Stern des dreimaligen Titelträgers Pakistan mit blamablen Niederlagen gegen Südkorea, Malaysia, Argentinien und England unter.

Wenn die deutsche Mannschaft gegen Indien heute gewinnt, steht sie im *Halbfinale, egal, wie anschließend* die Begegnung zwischen Australien und Polen ausgeht. Sogar eine Niederlage würde noch ausreichen. Es sei denn, Polen schlägt Australien, woran in London keiner so recht glauben mag. „Wir können aus eigener Kraft das Halbfinale erreichen", sagte Bundestrainer Klaus Kleiter, „und das ist entscheidend für uns."

Bei dem sensationell hohen 6:0-Erfolg hat Australien es den deutschen Spielern vorgemacht, wie man die indische Abwehr auseinandernimmt: Jede echte Chance wurde ein Tor. Gegen Kanada war die Torausbeute der Mannschaft von Bundestrainer Klaus Kleiter allerdings eher mager. 2:0 durch Tore von Hilgers (8. Minute) und Fischer (67.) hieß es am Ende gegen den Gruppenletzten. „In dieser Form können wir kein Halbfinale bestreiten", sagte der Bundestrainer nach dem Spiel, doch er fügte hinzu: „Wir haben in jedem Turnier so ein Spiel gemacht, ich bin eigentlich froh, daß wir es hinter uns haben." Die deutsche Elf baute die Kanadier regelrecht auf, so daß sie ihr bestes Turnierspiel boten, während um Carsten Fischer und seine Kollegen unerklärliche Nervosität und Leichtsinn herrschten.

Gegen Indien soll das nicht wieder vorkommen. „*Auf das Spiel freue ich mich richtig*", sagte der Kölner Stefan Blöcher, und Ekkhard Schmidt-Opper fügte noch hinzu: „Wichtig ist nur, daß wir endlich ein richtig gutes Spiel zeigen." Die konzeptlose, wenn auch technisch immer noch erstklassige, aber wenig athletische Spielweise der Inder könnte den Deutschen ihren Wunsch erfüllen.

Spiele gegen Indien waren häufig spannend und torreich, das 5:5 vor einem Jahr in Perth ist unvergessen. Die letzte Begegnung beim Sieg der Champions Trophy in Karatschi gewann die Auswahl des Deutschen Hockey Bundes (DHB) im April mit 3:0. Nach dem Spiel könnte die Bilanz zwischen den beiden Ländern ausgeglichen sein. Noch steht es zehn Siege zu neun Niederlagen für Indien. Zwölfmal trennten sich beide Mannschaften Unentschieden. Das Torverhältnis lautet 51:49 für die Inder. Doch die Niederlagen-Serie ist Geschichte: Aus dem Trauma von einst ist inzwischen ein Traumgegner geworden. Hoffentlich auch heute für das deutsche Team. (dpa)

*

Das Spiel gegen Indien wird heute direkt ab 14.30 Uhr im Ersten Deutschen Fernsehen (ARD) übertragen.

EISHOCKEY-KOLUMNE / Erich Kühnhackl:

Gerüchte schmeicheln – wann kommt er zurück?

Wenn von Veränderungen und Wechseln im deutschen Eishockey die Rede ist, wird in regelmäßigen Abständen auch sein Name genannt. Wechselt **Erich Kühnhackl** nun vom Schweizer Nationalliga-Klub Olten zurück in die Bundesliga?

In einem Verein haben sich angeblich schon Sponsoren zusammengefunden, die die Hälfte der Kosten des altgedienten Stürmerstars aufbringen wollen, an anderer Stelle will ein finanzkräftiger Mäzen angeblich mit bis zu 500 000 Mark seine *Zweitliga-Mannschaft* attraktiver machen. Und Kühnhackl selbst? Hört er solche Gerüchte, fühlt er sich erst einmal geschmeichelt, „daß da noch Interesse an mir als Spieler besteht". Aber „von mir kommen diese Dinge nicht".

Auf dem Verbandstag im Sommer in Berlin, erzählt Kühnhackl, habe er sich beispielsweise zwanglos mit Bundestrainer **Xaver Unsinn** über Schweiz, Trainerberuf, Bundesliga, Gott und die Welt unterhalten. **Clemens Vedder**, Schatzmeister des deutschen Meisters Kölner EC, habe dabeigestanden. Kommt das Gerücht daher? Dann habe ihn dieser Tage **Heinz Taufer**, Oltens Technischer Direktor, auch auf ein angebliches Angebot aus Augsburg angesprochen. Kühnhackl konnte ihn beruhigen. Er stehe mit beiden Klubs nicht in Verbindung.

Schließlich läuft sein Vertrag in Olten noch bis zum Saisonende. Er sei es gewohnt, Verträge einzuhalten. Auch müsse er sich zur Zeit ganz auf seine Spiele konzentrieren. Denn wenn sein Verein heute in Fribourg antritt, warten die Anhänger immer noch auf den ersten Sieg. Doch nach dieser Saison, das gibt Kühnhackl gerne zu, würde er die letzten Jahre seiner Karriere zu gerne dort verbringen, „wo ich angefangen habe – in der Bundesliga". Und dann am liebsten in einer Mannschaft, die auch das Zeug zur deutschen Meisterschaft hat.

*

Wenn nach den Spieltagen dieser Saison die Zuschauerzahlen gesammelt, addiert und miteinander verglichen werden, steht ein Aufsteiger zumeist blendend da. Wieder einmal 6000 wollten das Team von Eintracht Frankfurt in der ausverkauften Eissporthalle am Bornheimer Hang spielen sehen. Und will der Zuhörer dem Eishokkey-Abteilungsleiter **Günther Herold** Glauben schenken, dann standen nach dem 5:2-Sieg der Frankfurter über den ERC Schwenningen „die Leute in Zehnerreihen an, um Karten für das nächste Heimspiel zu kaufen".

Haben die Hessen eine Sportart wiederentdeckt, die in Frankfurt nach 17 Jahren wieder zur höchsten Spielklasse gehört? „Wir sind ganz zufrieden", untertreibt Herold. Doch dann kann der Abteilungsleiter bei aller Zurückhaltung doch nicht mehr das gestärkte Selbstbewußtsein verheimlichen. In Frankfurt, das steht für Herold fest, „spielt der seit Jahren stärkste Aufsteiger. Wir wollen uns etablieren".

Vielleicht in zwei, drei Jahren auch etwas mehr? „Um das zu erreichen, muß alles passen", sagt Herold. Die Voraussetzungen scheinen auf jeden Fall gegeben: Ein Trainer, der sich in vier Jahren Vertrauen erworben hat; Einnahmen, die weit über dem kalkulierten Zuschauerschnitt von 4500 pro Heimspiel liegen; dazu im Rücken die Eishalle der Stadt und finanzkräftige Sponsoren wie der Chemiekonzern Hoechst. Und schließlich ein Präsidium mit **Klaus Gramlich** an der Spitze, das keine Eskapaden zuläßt. „Alles legal" heißt für Herold die Vorgabe, „wir wollen kein zweites Schalke oder Iserlohn".

*

Wenn **Heinz Weifenbach** solche Bemerkungen hört, lächelt er süßsauer. Doch in der Tat, was sich in seinem Verein, dem ECD Iserlohn, noch zu Beginn dieses Jahres abgespielt hat, liegt immer noch wie ein Schatten über der Mannschaft. Immer noch, sagt Weifenbach, 1. Vorsitzende, Manager und einer der treuen Sponsoren in einer Person, seien einige finanzielle Dinge aus den Jahren 1975 bis 1980 rechtsanhängig.

Er selbst habe auch noch genug damit zu tun, sich in diese Hinterlassenschaft seiner Vorgänger einzuarbeiten. Doch für die derzeitige Arbeit habe dies keine große Wirkung. „Wir haben einige wirtschaftliche Einheiten um den Verein gebildet", umschreibt Weifenbach, „die getrennt sind vom sportlichen Bereich". Der Mannschaft scheint der Ruf des Klubs wirklich nichts auszumachen. Trotz des kleinen Spielerkaders, trotz der Innenband-Verletzung des Torhüters **Cestmir Fous** steht das Team in der Tabelle nach dem 5:4-Erfolg über Spitzenreiter Mannheim schon wieder auf dem angestrebten Rang vier.

Wenn sich die Stadt nun noch am 4. November dazu entschließt, die Eissporthalle am Seilersee im Frühjahr zu modernisieren, ist Weifenbach nicht mehr bange um Eishokkey in Iserlohn. Auch wenn die Sauerländer nach seiner Erfahrung erst mühsam überredet werden müssen. „Wenn wir deutscher Meister werden sollten", glaubt Weifenbach, „dann wird hier erst gesagt: Ja gut, das hat jetzt einmal geklappt. Jetzt müßt ihr das auch noch bestätigen."

JÖRG STRATMANN

STAND ● PUNKT / *Der Mensch*

Niki Lauda wurde nicht müde darauf hinzuweisen, daß die Schlußphase des mexikanischen Grand Prix besonders spannend sei, weil dann die Kondition der Fahrer nachlasse und Konzentrationsfehler eine Art Plazierungsroulette in Gang setzen könnten. In der Tat rückte der dreimalige Weltmeister aus Österreich einen Aspekt in den Vordergrund, den die Formel 1 in der letzten Zeit nur als notwendiges Übel zu betrachten schien. Auf einen kurzen Nenner gebracht war es: der Faktor Mensch.

Bei aller Diskussion um das schrittweise Verbot der Turbo-Motoren, um PS-, Geschwindigkeits- und Benzinbegrenzungen gilt für den Motorsport nach wie vor, daß der Fahrer das Fahrzeug bewegt. Auch in dieser Hinsicht hat der Internationale Automobilsport-Verband FISA gut daran getan, seine Reglements umzustrukturieren. Wenn nur noch über die Technik geredet wird, Sieg oder Niederlage nicht mehr mitentscheidend vom Können des Piloten abhängen, dann ist etwas faul.

Mexiko hat den Trend der Zukunft, wenn auch unfreiwillig, bestimmt. Bergers Erfolg hat der Formel 1 die menschliche Komponente neu aufgezeigt. Der Mensch sollte die Technik beherrschen, nicht die Technik den Menschen.

M. O.

FUSSBALL / Was sind Länderspiele überhaupt noch wert?

● Der Fall des Frankfurters Andreas Möller, der nicht in der „U19" bei der EM spielen will und daraufhin vom Deutschen Fußball-Bund (DFB) für die Bundesliga gesperrt wurde, ist auch Gesprächsthema bei der Nationalmannschaft. Wem gehören die Spieler, wo gehören sie hin? Wem haben sie zu gehören? Die Meinugen darüber bei den *Nationalspielern* sind geteilt.

● Nach den Ausfällen von Völler, Allofs, Brehme und Thon ist Franz Beckenbauer zu Experimenten gezwungen. Dieter Eckstein ist der Favorit als zweiter Stürmer neben Herbert Waas. In der zweiten Halbzeit soll auf jeden Fall Wolfram Wuttke eingewechselt werden. Für Thon spielt der Gladbacher Uwe Rahn von Beginn an im Mittelfeld. Beckenbauer erwartet einen defensiven Gegner.

Lothar Matthäus: „Die Nationalelf ist für jeden immer noch das Größte"

ULFERT SCHRÖDER, **Hannover**

Franz Beckenbauer lobt die Spanier. „Die Mannschaft ist vom Feinsten." Aber erst 30 000 Karten sind abgesetzt für das Länderspiel am Mittwochabend in Hannover. Erich Ribbeck und Dietrich weise fürchten um ihre Stars. denn schon am Freitag spielen Bayer Leverkusen und Eintracht Frankfurt. Udo Lattek motzt offen gegen Länderspiele: „Nur Beschäftigungstherapie". Die Profis sind verunsichert. Was sind Länderspiele, was ist die Nationalelf wert?

Der Fall des Frnakfurter Andreas Möller hat den latenten aber stets verniedlichten Interesenkonflikt zwischen Klubs und Fußball-Bund in eine offene, harte Konfrontation gewandelt. Wem gehören die Profis, wo gehören sie hin? Wem haben sie zu gehorchen? Die Klubs bezahlen sie. Aber dem DFB sind sie laut Reglement versprochen.

Den armen Möller, der zwischen zwei Stühlen sitzt, weil ihn die Eintracht nicht zur Mannschaft „Unter 19" ließ und der DFB ihn deshalb sperrte, bedauern die Kollegen nur mit Vorbehalt. „Das hätte er früh genug regeln müssen. In einem solchen Fall muß auch der Spieler klar Stellung beziehen", sagt Lothar Matthäus.

Das ist leichter gesagt als getan. Mit ihrem neuen Sprecher Mayer-Vorfelder, dem Präsidenten des VfB haben die Klubs offenbar auch ein neues Selbstwertgefühl gewonnen. Sie setzen sich auf die Hinterbeine. Den gerade erst berufenen DFB-Trainer Hannes Löhr, verantwortlich für die neu zu bildende Olympia-Mannschaft, verweigern sie die Gefolgschaft.

Sich ganz klar für den Fußball-Bund, für die Nationalelf oder eine andere Auswahlmannschaft zu entscheiden, dazu muß einer freilich ein solch breites Kreuz und eine solch gesicherte Position haben wie Toni Schumacher. „Für mich ist das gar keine Frge", sagt Schumacher, „die Nationalelf geht vor. In jedem Fall und bei jedem Spiel."

Auch die anderen setzen den Erlebniswert der Spiele in der Nationalelf hoch an, kalkulieren mit dem Gewinn am Marktwert und Renommee. Doch die Meinungen sind unterschiedlich.

Da sind die vorsichtigen wie Uwe Rahn. „der Klub bezahlt mich", sagt der Mönchengladbacher, „also kann ich mich nicht gegen ihn aussprechen. Ich würde versuchen, einen Mittelweg zu finden." Da sind die Stillen aber sehr Entschiedenen wie Wolfgang Rolff: „Für mich hat die Nationalelf ganz klar Vorrang." Da sind die Aufsteiger wie Wolfram Wuttke: „Im Zweifelfall immer für die Nationalelf."

Und da sind die Selbstbewußten wie Lothar Matthäus. „Man muß unseren Trainer verstehen", sagt er, „Bundesliga, Europa-Pokal, deutscher Pokal, wir sind arg eingespannt und da hat Udo Lattek seine Leute lieber zu Hause. Aber ich würde versuchen, bei einem Engpaß in beiden Mannschaften zu spielen, beim Klub und in der Nationalelf. Ich möchte nie in eine solche Lage geraten, aber zwischen zwei Stühlen sitzen wie Andreas Möller würde ich auf keinen Fall. Ich würde mich für eine Mannschaft entscheiden."

Für welche, sagt Matthäus nur indirekt. „Die Nationalelf ist immer noch das größte. Für jeden Spieler."

Toni Schumacher wirft den Klubs vor, Interessenkonflikte mit dem DFB nicht rechtzeitig zu erkennen. „Wofür gibt es denn einen Rahmenterminkalender", sagt, er, „wieso müssen Leverkusen und Frankfurt am Freitag spielen? Daß wir Mittwochs Länderspiel haben, ist doch schon ewig bekannt."

Die Olympiamannschaft hält Schumacher „für das beste, was sich der DFB einfallen lassen konnte, weil wir damit eine echte B-Mannschaft haben, die echte Punktspiele bestreiten kann." Udo Latteks Kritik, die Nationalelf sei „Beschäftigungstherapie" und da würden „Spielchen gemacht, damit der DFB Geld einnimmt" nennt Schumacher „eine Unverschämtheit, falls er das so gesagt hat."

DFB-Chef Hermann Neuberger verpaßt Lattek einen schmerzhaften Konter. „So weit ich mich erinnere, wollte Herr Lattek erst vor einem Jahr noch Bundestraier werden. In diesem Falle wären die Nationalelf und ihre Spiele sicher bedeutungsvoller für ihn gewesen."

MOTORSPORT / WM-Entscheidung vertagt – Erster Sieg für Berger

Mansell, Piquet oder Prost? – Die besten Chancen hat der Brite

sid/dpa/DW. **Mexico City**

Die Entscheidung um die Formel-1-Weltmeisterschaft 1986 wurde vertagt. Sie fällt erst in 14 Tagen beim Saisonfinale in Adelaide (Australien). Nach dem Grand Prix von Mexiko führt im Gesamtklassement weiterhin Nigel Mansell (70 Punkte) vor Titelverteidiger Alain Prost (64) und Nelson Piquet (63).

Bereits beim Start zum vorletzten Rennen des Jahres verspielte Nigel Mansell seine Chance auf den vorzeitigen Titelgewinn. Nach Aussage des Briten ließ sich an seinem Williams-Honda der erste Gang nicht einlegen. *Mansell, der sich mit einem Sieg die* Weltmeisterschaft hätte sichern können, fiel hoffnungslos zurück und wurde am Ende nur noch Fünfter. Seine direkten Verfolger Alain Prost und Nelson Piquet hatten mehr Glück. Der Weltmeister wurde auf McLaren Zweiter und Mansells Teamkollege kam auf den vierten Rang. Obwohl Prost und Piquet ihren Rückstand auf Mansell verringern konnten, hat der Engländer nach wie vor die besten Titelchancen. Während Prost und Piquet in Adelaide unbedingt gewinnen müssen, genügt Mansell selbst in diesem Fall ein zweiter Platz.

Der Mann des Rennens war der Österreicher Gerhard Berger. Der 27 Jahre alte Tiroler gewann in Mexiko City in überragender Manier seinen ersten Grand Prix. Der Schlüssel zu seinem Sieg war die richtige Reifenwahl. Um die in den schnellen Rechtskurven auf der linken Wagenseite lastende Kräfte auszugleichen, wählte Berger links harte, rechts hingegen weiche Reifen. Während seine Konkurrenten mehrmals zum Reifenwechsel an die Boxen mußten, konnte er ohne Stop auf der anspruchsvollen Hochgeschwindigkeitsstrecke die 300 Kilometer-Distanz durchfahren. Im Ziel lagen zwischen Berger und dem zweitplazierten Prost 27 Sekunden, Ayrton Senna, der Dritte, lag fast eine Minute zurück.



Gerhard Berger: Endlich am Ziel aller Träume FOTO: AP

„Ich halte keine zehn Runden durch", hatte Berger vor dem Start prophezeit. Er litt an einer Magen- und Darmverstimmung und hatte 39 Grad Fieber. Zwei Stunden später *war alles Unwohlsein und alle Strapazen* vergessen. Mit geballten Fäusten feierte er unter dem Jubel der temperamentvollen Mexikaner seinen ersten Grand-Prix-Sieg.

Große Freude auch bei Benetton und BMW. Fünf Jahre brauchte der italienisch-englische Rennstall zur Spitze. Nach erfolgreichem Engagement in der Formel 2 war das Team – damals hieß es noch Toleman – in die Formel 1 gewechselt. Doch hier hingen die Trauben höher. Bei den ersten neun Rennen konnte sich keiner der beiden Wagen qualifizieren. Die *Truppe um Peter Collins arbeitete* sich jedoch unermüdlich nach oben. Ende 1985 kaufte der italienische Bekleidungshersteller Benetton das gesamte Toleman-Team auf, benannte es um und investierte Millionen.

Den Durchbruch verdankt Benetton vor allen Dingen dem Vier-Zylinder-Turbo-Motor von BMW. Seit Ende 1985 gehört das Team neben Brabham und Arrows zu den BMW-Kunden. In dieser Saison gehörten Gerhard Berger und sein italienischer Team-Kollege Teo Fabi stets zu den Schnellsten, doch im Rennen fielen sie meistens wegen Defekten aus. In Mexiko paßte endlich alles. Für BMW war Bergers Sieg der erste seit über einem Jahr. Anfang Juli 1985 hatte Nelson Piquet auf Brabham beim Großen Preis von Frankreich zum letztenmal mit einem BMW-Motor gewonnen.

NACHRICHTEN

Krawalle in Italien

Rom (dpa) – In Italien kam es zu schweren Krawallen nach Fußballspielen: Zusammenstöße mit Verletzten und Festnahmen gab es in Cremona, Florenz, Lecce, Avellino, Udine, *Bologna und Mailand. Die härtesten* Schlägereien gab es in Florenz, wo Juventus Turin 1:1 spielte. Die Polizei setzte Tränengas ein.

Sauerlands Veto

Düsseldorf (sid) – René Wellers Manager Wilfried Sauerland hat sein Veto gegen einen EM-Kampf seines Schützlings mit dem neuen Weltergewichts-Europameister José Varela (Rüsselsheim) eingelegt. Sauerland: „Beide trennen zwei Gewichtsklassen." Nach Aussage von Sauerland will Ralf Rocchigiani (Berlin), der den EM-Kampf gegen Alex Blanchard (Holland) verlor, seine Karriere beenden. Die Förderer wollen kein Geld mehr zahlen.

Kommt Vandereycken?

Berlin (sid) – Fußball-Bundesliga-Aufsteiger Blau-Weiß 90 Berlin plant die Verpflichtung des belgischen Nationalspielers René Vandereycken, der nach Streitereien beim RSC Anderlecht ein Vertragsangebot ausgeschlagen hatte. Der Belgier kann möglicherweise schon am Samstag gegen Bayern München eingesetzt werden.

Demuth ausgeschieden

Nikosia (dpa) – Die Favoriten und Spitzenreiter Harald Demuth/Reinhold Fricker (Pullenreuth/Blaustein) sind bei der 29. Tour d'Europe nicht mehr im Rennen. Sie schieden bei dieser Langstrecken-Rallye auf Zypern mit Motorschaden an ihrem Mercedes 190 aus. Es führen nun Klaus Günther/Helmut Barth (Betzweiler/Freundenstadt) auf Mercedes 280.

Faustball: Weltmeister

Buenos Aires (sid) – Die deutsche Faustball-Nationalmannschaft wurde bei den sechsten Weltmeisterschaften in Buenos Aires zum sechsten Mal Weltmeister. Im Finale wurde Österreich mit 26:25 (13:15) besiegt. Das Spiel um Platz drei gewann Brasilien mit 24:22 gegen die Schweiz.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Bundesliga, 8. Spieltag: Iserlohn – Mannheim 5:4, Rießersee – Köln 7:4, Düsseldorf – Landshut 6:4, Frankfurt – Schwenningen 5:2, Kaufbeuren – Rosenheim 4:1.

TENNIS

Damenturnier in Zürich, Doppel-Finale: Graf/Sabatini (Bundesrepublik Deutschland/Argentinien) – Moulton/NcNeil (USA) 1:6, 6:4, 6:4. – **Einladungsturnier,** Damen, in Kaarst, Finale: Navratilova (USA) – Mandlikova (CSSR) 6:3, 6:4. – **Herren-Turnier** in Basel, Qualifikation, 2. Runde: Gustafsson (Schweden) – Westphal (Bundesrepublik Deutschland) 5:7, 6:3, 7:6.

HOCKEY

Weltmeisterschaft, Feld, der Herren in London, Gruppe B: Polen – Spanien 5:2, Deutschland – Kanada 2:0, Australien – Indien 6:0.

MOTOR

Großer Preis von Mexiko, 15. von 16 Läufen zur Formel-1-WM in Mexiko-Stadt: 1. Berger (Österreich) Benetton-BMW 1:33:18,00 Std., 2. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 1:33:44,138, 3. Senna (Brasilien) Lotus-Renault 1:34:11,213, eine Rd. zur.: 4. Piquet (Brasilien) Williams-Honda, 5. Mansell (England) Williams-Honda, 6. Alliot (Frankreich) Ligier-Renault, zwei Rd. zur.: 9. Danner (Bundesrepublik Deutschland) Arrows-BMW, drei Rd. zur.: 10. Palmer (England) Zakspeed. – WM-Stand: 1. Mansell 70 Punkte, 2. Prost 64, 3. Piquet 63, 4. Senna 55, 5. Rosberg (Finnland) McLaren-Porsche 22, 6. Johansson (Schweden) Ferrari 19, ... 18. Danner 1.

GEWINNZAHLEN

Toto, Elferwette: 0, 2, 1, 1, 1, 0, 1, 1, 1, 1, 1. – **Auswahlwette** „6 aus 45": 12, 29, 30, 35, 41, 45, Zusatzzahl: 1. – **Rennquintett:** Rennen A: 15, 4, 12. – Rennen B: 35, 30, 33. (Ohne Gewähr).







Kernkraft verbindet Sowjets und Argentinier

Alfonsin in Moskau mit großer Aufmerksamkeit empfangen

R.-M. BORNGÄSSER, Moskau

Auf Einladung des obersten Sowjets und der Regierung der UdSSR ist der argentinische Staatspräsident Raul Alfonsin gestern zu einem offiziellen Besuch in Moskau eingetroffen. Auf der Titelseite der „Prawda" stellte das Parteiblatt den argentinischen Staatsgast mit seiner Biographie vor. „Alfonsin ist bekannt in der Sowjetunion", heißt es in dem Artikel, zähle doch dieser „lateinamerikanische Staatsmann zu den sechs Führern (Argentinien, Indien, Mexiko, Tansania, Schweden und Griechenland), die vehement für eine Beendigung des nuklearen Teststopps einträten."

Mit diesem Besuch erhofft man sich „frische" Impulse in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Argentinien auf den verschiedenen Sektoren, schreibt die „Prawda". Bereits Anfang dieses Jahres – im Januar – war der argentinische Außenminister Dante Mario Caputo zu einem Besuch im Kreml eingetroffen. Unterzeichnet wurde seinerzeit ein Wirtschaftsabkommen, das bis 1990 laufen wird und zwar für Lieferungen über Getreide und Soja.

Die Sowjetunion ist nach Kuba Argentiniens wichtigster ausländischer Kunde für Getreide. So lieferte das Land im abgelaufenen Fünf-Jahres-Plan 22,5 Millionen Tonnen Getreide und Ölsaaten. Im Gegenzug lieferte Moskau „Maschinen" und „Ausrüstungen".

Politische Beobachter allerdings weisen immer wieder auf die engen Beziehungen der beiden Länder auf dem Gebiet der Kernenergie hin sowie bei Waffenlieferungen. Speziell auf dem Gebiet der Atomenergie arbeitet Argentinien mit der Bundesrepublik Deutschland, den Vereinigten Staaten, der Schweiz und Brasilien zusammen. Da die Argentinier aber dem Atomsperrvertrag nicht beigetreten sind, stieß die Zusammenarbeit verschiedentlich auf politische Hindernisse.

Solche bestehen im Verhältnis zu Moskau nicht. Von beiden Seiten wird aber immer wieder betont, daß gerade auf dem Nuklearsektor die Kooperationsmöglichkeiten besonders „fruchtbar und positiv" seien, da es Ergänzungsmöglichkeiten gäbe, zumal die Sowjetunion nach dem Prinzip der Urananreicherung arbeite, während Argentinien das Natururan-Verfahren benutze.

Bereits 1980 gab es erste Annäherungsversuche zwischen der Sowjetunion und Argentinien auf militärischem Gebiet. Seinerzeit hielt sich zum erstenmal in der Geschichte der sowjetisch-argentinischen Beziehungen eine Moskauer Militär-Delegation in Buenos Aires auf. Der Gegenbesuch kam noch im gleichen Jahr zustande. Die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen Moskau und Buenos Aires existiert aber auch auf anderen Gebieten. So zum Beispiel ist die Sowjetunion an den reichen Fischgründen an Argentiniens Atlantikküste interessiert. Der Handel mit Argentinien ist derart lukrativ, daß Moskau sogar die dortigen politischen Verhältnisse akzeptiert. Diese Entwicklung über die „widernatürliche Ehe" wurde von beiden Seiten durch politische Zugeständnisse und Abstinenz erkauft. So hat Moskau zu keinem Zeitpunkt – im Gegensatz etwa zu Chile – vor der Weltöffentlichkeit gegen das Militärregime in Buenos Aires Stellung bezogen. Denn immer, wenn zum Beispiel über Menschenrechte in Argentinien vor den Vereinten Nationen diskutiert wird, erheben besonders Moskaus Diplomaten ihre Stimme.

Drucker streiten mit IG Metall über beweglichere Arbeitszeiten

Papier-Gewerkschaft warnt vor einer „gefährlichen Diskussion" / Kongreß in Essen

AP/DW. Essen

Rund drei Monate vor Beginn der zweiten Runde im Kampf der Gewerkschaften für die 35-Stunden-Woche bahnt sich zwischen IG Druck und IG Metall ein handfester Konflikt um die beweglichere Verteilung der Arbeitszeit an. Der Vorsitzende der IG Druck, Erwin Ferlemann, lehnte gestern auf dem Kongreß seiner Organisation in Essen weitergehende Flexibilisierungen der Arbeitszeit ab. Sein Stellvertreter Detlef Hensche warnte vor „gefährlichen Diskussionen" darüber, ob eine beweglichere Arbeitszeit den Arbeitern nutzen könne. Der Vorstand der IG Metall hat dagegen schon vor Monaten den Forderungen der Arbeitgeber nach mehr Flexibilität ein Konzept entgegengesetzt, das eine unterschiedliche Verteilung der Arbeitszeit dann nicht ablehnt, wenn die Arbeitnehmer selber mitentscheiden können und keine Arbeitsplätze in Gefahr geraten.

Die Interessen der Arbeiter

Hensche rief vor den 269 Delegierten des IG-Druck-Kongresses aus: „Wer Selbstbestimmung und Zeitsouveränität ermöglichen will, wer die Lebensqualität verbessern will, der trete für geregelte Arbeitszeitverkürzung in Gestalt des Sieben-Stunden-Tages ein." Es gebe keine Wochenendarbeit, die den Interessen der Arbeiter entspreche, fügte er hinzu und mahnte: „Flexibilisierung diene den eigenen Interessen, hören wir. Daß die Unternehmer solches verbreiten, überrascht nicht." Hensche fuhr fort: „Ärgerlich ist es dagegen, wenn auch im eigenen Lager die klare Unterscheidung zwischen unternehmerischer Flexibilisierung und den Interessen der Arbeiter und Angestellten verschwimmt."

Vor Journalisten erläuterte Hensche nach seiner Rede: „Es gibt Zwischentöne bei der IG Metall – eine gefährliche Diskussion über den möglichen Nutzen der Flexibilisierung für Arbeitnehmer. Wir sind für ein striktes Nein zur Flexibilisierung."

Im Leitantrag des IG-Metall-Vorstands für den am kommenden Sonntag in Hamburg beginnenen Kongreß der Metaller heißt es dagegen, neue Arbeitszeitformen und -regelungen dürften keine negativen Beschäftigungswirkungen haben, nicht zu zusätzlichen Belastungen führen und die Freizeitsituation nicht verschlechtern. „Das freie Wochenende (Samstag und Sonntag), die Fünf-Tage-Woche (Montag bis Freitag) und der Acht-Stunden-Tag als tägliche Höchstarbeitszeit" müßten verteidigt und gesichert werden, steht im IG-Metall-Antrag.

„Wenn wir die 35-Stunden-Woche haben, aber acht Stunden am Tag als Höchstarbeitszeit, dann sind darin schon eine Menge Flexibilisierungsmöglichkeiten enthalten", hatte ein führender IG-Metall-Funktionär bereits in der vergangenen Woche erläutert. Allerdings verlangen mehrere Verwaltungsstellen der IG Metall eine klare Absage an weitergehende Flexibilisierung. Das Thema wird voraussichtlich in Hamburg Anlaß langer Diskussionen sein.

IG Metall und IG Druck haben die Vertragsbestimmungen über die im Frühsommer 1984 nach mehrwöchigem Streik durchgesetzte 38,5-Stunden-Woche gekündigt – die IG Metall zum Jahresende, die IG Druck zum 31. März 1987. Die zweite Verhandlungsrunde über die 35-Stunden-Woche wird voraussichtlich bereits Anfang nächsten Jahres beginnen. In beiden Industriezweigen sind schon vor zwei Jahren Möglichkeiten der Flexibilisierung der Arbeitszeit vereinbart worden. Metallarbeiter können zum Beispiel entweder 37 oder 40 Stunden die Woche arbeiten – vorausgesetzt, im Durchschnitt von zwei Monaten läßt sich für die gesamte Belegschaft die 38,5-Stunden-Woche errechnen. Die Metall-Betriebsräte müssen sich mit den Arbeitgebern auf Betriebsvereinbarungen über die Arbeitszeit verständigen. Hensche warnte aber gestern: „Wir können doch nicht eine so wichtige Aufgabe wie die Lage der Arbeitszeit der betrieblichen Auseinandersetzung und damit je nach dem Kräfteverhältnis den Unternehmern überlassen."

Ferlemann: Wir sind Partei

Hensche rief aus, die IG Druck habe schon 1983 den Sieben-Stunden-Tag als Ziel genannt. „Und ich füge in allem Freimut hinzu: Fernziel muß der Sechs-Stunden-Tag sein." Auch Gewerkschaftschef Ferlemann, der sich morgen wieder zur Wahl stellt, wandte sich gegen Flexibilisierung der Arbeitszeit und erneuerte in seinem Geschäftsbericht seine Kritik an der Bundesregierung: „Wir sind Partei, und wir sind dies einseitig, denn wir vertreten die Interessen der Arbeitnehmer und derer, die in unserem nationalen Reichtum zu kurz kommen." Er setze daher seine Hoffnungen auf die Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres. Der Kassierer der IG Druck, Schäfer, sagte, der dreizehnwöchige Streik 1984 habe insgesamt 33 Millionen Mark gekostet. Der DGB spendete aus seinem Solidaritätsfonds 15 Millionen Mark. Schäfer: „Wir haben aus dem Arbeitskampf 1984 noch Verbindlichkeiten in Höhe von 1,6 Millionen Mark."

Demonstration von DKP seit langem vorbereitet

Extremisten an der Diskussion über Inhalte stark beteiligt

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Großkundgebung der „Friedensbewegung" am Wochenende im Hunsrück mit rund 100 000 Teilnehmern ist nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden langfristig von Linksextremisten mit vorbereitet worden. In einem Bericht des Bundesinnenministeriums an die Vorsitzenden des Bundestagsinnenausschusses und des Verteidigungsausschusses heißt es: „An der Diskussion über Inhalte und Aktionsformen der Großdemonstration waren Linksextremisten ... maßgeblich beteiligt. Die Vorbereitungen ‚vor Ort' wurden von der DKP kontrolliert."

Der inhaltliche Rahmen für gemeinsame Aktionen des „Koordinierungsausschusses der Friedensbewegung" (KA) ist schon im Sommer vergangenen Jahres, am 16. und 17. Juni 1985, in Köln beim „Großen Ratschlag" der Friedensbewegung abgesteckt worden. Mehr als die Hälfte der 700 Teilnehmer konnten damals der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihrem Umfeld zugerechnet werden. In „Fünf Kölner Punkten" wurde die Ablehnung der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) gefordert, weiter ein Stopp der Stationierung im Rahmen der NATO-Nachrüstung, Senkung des „Rüstungs"-Haushaltes, Beendigung der „Inneren Militarisierung" und der Einsatz von „Rüstungsgeldern gegen Hunger, Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit".

Zwar wandte sich der Vertreter der Aktion Sühnezeichen, Andreas Zumach, dagegen, „die Friedensbewegung auf eine Einpunktbewegung zum Thema SDI festzulegen", allerdings setzte sich im Koordinationsausschuß (KA) das Mitglied des DKP-beeinflußten „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" (KFAZ), Achim Maske, mit seiner Forderung durch, die Friedensbewegung müsse ihre Ziele „zuspitzen und konzentrieren". Maske gehört auch dem Präsidium des sowjetisch gesteuerten „Weltfriedensrates" an.

Im November vergangenen Jahres erklärte Maske bei der Vorbereitung für eine im Februar '86 geplante „Aktionskonferenz", es reiche nicht aus, „die fünf Kölner Punkte ungewichtet nebeneinanderzustellen". Die Frage einer deutschen Beteiligung am amerikanischen SDI-Projekt sei „ein „wichtiger Hebel", um der Politik der Bundesregierung „zunehmend die Massenbasis zu entziehen". Bei der „Aktionskonferenz" am 1. und 2. Februar 1986 in Bonn-Beuel mit etwa 600 Teilnehmern wurde der Vorschlag akzeptiert, eine Demonstration am 11. Oktober 1986 an einem „Stationierungsort" der NATO-Nachrüstung im Hunsrück durchzuführen. Den Aufruf unterzeichneten unter anderem die Jungsozialisten in der SPD, die SPD-Frauen-Arbeitsgemeinschaft und die DGB-Jugend.

Neben dem „Koordinierungsausschuß" mit Sitz in Bonn, dem etwa 30 Organisationen als „Mitglieder" oder „Beobachter" angehören, wurde im Hunsrück mit der lokalen Vorbereitung der Großdemonstration ein eigenes „Friedensbüro" beauftragt. Die dort angegebene Adresse stimmt mit der eines lokalen DKP-Funktionärs überein. Im „Koordinationsausschuß" der „Friedensbewegung" befinden sich die DKP und von ihr beeinflußte Organisationen zwar formal in der Minderheit. Da die Kommunisten allerdings ihre „Friedensarbeit" derzeit „hauptamtlich" betreiben, setzen sie sich meist gegen nichtextremistische Organisationen – wie Aktion Sühnezeichen – durch.

Folter und Hinrichtungen sind weltweite Realität

Bericht von Amnesty International: Wo Gewalt regiert

AFP, London

Politisch motivierte Morde, Folter und Hinrichtungen bleiben trotz aller internationalen Abkommen in vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas, Asiens und im Nahen Osten weiter an der Tagesordnung.

Aber auch in Osteuropa, wo Hunderte von Menschen aus politischen Gründen inhaftiert sind, werden die Menschenrechte nach wie vor „mit Füßen getreten". Diese pessimistische Bilanz zieht die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International (ai) in ihrem gestern in London veröffentlichten Jahresbericht 1985, der sich auf 128 Länder bezieht.

Darin schätzt die Organisation die Zahl der politischen Morde, Entführungen und Hinrichtungen im Jahr 1985 auf weltweit mehrere Zehntausend. Zugleich prangert ai die in vielen Ländern nach wie vor systematische Anwendung brutaler und unmenschlicher Folter sowie willkürliche Verhaftungen und politische Prozesse an. Verstöße gegen die Menschenrechte, so stellt die Hilfsorganisation fest, kennen keine Grenzen. Sie betreffen alle Länder, „große und kleine, reiche und arme - egal, welches politische System sie haben". Zwar seien im vergangenen Jahr mehr als 40 Länder der UNO-Konvention gegen die Folter aus dem Jahre 1984 beigetreten und mehr als 80 der Internationalen Konvention der bürgerlichen und politischen Rechte. Doch klafften oft formelles Engagement und Praxis weit auseinander. Überall in der Welt seien Regierungen schnell dabei, sich auf „besondere Umstände" zu berufen und damit Verstöße gegen die Menschenrechte zu rechtfertigen, stellt Amnesty International fest.

Als weiterhin alarmierend schätzt die Organisation – trotz deutlicher Verbesserungen in Uruguay, Brasilien und Argentinien – die Lage in Südamerika ein. In Guatemala, El Salvador, Kolumbien, Peru und Chile beispielsweise seien willkürliche Verhaftungen, Folter und Morde an tatsächlichen oder mutmaßlichen Anhängern der politischen Opposition praktisch an der Tagesordnung. Oft seien daran Sicherheitskräfte oder der Armee nahestehende paramilitärische Kommandos beteiligt.

Politische Gefangene gibt es nach den Festellungen von Amnesty International aber auch im sandinistischen Nicaragua – wenn auch meist für relativ kurze Haftzeiten – sowie in Kuba. Dort sind nach Informationen der Hilfsorganisation 1985 mindestens 200 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert worden.

Die Schatten von Altona hüllen Pawelczyk ein

UWE BAHNSEN, Hamburg

Der Hamburger Innensenator Alfons Pawelczyk (SPD) ist knapp vier Wochen vor der Bürgerschaftswahl am 9. November in einem Ausmaß zur Zielscheibe öffentlicher Kritik geworden, das noch vor einem Monat nicht einmal die christdemokratische Opposition in der Hansestadt für möglich gehalten hätte. Ausgelöst wurde dieser nahezu dramatische Wandel in der Beurteilung eines Sozialdemokraten, der auch nach der öffentlich geäußerten Auffassung der CDU zu den leistungsfähigen Senatsmitgliedern zu rechnen ist, durch den Polizeieinsatz vom 7. Oktober in Altona.

Wie berichtet, waren aus Anlaß einer Demonstration von Kernkraftgegnern insgesamt 1800 Beamte der Bereitschaftspolizei und des Bundesgrenzschutzes aufgeboten worden. Diesen Einsatzkräften war es nicht möglich gewesen, gewalttätige Ausschreitungen von rund 500 Chaoten zu verhindern, in deren Verlauf es zu Verwüstungen von zwei Sparkassenfilialen und zu Plünderungen gekommen war.

Innensenator Alfons Pawelczyk, der durch diese Vorgänge und handfeste Informationen über Meinungsverschiedenheiten im Senat im Hinblick auf das Vorgehen gegen demonstrierende Kernkraftgegner zunehmend in die politische Defensive geraten ist, versuchte gestern mit einer Pressekonferenz die Initiative zurückzugewinnen. Nach seinem Willen ist für die nächste Zeit auf allen Ebenen der Polizei eine Art von „Nachsitzen" angesagt, damit künftig „handwerkliche Mängel" abgestellt werden können.

Am 7. Oktober hatten sich diese Defizite in der Weise ausgewirkt, daß offenbar so gut wie alles mißlang, was im Einsatzkonzept vorgesehen war. Die Gewalttäter hatten ihr Zerstörungswerk in der Regel bereits vollendet, während die Polizei noch nach ihnen suchte. Mißverständnisse im Funkverkehr, mangelhafte Abstimmung zwischen den Beamten vor Ort und der Einsatzleitung, die Untätigkeit von Zugführern mit der Folge, daß die Polizei die Plünderung einer Sparkassenfiliale duldete und dieses „Objekt" erst nach vollzogener Verwüstung durch einen Schutzring sicherte – der gesamte Einsatz stellte sich bei der nachträglichen Analyse als eine Kette von Pannen dar. Pawelczyk räumte in der Pressekonferenz einen „außerordentlich ärgerlichen Handlungsablauf" ein.

Die vielleicht größte Herausforderung der letzten Jahre steht der Polizei noch bevor: Die Räumung der städtischen Häuser an der St. Pauli-Hafenstraße, in der sich Chaoten und Alternative mittlerweile verbarrikadiert haben. Zum Jahresende laufen die bisherigen Mietverträge aus. Dann muß der Innensenator beweisen, daß seine Polizeiführer jene „Schularbeiten" erledigt haben, zu denen er sie als Konsequenz aus dem Einsatz des 7. Oktober angehalten hat.

Jenaer wegen Wandzeitung verurteilt

DW. Berlin

Der 20jährige Jenaer Lars Matzke ist wegen einer Wandzeitung zu acht Monaten Haft verurteilt worden. Wie erst jetzt durch Westberliner Kirchenkreise bekannt wurde, ist das Urteil bereits Anfang Oktober vom Kreisgericht Gera unter Ausschluß der Öffentlichkeit gefällt worden. Dem Bühnentechniker sei vorgeworfen worden, eine Collage aus „DDR"-Publikationen an seine Wohnungstür geheftet und dadurch „die staatliche Ordnung öffentlich herabgewürdigt" zu haben.

Anfang September war bereits der 22jährige Elektriker Andreas Richter aus Jena zu einer Haftstrafe von zwei Jahren verurteilt worden, weil er auf eine Hausfassade die Parole „Wer die Wahl hat, hat die Qual – Wer nicht wählt, wird gequält" gemalt hatte.

Brandt: Frauen müssen kämpfen

dpa, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat gestern in Bonn eine zweitägige Frauenkonferenz der Sozialistischen Internationale zum Thema „Junge Frauen – unsere Zukunft" eröffnet. Die Frauen müßten dafür kämpfen, daß sie in die Parlamente gewählt werden, sagte Brandt vor rund 40 Frauen aus 20 Ländern. Ausbeutung und Unterdrückung kennzeichneten die Lage der Frauen überall in der Welt. Geleitet wird die Konferenz von der ehemaligen schwedischen Ministerin für Gleichberechtigung und derzeitigen Außenhandelsministerin, Anita Gradin.

Iranischer Premier besucht Honecker

DW. Berlin

Der iranische Ministerpräsident Hussein Musawi ist gestern in Ost-Berlin zu Unterredungen mit dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honekker und Regierungschef Willy Stoph eingetroffen. Der Besuch steht wahrscheinlich im Zusammenhang mit Bemühungen der „DDR", ihren Ölbedarf teilweise außerhalb des Ost-Blocks zu decken. Die Preise für sowjetisches Erdöl liegen gegenwärtig über dem Weltmarktniveau. Bereits 1985 war in Wien bekanntgeworden, daß die „DDR" bis zu 1,5 Millionen Tonnen iranisches Öl kaufen wolle.

Glemp sieht Grund zu Optimismus

KNA, Toronto

Der Primas der polnischen Kirche, Kardinal Jozef Glemp, ist der Ansicht, die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Polen seien verhältnismäßig gut und berechtigten zu Optimismus. Die Kirche genieße zur Zeit eine gewisse Freiheit, und auch die katholische Presse stehe trotz Zensurmaßnahmen relativ gut da. Glemp machte diese Äußerungen während seiner zehntägigen Rundreise durch Kanada, die er am Wochende beendet.



WELT DER WIRTSCHAFT



Das Bild vermittelt einen falschen Eindruck: Es geht nicht bergab, sondern bergauf mit den Ski-Herstellern. Die Branche erwartet in der bevorstehenden Wintersaison 1986/87 ein auf 9,2 Millionen Paar Ski verbessertes Absatzvolumen. Auch langfristig ist die Ski-Branche optimistisch. FOTO: DIE WELT

FÜR DEN ANLEGER

Bundesbank: Im Anschluß an morgen auslaufende Wertpapierpensionsgeschäfte in Höhe von 12 Mrd. DM wird den Kreditinstituten ein neuer Mengentender zum Festzins von 4,35 Prozent für 28 Tage (15. Oktober bis 12. November) angeboten.

Tokio: Mit einem Kurseinbruch reagierte die Aktienbörse nach dem Wochenende auf die knapp behauptete Schlußtendenz in Wall Street am Freitag. Der Nikkei-Index büßte 311,50 Punkte ein.

Klöckner: Die Genußscheine der Klöckner und Co KGaA im Grundbetrag von 100 Mill. DM werden von morgen an zum Preis von 135 DM je 100-DM-Genußschein ausgegeben.

Herstatt: Die Gläubiger des 1974 zusammengebrochenen Bankhauses erhalten in den nächsten Tagen die siebte Besserungsquote auf ihre Forderungen (S. 15)

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 270,31 (272,30); Chemie: 160,76 (162,53); Elektro: 334,40 (339,73); Auto: 699,12 (711,13); Maschinenbau: 147,99 (150,09); Versorgung: 146,80 (157,16); Banken: 401,03 (390,64); Warenhäuser: 177,60 (179,19); Bauwirtschaft: 553,86 (556,67); Konsumgüter: 177,33 (179,65); Versicherung: 1386,60 (1413,76); Stahl: 144,66 (146,86).

Kursgewinner:	DM	+ %
Dt. Gen.Bk. Genuß	114,50	9,57
Otavi Minen	114,00	5,56
Strabag Bau-AG	192,00	5,49
Nichii Co. Ltd.	21,00	5,00
Barlow Rd.	9,20	4,55

Kursverlierer:	DM	– %
Mitsui Eng. Sh.	2,10	6,67
Olivetti Dt. Vz.	13,10	5,76
Mannheimer Vers.	801,00	5,76
Rheinmetall	310,00	5,49
NEC Corp.	28,10	5,39

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Behauptet

MÄRKTE & POLITIK

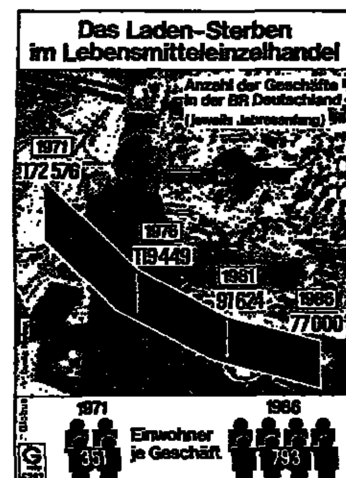
Möbel: Die Internationale Möbelmesse Köln wird 1988 erstmals am letzten Öffnungstag, dem Sonntag, für das allgemeine Publikum offenstehen. 1987 (13. bis 18. Januar) sind wie bisher nur Fachbesucher zugelassen.

Do it yourself: Deutsche Heimwerker arbeiten besser als die meisten Profis. Immer mehr Frauen greifen zum Werkzeug. (S. 16)

Spediteure: Eine aggressive Geschäftspolitik hat der Bundesverband der Deutschen Bundesbahn vorgeworfen. (S. 15)

Autosalon: Die Aussteller äußerten sich nach Beendigung des 73. Pariser Autosalons in Paris durchweg zufrieden mti Kundenkontakten und Aufträgen. (S. 14)

China: Das Land wird möglicherweise Überschußbutter der EG kaufen, erklärte der Parlamentarische Staatsekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Georg Gallus.



WELTWIRTSCHAFT

Lateinamerika: Eine düstere Bilanz der wirtschaftlichen Lage zogen Experten auf der Fachtagung des Ibero-Amerika-Vereins in Hamburg. (S. 14)

USA: Die Spitzenmanager der größten, im Business Council zusammengeschlossenen Unternehmen sind über die amerikanische Wirtschaftsentwicklung besorgt. Die Erwartungen sind angesichts der stagnierenden Ausfuhren gedrückt.

Japan: Mit einem Rekordüberschuß von 46,29 US-Dollar hat der Außenhandel das Halbjahr April bis September abgeschlossen. (S. 14)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	10. 10. 86	9. 10. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	165,50	163,00	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	68,50	70,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	116,50	120,00	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Nordland Papier: Von 1988 an stellt das Unternehmen auch gestrichenes holzfreises Papier her. Der Einstieg in den neuen Markt ist die Antwort auf Entwicklungen außerhalb der EG. (S. 15)

Auslandsbau: Die Auslandsaufträge der deutschen Bauindustrie sind auch 1986 gesunken. (S. 14)

Nürnberger Leben: Auch 1985 hat sich das Unternehmen an die Spitze der großen Lebensversicherer gesetzt. (S. 15)

Kaufhof: Angesichts der Verbesserung des Konsumklimas in diesem Jahr verzeichnet der Konzern eine „sehr erfreuliche" Umsatzentwicklung. (S. 15)

NAMEN

IWF: Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Otto Graf Lambsdorff ist Spekulationen entgegengetreten, daß er für den Posten des Geschäftsführenden Direktors kandidieren wird. Die Finanzminister der EG haben gestern in Luxemburg vergeblich versucht, sich auf einen gemeinsamen Kandidaten zu einigen. Zur Wahl stehen der Gouverneur der Banque de France, Michel Camdessus, und der gegenwärtige niederländische Finanzminister Herman Onno Roding.

VDMA: Als Nachfolger von Prof. Dr.-Ing. Otto H. Schiele kandidiert Dr. Frank Paetzold (54), persönlich haftender Gesellschafter der W. Schlafhorst & Co., für das Amt des Präsidenten des Verbands Deutscher Maschinen- und Anlagenbau. Die Wahlen zum Präsidium und Vorstand finden anläßlich der Mitgliederversammlung am 30. Oktober statt.

BankAmerica: Der ehemalige Weltbankpräsident A. W. Clausen ist zum Präsidenten der krisenerschütterten Bank ernannt worden.

WER SAGT'S DENN?

Ohne Unterschied macht Gleichheit keinen Spaß.

Dieter Hildebrandt

Länderausgaben schießen weit über das gesteckte Ziel hinaus

Plus acht Prozent bei den Sachinvestitionen – Konsolidierung muß fortgesetzt werden

ARNULF GOSCH, **Bonn**

Die Bundesländer haben bei der Konsolidierung ihrer Haushalte im ersten Halbjahr 1986 keine weiteren Fortschritte gemacht. Das geht aus einer gestern vom Bundesfinanzministerium veröffentlichten Dokumentation hervor. Mit rund 8,3 Mrd. Mark (minus 82 Mill. Mark) lag das Finanzierungsdefizit fast auf der Höhe des vergleichbaren Vorjahreswertes. Nur 0,5 Mrd. Mark wurden durch Nettokreditaufnahme gedeckt, der Löwenanteil durch liquide Kassenmittel.

Wesentliche Ursache für diese Entwicklung war eine Verstärkung des Ausgabenwachstums. Das betrifft insbesondere die Zinsausgaben mit einer Steigerung um 10,2 Prozent. Wie der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voss, hierzu erklärte, mache dieser erhebliche Anstieg deutlich, daß die Konsolidierungspolitik fortgesetzt werden müsse.

Im einzelnen stiegen die bereinigten Ausgaben der Länderhaushalte im Berichtszeitraum um 4,3 Prozent auf 115,5 Mrd. Mark. Sie wiesen damit eine deutlich höhere Steigerungsrate auf als in den Haushaltsplänen vorgesehen (2,8 Prozent). Die bereinigten Einnahmen der Länder wuchsen im ersten Halbjahr 1986 um 4,2 Prozent auf 107,2 Mrd. Mark. Für das Gesamtjahr ist ein Zuwachs von nur 2,4 Prozent angesetzt. Überproportional erhöhten sich die Steuereinnahmen (um 5,8 Prozent), und das trotz der 1986 wirksam gewordenen ersten Stufe des Steuersenkungsgesetzes 1986/88.

Zu den Ausgabearten, die ein unterproportionales Wachstum aufwiesen, zählen mit 3,7 Prozent die Personalausgaben, die Zahlungen an Gemeinden mit zwei Prozent und die investiven Ausgaben mit 2,2 Prozent. Eine wesentliche Ursache für die geringe Zunahme der investiven Ausgaben um nur 0,3 Mrd. auf 13,6 Mrd. Mark ist die Ausgliederung der Wohnungsbauprämie aus den Länderausgaben. Ohne sie hätte sich eine überproportionale Steigerung von 4,9 Prozent ergeben. Auffallend ist der starke Zuwachs der Sachinvestitionen um acht Prozent, darunter Bauausgaben um 9,7 Prozent und Erwerb von beweglichem Sachvermögen um 11,1 Prozent.

Das Wachstum der Ländereinnahmen war durch den unverändert dynamischen Anstieg ihrer Steuereinnahmen um 5,8 Prozent auf 78,6 Mrd. Mark bestimmt. Wachstumsimpulse kamen außer von den Einkommen- und Körperschaftsteuern vor allem von den Ländersteuern mit einer Steigerung von 13,8 Prozent. Hier stieg insbesondere die Kfz-Steuer aufgrund der Steuersatzerhöhungen für nicht schadstoffarme Pkws überproportional um 21,8 Prozent. Die übrigen Einnahmen der Länder stiegen nur um 0,3 Prozent. Ursächlich hierfür ist vor allem der deutliche Rückgang der Förderzinseinnahmen für Erdöl und Erdgas von 1,4 auf jetzt 1 Mrd. Mark.

Unternehmensgewinne steigen leicht

Deutlichste Verbesserung für Kaufhäuser und andere konsumnahe Bereiche erwartet

cd. **Frankfurt**

Eine leichte Beschleunigung des Gewinnanstiegs im nächsten Jahr erwartet die Commerzbank für 120 von ihr analytisch verfolgte Unternehmen. Nach einer 16prozentigen Gewinnverbesserung im letzten Jahr schätzt die Bank das Plus in diesem Jahr auf 3,2 Prozent und im nächsten Jahr auf 3,5 Prozent; sie ist damit wesentlich zurückhaltender als die Analysetochter der Deutschen Bank (Degab), die für 1986 mit einen Ertragsanstieg um fünf Prozent und für 1987 mit einer Beschleunigung auf acht Prozent rechnet.

Dabei gehen die Wertpapieranalysten der Commerzbank ebenso wie die der Degab für 1987 von einem real dreiprozentigen und nominal 4,5- bis fünfprozentigen Wirtschaftswachstum aus, das vom privaten Verbrauch (real plus vier Prozent) und den Ausrüstungsinvestitionen (plus acht Prozent) getragen wird.

Im Export, so die Commerzbank, die ein Dollar-Kursniveau von knapp zwei Mark unterstellt, wird sich die Stärke der Mark als Nachteil erweisen, vor allem dann, wenn die Unternehmen ihre Marktanteile zu Lasten der Gewinne halten wollen. Die von niedrigen Energie- und Importpreisen ausgehenden Entlastungen bei den Materialkosten werden teilweise von steigenden Personalkosten und im Laufe des Jahres auch wieder von anziehenden Fremdkapitalkosten konterkariert, meint die Bank.

Die deutlichste Gewinnverbesserung traut sie 1987 den Kaufhäusern (32,4 nach 64,2 Prozent) und anderen konsumnahen Unternehmen (14,3 nach 24,7 Prozent) zu, gefolgt von den Investitionsgüterbranchen Maschinenbau (10,3 nach 13,1 Prozent) und Elektro (7,1 nach 2,7 Prozent).

In der Chemieindustrie werde das Gewinnwachstum wieder zunehmen (6,1 nach 2,4 Prozent), während die Ergebnisse in der Stahlindustrie trotz günstiger Entwicklung in der Verarbeitung um 2,9 (plus 13,2) Prozent sinken und in der Autoindustrie um 5,1 (minus 2,2) Prozent.

Bei den marktbreiten Standardwerten erwartet die Commerzbank für die Großchemie Gewinnsteigerungen in der Größenordnung von zehn Prozent (BASF 33 DM Ergebnis je Aktie nach 30 DM, Bayer 43 nach 40 DM, Hoechst 37 nach 34 DM), resultierend aus massiven Entlastungen bei Vormaterialien, die Erlöseinbußen im Export überkompensieren.

In der Autoindustrie liegen die Schätzungen für Daimler, die im Export in DM fakturieren, bei 80 (80,50) DM, spürbar niedriger aber wegen abgeschwächter Nachfrageerwartungen und währungsbedingter Ertragseinbußen im Export, die 1986 aufgrund von Sicherungsgeschäften noch nicht voll sichtbar werden, für Porsche (50 nach 80 DM), VW (bereinigt um Kapitalerhöhung) 44 (48) DM und BMW 48 (56) DM. Weitere Schätzungen: Mannesmann 15 (17) DM, MAN 16 (14) DM, Karstadt 20 (15) DM, Kaufhof 18 (16) DM.

Opec geht ohne Fortschritte in die zweite Woche

dpa/VWD, **Genf**

Die Öl- und Energieminister der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) haben zu Beginn ihrer zweiten Konferenzwoche in Genf noch keinen Fortschritt in Richtung einer Neuaufteilung der Förderquoten erreicht.

Ursprünglich war gestern eine Plenarsitzung der Minister mit ihren Delegationen vorgesehen. Dabei sollte über neue Vorschläge des Quoten-Ausschusses beraten werden, der seit vergangenem Dienstag versucht, ein für alle Länder akzeptables Verteilersystem zu erarbeiten. Der Ausschuß tagte jedoch auch gestern noch hinter verschlossenen Türen.

Der Vorschlag, die bis Ende Oktober geltende Quotenaufteilung bei einer täglichen Gesamtproduktion von 16,8 Mill. Barrel (je 159 Liter) bis zum Jahresende zu verlängern, wird von Kuwait kategorisch zurückgewiesen, das ab sofort einen höheren Förderanteil verlangt.

Dazu müßten andere Länder ihre Produktion entsprechend kürzen, wenn die Obergrenze nicht überschritten werden soll. Eine Erhöhung der Gesamtförderung würde aber zwangsläufig zu einem neuen Preisverfall führen.

AUF EIN WORT



„Sicher ist es an der Zeit, neben die übliche quantitative Personalplanung nach Anzahl der Köpfe eine qualitative mit der Formel Köpfe = Inhalt zu stellen. Nur so ist es möglich, unsere wertvollsten Ressourcen, unsere Mitarbeiter, optimal einzusetzen."

Gottfried Müller, Personalberater, Karlsruhe. FOTO: DIE WELT

Saarbrücken will ab 1989 linearen Stromtarif

VWD, **Bonn**

Die Stadtwerke Saarbrücken streben ab 1989 die Einführung eines linearen, zeitgestaffelten Stromtarifes an, mit dem im Haushaltsbereich der Stromverbrauch verringert werden soll. Das Versorgungsunternehmen vertrat gestern in Bonn die Auffassung, daß die Genehmigung dieses Tarifes durch das Saarland auch ohne eine Änderung der Bundestariffordnung möglich sei. Das Saarbrücker Tarifmodell sieht drei Zeitzonen vor, und zwar einen Hoch-, Nieder- und Mitteltarif. Dazu sollen die Haushalte mit Energiekontrollgeräten ausgerüstet werden, die anzeigen, wann der Strom am billigsten ist. Die Geräte werden ferner den Verbrauch seit der letzten Rechnung anzeigen sowie dem Abnehmer sagen, wieviel Prozent er durch sein Verbrauchsverhalten jeweils eingespart hat.

Außerdem soll der Stromkunde über das Gerät die Möglichkeit bekommen, festzustellen, ob sich im Haushalt ein Gerät befindet, das zuviel Strom verbraucht. In einem Großversuch, für den zunächst 1500 Haushalte in zwei saarländischen und drei hessischen Städten vorgesehen sind, sollen die neuen Kontrollgeräte getestet werden.

Der Kaiser füllt die Goldschatullen

Zum sechzigsten Thron-Jubiläum werden in Japan 20 Millionen neue Münzen verlost

FRED de LA TROBE, **Tokio**

Das japanische Finanzministerium läßt je zehn Millionen Gold- und Silbermünzen aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Thronbesteigung von Kaiser Hirohito prägen. Am 16. Oktober werden von den Banken, Postämtern, Kreditverbänden und landwirtschaftlichen Genossenschaften in ganz Japan 50 Millionen Lotterielose ausgegeben. Die Ziehungen finden Ende Oktober statt, und zwischen dem 10. und 21. November können die Gewinner mit ihren Losen je eine Goldmünze zu 100 000 Yen (rund 1300 Mark) oder eine Silbermünze zu 10 000 Yen kaufen.

Das Ministerium rechnet mit einer hohen Nachfrage teils von Anlegern, teils von Verehrern des Kaisers. Da die Japaner während des Zweiten Weltkrieges ihre Goldhorte auflösen mußten und erst in den letzten Jahren das Edelmetall wieder für ihre Privatschatullen kaufen konnten, hat der Bedarf kräftig zugenommen. Im April nächsten Jahres sollen daher weitere fünf Millionen Goldmünzen zu 100 000 Yen verkauft werden.

Die Goldmünzen werden einen Reinheitsgehalt von 99,99 Prozent haben, ein Gewicht von 20 Gramm und einen Durchmesser von drei Zentimeter. Auf der Vorderseite werden zwei Tauben als Friedenssymbole und ein Wasserlauf als Symbol des Reisanbaus zu sehen sein, auf der Rückseite das kaiserliche Wappen der Chrysantheme.

Bei der Ausgabe der Münzen wird die japanische Regierung einen ansehnlichen Gewinn einstreichen können. Die Gesamtkosten einer Prägung von 100 000 Yen-Münzen werden auf 50 000 Yen veranschlagt, davon 40 000 Yen für das Gold. Insgesamt dürfte somit ein Reingewinn von 550 Mrd. Yen anfallen.

Für die Käufer der Münzen ist die Profitmarge dagegen schmal. Wegen des starken Yen ist das Gold allerdings gegenwärtig preisgünstig. Da der Dollar gegenüber dem Yen an Wert fast 50 Prozent verloren hat, ist der Goldpreis in japanischer Währung trotz seiner Kurssteigerung in Dollar gesunken.

Japanische Finanzexperten zweifeln jedoch daran, daß der Wiederverkaufswert der Münzen in absehbarer Zeit steigen wird. Die Massenproduktion der Geldstücke und die vorgesehene Umsatzsteuer von 15 Prozent beim Wiederverkauf von Münzen im Wert über 37 500 Yen dämpfen die Zukunftserwartungen.

Da die Gold- und Silberstücke aber auch gesetzliches Zahlungsmittel sein werden, geht der Käufer keine besonderen Risiken ein. Außerdem wird der Wert der Münzen bei einem Steigen des Weltmarktpreises für Gold ebenfalls nach oben ziehen.

Die neuen Münzen haben schon dazu beigetragen, Japans Exportüberschuß mit den Vereinigten Staaten etwas abzubauen, da Japan für 2,5 Mrd. Dollar Gold aus den USA eingeführt hat. In diesem Jahr werden 223 Tonnen Gold für die Prägung der Münzen gebraucht. Das entspricht 15 Prozent der Weltproduktion. Im vergangenen Jahr importierte Japan 197 Tonnen Gold, die Einfuhren in diesem Jahr werden wegen des hohen Bedarfs für die neuen Münzen auf 600 Tonnen geschätzt. (SAD)

Renten-Schwäche

cd. – Kursverluste bis zu 1,35 Mark, wie sie gestern längerlaufende Bundesanleihen am Rentenmarkt erlitten haben, sind sicherlich kein Pappenstiel. Aber sie sind eigentlich auch nicht überraschend. Der Zinsanstieg, der sich gerade am Markt der Bundestitel seit kurzem besonders akzentuiert vollzieht, ist die logische Konsequenz des Ausbleibens ausländischer Anleger. Sie waren bis vor kurzem praktisch die einzigen Käufer, und ihre massive Nachfrage hatte dafür gesorgt, daß die Bundespapiere mit deutlich höheren Kursen – und entsprechend niedrigeren Renditen – gehandelt wurden als Pfandbriefe. Bei zehnjährigen Laufzeiten machte der Renditenachteil der Bundesanleihen zeitweilig einen vollen Prozentpunkt aus.

Jetzt, da Ausländer keine müde Mark mehr in Bundestitel investieren, beginnt die Renditendifferenz zu schrumpfen. Sie lag gestern nur noch bei rund einem dreiviertel Prozentpunkt. Eine weitere Anpassung der Bundesanleihe-Renditen an die der fast nur im Inland abgesetzten Pfandbriefe ist programmiert, wenn sich die ausländischen Anleger weiter vom Markt fernhalten. Und damit muß man wohl rechnen, weil mit sinkendem Dollarkurs und steigender D-Mark eher der Reiz zunimmt, die beträchtlichen Mark-Aufwertungsgewinne zu realisieren, die mittlerweile in von Ausländern gehaltenen Bundesanleihen stecken.

Still ruht der Dollart

Von DOMINIK SCHMIDT

Eines der ehrgeizigsten Projekte in Niedersachsen, der Dollart-Hafen vor Emden, scheint zum Sterben verurteilt, noch bevor es so recht geboren wurde. Nur noch sporadisch, und dann mit fast unbegreiflicher Zurückhaltung, wird das Thema angesprochen; nahezu unwillig reagieren die Politiker auf Fragen nach den Realisierungschancen des „Jahrhundertprojekts". Nicht nur bei der Landesregierung in Hannover ist die Euphorie, die die Unterzeichnung des Ems-Dollart-Vertrags vor zwei Jahren ausgelöst hatte, längst verflogen. Auch in Emden selbst, wo nach wie vor existentielles Interesse am Hafen-Neubau geltend gemacht wird, macht sich zusehends Resignation breit.

Der als Jahrhundertprojekt geplante Dollart-Hafen vor Emden wird wohl nicht realisiert werden können – zu groß ist der Widerstand des Nachbarn Holland.

Neben der abbröckelnden Seilschaft der Projekt-Befürworter als Folge nicht endenwollender Verhandlungen mit den Niederlanden ist es vor allem die Einsicht in die eigene Ohnmächtigkeit, die eine solche Stimmung bewirkt. Von deutscher Seite her ist alles getan worden, was notwendig und möglich war, um den Bau zu beginnen. Bundestag und Bundesrat haben dem Vorhaben zugestimmt; die Finanzierung des 1,3-Milliarden-Mark-Projekts gilt als gesichert. Woran es einmal mehr mangelt, ist die erforderliche Zustimmung des westlichen Nachbarn.

Darauf zu warten, erscheint nach Lage der Dinge immer weniger sinnvoll zu sein. Zu groß ist in den Niederlanden der Widerstand gegen den Dollart-Hafen. Schon bei der Vertragsunterzeichnung im September 1984 orakelte Außenminister van den Broek, er sei nicht sicher, ob „dieses Parlament" (gemeint war der Reichstag in Den Haag) eine schnelle Ratifizierung zulasse. Inzwischen gibt es ein neues Parlament und eine Regierung, die im Amt bestätigt wurde. Erkennbare Signale aber, den Dollart-Kooperationsvertrag in die Beratungen einzubringen, sind bislang ausgeblieben. Sommerpause, Regierungsneubildung, Sammeln und Austauschen von Informationen sind nach offizieller Lesart die Gründe für die Abstinenz, die vor dem Sommer nächsten Jahres sicher nicht beendet wird.

Aber auch dann besteht wenig Hoffnung auf eine zügige Behandlung. Vielmehr dürften spätestens zu diesem Zeitpunkt die angekündigten Aktionen der Ökologie-Organisationen, die in allen Parteien großen Einfluß haben, wirksam werden. Die Ausschöpfung aller Rechtsmittel rückt eine Entscheidung, so sie denn tatsächlich gewollt wird, in weite Ferne. Die holländischen Umweltschützer, die in Sachen Dollart eng mit ihren deutschen Gesinnungsfreunden kooperieren, sind sich da ganz sicher. Gefragt, wann denn mit dem Baubeginn zu rechnen sei, erklärt ein Sprecher süffisant, diesbezüglich „sollte eher in Jahren gerechnet werden".

In der Emdener Wirtschaft verfestigt sich mittlerweile der Eindruck des Alleingelassenwerdens. Mit Verwunderung registrieren die Ostfriesen, daß sich nun auch das Europäische Parlament ohne jeden Zuständigkeitsbeschluß für das Projekt interessiert. Der Berichterstatter des Ausschusses für Hafenwirtschaft, Karl-Heinz Hoffmann, kündigte während eines Besuchs in Emden an, das Strasburger Parlament wolle sich mit der Dollart-Problematik vertraut machen. Warum wohl? Nicht einlassen will man sich in Emden auf Spekulationen, wonach auf holländischer Seite nicht nur ökologische Bedenken, sondern mehr noch ökonomische Interessen eine wichtige Rolle bei der Verwirklichung des Dollart-Hafens spielen.

Zumindest die benachbarten niederländischen Häfen Eemshaven und Delfzijl befürworteten das Projekt und arbeiteten kooperativ mit der Emdener Wirtschaft zusammen. Ausdruck dafür sei die gemeinsame Hafen-Interessengemeinschaft. Gestärkt wird derlei Arglosigkeit durch die Stellungnahme Eemshavens, die „große Lösung" bringe auch für die Niederländer eine bessere Auslastung der verladenden Wirtschaft.

Wie auch immer – Emden tut gut daran, sich auf das Machbare zu konzentrieren. Alternativen sind vorhanden. Der Schleusenneubau gehört dazu. Er könnte vorgenommen werden ohne die Einwilligung der Holländer und würde der hiesigen Hafenwirtschaft gegenüber dem jetzigen Zustand weiterhelfen. Ohnehin scheint die Bereitschaft auch in der Bundesrepublik, das Projekt voranzutreiben, seit dem letzten Gutachten über das Kosten-Nutzen-Verhältnis deutlich geschrumpft zu sein. Die seit einem viertel Jahrhundert andauernde Diskussion um den Dollart-Hafen könnte dann endlich ad acta gelegt werden.

Rückgang der Opec-Aufträge

Deutscher Auslandsbau steuert neuen Negativrekord an

ARNULF GOSCH, Bonn

Der deutsche Auslandsbau steuert einem neuen Negativ-Rekord entgegen. Wie der Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Günther Herion, am Wochenende in Rom erklärte, werden die bauindustriellen Auslandsaufträge nach ihrem dramatischen Rückgang von 12,1 Mrd. DM 1981 auf 2,7 Mrd. DM im vergangenen Jahr 1986 auf einen neuen Tiefstand von höchstens zwei Mrd. DM zurückfallen. Besonders drastisch fiel der Rückgang der Aufträge aus den Opec-Ländern aus, fast ein Jahrzehnt lang die wesentliche Stütze des deutschen Auslandbaus.

Als wesentliche Ursachen nannte Herion die sinkenden Deviseneinnahmen der ölexportierenden Länder infolge des Ölpreisverfalls, den Golfkrieg zwischen Irak und Iran, die hohe Auslandsverschuldung zahlreicher Entwicklungs- und Schwellenländer und den Kursverfall des US-Dollar. Um einen gewissen Ausgleich herbeizuführen, bemühten sich die Baufirmen um regionale Diversifizierung ihrer Auslandstätigkeit.

Konzentration auf hochwertige Ingenieurleistungen sei eine weitere Unternehmensstrategie, und auch Planung und Bauüberwachung, Erarbeitung von Studien, Betrieb und Unterhaltung von Bauwerk und Anlagen gelten als erfolgversprechende Aufgabengebiete. Die Bauunternehmungen bemühten sich auch verstärkt darum, gemeinsam mit potentiellen Auftraggebern Projekte zur Baureife zu entwickeln.

Für eine Ausweitung der Auslandsaktivitäten bedürfe es aber einer Verbesserung des Instruments der Ausfuhrbürgschaften. Viele Projekte gingen verloren, weil für das betreffende Land keine Ausfuhrbürgschaften erteilt würden.

Nachdem der Auslandsbau über Jahrzehnte hinweg auf außereuropäische Märkte konzentriert war, finden in jüngster Zeit zunehmend auch Bauaufgaben der europäischen Nachbarländer das Interesse der deutschen Unternehmen. So ist es der Firma Philipp Holzmann gelungen, in der Nähe von Rom den Auftrag über den Bau von drei Autobahnbrücken mit einem Auftragswert von insgesamt 38,6 Mill. Mark hereinzuholen. Die Brücken werden in Segmentbauweise hergestellt, mit der Holzmann schon in Nigeria sehr erfolgreich war.

Wie Holzmann-Vorstandssprecher Hermann Becker vor Journalisten erklärte, sei seine Firma darauf eingerichtet, auch kleinere Projekte auszuführen. Man suche einheimische Partner, um gemeinsam mit ihnen vor Ort anzutreten. Die Zahl der Länder, in denen Holzmann tätig ist, hat sich von 1980 bis 1985 auf 49 verdoppelt, und die Angebotspalette werde konzernweit um bauergänzende und Baunebenbereiche erweitert. Der Einstieg in Italien gelang über Projekte „mit deutschen Wurzeln" (Neubauten der Vatikan-Botschaft und der Deutschen Schule).

Dem Insiderhandel geht es an den Kragen

Reformen für die Mailänder Börse – Besteuerung der Spekulationsgewinne gefordert

GÜNTER DEPAS, Mailand

Die Mailänder Börse steht vor tiefgreifenden Reformen, die den in den letzten zwei Jahren stark gewachsenen Aktienmarkt institutionell an die Börsenusancen im Ausland anpassen sollen. Dazu gehört unter anderem eine gesetzliche Regelung der Publikumsgesellschaft nach US-Muster, die jetzt von Schatzminister Giovanni Goria in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des interministeriellen Kredit- und Währungsausschusses der Regierung als oberster Kontrollbehörde am Kapitalmarkt angeregt wurde, sowie die Besteuerung der Spekulationsgewinne und die Regelung des Insiderhandels.

Die Besteuerung der Spekulationsgewinne wird vor allem von den Linksparteien gefordert. Ihr entgegen steht Finanzminister Bruno Visentini zufolge aber das Fehlen geeigneter Instrumente, um die Kapitalgewinne zu erfassen. Börsenexperten glauben daher nicht, daß es in absehbarer Zeit dazu kommen wird.

Transparenz verbessern

Um die Transparenz am Aktienmarkt zu verbessern, hat jetzt die amtliche Börsenaufsichtskommission in ihrem dem Schatzministerium vorgelegten Jahresbericht die Forderung erhoben, den Insiderhandel gesetzlich zu regeln und den sogenannten „beschränkten Markt" mit den gleichen technischen Systemen zu betreiben wie die offizielle Börse.

Unter anderem besteht sich dies auf die Zusammenfassung der zehn italienischen Börsenplätze zu einer Computerbörse, wie sie seit Juli im Gange ist. Am „beschränkten Markt" werden die Aktienkurse derzeit nur einmal in der Woche festgestellt. Die Pläne der Aufsichtskommission laufen jedoch darauf hinaus, auch in diesem Fall eine tägliche Kursfeststellung zu erreichen, wobei auch hier die Kursunterschiede von Platz zu Platz per Computerbörse abgeschafft werden sollen.

Ziel dieser Reform ist es, den „beschränkten Markt", anders als bisher, zu einem echten „Vorzimmer" für die Zulassung zur offiziellen Börse auszubauen. Die Aufsichtskommission verspricht sich davon starke Anstöße, um vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen für eine Börsenzulassung zu gewinnen.

Was die Regelung des Insiderhandels angeht, bezieht die Aufsichtskommission eine mittlere Position zwischen jenen, die gar keine Gesetzesnorm wünschen und für eine Beibehaltung der gegenwärtigen Situation eintreten, und den anderen, die ein scharfes Durchgreifen fordern, um die in Italien übliche Verwertung von Insiderinformationen vollständig zu unterbinden.

Die Aufsichtskommission geht hierbei davon aus, daß es einerseits unumgänglich geworden ist, sich den ausländischen Geschäftspraktiken und Gesetzen anzupassen, andererseits aber alles vermieden werden muß, um den freien Börsenhandel zu beschneiden. Der Aufsichtskommission geht es vor allem darum, nicht nur natürliche Personen daran zu hindern, illegale Vorteile aus Insiderinformationen zu ziehen, sondern auch juristische Personen.

Investmentfonds im Visier

Ausdrücklich im Visier befinden sich an der Börse notierte Gesellschaften, die Investmentfonds verwalten, sowie Investmentfonds, die sich zu ihrer Verwaltung Personen bedienen, die beruflich einer Börsentätigkeit nachgehen.

Sehr deutlich ist hierbei die direkte Anspielung auf den Investmentfonds Fondo Professionale, der von einer Gruppe Mailänder Börsenmakler betrieben wird und seit seiner Gründung vor zwei Jahren zu den erfolgreichsten italienischen Investmentfonds gehört. Eine verschärfte Kontrolle fordert die Aufsichtskommission auch im Falle der Treuhandgesellschaften und aller anderen natürlichen und juristischen Personen, die eine Vermittlertätigkeit auf den Kapitalmärkten ausüben.

Ein anderes Problem, in dessen Fall die Aufsichtskommission ebenfalls Maßnahmen zu ergreifen gedenkt, um die Publizität zu erweitern, betrifft die Durchführung von Kapitalerhöhungen, für die die Hauptversammlungen den Verwaltungsräten grünes Licht erteilt haben.

Trüber Blick auf Lateinamerika

Fachtagung in Hamburg analysiert aktuelle Probleme

hhh. Hamburg

Eine düstere Bestandsaufnahme der wirtschaftlichen Situation Lateinamerikas gaben die Experten auf der Fachtagung des Ibero-Amerika Vereins gestern in der Handelskammer der Stadt Hamburg. Gerhard Thulmann, Vorstandsmitglied der Ferrostaal AG, erklärte, daß im ersten Halbjahr dieses Jahres Kapital abgebaut worden sei, nämlich 124 Mill. DM, während noch Anfang der 80er Jahre jährlich mehr als eine Milliarde DM in den Kontinent flossen.

Das Investitionsklima werde sich dort auch nicht ändern, solange die Einheimischen die These verträten, erst solle das Ausland Kapital zum Einsatz bringen, bevor man selbst davon Abstand nähme, die eigenen Mittel außer Landes zu schaffen, geschweige denn zu investieren.

Der EG-Direktor für Nord-Süd-Beziehungen wies den Vorwurf zurück, die Gemeinschaft habe die Exportsituation Lateinamerikas geschwächt. Bundespräsident Richard von Weizsäcker hatte am Vorabend im Rathaus sein Unverständnis darüber geäußert, daß die EG traditionelle Weizenmärkte Argentiniens erobert hätte. Rhein: „Brasilien hat dies doch durch die Lieferung von Getreidesubstituten wie Sojaschrot um ein Mehrfaches wettgemacht."

Durch das Handelsdefizit der EG in Höhe von 20 Mrd. DM jährlich und dadurch, daß mehr als die Hälfte der Produkte zollfrei nach Europa kämen, leistete die EG einen „wesentlichen Beitrag" für die wirtschaftliche Entwicklung. Wenn aber Lateinamerika seine Ausfuhr weitgehend mit nur fünf Produkten – Öl, Kaffee, Bananen, Soja und Baumwolle – bestreite, brauche es sich nicht zu wundern, daß der Export in die Bundesrepublik seit fünf Jahren nicht zugenommen habe.

Joachim-Rüdiger Kautz, Vorstandsmitglied der Hermes Kreditversicherung stellte klar, daß sich an der Deckungspraxis, mit der etwa 30 Prozent der deutschen Exporte gesichert werden, nichts zu Gunsten der Lateinamerikaner ändern werde.

Litef navigiert mit Erfolg

Litton-Tochter produziert Digitalrechner mit hoher Leistung

nl. Stuttgart

Die zum Litton-Konzern gehörende Litef GmbH, Freiburg, die sich insbesondere mit der Entwicklung und Fertigung von Navigationssystemen für die Luftfahrt einen Namen gemacht hat, beurteilt ihre weiteren geschäftlichen Perspektiven „trotz anhaltenden Wettbewerbsdrucks und der knappen Mittel der öffentlichen Haushalte" weiterhin positiv. Die Zuversicht basiere, wie es in einer Verlautbarung des Unternehmens anläßlich seines 25jährigen Bestehens weiter heißt, nicht zuletzt auf seiner Innovationskraft.

Von den rund 1000 Beschäftigten arbeiten bei Litef allein etwa 300 im Bereich der Forschung und Entwicklung. Die Schwerpunkte der Aktivitäten der Litef liegen auf den Gebieten moderner Navigationssysteme und elektronischer Digitalrechner hoher Leistungsfähigkeit für den Einsatz in Flugzeugen, Schiffen und Landfahrzeugen. Beispielsweise sind die Trägheitsnavigationssysteme (INS), die von Litef ab 1961 zunächst für den Starfighter gefertigt wurden, 1953 erstmals in den USA in einem Flugzeug erprobt worden.

Eine wesentliche Weiterentwicklung auf dem Gebiet der Trägheitsnavigation sei die sogenannte „Strapdown-Technik", die Litef erstmals 1978 in der Bundesrepublik vorgestellt habe. Bei ihr werden Kreisel und Beschleunigungsmesser nicht mehr in einem elektromotorisch bewegten Kardanrahmen, sondern direkt am Fahrzeug befestigt.

Der Litef-Umsatz, der in der Größenordnung von 150 Mill. DM liegen dürfte (bei einer Exportquote von etwa 50 Prozent), wird weit überwiegend von Lieferungen in den militärischen Bereich bestimmt. Die derzeitige Auslastung sei gut, wozu freilich das allmählich auslaufende Tornado-Programm beitrage.

Manager lernen ein Leben lang

Universitätsseminar der Wirtschaft schließt Wissenslücken

SABINE SCHUCHART, Bonn

Die Anforderungen an Manager sind in den letzten Jahren gewachsen. Neue Informationstechnologien und eine zunehmende Internationalisierung des Wettbewerbs haben das Unternehmens-Umfeld verändert. Lebenslanges Lernen ist gerade für Manager unerläßlich geworden. Das Universitätsseminar der Wirtschaft (USW), das traditionell in Schloß Gracht, einem alten Wasserschloß im Rheinland, Seminare für Führungskräfte aus Wirtschaft und Verwaltung abhält, will den Gedankenaustausch zwischen Wissenschaft und Praxis forcieren.

Auf starke Nachfrage, so der Geschäftsführende Vorstand, Paul Andrykowsky, gegenüber der WELT, treffe das USW zur Zeit insbesondere mit sogenannten „General-Management-Seminaren" und Seminaren, die sich mit dem rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Unternehmens-Umfeld befassen, weil die Öffentlichkeit für diese Fragen immer hellhöriger geworden sei. Großes Interesse bestehe auch an Erfahrungen und Erkenntnissen aus dem internationalen Management und an einer Auffrischung des breiten Spektrums der klassischen Betriebswirtschaftslehre.

Ein „Renner" sei neben Marketing- und Führungsthemen insbesondere der Bereich der neuen Technologien. 1987 sind deshalb zum Beispiel zwei Veranstaltungen zu den Themenkreisen „Manager und Mikroelektronik" und „Kommerzielle Nutzung der Weltraumtechnologie" geplant. Auch äußerten die Unternehmensführer immer stärker den Wunsch nach Einsatz von Personalcomputern in den Seminaren.

Die Teilnehmer legen erhöhten Wert auf Umsetzbarkeit und unmittelbaren Praxisnutzen – das ist eine wesentliche Erfahrung, die das USW besonders bei den neuen Seminarangeboten gemacht hat. Die Veranstaltungen sollen allerdings nicht nur Führungskräften Gelegenheit geben, sich mit dem neuesten Stand der Management-Wissenschaft vertraut zu machen und ihre Anwendbarkeit zu prüfen, sondern zugleich auch Wissenschaftlern die Möglichkeit verschaffen, sich in aktuelle Probleme aus der unternehmerischen Praxis hineinzudenken.

Zum Programm des USW gehören neben offenen Seminaren, die für alle Führungskräfte gedacht sind, firmen- und branchenspezifische Kurse wie zum Beispiel die 1987 erstmals angebotene „Wettbewerbsstrategie im Pharma-Markt". Dazu kommen Sonderveranstaltungen, zum Beispiel das Ludwig-Vaubel-Forum, das einmal im Jahr stattfindet.

Das Universitätsseminar der Wirtschaft, das 1968 in Köln als überregionale Einrichtung von Wirtschaft und Wissenschaft gegründet wurde, um dem Defizit der 50er und 60er Jahre in der Umsetzung neuer Erkenntnisse der Unternehmensführung zu begegnen, sieht sich in dieser Philosophie auch in diesem Jahr durch wachsende Teilnehmerzahlen bestätigt.

Allerdings setzten die rund 30 Mitarbeiter und die in Schloß Gracht zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten einer weiteren Expansion Grenzen, erklärte Andrykowsky. Auch sei mit 25 bis 30 Teilnehmern in den offenen USW-Seminaren praktisch die Maximalauslastung erreicht.

Steuerfreiheit in Krisenregionen

J. Sch. Paris

Um das Arbeitslosenproblem in den von der Schiffbaukrise betroffenen Regionen zu entschärfen, will die französische Regierung allen Industrieunternehmen, die sich dort niederlassen, die 45prozentige Körperschaftsteuer für zehn Jahre erlassen und ihnen größere Freiheiten (z. B. für Baugenehmigungen) einräumen. Eine Verordnung über die Einführung entsprechender „Freizonen" liegt jetzt dem Staatspräsidenten zur Genehmigung vor. Inzwischen hat nicht nur die private Normed-Gruppe, sondern auch die staatliche Chantiers Navals (Alsthom) größere Entlassungen angekündigt.

Die französische Werftindustrie, die vor dem Normed-Konkurs 12 000 Personen beschäftigt hatte, erhielt seit 1983 nicht weniger als 12,5 Mrd. Franc an staatlichen Subventionen. Jetzt bekommt sie nur noch die EG-üblichen Auftragsbeihilfen. Die laufenden Subventionen wurden im Juni von Industrieminister Madelin gestrichen. Daraufhin kam es bei den Normed-Werften zu größeren sozialen Unruhen.

Die ersten drei Freizonen von maximal 300 Hektar liegen in der Nähe der Normed-Werften Dünkirchen und La Ciotat sowie La Seyne am Mittelmeer. Ob auch Saint Nazaire (Chantiers Navals) begünstigt wird, steht noch nicht fest. Zunächst geht es der Regierung um einen Test, dem auch andere Krisenregionen folgen sollen. Madelain sieht in regional begrenzten Steuerbefreiungen gegenüber der bisherigen Subventionswirtschaft eine liberalere und erfolgversprechendere Lösung.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Rekordüberschuß in Japan

Tokio (dpa/VWD) – Japan hat im September mit 8,92 Mrd. Dollar (1985: 4,581 Mrd.) einen neuen Rekordüberschuß im Außenhandel erzielt. Er lag deutlich über dem bisherigen Bestergebnis vom Juli dieses Jahres (8,220 Mrd). Während die Exporte in Jahresfrist um 28,8 Prozent auf 19 Mrd. stiegen, fielen die Einfuhren um 0,9 Prozent auf zehn Mrd. Dollar. Im USA-Handel erzielte Japan mit 4,8 Milliarden Dollar ebenfalls einen neuen Rekordüberschuß.

„Science-Parks" erwogen

Hannover (dpa/VWD) – Mit der Entwicklung hochspezialisierter Gewerbeparks – „Science-Parks" – will Hannover sich wirtschaftlich auf die 90er Jahre vorbereiten. Dort soll ein Laser-Forschungszentrum und möglicherweise ein Forschungsinstitut zur industriellen Bildauswertung entstehen. Am Flughafen könne ein Gewerbepark für die Luft- und Raumfahrtindustrie errichtet werden.

Kampf um Allied

New York (VWD) – ASC Acquisition Corp., die für Allied Stores Corp. eine Übernahmeofferte für 67 Dollar/Aktie abgegeben hat, will vor einem Bundesgericht in New York eine einstweilige Verfügung gegen die rivalisierende Offerte (66 Dollar/Aktie) der Campeau Corp. erlangen. ASC wirft Campeau vor, zahlreiche Gesetze verletzt zu haben. Campeau hat ihrerseits eine Klage bei einem Gericht in Delaware eingereicht; sie hofft auf eine einstweilige Verfügung gegen die ASC-Offerte für Allied Stores. Die Anhörung hierzu findet am 23. Oktober statt.

Auslandsoffensive

Wien (VWD) – Österreichs Großbanken wollen 1987 ihre internationale Präsenz ausbauen: Die Creditanstalt-Bankverein will Büros in Prag, Moskau, Hongkong und Tokio eröffnen. Die Girozentrale, zweitgrößte Bank Österreichs, will in New York 1987 ein Büro eröffnen und künftig auch in Tokio sowie in einer ungenannt gebliebenen osteuropäischen Hauptstadt tätig werden. Die Länderbank, Österreichs Nummer drei, will ihre Repräsentanzen in New York und Hongkong zu Voll-Filialen ausbauen.

Preise gestiegen

London (VWD) – Die Produzentenpreise für industrielle Fertigerzeugnisse sind in Großbritannien im September um 0,3 Prozent gegenüber August und um 4,4 Prozent im Jahresvergleich gestiegen, teilte das Handels- und Industrieministerium mit. Im August hatte der monatliche Anstieg 0,2 Prozent betragen; auf Jahresbasis waren es ebenfalls 4,4 Prozent.

Beratungen in Lima

Lima (dpa/VWD) – Gestern sind in Lima Delegationen der 26 Mitgliedsstaaten des lateinamerikanischen Wirtschaftssystems (SELA) zusammengetreten, um vor allem über die Verschuldungskrise und die sinkenden Rohstoffpreise zu beraten. An den Beratungen, die auf Expertenebene beginnen, nehmen ab Donnerstag auch 16 Außen- und Wirtschaftsminister teil. Weitere Themen sind die Importrestriktionen der Industrieländer sowie das Bemühen um eine lateinamerikanische Integration.

„Omega" rast an die Spitze

Aussteller mit 73. Automobilsalon durchweg zufrieden

J. Sch. Paris

Der 73. Pariser Automobilsalon, der am Sonntag seine Pforten geschlossen hat, ist zwar nicht so stark besucht worden wie der 72. vor zwei Jahren (0,9 statt 1,2 Millionen Personen), aber dies wird von der Ausstellungsleitung hauptsächlich der Angst des Publikums vor Attentaten zugeschrieben. Die Aussteller selbst äußerten sich durchweg befriedigt. Vor allem die französischen Aussteller wollen mindestens zehn Prozent höhere „Aufträge" verbucht haben.

Die ausländischen Firmen sprechen vorsichtiger von „Kontakten". Im Vergleich zum 72. Salon sollen diese bei Fiat um 20 Prozent, bei Ford um 50 Prozent und bei Opel für das Modell „Omega" um 100 Prozent höher ausgefallen sein. Die VW-Gruppe dagegen meldet fünf Prozent weniger Kontakte. Die anderen Firmen machen keine Angaben.

Insgesamt dürfte sich aber die positive Entwicklung der Automobilnachfrage in Frankreich fortgesetzt haben. In den ersten neun Monaten waren, wie es bekannt wird, die Pkw-Zulassungen um 5,8 Prozent gegenüber der gleichen Vorjahreszeit gestiegen, dabei um 4,5 Prozent bei den nationalen und um 7,3 Prozent bei den ausländischen Marken, deren Marktanteil damit 37,5 Prozent erreichte. Im September allein legten die Ausländer 5,5 Prozent und die Franzosen 15,6 Prozent zu.

Großer Gewinner waren die staatlichen Renaultwerke, die im September nach plus 31,7 Prozent im Jahresvergleich auf einen Marktanteil von 31,9 Prozent kamen, während der private Peugeot-Konzern nach plus 7,9 20,3 Prozent erreichte. Auf dem Salon war das neue Citroen-Modell AX besonders stark gefragt, während der Renner der letzten Jahre, der Erfolgwagen Peugeot 205, vom R 5 abgehängt wurde.

Nordland betritt Neuland

135 Millionen Mark in neue Papierstraße investiert

dos. Dörpen

Die Nordland Papier GmbH, Dörpen/Ems, einer der führenden Hersteller holzfreier Papiere in Europa, wird in absehbarer Zeit auch in den Markt der gestrichenen Papiere einsteigen. Nach Angaben des Unternehmens, das zum finnischen Konzern Kymi-Strömberg Oy gehört, wurden schon früher Überlegungen in dieser Richtung angestellt. Die jetztige Entscheidung sei vor allem vor dem Hintergrund zahlreicher Produktionsausweitungen außerhalb der EG zu sehen. Mit der Erweiterung der eigenen Produktpalette antworte Nordland Papier auf diese Entwicklung.

Veijo Valve, Geschäftsführer der Nordland Papier GmbH, beziffert die Investitionen für die Streichanlage mit insgesamt 135 Mill. DM. Sie werden eigen- und fremdfinanziert. Mit dem Bau soll Anfang 1987 begonnen werden; mit der Produktion Ende 1988. Die Anlage wird auf eine Leistung von rund 100 000 Tonnen gestrichene Sorten pro Jahr ausgelegt. Damit verbunden sei die Schaffung von über 100 zusätzlichen Arbeitsplätzen.

Zufrieden äußert sich Valve zur aktuellen Geschäftsentwicklung. Dies gelte sowohl für den Umsatz wie für die Ertragslage. Obwohl das Geschäft in den letzten Wochen etwas ruhiger geworden ist, „stimmen die Preise nach wie vor". Das hektische erste Halbjahr 1986 lasse eine Ausweitung des Geschäftsvolumens um 4 bis 5 Prozent erwarten.

Nordland Papier hatte bereits 1985 den Absatz um über 10 Prozent auf 333 181 (306 750) Tonnen gesteigert. Der Umsatz stieg auf 587 (547) Mill. DM. Der Jahresüberschuß wird mit 17,5 (25,6) Mill. DM ausgewiesen. Im Jahr davor mußte allerdings ein Verlustvortrag von 16,5 Mill. DM ausgeglichen werden, so daß sich für 1985 mit 19,1 (9,1) Mill. DM ein höherer Bilanzgewinn ergab. Durch Umwandlung stiller Gesellschaftereinlagen wurde das Stammkapital um 25 Mill. DM auf jetzt 75 Mill. DM erhöht. 1985 investierte Nordland Papier 8,6 (25,7) Mill. DM in Sachanlagen. Die Abschreibungen erreichten 21,3 Mill. DM. Beschäftigt sind 883 (860) Mitarbeiter.

Nürnberger Leben auf ungebremstem Wachstumskurs

Schwierigkeiten in der Rentenversicherung erhöhen die Eigeninitiative – Überdurchschnittliches Neugeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit ihren kräftigen Wachstumsraten in Neugeschäft, Prämienaufkommen und Bestandsentwicklung hat sich die Nürnberger Lebensversicherung AG, Nürnberg, 1985 wieder an die Spitze der großen deutschen Lebensversicherer gesetzt. Durch Rationalisierungen erhöhte sich die Arbeitsproduktivität, die Verwaltungskosten gingen zurück. Die versicherungstechnischen Ergebnisse wurden erneut verbessert.

Die Nürnberger profitierte, so Vorstandsvorsitzender Georg Bayer, nicht zuletzt von der „sich immer stärker durchsetzenden Erkenntnis, daß den langfristigen Problemen der gesetzlichen Rentenversicherung nur mit verstärkter Eigeninitiative zugunsten einer individuellen Versorgung begegnet werden kann". Steigende Realeinkommen begünstigten diese Entwicklung. Dies wird nicht zuletzt an dem mit 76 Prozent hohen Anteil der Großlebens-Kapitalversicherungen am Bestand deutlich. Die vermögensbildenden Verträge haben um 8 Prozent auf 631 Mill.DM im Neugeschäft zugelegt, noch stärker – um 56 Prozent auf 310 Mill.DM – die fondsgebundene Lebensversicherung, was auch auf die günstige Börsenentwicklung zurückgeht. In der Großlebensversicherung liegt die durchschnittliche Neuvertragssumme bei rund 54 000 DM, im Bestand beträgt sie rund 30 000 DM.

Der Überschuß, einschließlich Direktgutschrift und Zuweisung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung, stieg 1985 um 7,9 Prozent auf 388 Mill. DM. Vom gesamten Überschuß flossen 98,2 Prozent an die Versicherten. Vom unveränderten Jahresüberschuß von 6,9 Mill. DM wurden 4(4) Mill. DM den Rücklagen zugeführt. Die in Streubesitz liegenden Aktien wurden wieder mit 14 Prozent Dividende bedient. Aus Gesellschaftsmitteln wurde das Aktienkapital von 8 auf 12 Mill. DM aufgestockt. Die jungen Aktien sind ab 1. Januar 1987 dividendenberechtigt.

Im ersten Halbjahr 1986 wuchs das eingelöste Neugeschäft um 11,2 (Branche: 3.3) Prozent auf 1,78 Mrd.DM. Zur Jahresmitte wurde ein Bestand von 24,5 Mrd.DM (plus 8,3 Prozent) erreicht, zum Jahresende soll er bei 25,5 Mrd.DM liegen.

Die Kompositttochter, Nürnberger Allgemeine Versicherung AG, verbuchte mit einem Plus von 10,7 Prozent auf 638 Mill.DM ein ebenfalls über der Branche liegendes Bruttoprämienaufkommen. Die Schadenquote ging auf 62,3(64,6) Prozent der verdienten Beiträge zurück, sodaß nach Zuführung von 9,6(7,9) Mill.DM zur Schwankungsrückstellung ein technischer Gewinn von 7,5(6,3) Mill.DM erwirtschaftet wurde.

In der Kraftfahrtversicherung, nach wie vor der größten Sparte mit 47 Prozent vom Bruttoaufkommen, wurden die Prämieneinnahmen im selbst abgeschlossenen Geschäft um 7,7 Prozent auf 300 Mill. DM gesteigert. Sie schließt mit einem Gewinn von 2,3 Mill. DM ab. Einzige Verlustsparte war die Hausratversicherung mit 2,1 Mill.DM Verlust bei 32 Mill.DM Bruttoprämie. Bei der Steigerung der Unfallprämien um 12,2 Prozent auf 98 Mill. DM spielt die Verlagerung der Familien-Unfallversicherung von der Lebens- auf die Sachversicherung eine gewisse Rolle.

Der Bruttoüberschuß nach Einschluß der nichttechnischen Gewinne wuchs auf 30.4(28,5) Mill.DM, von denen 10.2 (9,7) Mill.DM den Rücklagen zugeführt wurden. Im 1. Halbjahr hat sich das Neugeschäft, so Bayer, sehr zufriedenstellend, der Schadenverlauf dagegen ungünstiger als im Vorjahr entwickelt.

Nürnberger Leben	1985	± %
Versicherungsbestand (Mill. DM)	23 603	+ 8,1
Eingel. Neugeschäft	3508	+ 6,9
Beitragseinnahmen	896	+ 8,9
Aufw. f. Vers.Fälle	280	+ 12,9
Kapitalanlagen [1]	6346	+ 9,5
Kapitalerträge [2]	468	+ 12,0
Aufw. f. Beitr.Rückerst.	263	+ 15,3
Rückst.f.Beitr.Rückerst.	951	+ 17,4

	1985	1984	1983
Stornoquote [3]	6,2	6,7	6,7
Verw. Kostenq. [4]	8.6	9,2	9,3
Abschl.Kostenq. [5]	45,5	44,3	42,9
Überschußquote [6]	43,3	43,0	38,9

[1] ohne Depotford.; [2] Durchschnittsrendite: 7,8 (7,7) Prozent; [3] Rückk., Umwandlg. in beitr.freie Versich. u. sonst. Vorz. Abgang in % d. Anfangsbestands; [4] sonst. Aufw. d. Vers. Betr. in % d. Beiträge; [5] in Promille d. eingel. Neugesch.; [6] Bruttoüberschuß in % d. Beiträge.

Spediteure klagen über „aggressive" Bundesbahn

A.G. Bonn

Eine „aggressive" Geschäftspolitik hat der Bundesverband Spedition und Lagerei (BSL) gestern der Deutschen Bundesbahn vorgeworfen. Wie BSL-Präsident Bernhardt Bünck in Bonn erklärte, liege es nicht zuletzt am gewandelten Selbstverständnis der Bundesbahn, daß die Forderung nach mehr Kooperation zwischen Spedition und Bahn bisher nicht wie erwartet umgesetzt werden konnte.

In einem Positionspapier zu dieser Zusammenarbeit wird andererseits auch auf die schon heute bedeutsamen Kooperationsbereiche im Schienenladungs- und kombinierten Verkehr hingewiesen. Im übrigen könne die Spedition nur das verkaufen, was marktfähig sei. Das Leistungsprofil der Bundesbahn weise für die Güterbeförderungen, die in erster Linie das Geschäft der Spedition ausmachen, wettbewerbsrelevante Schwachstellen auf. Der Lkw biete mit seinem umladungsfreien Haus-Haus-Verkehr wesentliche Vorteile.

Gleichwohl erklärt der BSL seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer vertieften Koopertation. Voraussetzung hierfür sei jedoch, daß die Bahn ihre bisherige Preispolitik gegen die Spedition aufgebe. Vorgeschlagen wird ferner, die heutige Organisation des Stückgutverkehrs zu überdenken und das von der Spedition über jahrzehnte praktizierte System des Schienensammelladungsverkehrs wieder stärker zu fördern.

Ski-Hersteller fahren bergauf

Für Blizzard ist Deutschland der wichtigste Markt

DANKWARD SEITZ, München

Langsam scheint es nun wieder am Ski-Weltmarkt aufwärts zu gehen. Nach jahrelanger Stagnation oder gar Talfahrt zeichnet sich für die Branche in der bevorstehenden Wintersaison 1986/87 eine Markterholung ab. So dürfte nach Schätzungen der zu den führenden Ski-Herstellern gehörenden österreichischen Blizzard United International, Mittersill, das Absatzvolumen in den westlichen Ländern auf 9,2 (9,0) Mill. Paar Ski steigen. Und auch langfristig könne aufgrund des zunehmenden Wintertourismus mit einer positiven Entwicklung gerechnet werden.

Bei Blizzard selbst hofft man, daran überdurchschnittlich partizipieren zu können. Erklärtes Ziel ist es nach den Worten von Juniorchef Günter Arnsteiner, schon bald auf allen wichtigen Skimärkten der Welt zu den drei bedeutendsten Anbietern zu gehören. Neben groß angelegten Image- und Marketingkampagnen wird dafür zur Zeit die Produktion in Mittersill mit einem Investitionsaufwand von 20 Mill. DM auf vollelektronisch gesteuerte Maschinen umgestellt. Einher geht damit eine Kapazitätserweiterung auf 750 000 Paar Ski pro Jahr im Zwei-Schicht-Betrieb.

Gerechtfertigt ist diese Produktionserweiterung nach Ansicht von Arnsteiner trotz weltweiter Überkapazitäten von etwa 5,5 Mill. Paar Ski, weil Blizzard zur Zeit mit 500 000 Paar im Drei-Schicht-Betrieb voll ausgelastet sei und bei einer („realistischen") Absatzerwartung von 600 000 Paar (500 000 Alpin- und 100 000 LL-Ski) bei Konkurrenten produzieren lassen müsse. Dieses Verkaufsziel sei schon jetzt weitgehend erreicht, da aufgrund des guten Winters 1985/86 bereits 80 Prozent dieses Volumens durch das gute Vorordergeschäft hereingeholt worden seien.

Der konsolidierte Umsatz von Blizzard wird im Geschäftsjahr 1986/87 (31. 1.), so Arnsteiner, um 3,9 Prozent auf 118 Mill. DM steigen. Im vergangenen Jahr wurde mit den rund 700 Mitarbeitern ein Zuwachs von 3,3 (8,9) Prozent auf 110 Mill. DM erreicht. Abgesetzt wurden insgesamt 585 000 (570 000) Paar Ski, davon 460 000 (470 000) Alpin- und 125 000 (100 000) LL-Ski. In der Bundesrepublik (Gesamtmarkt-Volumen 995 000 Paar Ski), dem wichtigsten Auslandsmarkt des Unternehmens, hat Blizzard im vergangenen Jahr 160 000 (155 000) Skipaare verkauft. Umgesetzt wurden 30,2 (29) Mill. DM. 1986/87 sollen über 31 Mill. DM erreicht werden.

Sorgen um starken Schrottpreisfall

J. G. Düsseldorf

Gefahren für die Funktionsfähigkeit seines Marktes sieht der Bundesverband der Deutschen Schrottwirtschaft, Düsseldorf, aus dem unaufhaltsamen Fall des Schrottpreises heraufziehen. Der sei im Oktober unter dem Druck der wieder schlechter gewordenen Beschäftigungslage der Stahlindustrie um weitere 10 bis 20 DM pro Tonne auf nur noch 120 DM pro Tonne für die Standardsorte Null frei Ruhrhütte gefallen und liege nun um 100 DM pro Tonne unter dem Stand von August 1985. Bei der Schrotterfassung, deren Preis für die Schrottaufbereiter „noch zu hoch" liege, dürfte es nun zwangsläufig zumal in revierfernen Gebieten „zu einer Bezahlung der Entsorgung" kommen, desgleichen für die Sammeltätigkeit einschließlich der Erfassung von Autowracks. Der vorwiegend kleinere Mitglieder zählende Deutsche Schrottverband, Köln, spricht bereits von einer „katastrophalen" Lage, in der die nun notwendigen „Entsorgungsgebühren" mindere Schrottsorten zu nicht mehr in den Rohstoffkreislauf zurückkehrendem Abfall machen. Der BDS hofft, daß die Quotenkürzung der EG-Kommission für die Stahlproduktion des vierten Quartals den Stahlmarkt wieder festigt.

Kaufhofgruppe macht Tempo beim Umsatz

Weniger Mitarbeiter auf größerer Fläche – Höhere Investitionen bei Warenhäusern

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Entwicklung des Konsumklimas in den ersten drei Quartalen von 1986 lasse für den Rest des Jahres eine Verstärkung der bereits im ersten Halbjahr positiven Impulse bei der Verbrauchernachfrage erwarten. Die zu Jahresbeginn allseits prognostizierte günstige Konjunkturentwicklung werde nun offenbar Realität und führe auch im eigenen Konzern zu einer „sehr erfreulichen" Umsatzentwicklung. Bis zum Jahresende werde sich das Konsumklima weiter beleben und lasse das Unternehmen trotz „erheblicher Strukturmaßnahmen" für 1986 einen „zufriedenstellenden" Umsatz erwarten.

So kommentiert die Kölner Kaufhof AG, Führungsgesellschaft des zweitgrößten deutschen Warenhauskonzerns, ihr bis Ende September erzieltes Konzern-Umsatzplus von 8,5 Prozent auf 6,48 Mrd. DM. Der Tempogewinn im Wachstum (im vollen Vorjahr nur plus 0,9 Prozent und im ersten Halbjahr 1986 plus 7,1 Prozent) resultiert zwar vor allem aus der 1986 erstmals konsolidierten Schuhhandels-Halbtochter Reno mit 300 Mill. DM Umsatz in diesen drei Quartalen. Daneben glänzte die junge Unterhaltungselektronik-Tochter Saturn-Hansa mit 107 (1985 insgesamt 73) Mill. DM Umsatz.

Aber auch die bei der AG angesiedelten Warenhäuser beschleunigten ihr Wachstum mit 1,9 Prozent Plus auf 3,85 Mrd. DM, ohne Flächenveränderung plus 2,6 Prozent. Desgleichen die Kaufhalle-Kleinpreistochter mit Plusraten von zwei und flächenbereinigt 4,6 Prozent auf 1,19 Mrd. DM. Die große Versandhandelsbeteiligung Wenz drehte ihr Umsatzminus von 1,9 Prozent aus dem ersten Halbjahr nun bis Ende September immerhin in ein Umsatzplus von 0,7 Prozent auf 367 Mill. DM. Die ITS-Reisetochter wuchs um 2,5 Prozent auf 446 Mill. DM Umsatz.

Nebst kleineren (Diversifikations-) Töchtern gibt der „Handelskonzern" seine Verkaufsfläche mit nun 1,06 Mill. qm um 3,5 Prozent höher als Ende 1985 an, wobei die Mitarbeiterzahl nochmals deutlich auf 40 600 (42 800) „Vollbeschäftigte" sank. Mit „erheblich höheren" Jahresinvestitionen als im Durchschnitt des letzten halben Jahrzehnts setze man 1986 die Umstrukturierung der Warenhäuser fort. Über die davon belastete und ansonsten positiv einzuschätzende Ertragsentwicklung verliert der Vorstand allerdings noch kein Wort.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Herstatt-Besserungsquote

Düsseldorf (Py.) – Die Gläubiger des 1974 zusammengebrochenen Kölner Bankhauses I. D. Herstatt KG aA erhalten in den nächsten Tagen die 7. Besserungsquote auf ihre Forderungen in einer Rekordhöhe von 5,5 Prozent. Wie aus einer Mitteilung der Abwickler über das Liquidationsgeschäftsjahr 1985/86 (26. 6.) hervorgeht, werden 91,9 (3,7) Mill. DM als Jahresüberschuß ausgewiesen, was auf eine erfolgreiche Beendigung mehrerer Rechtsstreitigkeiten zurückzuführen ist. Sämtliche in der Schweiz anhängigen Prozesse wurden durch Vergleich positiv beendet. Durch die vermutlich vorletzte Ausschüttung erhöhte sich die Vergleichsquote für Bankengläubiger auf 71,5 Prozent, die der übrigen Gläubiger auf 81,5 Prozent. Zu einem noch nicht absehbaren Zeitpunkt wird nur noch mit einer Schlußzahlung von weniger als einem Prozentpunkt gerechnet.

DIHT-Forum

Berlin (tb.) – Ein Weltwirtschafts-Forum veranstaltet der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) am 23. und 24. Oktober in Berlin. Auf diesem Forum, zu dem rund 450 Teilnehmer erwartet werden, wird auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker sprechen. Mit der Veranstaltung beschließt die Spitzenorganisation der Industrie- und Handelskammern ihr Jubiläumsjahr. Der DIHT besteht 125 Jahre.

Container-Weltdienst

Bremen (dpa/VWD) – Eine „Senator Linie" genannte Reederei will im Frühjahr 1987 mit mittelgroßen Containerschiffen einen Schiffahrtsdienst rund um die Welt eröffnen. Das teilte die in Gründung befindliche Gesellschaft gestern in Bremen mit. Nach ihren Angaben haben schiffahrtsinteressierte Kreise in Bremen und Hamburg die Gründungsformalitäten für die Reederei mit Sitz in Bremen eingeleitet. Im wesentlichen sollen Schiffe eingesetzt werden, die in den vergangenen Jahren auf deutschen Werften gebaut wurden. In der Bundesrepublik sollen die bremischen Häfen angelaufen werden. Über die ausländischen Anlaufhäfen ist noch nicht entschieden. Abgesehen von einigen nord- und südeuropäischen Häfen sollen die USA, Zentralamerika, die Haupthäfen im Fernen Osten und in Südostasien sowie ein indischer und ein mittelöstlicher Hafen bedient werden.

Preisanstieg gebremst

Köln (AP) – Der jahrzehntelange Preisauftrieb für Bauland in der Bundesrepublik ist in den letzten beiden Jahren zum Stillstand gekommen. Nach dem jüngsten Baulandpreisbericht des Deutschen Städtetages, der gestern in Köln veröffentlicht wurde, gingen die Grundstückspreise im Bundesdurchschnitt 1984 und 1985 um sieben Prozent zurück. In den Jahren 1979 bis 1983 hatte es noch einen kräftigen Preisschub auf diesem Sektor gegeben.

System 12 nach Portugal

Stuttgart (nl) – Das maßgeblich von der Standard Elektrik Lorenz AG (SEL), Stuttgart, entwickelte digitale Telefon-Vermittlungssystem „System 12" kommt auch in Portugal zum Einsatz. Nach SEL-Angaben sehe der nunmehr erteilte Auftrag die Einrichtung von 300 000 Anschlußeinheiten bis 1991 vor, von denen SEL zunächst 50 000 Einheiten direkt nach Portugal liefern wird. Bis Ende 1991 sollen dann Produktion und Vertrieb des „System 12" in die Hände der portugiesischen SEL übergehen. Portugal ist das 21. Land, das sich für dieses System entschieden hat.

Süddeutscher Verlag: Leichtes Wachstum

Trotz Konkurrenz von Funk und Fernsehen, die Zeitung bleibt der Schwerpunkt

DANKWARD SEITZ, München

Zufrieden mit dem Geschäftsverlauf im ersten Halbjahr 1986 ist die Süddeutsche Verlag GmbH, München, die unter anderem die „Süddeutsche Zeitung" (SZ) herausbringt. Bei anhaltend positiver Konjunktur spreche, so die Verlagsleitung, alles dafür, daß sich die „leichte Wachstumsphase" weiter fortsetzt und die Gesamtleistung erneut gesteigert werden kann. Eine „spürbare" Umsatzausweitung sei dann in den nächsten Jahren nach der Inbetriebnahme einer neuen Rollen-Offsetmaschine bei der Karl-Wenschow-Franzis Druck GmbH zu erwarten, an der der Verlag mehrheitlich beteiligt ist.

Mehr und mehr bekam der Süddeutsche Verlag in den letzten Monaten die Konkurrenz der lokalen Rundfunksender zu spüren. Um die Position in diesem Wettbewerb zu verstärken und sich „Gestaltungsmöglichkeiten in diesem Zukunftsmarkt" zu sichern, hat sich die Verlags-Gruppe an örtlichen und regionalen Rundfunk- und Fernsehgesellschaften beteiligt. Für diese Aktivitäten sollen auch noch über einen längeren Zeitraum zusätzliche Investitionsmittel bereitgestellt werden. 1985 wurden dafür 1,7 Mill. DM bewilligt, denen außerplanmäßige Abschreibungen von 2,8 Mill. DM gegenüberstanden. Auf keinen Fall aber werde man sich, nur um Diversifikation um jeden Preis zu betreiben, auf branchenfremde Gebiete begeben. Schwerpunkt der Verlagspolitik bleibe auch künftig der Bereich Zeitungen und Zeitschriften.

Jüngstes Beispiel dafür ist die mehrheitliche Beteiligung an den Verlagen der Tageszeitungen „Neue Presse" in Coburg und „Frankenpost" in Hof. Diese bringen bei einer Auflage von zusammen 100 000 Exemplaren ein Umsatzvolumen von mehr als 75 Mill. DM. Allerdings wird diese Expansionspolitik des Süddeutschen Verlages zunehmend vom Kartellgesetz erschwert. Deshalb ist beabsichtigt, sich verstärkt auf dem Gebiet Fach- und Spezialzeitschriften zu engagieren.

Im vergangenen Jahr ist der Konzernumsatz des Verlags um 10,9 (8,9) Prozent auf 513,6 Mill. DM gestiegen. Maßgeblichen Anteil daran hatte die „SZ", deren verkaufte Auflage 1985 um 2,3 Prozent auf 353 200 Exemplare und in den ersten sechs Monate 1986 um weitere 3,7 Prozent auf 366 000 Stück gestiegen ist. Ihre Gesamtseitenzahl erhöhte sich 1985 um 1296 auf 19 048 Seiten, von denen 11 240 Seiten (plus 6,4 Prozent) für Anzeigen verkauft werden konnten. Vom Umsatz entfielen 279 (254) Mill. DM auf das Anzeigengeschäft und 99 (85) Mill. DM auf den Vertrieb. Die Fremderlöse der Druckerei nahmen auf 77 (61) Mill. DM, Bücher brachten 30 (29) Mill. DM.

Daß der Jahresüberschuß mit einem Plus von 5,2 Prozent auf 16 Mill. DM nicht mit dem Umsatzwachstum Schritt hielt, begründet die Geschäftsführung mit dem dreiwöchigen Druckerstreik und dem überdurchschnittlich gestiegenen Gesamtaufwand. Investiert wurden 27 (71) Mill. DM, der überwiegende Teil davon wieder in das neue Druckhaus München-Steinhausen (Gesamtinvestitionsvolumen rund 250 Mill. DM), wo ab Mitte 1987 die „SZ" in einer Teilauflage und ab Sommer 1988 komplett hergestellt werden soll.

Sachkundige Richter bei „Wies'n"-Bier

vn. **München**

Da hat der Spaß seine Grenzen und Werbung erst recht. In dieser Weise müssen gestrenge Münchner Richter bei einem Urteil gedacht haben, das eine Weißbier-Brauerei ernüchterte. Der Hersteller dieser Bierspezialität strebte nach höherem, indem er eine Konzession als Wies'n-Wirt auf dem Oktoberfest anstrebte. Bierselig nahm er in seinen Firmennamen das Wort „Wies'n" auf und ging daran, sein Weißbier ganzjährig als „Wies'n-Weiße" auf den Markt zu rollen. Das jedoch erzürnte einen Wettbewerberverein.

Dessen Klage bestehe zu Recht, befanden Münchner Richter mit ausdrücklichem Hinweis auf ihre Sachkunde. Begründung: Unter „Wies'n" verstehe jedermann das Oktoberfest und nicht, wie sich der Bierverleger verteidigte, ein Wiesenfest irgendwo. Und weil das so im Kopf der Konsumenten verankert ist, sei Irreführung im Verzug: Bei der Bezeichnung „Wies'n-Weißbier" denke jedermann daran, daß solches nur aus Anlaß des Oktoberfestes gebraut werde – nicht aber das ganze Jahr lang, wie der Brauer es vorhatte. Folglich verboten die gestrengen Münchner Landesrichter das „Wies'n-Weißbier", weil nicht sein darf, was nicht sein kann.

Landgericht München, 16 HKO 12729/84.

Deutsche Heimwerker: Wir arbeiten besser als die meisten Profis

Immer mehr Frauen greifen zum Werkzeug – Marktvolumen von 28,3 Milliarden Mark

hg. **Bonn**

Deutschlands Heimwerker werden immer selbstbewußter: 21 Prozent von ihnen meinen, daß sie besser arbeiten als ein Profi; 1983 waren es nur acht Prozent. Dies hat das Institut für Freizeitwirtschaft, München, in seiner Analyse 1986 des Do-it-yourself-Marktes herausgefunden. Außerdem entdeckten sie, daß der typische Heimwerker – „Angestellter oder Arbeiter in mittleren Jahren, der mit seiner drei- oder vierköpfigen Familie im Eigenheim lebt" – seine Monopolstellung verloren hat, denn „ein Drittel aller aktiven und 46 Prozent aller gelegentlichen Heimwerker sind Frauen".

Heimwerker – insgesamt 23,6 Millionen – wirken in jedem zweiten deutschen Haushalt. Nach den Ermittlungen des Instituts fielen in fast 90 Prozent dieser Haushalte Instandhaltungs-, Verschönerungs- oder Reparaturarbeiten an; in 900 000 Haushalten wurden „größere Modernisierungs- oder Sanierungsarbeiten" im Do-it-yourself-Verfahren erledigt, und in 300 000 Fällen seien die Heimwerker als Bauherren aktiv geworden. Alles in allem hätten Heimwerker im vergangenen Jahr rund 1,5 Millionen Freizeitstunden geopfert, 62 Stunden jeder. Die Münchner Freizeitforscher beziffern diese Arbeitsleistung auf rund 30 Mrd. DM, bei einer fiktiven Bewertung der Heimwerker-Stunde mit 20 Mark.

Stärkstes Motiv für die Entscheidung, handwerkliche Arbeiten selbst zu machen, ist nach wie vor die Möglichkeit, auf diese Weise viel Geld zu sparen. Die Forscher förderten indes auch anderes zutage: Spaß an der Arbeit und Stolz auf die eigene Leistung, und sie vermuten, daß dies „eine Antwort ist auf die zunehmenden Frustrationen des Berufslebens". Durch Arbeitsteilung, Rationalisierung und Automatisierung könnten die vorhandenen Potentiale an Initiative und Kreativität im Beruf immer weniger ausgelebt werden, heißt es.

Ihre Flucht aus dem Frust ließen sich die deutschen Heimwerker im vergangenen Jahr rund 28,3 Mrd. DM kosten, vier Prozent mehr als 1984. Ein Viertel dieser Ausgaben bestritten Heimwerker am Neubau, obwohl die Quote der Bauherren an den 11,2 Millionen deutschen Heimwerker-Haushalten lediglich bei 2,6 Prozent lag. Auch der Marktanteil der Heimwerker-Haushalte mit Modernisierungen sei mit rund 28 Prozent wesentlich größer als ihr Anteil an der Zahl aller Heimwerker-Haushalte, heißt es. Die Bauherren und Modernisierer haben im vergangenen Jahr rund 15 Mrd. DM ausgegeben; sie haben damit einen größeren Anteil am Do-it-yourself-Gesamtmarkt als die zehn Millionen Instandhalter, die 1985 nur 13,4 Mrd. DM für das Heimwerken ausgegeben haben.

Der Do-it-yourself-Markt setzt sich aus unterschiedlichen Produktgruppen zusammen: Die drei größten Bereiche sind nach den Ermittlungen des Instituts zur Zeit Holz/Holzelemente, Bauelemente und Baustoffe; sie machen zusammen 38 Prozent des Gesamtmarktes aus. Die kleinsten Produktgruppenmärkte sind die für Klebstoffe, für Kleineisenteile/Beschläge und für nichtelektrische Werkzeuge; diese drei Schlußlichter haben zusammen nur einen Anteil von fünf Prozent.

Das Kaufverhalten der Heimwerker sei sehr unterschiedlich, heißt es in der Untersuchung weiter, aber einen gemeinsamen Nenner fanden die Freizeitforscher trotzdem: „Kaufentscheidend ist meist der günstige Preis in Verbindung mit guter Qualität." Darüber hinaus spiele bei den Produktgruppen, in denen ästhetische Gesichtspunkte entscheidend seien – Tapeten, Bodenbeläge oder Fliesen – die große Auswahl eine vorrangige Rolle. Vergleichsweise wenig bedeutend seien Marke und Bekanntheitsgrad des Herstellers; „sie haben nur beim Kauf von Elektrowerkzeugen großen Einfluß auf die Kaufentscheidung".

ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Do-it-yourself-Bedarf wird über Bau- und Heimwerkermärkte und über den Fachhandel vertrieben. Nach den Ermittlungen des Instituts hält der Fachhandel – vom Baustoff- und Holzhandel über den Eisenwarenhandel bis hin zum Tapeten- und Farbenfachgeschäft – mit 61 Prozent den größten Anteil am Markt. Die Forscher begründen dies mit dem gegenwärtigen Trend zum Fachmarkt: „Nicht mehr der Gegensatz zwischen Heimwerkermärkten und Fachhandel charakterisiert die Dynamik im Handel, sondern der Strukturwandel von kleineren Fachgeschäften oder erfolglosen Heimwerkermärkten zu leistungsstarken Fachmärkten." Die stärkste Fachhandelsbranche mit einem Umsatz von 5,5 Mrd. DM ist der Baustoffhandel.

Die Bau- und Heimwerkermärkte halten am Gesamtmarkt einen Anteil von 24 Prozent. Allerdings liegt, wie die Müncher Forscher festgestellt haben, der Umsatz pro Einkauf in Bau- und Heimwerkermärkten unter dem Gesamtdurchschnitt, denn insgesamt werden 32 Prozent aller Käufe von Heimwerkerbedarf in diesen Märkten getätigt.

Sponsoring nicht nur beim Sport und in der Kunst

Herbst-Arbeitstagung des BDW – Aktivitäten nehmen zu

DW. **Bonn**

Beachtliche Zuwächse der Sponsoring-Aktivitäten, verstärktes Engagement der Kommunikationsbranche in diesem Bereich, professionelle Services für die Wirtschaft durch Agenturen und spezialisierte Berater, verstärkte Integration der Sponsoring-Aktivitäten in das Kommunikations-Mix der Unternehmen: Diese Erwartungen formulierten die Teilnehmer an den Herbst-Arbeitstagen „Sponsoring", die der BDW Deutscher Kommunikationsverband, Bonn, Ende September an der European Business School (Schloß Reichartshausen) durchgeführt hat.

Zukünftige Aktivitäten-Felder des Sponsoring werden nach Auffassung des Berufsverbandes neben den heute bereits stark genutzten Bereichen Sport und Kunst auch soziale Aufgabenstellungen sein, die von Unternehmen gefördert werden: Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen.

Sponsoring sei jedoch nicht als selbstloses Mäzenatentum einzuordnen, sondern als ein Instrument, das auf Leistung und Gegenleistung aufbaut. Derartige Investitionen (Milliardenbeträge weltweit) erfordern Planung und Effizienzkontrolle.

Eine systematische Darstellung dieses explodierenden Arbeitsfeldes lieferte den Tagungs-Teilnehmern und der Branche erstmals Professor Manfred Bruhn (EBS) mit seiner Grundlagenarbeit „Sponsoring als Kommunikationsinstrument". Er weist in dem Arbeits-Manual, das zusammen mit den Fachreferaten aus der Sponsoring-Praxis vom BDW herausgegeben wird (Telefon: 0228/21 10 47), auf die Voraussetzungen und Chancen des Sponsoring hin. Zwar lasse sich beim klassischen Sponsoring nicht mit kurzfristigen ökonomischen Zielen planen; dafür sei der Wert und der Erfolg von Sponsoring für die Dimensionen „Ansehen, Image, Goodwill und Kontaktpflege des Umfeldes" um so größer. Bruhn lieferte aber auch Entscheidungshilfen für die Auswahl des Gesponsorten als Strategie-Entscheidung, die Einbindung in die Unternehmenswerbung, Verkaufsförderungs-Aktionen und PR-Maßnahmen. Aber auch für die funktionalen Probleme der Koordination im Unternehmen bis hin zur Wirkungsmessung und der Rechtsproblematik wies Bruhn den Teilnehmern neue Wege.

Die Arbeitstagung des Kommunikationsverbandes blieb aber nicht in theoretischen Erwägungen stehen, sondern nutzte und vermittelte die Erfahrungen der Praxis:

H. Dieter Dahlhoff BDW, Marketingleiter der Adam Opel AG, betonte besonders die Forderungen nach konzeptioneller Ausrichtung, Durchgängigkeit und Zielgenauigkeit der Maßnahmen wie Professionalität auch auf der Seite von geförderten Partnern.

Jürgen Aumüller, Vorsitzender der Geschäftsleitung von American Express, machte deutlich, daß sich Sponsoring nicht nur auf Sport, sondern auf vielfältige Bereiche des öffentlichen und kulturellen Lebens bezieht. Die Aktivitäten seines Hauses sind dabei vor allem in die Unternehmens- und Kommunikationsstrategie des Unternehmens integriert und Teil eines umfassenden Konzeptes. Ausstellungs-, Konzert- und Sportaktivitäten stehen gleichrangig nebeneinander – entscheidend ist der Zielgruppenbezug.

Klaus Müller, PR-Direktor von Adidas, präsentierte das weitreichende Engagement seines Hauses im Bereich von Sport und Freizeit. Die überzeugende unternehmerische Leistung des früheren Schuhherstellers und heutigen Freizeit- und Sportunternehmens sind mit einem aktiven Sponsoring im Sinne einer Sportförderung eng verbunden.

Fedor Radman, Geschäftsführer von ISL Marketing, zeigte anhand der Tätigkeit seines Hauses unter anderem für die Fußballweltmeisterschaft, wie die Olympischen Spiele die beratende Tätigkeit von Sponsoring-Agenturen auf.

Das große Engagement eines mittelständischen Unternehmens für seine Region wie für den Naturschutz zeigt die Arbeit der Alpirsbacher Klosterbräu. Carl Glauner machte als geschäftsführender Gesellschafter der Brauerei deutlich, daß gerade ein kleineres Unternehmen sich im Bereich des Sponsoring von Natur- und Artenschutz bestens auszeichnen kann.

Die Dokumentation zu den Arbeitstagen kann zum Preis von 55 Mark für Mitglieder, 90 Mark für Nichtmitglieder bei der Geschäftsstelle in Bonn bezogen werden.

China: Fälschern an den Kragen

DW. **Peking**

Die Volksrepublik China hat eine nationale Kommission für Warenzeichenarbeit gegründet. Die Organisation soll unter anderem das Warenzeichenmanagement verbessern, Warenzeichenverletzungen verfolgen und generell die Industrie- und Handelsverwaltung in ihrer Arbeit unterstützen. Die neue Kommission ist mit der „China Industrial Property Organization" verbunden, die wiederum der entsprechenden UNO-Organisation angegliedert ist.

Die Verfolgung von Warenzeichen-(trade-marks) verletzungen ist eine der wichtigsten Aufgaben des Ausschusses. Obwohl eine Anzahl von Warenzeichenfälschern bereits verurteilt und teilweise mit Gefängnisstrafen belegt worden ist, will Peking die Aktion fortsetzen, zumal, wie deutsche Markenartikler festgestellt haben, die Fälscher inzwischen vielfach „von Hongkong in die Volksrepublik" umgezogen seien. Zur Begründung heißt es, daß die Warenerzeugung in den letzten Jahren stark gestiegen sei und daß damit auch die Benutzung, Verwertung und die Zahl der Anmeldungen von Warenzeichen zugenommen habe. Parallel dazu sei aber auch der Mißbrauch mit Trademarks kräftig angeregt worden. Gegenwärtig sind mehr als 123 000 oder fast 300 Prozent mehr Warenzeichen eingetragen als noch 1979.

Sehnsucht nach der alten Wohnküche

vn. **Allensbach**

Die Bundesbürger haben Sehnsucht nach der guten alten Wohnküche. Nach einer kürzlich repräsentativen Untersuchung des Instituts für Demoskopie berichten zwar 71 Prozent aller Erwachsenen davon, daß sie zu Hause die Bereiche Kochen und Essen räumlich vom Wohnbereich getrennt haben – offensichtlich eine Folge größerer finanzieller und wirtschaftlicher Möglichkeiten. Die alte Wohnkücheneinheit ist heute am ehesten noch dort zu finden, wo die wirtschaftlichen Möglichkeiten eingeschränkt sind, in Arbeiterhaushalten.

Mittlerweile scheinen aber viele Menschen entdeckt zu haben, daß die Wohnküche mehr ist als ein Ausdruck von Armut und mangelnder Wohnqualität. Nachdem jetzt die meisten Wohnungen säuberlich in ihre jeweiligen Funktionsbereiche bis hin zum Hobby- und Partyraum aufgeteilt sind, gibt es plötzlich die Ahnung, daß die Wohnküche auch etwas mit der Atmosphäre des Wohnens und mit dem familiären Klima zu tun hat. Denn die Forscher fanden auch heraus, daß 43 Prozent der repräsentativ befragten Deutschen den ausgesprochenen Wunsch nach einer Wohnküche haben. 36 Prozent plädierten für die Eßküche und 20 Prozent für die reine Kochküche.

nicht nur bei
n der Kunst

eits de
tfinan

n
tarken Part
inanz.

Pelikan auf Erfolgskurs. Jetzt eine Milliarde Umsatz.



Neuer Unternehmensgeist

Pelikan ist voll neuer Aktivitäten: 1838 gegründet und bekannt als Schreib- und Malgeräte-Hersteller entwickelte sich Pelikan in den letzten Jahren zu einem der international führenden Spezialisten für schriftbildende Produkte. Mit Pelikan druckt der Computer, schreibt das Textsystem, malt der Schüler. Weltweit. Pelikan macht Gedachtes sichtbar.

Neues Management

Anfang der 80er Jahre geriet Pelikan durch Managementfehler in Schwierigkeiten. Neue Eigentümer, die Pelikan im Januar 1984 übernahmen, setzten ein neues Management ein. Die Unternehmensstruktur wurde neu gegliedert, die Produktpalette gestrafft und um zukunftsweisende Produkte ergänzt. Aufbauend auf das breite Pelikan Know-how und den international hohen Qualitätsstandard, konnte in kürzester Zeit an frühere Erfolge angeknüpft werden.
Heute werden alle Aktivitäten der Pelikan Gruppe von der schweizerischen Pelikan Holding AG koordiniert und kontrolliert.

Neue Größe

Die Pelikan Holding AG wird 1986 nach erfolgreich beendeter Sanierung rund eine Milliarde DM umsetzen. Das sind etwa 40% mehr als im Jahr vor der Übernahme durch die neuen Gesellschafter.

Weltweit beschäftigt Pelikan annähernd 8000 Mitarbeiter, also 1000 Mitarbeiter mehr als noch 1984.

Neue Produkte

Den höchsten Umsatzzuwachs bringen neue Produkte für moderne Kommunikationstechniken. 55% des Gruppenumsatzes werden heute mit Farbbandkassetten, Farbbändern, Drucktüchern und Tonern erzielt, 20% mit Büromaterial und 15% mit Schreibgeräten. Weitere 10% entfallen auf das Freizeit-Sortiment.

Pelikan vertreibt seine Produkte in 136 Ländern der Erde und produziert in 20 Werken. Die bedeutendsten Fabriken befinden sich in Deutschland, der Schweiz, Großbritannien und den USA.

Pelikan ist weltweit der größte von einem Hardware-Hersteller unabhängige Produzent für schriftbildende Produkte. Die Produkte mit dem Pelikan – einem der ältesten Markenzeichen überhaupt – sind in vielen Bereichen führend.

An der Pelikan Holding AG können Sie sich in Kürze beteiligen. Die Einbeziehung der Aktien in den geregelten Freiverkehr an verschiedenen deutschen Wertpapierbörsen ist in Vorbereitung. Die Plazierung wird durch ein Bankenkonsortium unter Führung der Deutsche Bank AG erfolgen.

Pelikan 

Aktien rückläufig.

Weitere Abgaben in Puma.

Das Geschäft auf dem Aktienmarkt war am Wochenbeginn schleppend. Für die Zurückhaltung der Käufer wurden sowohl der unbefriedigende Ausgang der Gipfelkonferenz in Reykjavik als auch der weiter schwache Dollar verantwortlich gemacht. Die Kurse fielen erneut zurück.

Abgesehen von Puma, wo die Nachrichten über die Probleme in den USA die bisherige Euphorie in Ernüchterung umschlagen ließen und am Montag den Kurs noch einmal kräftig unter Druck setzten, blieben Kursstürze aus. Bei den bisherigen Favoriten im Technologiebereich machte sich das Fehlen ausländischer Kaufaufträge in leicht rückläufigen Notierungen bemerkbar. Etwas befestigt waren noch Springer-Aktien, die intensiv von einer Liechtensteinischen Bank empfohlen werden. Bei den VW-Aktien hat sich die Lage weitgehend stabilisiert. Bei Siemens und der Deutschen Bank machte sich das Ausbleiben ausländischer Käufer in Kursrücknahmen um fünf bis sechs DM bemerkbar. Gewinnmitnahmen gab es bei den Warenhausaktien. Die Hinweise einiger Banken auf die in diesen Papieren analytisch sehr hohe Bewertung scheinen Abgaben ausgelöst zu haben. Die Papiere der Großchemie bröckelten bis zu drei DM ab. Ähnliche Einbußen waren bei den meisten Banken zu beobachten, bei denen als Belastung die anziehenden Zinsen hinzukam.

Nachbörse: behauptet

DW-Ak.ind.: 278,31 (272,30)
DW-Ums.ind.: 2365 (2126)
Adv.-decline-Zahl: 62 (73)
38-Tg-Linie: 278,78 (279,12)
200-Tg-Linie: 279,87 (279,82)

Inland

	13.10.	10.10
H Aach M Betl. 12,5	2445	2470
H Aach. M. Vers. 7	2100	2040
D Aach. Rück. 9	2710	2745
D Aseag *4	390T	390T
M Act-Gögg. 8	161	164
H Adca 5	173	175
D Adler 12+16	300G	298G
F AEG 0	306	311,5
D AEG KABEL 9	420	425
S Aesculap 9	400bG	400bG
F AGAB 5	157	157
D Agrippina *0	3800	3810
M Agrob *0	175bG	175,5bG
M dgl. Vz.* 0	132bG	134
M Aigner 0	250bG	243bG
M Akt. Kaufb.*18+2	1140G	1140
H Agiv 10	455G	430
H Albingia 8+2	1600T	1600B
D Alexanderw. 0	123	122
Hn Allerthal*0	191G	191G
S Allg Re.**6,3	3700TB	3750TB
S dgl.NA**6,3	2800	2840
S dgl.35%E.6,3	4150	4340
D Allianz Leb. 9	6400	6400
D Allianz V. 12	2235	2310
S Allweiler St. 8	305	305G
S dgl. Vz. 9	207G	206TB
F Altana 10	417	421,5
F Andreae-N.Z. 4	209	205
F Asko 10	1651	1640
F dgl. Vz. 11,5	1575	1580
H Audi NSU 4	–	670rB
M Augsb. Kg. 2+1	123bG	123bG
D AVA 12+10	1560	1620
S Badenwerk 6,5	166	174
F Bd.Würt.Bk. 12	659	659
D Balcke-Dürr 3	290T	290T
F Bankg.v.1899 *14+2	780bG	770T
D Banning ** 0	755	760
H BASF 10	269	273
H Bavaria 3	197G	–
D Bayer 10	295,5	299
F B.Br.Sch.-J. 0	223G	235G
M Bayer. Halb. 11	489G	489
M Bayer. Hartst. 6	500G	500G
M Bayer. Hypo 12,5	595bG	598
M Bayer. Lloyd 5	320G	320G
M BMW 12,5	605	611
M Bayer. Vbk. 12,5	534,5	542
H Beiersdorf 10	618	618
F BHF-Bank 12	512	513
F Berl. Bank 6	230,5	235
B Berl. Kindl 5	154,5	155
D Bertelsmann Gen	226	222
B Bekula 5	139	139,5
B Berthold 0	156,8	155,1
S Bill.- Berg. 9	221	229G
F Binding 8	388	385,5
F dgl. Vz. 9	376	385,5
M Blattmetall 6	350bG	340bG
D Boch Gels. Str. 0	195TG	195bG
S Boss 0	2560	2540
M Brau. Amb. *0	900B	900G
F Braun Vz. 36,5	1125bG	1125bG
H Br.H.Hypo 11	510G	512G
Hn Brach.Jute *0	100B	100
H Breitenb.-C. *28	580	560
H Br. Straßb. *0,5	380T	390T
H Br. Vulkan 0	136,8	138,9
H Br. Wollk. 10	251,5	255
F BBC 7	302,5	308
S BSU Textil 30%	2190TG	2190TG
D Buckau-W. 4,1	118G	118T
D Buderus *13,9	502G	502
M Bgl Br Ing. *12	890G	890G
S Bgl.Brh Rav. *0	365G	365G
F Brilantleuchten 7	175	180
S Calw D **24	740G	740bG
F Cassella *15	930	840
F Ceag 5	255G	256
D Colonia Vers. 6	675	675
D Commerzb. 8	312	316
D Cobk.Rente*0 RM	14,4G	14,4bG
F Cobk.Genußsch.	121bG	121,25G
D Conc. Chem. 4,5	257	270
B Conc. Spinne * 0	590T	590T
D Contigas 8	330	335
D Conti Gummi 5	315	321,8
D Dahlb. St. 7,75	258	259
D dgl. Vz. 14,75	390G	395
S Daimler 12+2,5	1215	1236
M Deckel AG 6	231bG	230bG
F DG Bank Gen. 8,5%	114,5G	104,5G
D Dt. Atl. Tel.10	780T	780T
D Dt. Babcock St. 3	192	197
D dgl. Vz. 5,5	183	180,5
F Dt. Bank 12	789	796,5
D Dt. Centralboden 12	870G	880bG
D Dt. Conti Rück 0	4200G	4200G
D dgl. NA 0	940G	940
F Dt. Eff.+Wbt. 12	578G	580G
F Degussa 10	483	485,1
H Dt. Hyp. H.-Bln. 9	344	349
H Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	705G	710G
Hn Dt. Spezialgl. 10	490	495
F Dt. Steinz. *6	318G	318
H DeTeWe 9	778	799bB
F Dt. Texaco 5,3	254	255
D Didier 7,5	232	231
F D.bl. Quellen 7,5	380bG	380,2
D Dierig Holding 4	148	148
D Dittm. & N **80	7400G	7400G
D DAB 0	94T	90
S DLW 11	461	464
H Doag 5	305,5	321
D Dm. Ritter 7,7	259	269
D DUB-Schulth. 7	305bG	305bG
D Duewag 4	204	200
D Dresdn. Bank 10	405	408
F Dt. Pfandbl. Gen.	104,1	104,3
D Dyckerh. Z. St. 4	274	276
D dgl. Vz. 4	273bG	273bG
F Dywidag 6	219	224,5
D Edelst. Witten *10	300G	300G
F Eichbaum-Br. 5	175G	175G
D Esb. Verk. 10	260	260G
H Elbschloß 0	300B	295B
M ELECTRO. 2000 20	600bG	585G
M En. Oberfr. 6	285G	285G
M En. Ostb. 6	217G	217bG
B Engelhardt 7	262	262G
D Enka 9	–	–
M Erlus 10	375G	375bG
M Erste Kulmb. 9	1960bG	1958G
M Escada	1012bG	1065bG
S Essl. Masch. *6	420G	420
M Esterer **0	493B	495B
D Farb. Liqu.*RM 1,5	9,35	9,5
F FAG Kugelf. 2,5	522	528
D Feldmühle Nobel 5	291	295,5
D Felten & Guill.	140,5	145
F Flachglas 9	316bG	320
D Ford *0	950T	1000bGr
B Forst. Ebn. *4 %	5200	5200
M Fr. Oberl. Wk. 5	226G	226G
F Frankf. Hypo 12	1275	1275bG
F Frankona R. 6	979	950T
F dgl. NA 6	649	635
F dgl.50 % E. 3	670	660
F Fuchs Petrol St. 4	181	181,5B
F dgl. Vz. 5	168	165
H Geestm. Bk. 3	195	195
M Gehe *8	235	233
D Gels.wasser 6,5	194	195
D Gerresh. Gl. 7,5	227	229,5
F Gestra 7	197,2	201
D Gildem. 0	143	147
D Girmes 0	150,5	150
D Glas & Sp. *11	290T	290T
D Goldschm. 9	255	255
M Glw. Frk. *10	340B	340bB

Ausland

Amsterdam

	13.10.	10.10.
ACF Holding	58	58
Aegon	87,6	89,5
Akzo	143,1	145,2
Alg. Bk. Nederl	535	540
Amev	71	71,7

Kopenhagen

	13.10.	10.10.
Den Danske Bank	276	276
Jyske Bank	499	495
Kopenh. Handelsbk.	250	250
Novo Industri	221	219
Privatbanken	246	246
Ostasiat. Komp	182	184
Dan. Sukkerfabr.	362	363
For Bryggerier St.	995	990
Kgl. Porc. Fabr.	350	355

Oslo

	13.10.	10.10.
Bergen Bank	174	170
Borregaard	–	–
Den Norske Cred.	173	170
Elkem	112	113
Kreditkassen	203	200
Norsk Data	215,5	217
Norsk Hydro	143	140
Storebrand	292	288
OBI Ind. Index	–	374

Optionshandel

Frankfurt: 13. 10. 1986
1205 Optionen = 628 00 (99 400) Aktien,
davon 180 Verkaufsoptionen = 9300 Aktien.

Kaufoptionen: AEG 1-300/24; 320/13,4G; 340/9,6B; 360/3B; 380/1G; 4-300/40; 320/33; 380/8, 7-320/35G; **Agiv** 1-440/22G; 460/12,5G; **BASF** 1-260/28B; 280/13; 290/8B; 300/6,5; 320/2; 4-260/41,5; 280/20; 300/12; 320/8,8; 340/5G; 7-280/32B; 300/23B; **Bayer** 1-290/22B; 300/17,5G; 310/9,5B; 320/7,5; 330/4B; 4-260/57G; 280/40; 300/25; 320/16,5; 340/7B; 360/7G; 7-280/58B; 300/40B; 320/27B; 340/17B; 360/7G; **BBC** 1-320/15G; 4-340/19,8B; **BHF** 1-550/25B; **Bay. Hypo** 1-600/34,25G; **Bekula** 1-120/20G; 130/12,5G; 140/9G; 150/4G; 4-140/14B; 150/7G; 7-140/17,5B; 150/12B; **BMW** 1-550/70B; 600/45B; 650/25; 700/13G; 750/8G; 4-550/90B; 600/50G; 7-750/26G; **Bay. Vereinsbk.** 1-550/25G; 600/16B; 4-550/50; **Commerzbk.** 1-300/30; 320/20B; 340/16B; 360/12B; 380/7B; 400/4,9B; 4-300/40G; 320/32B; 340/25B; 360/22; 380/18B; 7-320/45B; 340/ 31; **Conti** 1-300/31G; 320/22,1; 340/15; 360/10G; 4-320/34; 340/26G; 360/12B; 380/8,4; 7-320/43; 340/32B; **Daimler** 1-1485,50/18B; **Daimler cum BA** 1-1200/90G; 1300/45; 1400/25; 1500/10B; 4-1200/130G; 1300/9G; 1400/45B; 1500/30G; 7-1200/200G; 1300/115G; 1500/50G; **Dt. Babcock St.** 1-220/8B; 4-200/25; 220/14B; 7-200/40B; **Dt. Babcock Vz.** 1-200/13,6B; **Deutsche Bk.** 1-750/40B; 800/38; 850/16B; 900/12,8B; 950/9,5; 4-800/60; 850/43B; 900/20G; 950/15; 7-900/26; **Dresdner Bk.** 1-42/21G; 360/70G; 400/30; 440/14; 460/9G; 480/6; 500/4G; …

…104/3,7G; 106/4,3G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810G, VAB 2950T. **Düsseldorf:** BMW 572, Goldschm. 245, IKB 268, Lehnkering 210G, O & K 137,5, Thüga 450. **Frankfurt:** BMW 583, Frankona Vz. 625, Fuchs St. 172,5, Fuchs Vz. 160,2, Goldschm. 245, IKB 265G, Magdeburger Feuer NA 530G, Magdeburger Feuer 1150T, Mainkraft 530T, Mercedes 1050, Ymos Vz. 178. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1060B, Stumpf 125G, VAB 2900bG.

Bezugsrechte: **Düsseldorf:** Ver. Seide 16,5, **Frankfurt:** Colonia entf., Magd. Feuer 180, Ver. Seide 16. **München:** –. **Stuttgart:** Allg. Renten „D" 2006.

Devisenmärkte

Der Einbruch des US-Dollar vom Freitagnachmittag wirkte zu Beginn der neuen Woche nach, ohne jedoch am 13. Oktober das Kurstief an den fernöstlichen Märkten von 1,9765 zu unterbieten. Zunächst hatten Positionseindeckungen und kommerzielle Käufe zu einem Einstieg bis 1,988 geführt. Im Verlauf bröckelte der Kurs dann wieder bis 1,979 ab. Das Marktgeschehen war von einer starken Zurückhaltung der Händler geprägt, da wegen des Kolumbustages in den USA das Anschlußgeschäft fehlte. Die Deutsche Bundesbank kaufte den Überhang von 3 Mill. Dollar zur amtlichen Notiz mit 1,9813. Das Britische Pfund (2,839), die Schwedische Krone (29,05) und die Finnmark (40,86) verzeichneten jeweils neue absolute Tiefststände. Der Japanische Yen konnte erneut nicht mit der D-Mark Schritt halten und verlor 0,7 Pfennig auf 1,2835. US-Dollar in: Amsterdam 2,2575; Brüssel 41,11; Paris 6,4865; Mailand 1370,75; Wien 13,938; Zürich 1,6148; Pfund/DM 2,719; Pfund/Dollar 1,4329; Pfund/DM 2,839.

Devisen und Sorten

13.10.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Brief	Woche Ank.-Kurs[4]	Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	5,50	1,9773	1,9853	1,9767	1,95	2,05
London[2]	10,0	2,832	2,846	2,797	2,76	2,91
Dublin[2]	16,5	2,712	2,726	2,653	2,65	[illegible]
Montreal[1]	8,58	1,4238	1,4378	1,417	1,39	[illegible]
Amsterd.	5,00	88,375	88,595	88,32	87,50	89,75
Zürich	4,00	122,60	122,80	122,43	121,00	123,75
Brüssel	8,00	4,808	4,828	4,78	4,68	[illegible]
Paris	9,50	30,45	30,61	30,185	29,65	[illegible]
Kopenh.	7,00	26,465	26,485	26,23	25,50	27,35
Oslo	8,00	27,17	27,29	26,53	26,25	[illegible]
Stockh.	8,00	28,95	29,11	28,75	28,25	[illegible]
Mailand[3]**	12,0	1,4395	1,4495	1,4215	1,41	[illegible]
Wien	4,00	14,195	14,235	14,162	14,11	[illegible]
Madrid	8,00	1,504	1,514	1,479	1,45	[illegible]
Lissabon**	14,5	1,354	1,374	1,323	1,18	[illegible]
Tokio	3,50	1,282	1,285	1,282	1,245	[illegible]
Helsinki	8,50	40,76	40,96	40,075	39,75	41,75
Belgrad* **	–	–	–	–	0,22	[illegible]
Budap.* **	–	–	–	–	2,50	[illegible]
Athen* **	20,5	1,458	1,512	–	1,00	[illegible]
Ankara* **	–	–	–	–	0,19	[illegible]
Sydney*	–	1,252	1,272	–	1,21	[illegible]
Johannbg.*	10,5	0,868	0,902	–	0,75	[illegible]
Hongkong *	–	25,26	25,54	–	23,00	[illegible]

Alles in Hundert; [1]1 Dollar; [2]1 Pfund; [3]1000 Lire; [4]Kurse für Tratten 40 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Deutsche sind willkommen

Ich fühle, Sie wissen nicht genug über uns, obwohl das, was wir von Ihnen wissen,in uns den Wunsch wachruft, Ihnen näher zu sein. Die Bürger der Bundesrepublik Deutschland sind herzlich willkommen auf Mauritius, einer friedensliebenden und lebhaften Demokratie. Die Bande zwischen Ihnen und uns sind schon stark. Wir wissen, daß jedes Mal, wenn die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Mauritius hilft, da auch ein deutscher Beitrag dabei ist. Auch hat uns die Bundesrepublik, das Gründungsmitglied der EG, in wirtschaftlicher Weise geholfen. Mein aufrichtiger Wunsch ist, daß die bilateralen Beziehungen ein höheres Niveau in den kommenden Jahren haben werden.

Mauritius bietet ein unvergleichbares Angebot an Hilfen für Investoren, die in Mauritius eine Fertigungsstätte gründen wollen. Wir haben weltweite Anerkennung bei Textilien gefunden, und wir wollen nun unseren Industriesektor diversifizieren. Wir sind begierig, neue Technologien anzuziehen. Unsere Arbeitskräfte sind jung, intelligent und können sich selbst modernen Techniken anpassen.

Wir laden Sie ein, zu kommen und Mauritius zu sehen. Diejenigen, die schon hier waren, können über die Schönheit einer einzigartigen Landschaft berichten und von der legendären Gastfreundlichkeit einer Insel, wo sich die Rassen, Kulturen und Zivilisationen Europas, Afrikas und Asiens in Harmonie treffen.

So lassen Sie uns nicht nur Freunde sein, lassen Sie uns engere Freunde werden.

ANEROOD JUGNAUTH

Der Autor ist Premierminister von Mauritius

Chancen für Investoren

Die Mauritius Export Development and Investment Authority, abgekürzt MEDIA, lädt zu einem „Investment Promotion Seminar" am 14. Oktober in München und am 16. Oktober in Stuttgart ein.

Die erstmals in Deutschland stattfindende Industriepromotion von Mauritius will deutsche Unternehmen auf die günstigen Investitionsmöglichkeiten in Mauritius aufmerksam machen und zur Gründung von Firmenniederlassungen in Mauritius ermuntern. Damit sollen deutsche Firmen den Beispielen britischer und französischer wie auch ostasiatischer Gesellschaften folgen.

Die Delegation aus Mauritius wird vom Industrieminister des Landes, Dr. Diwakar Bundhun, und dem MEDIA-Vorsitzenden und seinem Stellvertreter angeführt, wodurch das Seminar auch das große staatliche Interesse von Mauritius an der industriellen Zusammenarbeit mit Deutschland zum Ausdruck bringt. Das Seminar in München wirbt mit besonderen Standortvorteilen in Mauritius vor allem für folgende Fertigungsindustrien: Textilien, Lederwaren, optische Erzeugnisse, Spielwaren, Uhren und Schmuckindustrie sowie elektrische und elektronische Produkte.

Der Repräsentant der MEDIA für Deutschland, zugleich auch Organisator für das Seminar in München, ist der Honorarkonsul von Mauritius in München, Johannes Kneifel, 8000 München 2, Sendlinger Straße 64/4.



Exklusives Urlaubsziel im Indischen Ozean: Der Hafen der Inselhauptstadt Port Louis FOTO: DIE WELT

„Made in Mauritius" ist zu einem internationalen Gütezeichen geworden

Als Land ohne Bodenschätze und von den europäischen Kolonialherren zur Zuckerinsel gestempelt, hat Mauritius eine geradezu phänomenale wirtschaftliche Diversifikation und einen frappierenden industriellen Aufschwung genommen.

Rückgrat der modernen, in den letzten 15 Jahren stattgefundenen wirtschaftlichen Entwicklung ist die breitgefächerte Textilindustrie. Sie wird ergänzt von einer kaum faßbaren Branchenvielfalt hochstehender Fertigungsindustrien; dazu zählen vor allem die Herstellung von elektronischer Software, von Elektroerzeugnissen, von Spielsachen, Brillen, optischen Gläsern, Lederwaren und Schuhen, Plastikwaren, Fischfanggeräten, sogar geschliffenen Diamanten. „Made in Mauritius" ist zu einem Gütezeichen geworden, das sich von Jahr zu Jahr wachsender internationaler Anerkennung erfreuen kann.

In der gesamtwirtschaftlichen Bilanz nach der Unabhängigkeit (1968) hat die traditionsgemäß führende Zuckerindustrie an Bedeutung stark verloren. Zweifellos ist Zuckerrohr nach wie vor das führende Anbauprodukt, das landschaftsprägend über weiten Teilen von Mauritius als Monokultur gepflanzt wird. In 21 modernsten Großbetrieben, von denen nicht weniger als 20 privat bewirtschaftet werden, erfolgt die Verarbeitung der gewaltig großen Rohrernten: Im vergangenen Jahr erbrachte eine Rekordernte von über 5,5 Mill. t Rohr eine Gesamtmenge von 646 000 Tonnen raffiniertem weißen und braunen Zucker.

Die EG ist ein zuverlässiger Partner

Mehr als Dreiviertel der Produktion werden jährlich als Rohzucker ausgeführt, der Rest im Lande vor allem zu Rum weiterverarbeitet. Mit Absatzsorgen braucht sich Mauritius nicht zu plagen. Die EG erweist sich als zuverlässiger Partner, hat sie sich doch zu einem Garantiepreis und einer garantierten Absatzmenge von maximal 505 000 Tonnen bereit erklärt. Wie zuverlässig die EG als Zukkerabnehmer ist, beweist noch der zur Zeit weit über dem Weltmarktpreis liegende Preis der EG für Mauritius-Zucker, was Mauritius wiederum von den Sorgen des Zuckerpreisverfalls auf dem Weltmarkt befreit. 1985 gingen stattliche 90 Prozent der gesamten Zuckerausfuhren in die EG. Der Zucker stellte über 47 Prozent aller Exporteinnahmen von Mauritius dar, was freilich nicht nur die Bedeutung des Zuckers für die mauritianische Wirtschaft, sondern in gleicher Weise der EG für Mauritius darstellt.

Alle anderen Agrarerzeugnisse verblassen gegenüber dem Zucker(rohr), ob es sich um Tee oder Tabak, um diverse Gewürze, Gemüse oder tropische Früchte handelt. Ihre Palette ist groß und soll im Blick auf lukrative Ausfuhren noch größer werden. Dazu zählt die in den letzten Jahren erst begonnene, aber schon groß eingeschlagene Ausfuhr von frischen Schnittblumen, vor allem Anthurien, nach Europa. Im vergangenen Jahr wurden immerhin 182 Tonnen Schnittblumen als Luftfracht vor allem nach Europa exportiert. In diesem Jahr sollen die Exporte um 20 bis 30 Prozent gesteigert werden, was auch mit Hilfe des ab August eingerichteten Cargofluges der Air Mauritius nach Amsterdam erreicht werden soll. Dabei spekuliert Mauritius vor allem auf einen prosperierenden deutschen Markt für exotische Schnittblumen aus Mauritius.

Diversifikation lautet die Devise der Wirtschaft und Ausfuhren von Mauritius – nicht als Modewort ausländischer Entwicklungshilfegeber, sondern als eigenständiger Beitrag zur wirtschaftlichen Stärkung. Das Zuckermonopol soll noch weiter gebrochen, die Fertigungsindustrien kräftig gestärkt werden. Von großem Erfolg war der Auf- und Ausbau der Textilindustrie geprägt.

Die Textilindustrie, die bereits über 150 Unternehmen mit über 45 000 Beschäftigten zählt, ist mit einer ungemein breiten Produktpalette angesiedelt. Polo- und T-Shirts, Oberhemden und Anzüge werden von den für Mauritius führenden Wollpullovern übertroffen, zu denen selbst solche der führenden französischen Hersteller Christian Dior, Pierre Cardin und Yves St. Laurent gehören. Aber auch auf dem deutschen Markt finden Wollpullover, made in Mauritius, einen reißenden Absatz. Betrug 1980 der Devisenwert der nach Deutschland eingeführten Wollpullover aus Mauritius noch 64 Millionen Rupien, so hat sich dieser Betrag 1985 auf 302 Millionen Rupien vergrößert, beziehungsweise fast verfünffacht (1 Rupie entspricht 0,18 DM). Neben Pullovern aus Mauritius sind bei deutschen Textileinkäufern noch Herrenanzüge besonders gefragt. Deutschland ist für Mauritius sogar der größte Abnehmer von Herrenanzügen.

Die Textilindustrie, die schon auf 35 Prozent der gesamten Exportdevisen von Mauritius angewachsen ist (1985), ist in unvorstellbaren Dimensionen angesiedelt. Floreal, die erste und heute größte Strickerei der Insel, ist ein beredtes Beispiel dafür: Dort arbeiten 6000 Beschäftigte.

Die Textilindustrie nahm einen steilen Aufschwung

Der Arbeitsprozeß beginnt mit dem Verspinnen der Wolle (mit einer Jahreskapazität von 1900 Tonnen) und endet mit dem etikettieren der Ladenpreise von französischen und deutschen Abnehmern, die an erster Stelle stehen. Der Ladenpreis eines einzigen Pullovers in Deutschland entspricht etwa dem Monatsverdienst einer Maschinenstrickerin. Die Löhne aller Fabrikarbeiter und -angestellten sind im übrigen vom mauritianischen Staat genau festgelegt und betragen nur rund ein Zehntel der Löhne in Europa.

Welche explosionsartige Entwicklung gerade die Textilindustrie in den letzten Jahren genommen hat, zeigt die rasch angestiegene Zahl der exportierten Pullover, die von 1982 (10,3 Mill. Stück) bis 1985 um satte 44 Prozent auf 14,7 Mill. Stück angewachsen ist. Sogar verfünffacht hat sich im gleichen Zeitraum von nur drei Jahren die Ausfuhr von „sonstiger Oberbekleidung" (zwei beziehungsweise zehn Millionen Stück).

Die beachtliche Entwicklung der Textilindustrie schlägt sich auch im geradezu rasanten Anstieg der Textilausfuhren nieder, die mittlerweile schon an zweiter Stelle, gleich nach dem Zucker, rangieren.

Die Bandbreite der neuen Verarbeitungs- und Fertigungsindustrien auf Mauritius ist unglaublich groß. Dazu zählen vor allem die Lederverarbeitung (die für 1985 die Anfertigung von 10,7 Millionen Paar Handschuhen aufweisen konnte), die Stilmöbel- und optische Industrie sowie Schmuck- und Spielwarenherstellung. Daß im letzten Jahr bereits 3,6 Millionen Brillen auf Mauritius hergestellt worden sind, beweist einmal mehr die vielseitige Stärke der mauritianischen Industrie.

In ihr nimmt nochmals die Diamantschleiferei eine herausragende Stellung ein, da sie wie keine andere Industriebranche den Willen zur hochgradigen technischen Geschicklichkeit der mauritischen Arbeitskräfte dokumentiert. Mauritius hat sich längst einen international anerkannten Ruf als Diamantenexporteur erworben. Dank niedriger Personalkosten und großzügiger Steuererleichterungen kosten geschliffene Diamanten auf Mauritius angeblich ein Drittel weniger als in Europa.

Der außerordentlich hohe Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungssektor beruht auf dem extrem großen Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die allein die Hälfte aller Bediensteten im Dienstleistungsgewerbe ausmachen; das sind immerhin 25 000 von insgesamt 225 000 Beschäftigten auf Mauritius.

Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs, der innerhalb von nur einem einzigen Jahr (1985/86) 15 000 neue Arbeitsplätze in der Freihandelszone schuf, ist die hohe Arbeitslosigkeit das größte Sorgenkind der mauritischen Volkswirtschaft. Ohne offiziell erfaßt zu sein, wird die Arbeitslosigkeit mit rund 15 Prozent beziffert, wobei es sich überwiegend um junge Mädchen handelt. Auf sie konzentrieren sich in besonders starkem Maße die Bemühungen des Staates, wenn neue Firmen in der Freihandelszone angesiedelt werden. Die Regierung vertraut auf ausländische Investoren in Mauritius, um die hohe Arbeitslosigkeit weiter abzubauen.

MANFRED DOMRÖS

Touristen bringen 10 Prozent der Devisen ins Land

Im staatlichen mauritischen Tourismusbüro in Port Louis wird der Fremdenverkehr des Landes nach Zahlen und Statistiken sorgfältig analysiert und kritisch bilanziert. Danach sind die Erfolge des Fremdenverkehrs eindrucksvoll. Das letzte Jahr war mit fast 149 000 Touristen ein Rekordjahr, und für dieses Jahr zeichnet sich ein kräftiges Plus von gut zehn Prozent ab. So rechnet Mauritius mit rund 165 000 Besuchern, was eine neue Rekordmarke darstellen wird.

Dank des kräftigen touristischen Aufwindes der letzten drei Jahre sind die doch derben Einbußen zwischen 1980 und 1982 jetzt nur noch von statistischer Bedeutung. Damals bekam freilich auch Mauritius die Wirtschaftskrise in Europa kräftig zu spüren.

Heute kann das staatliche Tourismusbüro, das dem Tourismusminister des Landes und zugleich stellvertretenden Ministerpräsidenten untersteht, auf stolze Erfolge und Gästerekorde, auch hinsichtlich der erwirtschafteten Devisen aus dem Fremdenverkehr, hinweisen. So verdiente Mauritius 1985 am Tourismus gut 150 Millionen Mark; die direkten Aufwendungen für das staatliche Tourismusbüro in Port Louis einschließlich der Repräsentanz im Ausland belaufen sich dagegen nur auf minimale 3,7 Millionen Mark.

Die lukrativen Tourismuseinnahmen machen immerhin rund zehn Prozent der gesamten harten Devisen von Mauritius aus. Damit ist der Fremdenverkehr längst zu einem einträglichen Wirtschaftsfaktor geworden, dessen Bedeutung, gemessen an den erzielten Devisen, ständig zugenommen hat – im letzten Jahr allein um gut 30 Prozent. In den zurückliegenden zehn Jahren haben sich die Einnahmen aus dem Tourismus verfünffacht.

Der Tourismus auf Mauritius ist gesund, was seine stolzen Bilanzen betrifft. Gemessen an der Zahl der Gäste trat zwischen 1975 und 1985 eine Verdoppelung ein, ohne daß eine Vermassung zu verspüren war, vielmehr die Individualität gewahrt blieb.

Wirtschaftsfaktor mit steigender Bedeutung

Das Wachstum des Tourismus entspricht genau der staatlichen Zielperspektive eines gemäßigten und damit überschau- und kontrollierbaren Wachstums. Darauf richtet der Staat sein besonderes Augenmerk, seit eine planmäßige touristische Entwicklung vor 25 Jahren initiiert wurde. Die Öffnung der Insel für den Tourismus resultierte im übrigen aus der Zuckerkrise zu Beginn der sechziger Jahre, als die kränkelnde Wirtschaft der Insel auf eine breitere Basis gestellt werden mußte.

Dazu boten sich für den Tourismus günstige Möglichkeiten an, die in dem Reichtum der Insel an Natur und Kultur begründet lagen – und bis heute noch liegen.

Anders als die meisten Fernreiseländer war Mauritius nicht an Billigtouristen interessiert – ein in der Tat großes Wagnis, aus dem heraus das überschaubare Wachstum des Tourismus zu verstehen ist. Bescheiden wie die Zielperspektive formulierte Chandrani Bhuckory, die stellvertretende Leiterin des staatlichen Fremdenverkehrsbüros in Port Louis, auch die tatsächlich eingetretene Entwicklung des Fremdenverkehrs: Mauritius sei „zufrieden". Die Einnahmen aus dem Tourismus sind freilich überproportional hoch im Vergleich zur Anzahl der Touristen, weil nur mittlere und gute Verdiener nach Maritius reisen, wie Bhuckory es formulierte.

Mauritius ist in der Tat ein relativ teures Reiseziel, das bei deutschen Anbietern zwischen 3500 und 4000 DM für eine dreiwöchige Reise angesiedelt ist.

Die immer wieder gestellte Frage nach dem Nutzen oder Schaden des Tourismus in einem Land der Dritten Welt beantwortete Bhuckory geschickt: „Die positiven Seiten sind so wichtig, daß die negativen minimal und vernachlässigbar sind." Ausschlaggebend dafür ist nach den Worten von Bhuckory der „doch exklusive Charakter" des Tourismus auf Mauritius, der automatisch auch eine Auswahl der Gäste bedeutet.

An dem exklusiven Charakter des Fremdenverkehrs auf Mauritius wollen die Offiziellen auch für die Zukunft festhalten. Eine sanfte Entwicklung wird angestrebt, um die Einheimischen vor moralischem Schaden zu bewahren.

Charterflüge wird es nicht geben

Wie exklusiv Mauritius ist, beweisen die insgesamt noch niedrigen Ankünfte an europäischen Gästen. Hinzu kommt auch die mit über 10 000 km Flugentfernung große Distanz von Europa nach Mauritius. Im letzten Jahr waren es nur rund 60 000 Europäer beziehungsweise rund 40 Prozent aller Touristen; sie kamen der Reihenfolge nach aus Frankreich, Deutschland, England, Italien und der Schweiz.

Heute noch bedeutungslose Urlaubermärkte sind Australien und der Ferne Osten, um deren Gunst aber Mauritius jetzt verstärkt wirbt. Ohnehin erfreut sich Mauritius in Australien eines sehr positiven Rufes, dank der dort lebenden 35 000 Emigranten. Und für die Japaner will Mauritius eine lukrative Marktlücke entdeckt haben: nämlich die Hochzeitsreise ins ferne Mauritius zu wählen.

Anders sieht die Promotion für den wichtigen europäischen Markt aus: Hier will sich Mauritius noch stärker als landschaftlich reizvolle, unverdorbene und saubere Tropeninsel mit einer harmonischen kulturell-religiösethnischen Vielfalt einer jungen, erfolgreichen Nation vorstellen.

Unter den europäischen Gästen sind die Franzosen an erster Stelle, was der 150jährigen Kolonialzeit und der bis heute gegenseitig großen Sympathie zwischen Franzosen und Mauritianern zuzuschreiben ist. Freilich ohne kolonialen Hintergrund, aber dennoch beliebte Urlauber auf Mauritius sind an zweiter Stelle die Deutschen, die in der Gesamtbilanz an vierter, in Europa an zweiter Stelle rangieren.

Die im letzten Jahr registrierte Zahl von 8920 deutschen Urlaubern muß als beachtlich gelten; sie soll in diesem Jahr auf eine Rekordhöhe von über 9500 klettern.

CARL MEYER

*

Fremdenverkehrsamt von Mauritius in Deutschland: Goethestr. 22, 6000 Frankfurt, Tel. 069/29 33 62.

„Die EG ist unser idealer Partner“

Interview mit dem mauritianischen Industrieminister

Eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland durch Ansiedlung deutscher Unternehmen auf Mauritius wird von der mauritischen Regierung angestrebt und nach besten Kräften gefördert, betonte der Industrieminister des Landes, Diwakar Bundhun, im Gespräch mit der WELT in Port Louis.

WELT: Ist die EG der richtige Partner für Mauritius auf dem Wege zur Industrialisierung?

Bundhun: Aus fünf Gründen ist die EG nicht nur der richtige, sondern sogar der ideale Partner für Mauritius:

1. Durch die von der EG garantierten Vorzugspreise für mauritische Zuckerausfuhren erhält Mauritius wertvolle Devisen, die zum Ankauf von teuren Maschinen zum Zwecke des Industrialisierungsprozesses verwendet werden können.
2. Die Europäer sind dank ihrer hohen Kaufkraft in der Lage, die Produkte von Mauritius zu importieren.
3. Aufgrund der Konvention von Lomé dürfen in den EG-Ländern zollfreie Einfuhren von mauritischen Waren getätigt werden.
4. Die EG bewerkstelligt auch einen modernen Technologietransfer nach Mauritius, der sich im Falle von europäischen Unternehmen auf Mauritius manifestiert.
5. Die wirtschaftliche Entwicklung von Mauritius ist bisher schon von Transport- und Dienstleistungsunternehmen aus der EG, wie Banken, Versicherungs-, Schiffs- und Fluggesellschaften, maßgeblich mitgetragen worden.

WELT: Wie können deutsche Unternehmen zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung von Mauritius beitragen?

Bundhun: Deutschland – als wichtiger EG-Partner – kann auf doppelte Weise die mauritische Wirtschaft stärken: 1. Die mauritischen Exporte nach Deutschland (1985 rund 75 Mill. DM) können durch eine aggressive Verkaufsstrategie weiter vergrößert werden. 2. Die hoch entwickelte deutsche Industrietechnologie kann zur weiteren industriellen Entwicklung von Mauritius wesentlich beitragen.

WELT: Welche Chancen haben deutsche Unternehmen zur Kooperation und Investition auf Mauritius?

Bundhun: Aus der Geschichte von Mauritius resultieren die heute engen wirtschaftlichen Beziehungen zu Großbritannien und Frankreich, die Mauritius gerne auf Deutschland ausweiten möchte. Deutsche Industrieinvestoren sind auf Mauritius besonders willkommen. Für die mauritische Wirtschaft ist die große Zahl der deutschen Urlauber jedoch schon jetzt ein wichtiger ökonomischer Faktor, der in Zukunft auch weiter an Gewicht gewinnen soll.

WELT: Praktiziert Mauritius eine aggressive Wirtschaftsstrategie gegenüber Deutschland?

Bundhun: Mauritius ist schon lange am deutschen Markt interessiert, was auch verschiedene Maßnahmen zur Absatzförderung mauritischer Waren in Deutschland bescheinigen. Das jetzt stattfindende „Investment Seminar“ in München und Stuttgart soll Unternehmer über die günstigen Investitionsmöglichkeiten in der „Mauritus Export Processing Zone“ informieren. Mauritius ist ein besonders günstiger Standort für folgende Produktgruppen: Elektronik und Elektrotechnik, Uhrenindustrie und Zubehör, Schmuckindustrie, Stilmöbel- und Spielwarenherstellung, Plastikindustrie, Autoersatzteile, Kommunikationstechnik und vieles andere.



Industrieminister Bundhun FOTO: DIE WELT



Seefestspiele sollen mehr Touristen anlocken FOTO: DIE WELT

Jubiläumsfeier mit Windjammer-Parade

Deklariert als „Festival International de la Mer“, feiert Mauritius im Oktober und November nächsten Jahres erstmals seine internationalen Seefestspiele.

Die ehrgeizig geplanten und von *der gesamten Tourismusbranche von* Mauritius einhellig mitgetragenen Festspiele sollen die touristische Weltöffentlichkeit auf die vielen kulturellen, musischen und künstlerischen wie auch landschaftlichen Reize auf und um Mauritius aufmerksam machen.

Verstanden als symbolische Weihe an die Meeresgötter (so der stellvertretende Premierminister und Tourismusminister Sir Gaetan Duval), bieten die Seefestspiele eine einzigartige Palette eines abwechslungsreichen touristischen Unterhaltungsprogrammes.

Dazu gehören auch die Wahl einer Schönheitskönigin, eine zweiwöchige Feinschmeckersafari, verschiedene Regatten und viel Theater, Tanz und Musik.

Die Mauritianer sparen nicht an originellen Ideen. Schon jetzt steht fest, daß am 23. Oktober 1987 eine *friedliche Armada von elf Schiffen* auf dem Wege von Portsmouth nach Fremantle auf Mauritius anlegt; diese Schiffe befinden sich dann auf dem Wege von England nach Australien zur 200-Jahr-Feier des fünften Kontinents. Bei diesen Schiffen handelt es sich um getreue Nachbildungen der ersten Entdeckerschiffe von Australien.

Mauritius will sich mit seinen Seefestspielen als „Juwel im Ozean“ präsentieren. Wenn die Festspiele gut laufen (woran schon jetzt keiner der Verantwortlichen zweifelt), sollen sie zu einer festen Institution und alljährlich zur großen Touristenattraktion werden.

m. d.

AUF EINEN BLICK

Lage, Fläche

Mauritius ist vulkanischen Ursprungs und wird im Inselinnern von Vulkanplateaus und -bergen (maximal 826 m ü. M.) eingenommen.

Klima

Das Klima ist tropisch, Temperaturen zwischen 26 Grad Celsius (im Januar) und 20 Grad Celsius (im Juli); jahreszeitlich unterschiedliche Regenfälle, Maximum von November bis April, Minimum von Mai bis Oktober.

Geschichte, Verfassung

Mauritius wurde 1510 von den Portugiesen entdeckt, war von 1598 bis 1710 holländische Kolonie, danach französische und ab 1810 britische Kolonie. 1968 erlangte Mauritius die Unabhängigkeit und wurde eine parlamentarische Monarchie innerhalb des Commonwealth. Regierungschef seit 1982 ist Premierminister A. Jugnauth. Allgemeine, freie Wahlen finden alle fünf Jahre statt, zuletzt 1983. Das Einkammerparlament besteht aus 70 Abgeordneten.

Bevölkerung

1,02 Millionen, jährliches Wachstum 1,2 Prozent (Geburtenrate 1,8 Prozent). Mauritius hat die geringste Wachstumsrate aller Länder Afrikas, ist aber gleichzeitig das am dichtesten bevölkerte Land (495 Einwohner pro Quadratkilometer). Es besitzt ein hervorragendes Schul- und Gesundheitswesen; 95 Prozent Schulabsolventen.

Die Bevölkerung ist rassisch sehr heterogen; etwas mehr als die Hälfte sind Inder, der Rest Kreolen, Chinesen und Europäer. Auch die religiöse Zusammensetzung ist vielfältig; rund die Hälfte der Einwohner sind Hindus, 29 Prozent Christen, 17 Prozent Moslems.

Sprache

Offizielle Amtssprache ist Englisch, vorherrschende Bildungssprache Französisch; Umgangssprache jedoch Kreolisch.

Diplomatische Beziehungen

Es gibt keine Botschaft von Mauritius in der Bundesrepublik Deutschland und umgekehrt. Die diplomatischen Beziehungen werden auf der Ebene von Konsulaten wahrgenommen; in der Bundesrepublik Deutschland: Honorarkonsul von Mauritius Herbert Gottlieb, Jacobistr. 7, 4000 Düsseldorf (Tel. 0211/25 70 36), Konsul von Mauritius Johannes Kneifel, Sendlinger Str. 64/4, 8000 München 2 (Tel. 089/2 60 72 40).

Auf Mauritius: Konsulat der Bundesrepublik Deutschland: 60, Sir Seewoosagur Ramgoolam Street, Port Louis (Tel. 2 06 66), Generalkonsul Dr. B. Jhowry.

Tourismus-informationsbüro von Mauritius: Goethestr. 22, 6000 Frankfurt, Tel. 069/29 33 62

Mauritius Government Tourist Office, New Registrar General Building, Port Louis, Tel. 01/17 03.

Flugverbindungen

Direktflug Frankfurt–Port Louis mit Lufthansa (einmal wöchentlich). Direktflüge ab Zürich und Paris mit Air Mauritius (zur Zeit zwei, ab November drei Flüge pro Woche). Büro der Air Mauritius für die Bundesrepublik Deutschland: Oberanger 42, 8000 München 2 (Tel. 089/2 60 95 81). Keine Charterverbindungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Mauritius. Für die Einreise nach Mauritius benötigen Deutsche kein Visum.

Der internationale Flughafen Plaisance liegt im Süden von Mauritius.

Währung

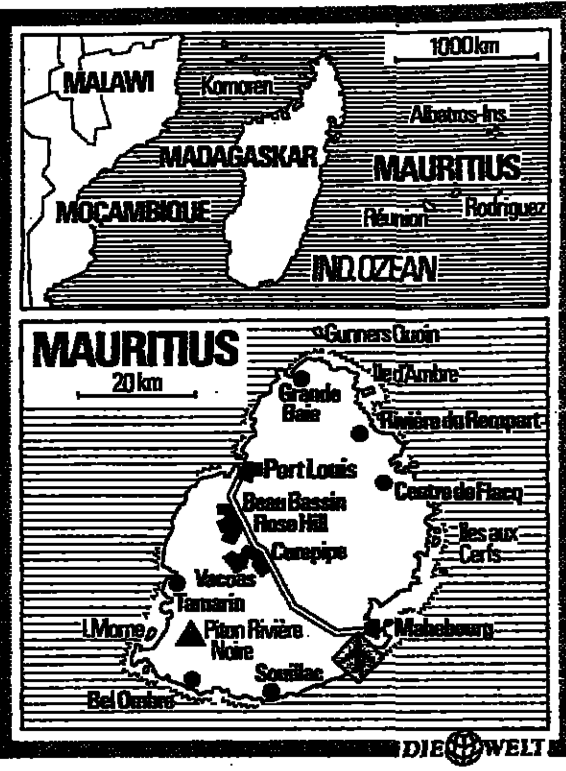
Mauritius-Rupie. Wechselkurs: 1 Rupie entspricht ca. 0,18 DM.

Öffentliche Verkehrsmittel

Taxis und Busse. Taxigebühren sind staatlich festgelegt. Das Straßennetz ist ausgezeichnet, einschl. einer 40-km-Autobahnstrecke.

Hotels

Da die Insel klein ist und Entfernungen gering sind bevorzugen es die meisten Geschäftsleute, in den Strandhotels zu wohnen. Die nächstgelegenen Touristenhotels befinden sich südlich der Hauptstadt in Flic en Flac, etwas weiter entfernt ist Grand Baie im Norden.



Der kleinste afrikanische Staat (2045 Quadratkilometer) liegt im Indischen Ozean, zwischen 800 und 1300 Kilometer östlich von Madagaskar. Unsere Bilder zeigen Premierminister Anerood Jugnauth (links) und das wohl in der Welt berühmteste Wahrzeichen der Insel: die Briefmarke „Blaue Mauritius“.





Eine Entdeckungsreise auf der Insel der Harmonie

Was Touristen auf Mauritius erwartet: Malerische und unberührte Buchten, weiße Strände, Kreuzfahrten, Angeltouren im Indischen Ozean und eine gepflegte Küche

Wer sich nur von Stränden, Sand und Sonne verwöhnen lassen will, braucht nicht 10 000 Kilometer weit nach Mauritius zu reisen. Die Insel der Harmonie hat viel mehr zu bieten. Im Slogan des staatlichen *mauritianischen Tourismusbüros ist* die Insel „cosmopolitan" – der englische Ausdruck *findet* keine adäquate deutsche Übersetzung: weltmännisch, und das zu Recht. Mauritius ist eine Tourismusnation, die entdeckt sein will, nicht nur an den Stränden, auch im Lande, in der Harmonie unterschiedlichster Kulturen, Rassen, Religionen und Hautfarben.

Mauritius vereinigt Kreolen, Inder, Europäer und Chinesen zu einer friedlichen Nation, die das unbeschriebene Erfolgsrezept auch des Fremdenverkehrs darstellt. Der Tourist merkt nur äußerlich einen Vielvölkerstaat, wobei die Nation das verbindende Element zwischen verschiedenen Hautfarben und Rassen ist. Die kulturelle Eigenständigkeit verschiedener Volksgruppen aufzuspüren, ist dennoch reizvoll. Spezialitätenrestaurants sind überall eine beliebte Urlaubsverlockung, auch auf Mauritius. Da gehört „Chez Manuel" zu den Geheimtips, *hinter* dem sich unverhofft ein Chinarestaurant verbirgt; der französische *Name* ist nur eine stilvolle Etikette. An der eintönigen *Staßenkreuzung von* St. *Julien* gelegen, 45 Minuten per Auto von der *Hauptstadt* St. *Louis oder* 25 Fahrtminuten vom noblen St. Gerain an der *Ostküste, braucht Manuel* weder Neonreklame noch Hinweisschilder.

Wer ihn kennt, findet seinen Weg in ein unscheinbares, kleines Lokal mit seinen nur acht Tischen. Dazu zählt auch häufig der Premierminister von Mauritius, berichtet Manuel bescheiden. Seine Spezialitäten an chinesischer Kochkunst, vorzugsweise die verschiedensten Meeresfrüchte, finden über die Grenzen von Mauritus hinaus nicht so schnell ihresgleichen.

Vergebliche Suche bereitet freilich die einheimische kreolische Küche, die den Hausfrauen vorbehalten bleibt. Kulinarische Visitenkarte von Mauritius ist ohnehin die französische Küche, von der sich auch der weitgereiste Mauritiustourist am liebsten verwöhnen läßt. Doch kann auch ein Gang durch den exotischen Kräuter- *und Gewürzgarten* der Insel zu einer Entdeckung werden.

Zu den kreolischen Entdeckungen zählt auch Claude Narain, der stellvertretende Manager der Meridien-Hotels Paradis und Brabant, die zu den schönsten und beliebtesten Strandhotels zählen. Narain ist der Typ eines brillant geschulten, versier*ten und cleveren Hoteliers von inter*nationalem Format, von denen es auf Mauritius eine stattliche Anzahl gibt und die den exklusiven Tourismus der Insel prägen. Narain hatte eine typische Karrierelaufbahn, vom Tellerwäscher bis zum Chef eines Fünf-Sterne-Hotels. Dazwischen lagen zweieinhalb Jahre Hotelschulausbildung in Wiesbaden, die Narain zum „mauritianischen Preußen" gemacht haben, nach eigener Aussage. „Ich fühle mich als solcher wohl, und das Personal liebt mich", gesteht Claude Narain, übrigens in fließendem Deutsch, was im sowieso schon dreisprachigen Mauritius überrascht.

In ihrer internationalen Küche und Kochkunst wettstreiten die Hotels einmal jährlich mit- beziehungsweise gegeneinander, wenn das dreitätige „Salon Culinaire" in 17 verschiedenen Speisekategorien stattfindet. Mauritius weiß sehr wohl um seinen *Ruf als Gourmetinsel, den es zu wah*ren und ständig zu heben gilt. Der Wettstreit der Köche, der *unter* Ausschluß der Chefköche stattfindet und den „Koch des Jahres" wählt (in diesem Jahr vom Meridienhotel), will letztlich den Kunden noch mehr als üblicherweise zum König machen. Buffets, Menus und Barbecues sind dazu unerläßlich.

Unentdeckt von den ausländischen Touristen sind die Spielcasinos, die *als besondere Attraktion* einiger Strandhotels angepriesen werden, *zum Beispiel vom St. Gerain Hotel* und La Piroque Hotel. Die Stammgäste der Spielcasinos sind vielmehr die Chinesen, die darüber hinaus noch ihr eigenes chinesisches Casino in der Chinatown von Port Louis besitzen. Spielen gehört zur Mentalität der Chinesen, nicht aber der Europäer, meint ein Hotelier *im Blick* auf die in der Tat merkwürdige und unvereinbare *Mischung von Kasino- und* Strandleben in den noblen Urlauberhotels.

Voll ausgenutzt wird das breite Wassersportangebot, das nirgends *auf der Welt* kompletter sein kann. Dazu ist es noch billig, weil es normalerweise im Preis *einbegriffen* ist. Zum Sonnenbaden und Faulenzen allein ist Mauritius deshalb viel zu teuer. Die sportaktiven Urlauber kommen nicht nur auf ihre Kosten, sondern erleben deshalb auch Mauritius von seiner preiswerten Seite.

Für ehrgeizige Hochseeangler ist *Mauritius* besonders verlockend. Sie haben eher die Qual der Wahl zwischen dem Schwarzen und Blauen Marlin, Riesen- und anderen Haien, Skipjack- und Hundszahnthunfisch, Barrakudas und Wahoos. Ein großer Fang ist auf Mauritius gar nicht selten, was die Fangstatistiken der professionellen und passionierten Fischer beweisen. So rangiert der 1050 *Pfund schwere Blaue Marlin von* Mauritius an dritter Stelle der Weltrangliste. Bis Ende 1982 hatte Mauritius sogar den absoluten Weltrekord inne, was noch heute die stolzen Fangstatistiken ziert.

Beschaulicher sind die Entdeckungen an Bord einer Hochseeyacht, zum Beispiel die „hochseetüchtige 14-Meter-Motor-Segelyacht aus Stahl, deutscher *MAN-Schiffsdiesel, zwei* Generatoren", womit der deutsche Yacht-Charters-*Direktor* Hennes wirbt. Seit über zwei Jahren an der malerischen *Grand Baie im Norden von Mauritius* stationiert, läuft das Geschäft jetzt gut: Im letzten Jahr sind 3000 Gäste zur eintägigen Mauritius-Tages-Kreuzfahrt aufgebrochen, um in die romantische Piratenbucht und durch den abenteuerlichen Dschungel geführt zu werden.

Ungewöhnliche Entdeckungen bietet Mauritius in großer Fülle, doch müssen sie dem Touristen auch nahegebracht werden. Mauritours, einer der größten Reiseagenten auf Mauritius, will jetzt verstärkt auf ausgefallenen *Exkursionen die unbekannten* und unentdeckten Sehenswürdigkei*ten der Insel präsentieren. Jean* Descelles, der rührige Verkaufsdirektor, bietet Tagesausflüge in die malerischen Midlands und auf die zentralen Hochebenen an, wo Zuckerrohr- und Teeplantagen in die einheimische Tropenvegetation eingebettet sind. Von der grandiosen Kulturnahme in der Kolonialzeit zeugen bis heute die dichtgestreuten, riesigen Hügel von aufgehäuften Vulkangesteinen, die ursprünglich die Vulkaninsel Mauritius geschlossen überdeckt hatten. Zu eben diesen Steinbergen oder Steinreihen mußte das Lavamaterial zusammengetragen werden, um den überaus fruchtbaren Boden zur Kultivierung freizugeben. Auf diese mühsame Weise wurde Hektar um Hektar, beziehungsweise *Plantage* um Plantage, landwirtschaftlich erschlossen; *insgesamt sind heute rund zwei Drit*tel der Insel unter Kultur.

Diese Erinnerungen werden durch den mittäglichen Gaumenschmaus schnell wieder vergessen gemacht: Palmherzsalat, eine echte Originalität auf Mauritius. Originell sind freilich viele Sehenswürdigkeiten, auch der gepflegte Botanische Garten von Pamplemousses mit seiner überwältigenden Pracht exotischer Bäume. Oder die „Ile aux Cerfs", die Hirschinsel, vor der Ostküste gelegen. Das Riff hat eine malerische Lagune mit schönem Badestrand geschaffen. Der Entdeckung wert ist immer wieder die versteckte Vogelwelt, eine unerwartet reizvolle Bergsteigertour, eine Bootssafari.

Und Port Louis, die Hauptstadt von Mauritius? Touristisch bietet sie wenig, was einen Besuch lohnt. Die koloniale Vergangenheit ist überall spürbar, aber nicht aufregend. Das Augenmerk der Kolonialherren lag offenkundig in den prosperierenden Zuckerrohrplantagen; und Port Louis war nur mehr der Verwaltungs- und Umschlagplatz. Der Hafen bestimmt noch heute Port Louis stärker, als es die Stadt tut. Es empfiehlt sich, die Stadt über die moderne Autobahn schnell wieder zu verlassen.

MANFRED DOMRÖS



Ein Paradies für Individualisten: Die Strände auf der Tropeninsel FOTO: RUDOLF DIETRICH



Ein sicherer und profitabler Standort

Seit 1971 beweist Mauritius der Welt, daß es für exportorientierte Erzeugerindustrien ein fester Stand*ort ist. Steuergeplagte* Industrielle finden eine Zuflucht, unternehmeri*sche Investoren* machen Gewinne in einem Land des Friedens und der politischen Stabilität.

In der Mauritius-Export-Promotion-Zone erzeugen Investoren aus verschiedenen Teilen der Welt die unterschiedlichsten Produkte. Sie alle bestätigen, daß Mauritius ein sicherer und gewinnträchtiger Standort ist. Die Arbeitskräfte sind gut ausgebildet und meist zweisprachig (englisch und französisch), die Infrastruktur ist gut, die Assoziation mit der EG hat neue Märkte erschlossen, die finanziellen Anreize sind beträchtlich.

Folgende Delegation hält sich am 14. Oktober im Münchener Sheraton und *am 16. Oktober im Stuttgarter Stei*genberger Hotel auf:

D. *Bundhun, Industrieminister*
B. Arouff, Vorsitzender der Media
C. *Bhadain,* Generaldirektor der Media
P. Dinan, Wirtschaftsfachmann, Fa. Deloitte Haskins + Sells
Sir Deo Dookun, Industrieller
G. Coombes, Rogers-Gruppe
P. Yin, Fa. Peat Marwick and Mitchell
J. C. Montocchio, Generalsekretär der Handels- und Industriekammer
F. de Grivel, Vorsitzender, St. Antoine Zuckerplantagen
A. Harel, Vorstandsvorsitzender der Fa. Harel Mallac
P. Forget, Mauritius Commercial Bank
Y. St. Flour, Fa. Cargo Express
J. Poncini, Fa. Micro Jewels Ltd
A. Sek Sum, Fa. Lamusse Sek Sum & Co

Sie stehen deutschen Industriellen zum Gespräch zur Verfügung und können sogar Joint-venture-Abkommen abschließen. Besonders interessante Bereiche sind Babykleidung, Spielzeug (Kunststoff und Plüsch), Sonnenbrillen, Kontaktlinsen, Photogeräte, Elektronikerzeugnisse, Halbleiter, Lederwaren, Reisegepäck, und Armbanduhren.

Unternehmer in Deutschland erhalten weitere Informationen von Herrn Johannes Kneiffel, Sendlinger Straße 64, 8000 München 2, Tel. *089/2 60 72 40, der auch bis inkl.* 13. Oktober Anmeldungen zur Teilnah*me an den Seminaren in* München (14. Okt.) und Stuttgart (16. Okt.) entgegen*nimmt.* (WR.)

Steuervorteile für die Investoren

In der Freihandelszone haben sich in den letzten Jahren 318 Firmen angesiedelt

Die 1985 gegründete Mauritius Export Development and Investment Authority, abgekürzt MEDIA, ist dem Industrieminister untergeordnet und dient als staatliche Kontakt- und Vermittlungsstelle für ausländische Investoren in der sogenannten Mauritius Export Processing Zone (MEPZ).

Diese schon 1971 ins Leben gerufene Freihandelszone hat seither mit beachtlichem Erfolg eine exportorientierte wirtschaftliche Entwicklung von Mauritius forciert. In der MEPZ waren im Sommer dieses Jahres 318 Firmen mit über 62 000 Beschäftigten angesiedelt.

Die MEPZ gewährt ausländischen Investoren besonders günstige Standortvorteile, vor allem beachtliche Steuervergünstigungen sowie billige, qualifizierte Facharbeiter. Dazu *kommt* die vollständige Einfuhrsteuer- und Quotenbefreiung für Waren, die aus Mauritius in die EG-Länder eingeführt werden.

Ausländische Firmen, die als Investoren auf Mauritius Interesse haben, *finden in der MEDIA* ihren Partner in allen organisatorischen und praktischen Belangen. Die MEDIA nimmt drei Aufgabenbereiche wahr: 1. Anwerbung von ausländischen Investoren für Fertigungsindustrien auf Mauritius; 2. Förderung der mauritischen Exportwirtschaft im Ausland; 3. Hilfe bei der Bereitstellung der industriellen Infrastruktur für ausländische Investoren.

Für das günstige Investitionsklima auf Mauritius nennt die MEDIA ein ganzes Paket von Gründen, zuallererst jedoch die politische Stabilität von Mauritius als einer parlamentarischen Demokratie, in der sich alle Parteien in gleicher Verantwortung für eine großzügige ausländische Investitionsförderung ausgesprochen haben.

Besondere Investitionsvorteile bietet Mauritius auch durch seine im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern extrem niedrigen Löhne (nur rund ein Zehntel der Löhne in Europa) bei besonders hoher fachlicher Qualifikation der Arbeitskräfte, die zudem noch zwei Sprachen (Englisch und Französisch) beherrschen.

Als weiteren Vorzug von Mauritius stellt MEDIA die hochentwickelte Infrastruktur und Kommunikationstechnik heraus. Die Insel besitzt mit der Hauptstadt Port Louis zugleich einen internationalen Seehafen (mit zur Zeit drei monatlichen Schiffen nach Hamburg), verfügt über eine vierspurige Autobahn, die im kommenden Jahr als vollständige Nord-Süd-Durchquerung der Insel fertiggestellt sein wird, und schließlich besitzt Mauritius im Plaisance Airport einen funktionalen Flughafen, der zur Zeit modernisiert wird.

Als Vervollständigung des fortschrittlichen Kommunikationswesens wird Mauritius Anfang 1987 an den internationalen Telefonselbstwähldienst angeschlossen. red

Mauritius Export Development and Investment Authority, Les Jamalacs Building, Old Council Street, Port Louis, Mauritius (Telex 4597 MEDIA IW)

MAURITIUS
Redaktion: H.-H. Holzamer und Klaus Boden, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Mit dem Jumbo nonstop bis nach Mauritius

Am 1. April 1987 wird die Direktverbindung eröffnet: Einmal in der Woche startet von München aus die Maschine

Das lange gehütete Geheimnis ist gelüftet: Ab 1. April 1987 fliegt Air Mauritius direkt von München nach Mauritius. Der einmal wöchentliche Flug wird im komfortablen Großraumjet Jumbo B 747 durchgeführt. Nutznießer der neuen Verbindung werden vor allem die deutschen Urlauber auf Mauritius sein, für die dann das umständliche Umsteigen in Zürich wegfällt.

Die deutsche Lufthansa, die seit vielen Jahren die Strecke Frankfurt–Mauritius fliegt (zur Zeit mit einer wöchentlichen Direktverbindung via Djidda und Daressalam), wünscht eine zweite wöchentliche Frequenz.

Air Mauritius ist freilich eine kleine, aber flugtüchtige Linie, die sich durch besondere Flexibilität ausweist. Geschickt weiß sich die Gesellschaft auf die Bedürfnisse und öko*nomischen Zwänge des winzigen In*selstaates einzustellen, was sowohl *die* ethnischen Belange des Vielvölkerstaates als auch dessen attraktives touristisches Image betrifft. Darüber hinaus pflegt Air Mauritius die interinsularen Verflechtungen mit den Außeninseln von Mauritius und den ostafrikanischen Inselnachbarn wie auch die Freundschaft mit Südafrika. Das klug ausgetüftelte Streckennetz der Air Mauritius beinhaltet in gleicher Wichtigkeit die Langstreckendienste nach Europa, Indien, Singapur wie auch die Kurzstrecken zu den Nachbarn.

Für Air Mauritius ist das geographisch isolierte Mauritius wie ein Brückenkopf ihrer extrem gegensätzlichen und ungleichen Flugdienste und Typengattungen. Fünf Flugzeuge bilden die gesamte Flotte, darunter sogar ein stolzer und stattlicher Großraumjet vom Typ Boeing 747 (mit 288 Sitzen), der die Langstrecken nach Europa (Paris, London, Zürich und Rom) fliegt. Aber ebenso wichtig sind die beiden putzigen Twin-Otter-Propellermaschinen mit nur je 16 Sitzen zur Erfüllung der Kurzstrecken; funktionell für die Gesellschaft sind auch die heute selten gewordenen Boeing 707.

Die kleine und *variable Flotte* ermöglicht der Air Mauritius ihr flexibles Streckennetz von der nur 565 Kilometer entfernten Nachbarinsel Rodrigues bis zum 12 000 Kilometer entfernten London.

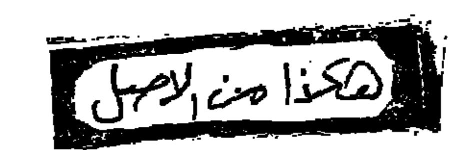
Air Mauritius fliegt auf Erfolgskurs und läßt die Konkurrenz aufhorchen. Die Erfolge sind statistisch unzweideutig zu belegen. So sind 45 Prozent aller Besucher (vor allem Touristen), die nach Mauritius reisen, an Bord von Air Mauritius. Ihre Auslastung ist mit über 69 Prozent ansehnlich hoch. Die Einnahmen der Gesellschaft haben sich in den beiden letzten Jahren von sieben Mill. DM (1984/85) auf 14 Mill. DM (1985/86) verdoppelt.

Die Entwicklung des Fremdenverkehrs hat die Erfolgskurve der Air Mauritius mitgezeichnet. Die Gesellschaft will daneben auch ein starker Partner zur Förderung der mauritianischen Wirtschaft sein.

Deshalb werden jetzt die Cargo*dienste forciert; so verkehrt seit* August die erste Cargomaschine der Air *Mauritius (zwischen Mauritius* und Amsterdam). Dadurch kann Air Mau*ritius die wachsende Luftfrachtnach*frage nach Europa voll befriedigen *und auch leicht verderbliche* Waren wie frische Schnittblumen und Rauchfisch rasch auf den europäischen Markt bringen.

Air Mauritius verbucht für sich noch eine in der Öffentlichkeit nicht bekannte Einzigartigkeit: Ihre Flugküche, die von allen auf Mauritius stationierten Fluggesellschaften beansprucht wird, liefert mit zwölf unterschiedlichsten Speiserichtungen – von vegetarischen bis chinesischen Gerichten – eine weltweit einmalige Vielfalt.

Die Gesellschaft hat sich realistische Ziele gesteckt. Alle Europaflüge werden *auch weiterhin im* geräumigen und modernen Jumbo durchgeführt. Das *gilt auch für München als* die fünfte europäische Destination *nach London,* Paris, *Rom und Zürich.* Mit Energie drängt Air Mauritius *nach Australien und Japan,* vor allem wegen der von beiden Ländern er*warteten hohen Quoten an Touristen.* Ohnehin weiß Mauritius um sein gu*tes Image und zweifelt deshalb auch* nicht am erforderlichen Passagier*aufkommen.* Do.



Internationale Finanzen

Zürich: Die Rio Zinc Finance B. V. begibt eine Anleihe über 165 Mill. sfr mit Warrants zum Kauf von Aktien des Unternehmens. Die Anleihe, am 9. Januar fällig, mit einem Kupon von 4,125 Prozent ausgestattet, kommt zu pari auf den Markt.

London: Einen Aufschlag von 20,72 Prozent für die Wandlung ihrer aus vier Tranchen in vier verschiedenen Währungen bestehenden Anleihe im Gesamtvolumen von rund 450 Mill. Dollar in Aktien der Muttergesellschaft Elders IXL Ltd. hat die Elders (U. K.) PLC festgesetzt. Die Konditionen: 175 Mill. Dollar mit 5,25 Prozent Kupon, Rückgabemöglichkeit 1993 zu 125 Prozent. 40 Mill. Pfund mit 8 Prozent Kupon, Rückgabemöglichkeit 1993 zu 124 Prozent. 200 Mill. DM mit 3 Prozent Kupon, Rückgabemöglichkeit 1993 zu 123 Prozent. 200 Mill. sfr mit 2,5 Prozent Kupon, Rückgabemöglichkeit 1993 zu 120 Prozent.

Sharq: Einen Zwei-Tranchen-Kredit mit zwölf Banken hat die Sharq unterzeichnet. Er setzt sich aus 328,5 Mill. Rial und 20 Mill. Dollar zusammen.

US West: Mit einem Kupon von 8 Prozent wurden die Notes über 275 Mill. Dollar der US West Capital Funding Inc. mit Fälligkeit 15. Oktober ausgestattet. Ausgabekurs ist 99 Prozent.

Bakola: Zur Förderung mittelständischer Exporte nach Bulgarien hat die Badische Kommunale Landesbank (Bakola) ein Rahmenabkommen für mittel- und langfristige Finanzierungen mit den beiden bulgarischen Außenhandelsbanken abgeschlossen.

PERSONALIEN

Prof. Dr. **Franz Broich**, von 1965 bis 1972 Vorstandsvorsitzender der Hüls AG, Marl, vollendet am 15. Oktober sein 80. Lebensjahr.

Manfred Stöcklein ist als Nachfolger von **Klaus Winkler** zum neuen Generaldirektor des Düsseldorf Hilton bestellt worden.

Dr. **Hans Hinrich Asmus**, Direktor der Hauptfiliale Wuppertal der Deutsche Bank AG, wurde am 11. Oktober 65 Jahre.

Karl-Heinz Rumpf (36), zuletzt Pressesprecher der TA Triumph-Adler AG, Nürnberg, übernimmt am 1. Dezember 1986 die Leitung der Abteilung Unternehmenspresse/PR bei der Audi AG, Ingolstadt.

Dr. **Marianne Ulsamer** (35), zuletzt Leiterin des Presse- und Informationsamtes Essen, übernimmt die Leitung der Abteilung Kommunikation/Presse beim Rheinischen Sparkassen- und Giroverband, Düsseldorf.

Rudolf Kunze (65), Landesinnungsmeister des Fleischer-Innungs-Verbands Nordrhein-Westfalen, ist zum Präsidenten des Deutschen Fleischer-Verbands gewählt worden.

Friedrich-Karl Freiherr von Friesen ist in den Vorstand der Schweizerische Bankgesellschaft (Deutschland) AG berufen worden.

Dr. **Andor Koritz**, Leitender Senatsrat beim Senator für Arbeit und Wirtschaft in Berlin und Staatskommissar der Berliner Börse, wurde zum Vorsitzenden des Arbeitskreises der Länder für Wertpapier- und Börsenfragen gewählt. Er tritt die Nachfolge von **Klaus Appel** an, der Ende September vom Ministerium für Wirtschaft und Verkehr in Wiesbaden zur Hessischen Landesbank wechselte.

Ulf-Piet Stange, bisher Vertriebsleiter des Softwareunternehmens Ashton-Tate GmbH, Frankfurt, wurde zum alleinverantwortlichen Geschäftsführer des Unternehmens ernannt. Er löst **Bernard R. Fisher** ab, der den Posten des Managing Directors bei Ashton-Tate in Großbritannien übernimmt.

Hans Christof Kaller (43) übernimmt mit Wirkung vom 1. November 1986 die Leitung des neuen Bereichs Führungs- und Informationssysteme der SESA-Deutschland GmbH, Frankfurt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Gert Beyer; **Bremen:** Druckerei u. Verlag Paul Heinatz GmbH; **Elmshorn:** „HR Wohn- u. Gewerbebau GmbH"; „Horst Remme Baubetreuung GmbH"; **Geilenkirchen:** HSG Hallen-Stahlbau-GmbH, Heinsberg; **Goslar:** Nachl. d. Werner Sachs; **Hamburg:** Floraton Musik GmbH; Petra Knapp-Voith geb. Losch, Kauffrau; **Hildesheim:** Verein Hildesheimer Kegler e. V.; **Krefeld:** F. u. F. Poster GmbH u. Co. KG, Grefrath 2; Uwe Nitsch, Nettetal 1; Paul Neerpasch GmbH & Co. KG; **Lampertheim:** Kaspar Ruh, Bürstadt; **Niebüll:** Emil Ingwersen, Neukirchen-Hesbüll; **Oldenburg:** Hammerich GmbH, Cismar; **Recklinghausen:** Küchenzentrum Westerholt GmbH, Herten; **Tauberbischofsheim:** Badisches Glasbearbeitungswerk Alfred Link GmbH, Wertheim/Main; **Uelzen:** Vertbein GmbH & Co. KG, Bad Bevensen; Vertbein Verwaltungs GmbH, Bad Bevensen; **Ulm:** Joh. Heinr. Wolff Ladeneinrichtungen GmbH.

Anschlußkonkurs eröffnet: Hamburg: Computer-Partner PC Vertriebsges. mbH; **Hamm:** Reimann Offsetdruck GmbH.

Vergleich beantragt: Wolfsburg: Karl-Heinz Gabriel, Kaufmann.

Renditen zogen erneut an

Öffentliche Anleihen werden am Wochenbeginn bis zu 0,75 Prozent herabgesetzt. Der weitere Anstieg der Renditen geht auf die immer spürbarer werdende Zurückhaltung ausländischer Anleger zurück, die selbst durch die Aussicht auf weitere Währungsgewinne nicht aufgegeben wurde. Die letzte sechsjährige Bundesanleihe wurde um weitere 0,35 Prozentpunkte zurückgenommen. Weite Teile davon sind noch nicht echt placiert. Am Pfandbriefmarkt lief der Handel wie schon in der Vorwoche schleppend.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Herr

Dr. Wilhelm Tigges

Ehrenpräsident und Ehrenmitglied des ZAW

ist von uns gegangen.

Wir werden seiner stets gedenken und in seinem Geiste weiterarbeiten.
Herr Dr. Wilhelm Tigges hat sich um die Werbewirtschaft verdient gemacht.

Bonn, den 14. Oktober 1986

Zentralausschuß der Werbewirtschaft e. V.

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V.

Jürgen Schrader

Dr. Dankwart Rost

Dr. Horst Schneider

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1986.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Warenpreise – Termine

Nach oben gerichtet schlossen die Edelmetallnotierungen zum Wochenschluß am Terminmarkt der New Yorker Comex. Die Kakao-Termine beendeten das Geschäft fester. Kaffee wurde deutlich zurückgenommen.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	10.10.	9.10.
Dez.	272,75-273,00	273,25-273,50
März	264,75-265,00	266,00-265,75
Mai	251,00-250,75	251,25-251,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St. L. 1 CW	197,13	195,93
Am. Durum	194,81	193,71

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	95,50	95,50
Dez.	97,10	96,80
März	100,00	99,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt	82,20	79,70
Dez.	80,50	79,00
März	81,00	79,00

HAFER Chicago (c/bush)		
Okt.	126,50	125,25
März	129,50	129,00
Mai	128,00	127,50

MAIS Chicago (c/bush)		
Okt.	167,00-166,75	165,50-165,75
März	177,75-178,00	176,50
Mai	185,25-183,50	182,50-182,75

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	87,50	86,20
Dez.	82,80	83,00
März	84,20	84,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	10.10.	9.10.
Dez.	180,00-181,00	193,55-194,00
März	177,75-178,00	186,75-187,00
Mai	181,05	185,00-185,25

KAKAO New York ($/t)	10.10.	9.10.
Dez.	1938-1943	1920-1930
März	1980-1985	1961-1970
Mai	2010-2015	1995-1998
Umsatz	2808	2436

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Jan.	6,25-6,50	6,12
März	6,85-6,88	6,69-6,74
Mai	7,02-7,04	6,88
Juni	7,21	6,90
Sept.	7,26-7,35	7,05
Umsatz	9225	12788

Iso-Preis fob karibische Hafen (US-c/lb)		
	4,95	4,84

KAFFEE London (£/t) Robusta	10.10.	9.10.
Nov.	2200-2205	2275-2280
Jan.	2175-–	2250-2255
März	2111-2115	2170-2180
Umsatz	5926	6053

KAKAO London (£/t)		
Dez.	1495-1496	1498-1499
März	1533-1534	1536-1537
Mai	1553-1555	1558-1559
Umsatz	3974	2689

ZUCKER London ($/t) Nr. 6 (fob)	10.10.	9.10.
Dez.	138,80-139,00	135,20-135,80
März	152,80-153,00	149,00-149,60
Mai	157,60-158,20	154,40-154,60
Umsatz	5923	5009

PFEFFER Singapur (Straits-Sing $/100 kg)	13.10.	10.10.
schw.		
Saraw spez.	977,50	977,50
weiß.Saraw.	1390,00	1390,00
weiß.Munt.	1405,00	1405,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	10.10.	9.10.
Nov.	108,50-108,75	107,25
Jan.	109,75	108,30
März	109,60-110,00	109,85
Mai	111,50-111,90	110,50
Juli	110,90-111,00	111,20-111,40
Umsatz	700	900

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	10.10.	9.10.
	25,50	25,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	20,25	19,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	13,57	13,57
Dez.	14,16-14,17	14,18-14,17
Jan.	14,30-14,31	14,33
März	14,62	14,65-14,67
Mai	14,83-14,84	14,86
Juli	14,96-14,97	15,02-15,00
Aug.	14,95-14,98	15,00

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.		
	14,25	14,25

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	16,50
Choice white hog 4 % fr. F.	10,50	10,75

TALG New York (c/lb)		
top white	12,00	12,00
fancy	11,50	11,50
bleichf.	11,25	11,25
yellow max. 10% fr.F	8,75	8,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	53,90-53,95	53,50
Dez.	51,50-51,60	51,50-51,70
Febr.	49,30-49,20	49,65-49,70

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Febr.	66,40-66,25	66,40-65,95
März	65,90-65,75	65,90-65,65
Mai	65,60-65,66	65,60-65,95

HÄUTE Chicago (c/lb)	10.10.	9.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	66,00-68,00	66,00
Kühe einh. schwere River Northern	–	58,00-59,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	472,0-472,25	471,75-471,5
Jan.	480,25-480,0	479,5
März	489,0-488,75	488,25
Mai	496,0-496,25	497,75-495,5
Juli	500,5	500,0
Aug.	494,0	499,0-499,5
Sept.	494,5	495,0

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	147,4-147,3	147,3-147,0
Dez.	148,7-148,5	148,4-148,5
Jan.	149,5-149,4	149,6
März	151,1	151,0
Mai	152,5-152,7	152,5
Juli	154,0	153,3
Aug.	154,0-154,5	155,5

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	10.10.	9.10.
Okt.	234,20	238,00
Dez.	238,00	241,20
März	246,10	249,30

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	10.10.	9.10.
	13,00	13,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	13.10.	10.10.
jegl. Herk. cif	580,00	570,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	420,00	370,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	245,00	245,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	66,50	68,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	300,00	290,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	197,00	200,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	10.10.	9.10.
Dez.	46,90-47,00	45,92-45,98
März	47,60	46,50-46,60
Mai	48,10-48,20	46,90
Juli	48,60-48,65	47,35
Okt.	49,00-49,10	48,60-48,65
Dez.	49,60-50,00	-

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	46,75	46,67

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.	13.10.	10.10.
Okt.	573-585	568-585
Jan.	546-554	543-555
März	548-550-	–
Umsatz	2333	2351

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	13.10.	10.10.
Okt.	ausg.	ausg.
Dez.	ausg.	ausg.
Umsatz	–	–
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	13.10.	10.10.
Okt.	630,00-650,00	630,00-650,00
März	–	–
Mai	–	–
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	13.10.	10.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	13.10.	10.10.
Okt.	12027	geschl.
Nov.	12007	geschl.

KAUTSCHUK London (p/kg)	10.10.	9.10.
spot	68,00-71,00	67,00-70,00
RSS 1 Nov.	66,50-67,50	66,00-67,00
RSS 2 Nov.	65,50-66,50	64,00-65,00
RSS 3 Nov.	64,50-65,50	65,00-66,00
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	13.10.	10.10.
Nov.	233,50-235,50	234,00-236,00
Dez.	234,00-236,00	234,50-236,50
Nr. 2 Nov.	233,50-234,50	232,50-233,50
Nr. 3 Nov.	229,50-230,50	228,50-229,50
Nr. 4 Nov.	224,00-225,00	220,00-221,00
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	13.10.	10.10.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–), BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	13.10.	10.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	232,23-232,52	235,26-235,54
dritt. M.	232,25-232,38	233,83-233,97
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	89,65-89,93	87,58-87,72
dritt. M.	87,66-87,94	87,43-87,51
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	732,85-734,27	738,40-738,97
dritt. M.	747,85-734,27	750,99-751,56
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	170,76-173,61	170,29-173,15
Prod.-Pr.	182,65	184,70
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	13.10.	10.10.
	14,11	14,10

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	13.10.	10.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	266,95-268,95	268,74-270,75
BLEI in Kabeln	97,50-98,50	95,25-96,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	13.10.	10.10.
MS 58, 1.VS	262-263	263-265
MS 58, 2.VS	312-315	315-316
MS 63	288-292	289-294

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	13.10.	10.10.
Leg. 225	260-265	260-265
Leg. 226	262-267	262-267
Leg. 231	297	297
Leg. 233	307-312	307-317

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	13.10.	10.10.
PLATIN (DM/g)	39,30B	38,85B
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	32034	32034
Rückn.-Pr.	27300	27300
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28170	28190
Rückn.-Pr.	27410	27430
verarbeitet	29550B	29570B
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27530	27700
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	369,80	370,80
Rückn.-Pr.	358,50	359,40
verarbeitet	386,10B	387,00B

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	13.10.	10.10.
10.30	431,40	428,15
15.00	432,60	430,75
Zürich mitt.	431,50-432,00	428,25-429,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	90250	90900
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	394,50	392,70
3 Mon.	404,95	402,85
6 Mon.	415,55	413,60
12 Mon.	436,60	434,10
PLATIN (£/Feinunze) London	10.10.	9.10.
fr. Markt	405,60	415,95
PALLADIUM (£/Feinunze) London	10.10.	9.10.
f. Händl.-Pr.	97,40	99,00

New Yorker Metallbörse

	10.10.	9.10.
GOLD H & H Ankauf	430,75	436,00
SILBER H & H Ankauf	566,50	563,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	575,00-597,00	586,00-592,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	137,50-141,00	139,50-141,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Okt.	431,00	429,50
Nov.	432,70	431,20
Dez.	434,00-435,00	432,50-433,50
Febr.	437,50-438,80	437,00
Apr	442,00	439,90
Umsatz	21000	58000
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	565,00	565,00
Dez.	579,00-570,00	568,00-571,00
Jan.	572,50	572,30
März	577,00-578,00	575,50-578,00
Mai	582,50	583,20
Juli	589,20	589,00
Sept.	595,60	595,30
Umsatz	10000	18000

KUPFER (c/lb)	10.10.	9.10.
Okt.	59,05	58,55
Dez.	59,60-59,55	59,10-59,20
Jan.	59,80	59,30
März	60,05-60,10	59,80-59,70
Mai	60,65	60,10
Juli	60,90	60,40
Sept.	61,15	60,60
Umsatz	6500	2700

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	13.10.	10.10.
mitt. Kasse	816,00-817,00	816,00-818,00
3 Mon.	816,00-816,50	815,00-816,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	315,00-316,00	305,00-306,00
3 Mon.	308,00-309,00	303,00-303,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	919,00-920,00	920,00-921,00
3 Monate	941,50-942,00	941,50-942,00
ab. Kasse	–	917,50-918,50
3 Monate	–	940,00-940,50
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	894,00-894,50	893,00-895,00
3 Monate	918,00-919,00	917,00-919,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	631,00-632,00	625,00-627,00
3 Monate	624,00-625,00	616,00-617,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	150-180
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	10.10.	9.10.
Nov.	40,00-40,90	41,80-41,90
Dez.	41,05-42,00	43,00-43,15
Jan.	42,50-43,20	44,10-44,20
Febr	43,00-43,50	44,70

GASÖL – London ($/t)	10.10.	9.10.
Nov.	122,00-122,50	–
Dez.	126,50-126,75	124,45
Jan.	129,75-130,00	129,50-129,75
Febr.	132,50-133,00	133,00-133,50
März	122,00-128,00	135,00-135,50
April	125,00-128,00	131,00-132,50
Mai	125,00-128,00	128,00-140,00
Juni	120,00-128,00	125,00-140,00

BENZIN (bleifrei) – New York (c/Gallone)	10.10.	9.10.
Nov.	42,20-42,50	42,70-42,75
Dez.	42,30-42,75	43,00-43,20
Jan.	42,90-43,00	43,15-43,35
Febr.	43,10	43,20
März	43,65	44,00

ROHÖL – New York ($/Barrel)	10.10.	9.10.
Nov.	14,90-15,00	15,06-15,12
Dez.	15,10-15,17	15,35-15,40
Jan.	15,20-15,28	15,46-15,57
Febr.	15,20-15,30	15,52-15,55
März	15,25-15,27	15,53

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	10.10.	9.10.
Arabian Lg.	11,48	11,51
Arabian Hv.	11,22	11,54
Iran Lg.	13,40N	13,55N
Forties	13,55N	13,95N
North Brent	13,50N	13,85N
Sonny Light	14,20N	14,20N

Kartoffeln

London (£/t)	10.10.	9.10.
Nov.	– 103,50	102,50
Febr.	120,50	121,90
April	164,30	168,70
Mai	185,00	185,50

New York (c/lb)	10.10.	9.10.
Nov.	4,47	4,25
März	4,97	4,81
Mai	6,09	5,86-5,95
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	10.10.	9.10.
Nov.	166,10-165,70	167,60
Jan.	163,60	164,20
März	164,50	164,60-164,90
Mai	166,00	156,50

Devisenterminmarkt

Aufgrund des Feiertages in Amerika kam es am 13. 10. bei umsatzlosem Markt zu keinen Veränderungen im Zinsgefüge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,31-0,21	0,71-0,61	1,35-1,15
Pfund/Dollar	0,58-0,56	1,72-1,69	3,37-3,31
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	9,00-7,60
FF/DM	20-4	45-27	68-52

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 13.10.: Tagesgeld 4,05-4,15 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.
Privatdiskontsätze am 13.10.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 13.10.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 13.10. ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5¾-6	4¼-4½	3⅝-3¾
3 Monate	5¾-6	4⅜-4½	3⅞-4⅛
6 Monate	5¾-6	4⅜-4⅝	3⅞-4⅛
12 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 13.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 18,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 13.10. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt.	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	202,00	258,78	36,10
20 ffr. Napoleon	5,8070	155,00	205,20	35,34
20 sfr Vreneli	5,8070	173,00	225,72	38,87
½ Sovereign (E.II)	3,6610	105,00	142,50	38,92
1 Sovereign Neu	7,3220	190,00	245,10	33,47
1 Sovereign Alt	7,3220	193,00	248,52	33,94
100 Kronen Öster.	30,4880	800,00	980,40	32,16
20 Kronen Öster.	6,0980	160,00	205,20	33,65
10 Kronen Öster.	3,0480	82,00	109,44	35,91
4 Dukaten Öster.	13,7730	374,00	460,56	33,45
1 Dukaten Öster.	3,4428	85,00	115,14	33,45
10 Rubel Tscherw.	7,7425	201,00	257,64	33,28
Krügerrand 1 Uz	31,1035	843,00	1000,92	32,18
Krügerrand ½ Uz	15,5517	443,00	527,82	33,94
2 Rand Südafrika	7,3220	187,00	241,68	33,01
1 Rand Südafrika	3,6610	87,00	121,98	33,32
50 C.$ Mapl.L.1 Uz	31,1035	871,00	1032,84	33,21
5 C.$ Mapl. 1/10 Uz	3,1105	90,00	114,00	36,65
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0950	1030,00	1322,40	43,94
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1185,00	1396,50	44,90
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1105	121,00	153,90	49,48

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25 , Kurs 98,50 , Rendite 5,60 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 13.10.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,745	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,64
Commerzbank	100,00	4.8.00	40,00	6,86
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	139,00	9,14
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	117,65	5,40
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,22	5,40
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,97	6,60
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,25	7,12
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,47	6,41
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,25	6,90
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,00	6,51
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	27,93	7,05
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	27,80	6,95
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,38	7,08
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	14,26	6,83
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,58	6,58
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,40	6,50
WestLB 605	100,00	1.6.01	37,40	6,96
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,05	7,05
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,50	4,49
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,10	5,09
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,28	5,41
WestLB 505	143,24	1.9.92	104,10	5,58
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	116,75	6,33
Österreich	294,12	24.5.00	117,50	6,95
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	129,10	8,56
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	130,90	7,95
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,30	9,05
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	78,00	7,74
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	65,50	8,29
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,50	10,59
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	64,30	8,60
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,50	8,47
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	60,375	8,27
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,25	9,26
Penney (A+)	100,00	17.2.94	53,00	9,02
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,50	8,81
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	52,50	8,78
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,125	8,57

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,70 (4,70)	100,3	101,2	102,1	103,1	104,0	105,0
2	4,95 (4,93)	100,1	101,8	103,6	105,5	107,4	109,2
3	5,28 (5,26)	99,25	101,7	104,4	107,1	109,8	112,5
4	5,60 (5,59)	97,55	101,1	104,6	108,1	111,5	115,0
5	5,86 (5,85)	95,95	100,6	104,4	108,6	112,8	117,1
6	6,05 (6,04)	94,35	99,75	104,2	109,1	114,0	118,9
7	6,35 (6,32)	92,05	98,05	105,0	108,5	114,8	119,5
8	6,66 (6,62)	89,40	95,40	101,5	107,5	113,5	119,4
9	6,82 (6,80)	87,45	94,00	101,2	107,1	113,4	120,2
10	6,85 (6,84)	86,25	93,30	101,1	107,4	114,5	121,5
15	7,10 (7,05)	80,20	89,20	99,30	107,2	116,2	125,1

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,525 (112,573)
Performance-Rentenindex: 248,027 (247,961)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	10.Okt.	5,625-5,75
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,675
	60-270 Tage	5,58
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	5,675
	60 Tage	5,65
	90 Tage	5,625
Certificates of Deposit	1 Monat	5,50
	2 Monate	5,50
	3 Monate	5,50
	6 Monate	5,50
	12 Monate	5,65
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,07
	26 Wochen	5,24
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,36
	30 Jahre	7,80
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	29.Sept.	693,6 Mrd. $ (-1,4 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Dez.	135,35	133,50
März	136,15	136,10

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	10.10.	9.10.
9¾ EEC 90	106	106
11¼ dgl. 90	111,75	111,75
10¾ EIB 93	110,375	110,5
11 dgl. 91	113,375	113,75
11½ dgl. 90	114,75	115
11⅝ dgl. 95	121,5	121,875
12 dgl. 95	123,5	123,625
12½ dgl. 90	116,625	116,75
12¾ dgl. 93	128,75	129
13 dgl. 96	130,5	130,75
10½ Wld Bk 95	113,375	113,75
10¾ dgl. 88	105,75	105,75
10⅞ dgl. 90	110,75	111
10⅞ dgl. 95	115,625	116
11 dgl. 92	115	115,25
11⅛ dgl. 88	108,625	108,625
11¼ dgl. 90	113,75	114
11⅜ dgl. 89	109,5	109,625
11½ dgl. 90	114,25	114,375
12 dgl. 95	122,5	122,875
12⅛ dgl. 94	126,125	126,5
12⅜ dgl. 94	129,5	129,875
6⅞ Sears 91	104,125	104
6¾ Swed.Ex.91	102	102,125
7 TRW 94	101,875	101,875
6⅝ Un.Tech.92	102,5	102,25
6¾ W.Disn.96	101,375	101,375
6⅞ World Bk96	103,5	103,25
6¾ dgl. 90	104,125	103,875
6⅝ dgl. 94	104,5	104,5
7 dgl. 94	106,5	106,5

Euro-Yen

	10.10.	9.10.
6¾ Al.Corp 91	102,5	102,5
6⅞ All.Sign95	102,125	102,125
7⅛ ADB 94	108,375	108,375
7 Austria 95	106,25	106,25
7 BP 92	105,75	105,75
6¾ Denmark 92	104,125	104,125
7 Denz.Bk. 92	104,25	104,25
7 Dow Chem.94	102,125	102
6⅞ EDF 95	105,5	105,5
6⅜ Eurofima95	102,25	102,5
6¾ dgl. 92	102,75	102,625
6¾ dgl. 95	102,875	102,625
7⅛ dgl. 94	105,125	105,125
6⅞ Fannie 92	105,875	105,875
6⅝ FinLRep90	104,625	104,5
6¾ GMAC 90	102,125	102
7⅛ Goodyear95	102,875	102,875
6⅞ dgl. 94	101,75	101,75
6⅛ ITT 92	102,625	102,625
6⅞ McDonal.92	102,25	102
6⅞ Merrrec95	103,375	103,25
6⅞ NordLB 93	102,375	102,375
6 NCS 91	101,25	101,125
7 dgl. 92	106	106
7 Pac Gas 94	–	–
6¾ Penney 92	105	102,75
6¾ Procter 92	103	103
6¾ Seibu 92	103	103

Lux. Franc Bonds

	10.10.	9.10.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9⅝ Aseo 89	100,5	100,5
6¾ Asian Dv87	99	99
10⅞ BFG Lux90	105,5	105,5
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 95	107	107
10⅞ Ceca 94	106	106
11 dgl. 92	105	105
13 dgl. 91	101	101
8⅞ Consol 95	105	105
12⅞ dgl. 92	105	105
8 Copsel 88	100,25	100,25
8⅞ dgl. 87	100,5	100,5
11 C.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	105,25	105,25
7⅞ Gen.Mtg 88	99,75	99,75
8⅞ EEC 95	105	105
8¾ Euratom 89	103	103
10¼ dgl. 96	110	110
11 dgl. 93	101,25	101,25
8⅞ Eurof. 89	101,75	101,75
9 dgl. 95	106,25	106,25
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	105	105
8 EIB 97	100	100
8⅝ dgl. 95	105	105
9⅞ dgl. 95	107,5	107,5
9⅝ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 95	106	106
10⅞ dgl. 94	110,5	110,5
11¼ dgl. 88	101	101
12¼ dgl. 90	106	106
8⅞ Goodyear93	103,25	103,25
9¼ Ind.B.F.95	105,75	105,75
9⅞ Hypo Bk.88	101,75	101,75
11 KredCst.95	104	104
7⅝ dgl. 87	99,75	99,75
12⅞ dgl. 88	105	105
10 dgl. 90	104,75	104,75
11⅞ dgl. 89	102,5	102,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8⅞ dgl. 87	99,75	99,75
8⅝ Met.Cam92	105,5	105,5
9 dgl. 95	105	105
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8½ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	106	106
10¼ Paribas89	105	105
8 Philips 89	100	100
7⅝ Renault 88	99,75	99,75
7⅞ Sogenal 91	100	100
9½ dgl. 92	106	106
10¼ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,25
9⅝ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,5	103,5
9¼ dgl. 90	104	104
10¼ dgl. 89	105	105

Rechnungs-Einheiten RE 9 DM 2,52832

	10.10.	9.10.
8¾ Cap City91	99,75	99,75
12⅞ dgl. 92	103	103
8⅝ CCA 91	99,75	99,75
11⅛ Ned. G.88	100,5	100,5
9¼ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅝ SDR 94	99,75	99,75

ECU

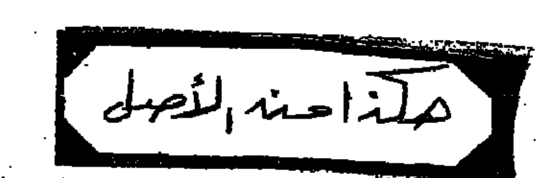
	10.10.	9.10.
7⅛ Aegon 95	95,75	95,75
9⅝ ABN 92	105	104,875
All Nippon 95	104,875	104,875
9⅝ ANZ 92	105	105
10¼ Austria93	111,375	111,375
10 BNDA 92	104,875	105
8¼ B.d.Roma93	99,375	99,25
9 M.+Hope 92	103,625	103,625
9 Bk.Hes.96	103	103
7⅝ BNP 95	98	97,875
8⅞ dgl. 95	105,125	105,125
8⅝ Bay.Vbk.88	100,625	100,625
8⅝ BFCE 93	101,625	101,75
9⅝ dgl. 92	106,875	107,125
9⅞ dgl. 95	107,125	107,125
9¼ Bell 92	103,25	103,5
9⅝ CNT 92	107	107
9⅞ dgl. 95	107,125	107,125
8⅝ Cargill 95	102,125	102,25
10⅝ Ceca 89	107,125	107,125
9 Chrysl. 92	101,375	101,375
9⅛ dgl. 94	101,875	101,875
9 ClubMed 88	101,75	101,625
9 Colgate 91	101	100,75
9 Cap City 95	102	102
9¼ CCF 95	105,625	105,5
9⅝ CrdNord 91	106	105,875
11⅛ CrdFonc90	107,25	107,5
11⅛ dgl. 90	109,25	109,25
6¾ CrdLyon 92	93,375	93,25
8⅝ CrdNat 96	105,625	105,75
10⅝ dgl. 94	112,5	112,5
8⅞ CrdonsL94	104,875	104,875
9⅝ Credito 92	104,75	104,5
7⅝ Denmark 96	97,125	97,25
9 EDF 97	105,625	105,25
8⅞ EEC 93	103,875	103,875
8⅝ ElfAqu. 88	101	100,875
9 Enso Gut 91	101,875	101,875
9⅝ dgl. 93	101,875	101,875
10 Euratom 97	107,875	107,875
7⅝ dgl. 96	96,125	96,125
9⅝ Eurofima93	103,375	103,375
8⅝ EIB 90	103	103
9⅝ dgl. 93	105	105
8¾ dgl. 92	103,125	103,25
9⅝ dgl. 95	110,75	110,875
10⅝ dgl. 94	112	112
10⅝ dgl. 94	110,5	110,5
10⅝ dgl. 90	109	109
11⅛ dgl. 92	111,125	111,125
9 Eutelsat 93	102,125	102
6⅝ EDC 96	91,25	91,375
8⅝ Fiat 90	101,5	101,5
9 NKFood 95	102	101,875
8⅝ Ford C.93	103,25	103,375
7⅝ GBL 93	97	97,125
7 Giroz. 93	95,375	95,375
10⅝ dgl. 95	118,375	118,375
10 IADB 95	118,75	118,875
8¾ IBM 90	102,875	103
6⅞ Iceland 96	91	91
9 Imatran 96	102,5	102,5
9⅝ Italia 89	105,125	105,125
10⅝ dgl. 92	110,875	110,75
9⅝ Kansai 92	105,375	105,25
9⅝ Kbfina 92	104	104,25
6⅝ KfW 95	91	91
10⅝ Megal 95	105,75	105,625
8⅝ Mits.Tr.95	103	102,875
9 MoetHen.91	103,125	103,25
9⅝ Mol 90	101,375	101,375
8⅝ Morgan 90	102,375	102,375
8⅝ Motorola92	102,75	102,875
9 Nesa 95	102,625	102,625
8⅝ N.S.Wal.95	102,75	102,75
9⅝ N.Zeal. 90	103,5	103,375
9⅝ N.Zeal.92	104,875	105
7⅝ Nissan 96	96	95,875
9 ÖstLbk. 89	102,25	102,125
8⅝ Olivetti93	103,375	103,25
8⅝ Parbel 89	101	100,875
10 Pechin.90	104,75	104,25
9 Petroc.93	99,625	99,75
9⅝ Peugeot 90	102,75	102,75
8⅝ Phibro 96	100,875	100,875
9 Philips 93	103,125	103
9⅝ Pibo 92	104,875	104,75
10 Prvbk. 97	105,375	105,375
7⅞ Robobk. 96	98,5	97,625
8⅝ Reynolds91	102,25	102
9 SAS 95	104,25	104,25
9 Sanwa 95	104,5	104,125
8⅝ Secpac 90	101	101,125
9 SNCF 95	103,625	103,625
8⅝ Sumitomo92	104,375	104,25
9⅝ dgl. 93	106,125	106,125
9 dgl. 95	104,875	104,75
6⅞ Schweden96	92,375	92,375
9 Unbk.Nor95	103	103
8⅞ Vict. 90	102,375	102,25
8⅝ WoltD. 94	101,875	102
9⅝ dgl. 95	104	104,125
8⅞ Wüstgr.96	103,375	103,5
9⅝ Westpac92	106,125	105
8⅝ WorldBk.95	104,125	105,875
8⅝ dgl. 95	105	105
9⅝ dgl. 92	107,875	107,875
10⅛ dgl. 89	106	106
10⅝ dgl. 94	111	111
11 dgl. 95	110,25	110,125
8⅝ Xerox 90	101,875	101,75

ECU-Tageswerte

	10.10.	9.10.
Dollar	1,0473	1,0620
Bfr	43,2012	43,1930
DM	2,08151	2,08141
Hfl	2,35191	2,35151
£	0,732378	0,733855
Dkr	7,8469	7,84997
FF	6,817	6,81488
Lira	1441,89	1441,10
I-£	0,766131	0,765339
Sfr	1,69527	1,69451
öS	14,6402	14,6463
Peseta	137,93	137,91
Skr	7,1583	7,14974
Nkr	7,65053	7,64678
Kan-$	1,45135	1,44486
Esc	153,377	152,654
Fmk	5,09145	5,08605
Yen	161,599	160,938
Drachme	148,893	148,213

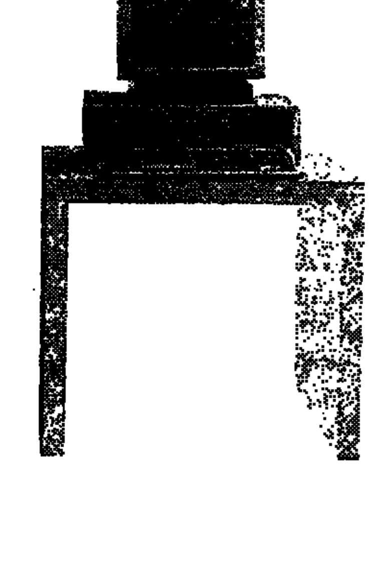
SZR-Wert

	10.10.	9.10.
Dollar	1,21325	1,21524
DM	2,43083	2,42907

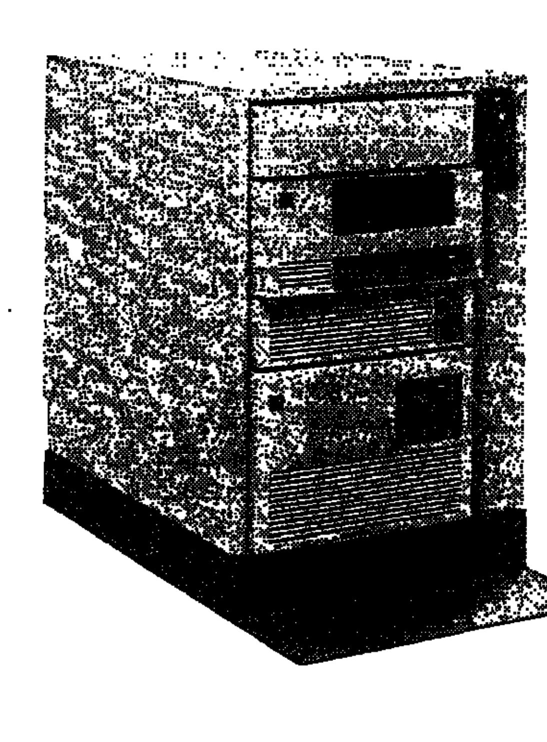


Ein neuer Rechner für Abteilungen und Filialen, der für alles offen ist.

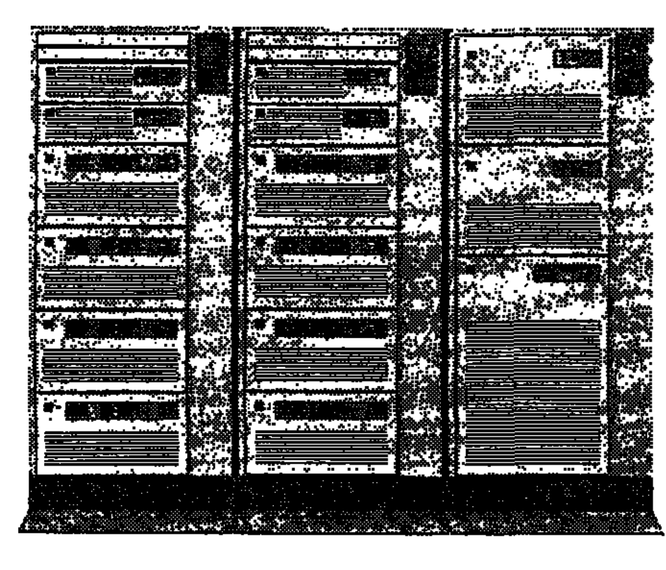
Offen gesagt, ist der Neue in einer Hinsicht gar nicht so neu. Zwar ist der 1-Megabit-Chip in dem Informationssystem IBM 9370 bereits serienmäßig eingebaut. Jedoch basiert die äußerst fortschrittliche Technologie des neuen Computers auf der bewährten Architektur der IBM /370-Familie. Darum verarbeitet er auch /370-Programme ohne Probleme. Auf der Ebene der Betriebssysteme versteht er sich ebenfalls prima mit den IBM Großanlagen. Neu an dem neuen Informationssystem IBM 9370 sind daher zum einen die vielfältigen Möglichkeiten, dieses System in Ihre bestehenden Anwendungen zu integrieren. Und neu ist zum anderen auch das Maß an Sicherheit, das sich Ihnen bietet, wenn Sie heute in ein System investieren wollen, auf dem Sie morgen weiter aufbauen können. Mehr Informationsmaterial über das neue, offene Informationssystem IBM 9370 erhalten Sie, wenn Sie Hallo IBM zum Ortstarif unter 0130-4567 anrufen. Vom 16.–21.10.1986 können Sie sich das neue Informationssystem IBM 9370 ansehen: auf der ORGATECHNIK in Köln, Halle 14.2, Stand K19/L20.



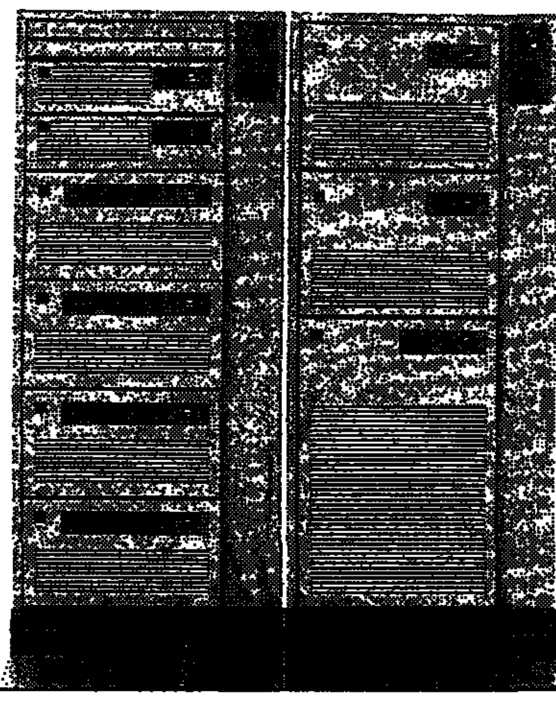
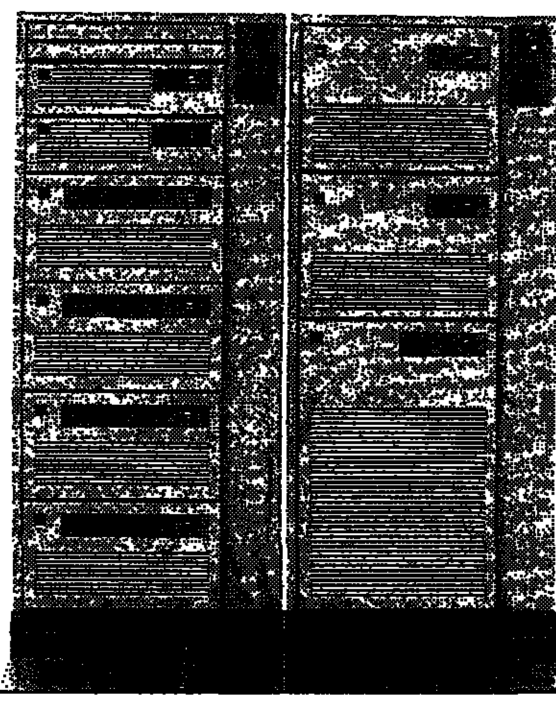
Offen für Anwender.
Das neue Informationssystem IBM 9370 eignet sich sowohl für den technisch-wissenschaftlichen Anwender als auch für den kommerziellen. Der Einstieg in dieses System ist ebenso einfach wie seine Bedienung. Hinzu kommt, daß sich das System einfach selbst überwacht, um eine hohe Verfügbarkeit zu gewährleisten.



Offen für das Wachstum.
Das neue Informationssystem IBM 9370 basiert auf dem Bausteinprinzip. In der Grundausstattung werden die einzelnen Systeme jedoch als voll funktionsfähige Kompakteinheiten angeboten, die Sie nahtlos in Netzwerke einfügen können. Das kleinste System mit Plattenspeicher und Bandlaufwerk bedient bereits mehr als 20 Bildschirmarbeitsplätze.



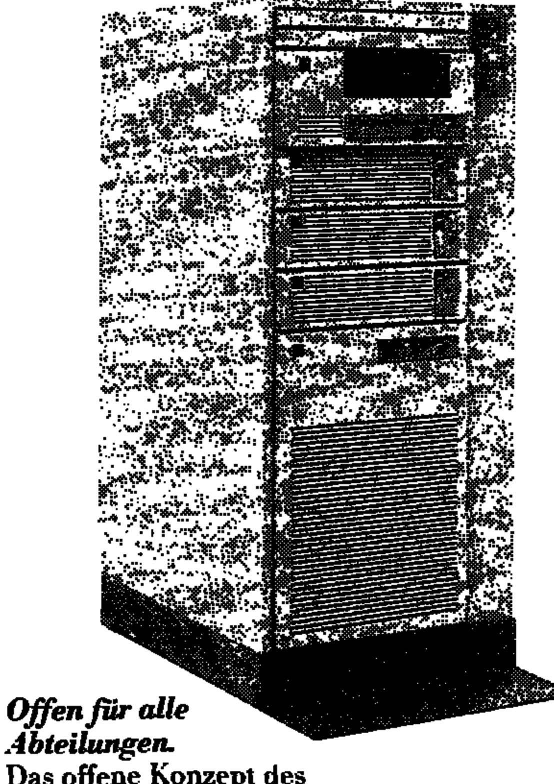
Offen für alle Filialen.
Als leistungsstarker Computer für die Filiale verträgt sich das neue Informationssystem IBM 9370 sehr gut mit dem Großrechner in der Zentrale. Das größte System hat Kapazitäten für den Betrieb von mehr als 100 Bildschirmarbeitsplätzen.

Offen für die Zukunft.
Das neue Informationssystem IBM 9370 bietet Ihnen beste Wachstumschancen. Vier Prozessoren unterschiedlicher Leistung ermöglichen ein breites Spektrum verschiedenster Anwendungslösungen. Neben den neuen integrierten Einheiten steht Ihnen die breite Palette der bewährten IBM /370-Peripherie zur Verfügung.

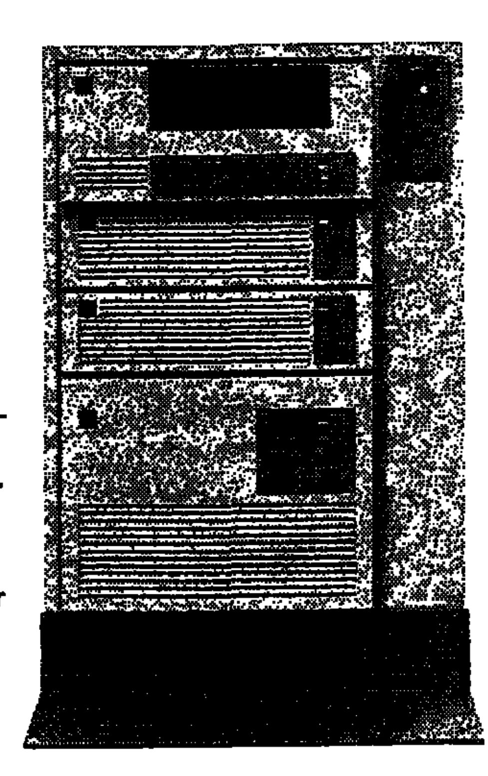


Offen für andere.
Die Welt der IBM ist offener als Sie vielleicht denken. Denn das neue Informationssystem IBM 9370 ist für viele eine echte Alternative. Es unterhält auch beste Verbindungen zu vielen Rechnern anderer Hersteller.



Offen für alle Abteilungen.
Das offene Konzept des neuen Informationssystems IBM 9370 macht seinen Einsatz als Abteilungsrechner in großen Unternehmen interessant. Denn es arbeitet problemlos mit dem IBM PC zusammen, und sein Betriebssystem ist kompatibel zu IBM Großanlagen.

Offen für alle Niederlassungen.
Gerade für Niederlassungen kommt das neue Informationssystem IBM 9370 wie gerufen. Für dieses System ist weder eine eigene Klimatisierung noch eine besondere Stromversorgung erforderlich. Man braucht für seinen Betrieb vor Ort auch keinen Computerspezialisten. Und die Anschlüsse für die Datenfernverarbeitung sind schon fix und fertig eingebaut.





W. Boelckes Untersuchung über den Schwarzmarkt

Zum Beispiel Süßstoff

Auguste tanzt. Ihr Kavalier hat heute / Verschoben zwei Waggons mit Saccharin. / Man ist bemüht, ihm seine fette Beute / So langsam aus dem Portemonnaie zu ziehn. / Er schmeißt Champagner für die lieben Bräute, / den Hut schief in der Stirn: „Wat kost' Berlin?"

Das Gedicht ist von Kurt Tucholsky, stammt aus den zwanziger Jahren, könnte aber auch gemünzt sein auf die Zeit kurz nach 1945, auf die damaligen Süßstoff-Schieber. Sie durften seinerzeit natürlich nicht fehlen – in der Schwarzmarktszene. Die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, heute sind sie, wie vieles aus dieser Zeit, fast vergessen.

Erinnerungen an damals: Fast ein Jahrzehnt existierte in Europa während des Zweiten Weltkrieges und



unmittelbar danach eine Schattenwirtschaft. Das bedeutete Illegalität und Kriminalität, aber auch ein ständiges Angebot von dringend benötigten Mangelgütern, beispielsweise von Lebens- und Genußmitteln, Kleidung, Heizstoffen. Im Meer des rationierten Hungers der ersten Besatzungszeit erschien der Schwarzmarkt als eine letzte Bastion der Freiheit, der Privatinitiative und des Überlebens.

Professor Willi A. Boelcke, geboren 1929, der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität Stuttgart-Hohenheim lehrt, hat als Jugendlicher die Jahre 1945 bis 1948 erlebt und darüber nach aufwendigen Recherchen ein dankenswertes Buch geschrieben. Er versuchte, die „harten Wirklichkeiten und Hintergründe des Schwarzmarktes erstmals auf der Grundlage von intensiven Quellenstudien darzustellen". Er wertete Wirtschafts-, Polizei- und Gerichtsakten aus Archiven aus. Viele von ihm veröffentlichten Fundsachen bedürfen keines Kommentars, sie sprechen für sich und lassen den Leser vielleicht die Zeit nachfühlen, die er tatsächlich erlebte.

In einem „Kriminalpolizeilichen Stimmungsbericht aus Wilhelmshaven für die Zeit vom 22. September bis 22. Oktober 1947" heißt es: „Eine nenneswerte Veränderung in der Berichtszeit war nicht festzustellen. Nach wie vor ist bei dem weitaus größten Teil der Bevölkerung eine allgemeine *Hoffnungslosigkeit und* Apathie vorherrschend. Für irgendwelche politischen Angelegenheiten wird kaum ein Interesse gezeigt. In erster Linie ist jedermann beschäftigt, seine eigenen Nöte und Schwierigkeiten zu überwinden."

Es gab täglich einen Kampf um die Verteilung der lebensnotwenigen Güter. Und der blieb, wie Boelcke dokumentiert, reich an Zwischenfällen. Das lag daran, daß die Polizei oft vor der Gegenwart kapitulieren mußte. Wegen der Anweisungen der Besatzungsmächte war die deutsche Polizei nämlich im allgemeinen auf den Gebrauch ihrer Knüppel beschränkt. Es war ihr nicht gestattet, ihre Feuerwaffen „gegen eine aufrührerische Menge" zu gebrauchen, wenn sie nicht ausdrücklich die Anweisung dazu erhielt.

So kam es, daß im hessischen Hanau kurz vor Weihnachten 1947 Massen von Menschen einen Lebensmittelzug mit roten Warnlaternen zum Halten brachten, das Personal in Schach hielten und die Wagen ausräumten. Die Polizei konnte sie daran nicht hindern und erwischte auch nur einen Teil der Räuber.

Der Schwarzmarkt im Nachkriegsdeutschland war trotz dieses Kampfes von Polizei, Wirtschaftsbürokratie und Justiz, durch Briefzensur und Spitzeldienste, durch Preisüberwachung und Betriebskontrollen oder durch die Vehängung drakonischer Strafen nicht zu beseitigen.

Er verführte, so will Boelcke mit seinem Buch zu bedenken geben, freilich zur Verschwendung und war unsozial, aber „er stellte dennoch ein Lenkungsmodell war, das nicht nur Schaden, sondern auch Nutzen brachte". Über die Abwehr von individueller Not hinaus reizte er bereits vor der Währungsreform zu Investitionen, „ebenso wie heute mancher Schwarzarbeitsauftrag ausbliebe, wenn der volle Handwerkspreis einschließlich Mehrwertsteuer gezahlt werden müßte".

ANDREAS ENGEL

Willi A. Boelcke: „Der Schwarzmarkt. 1945–1948. Vom Überleben nach dem Kriege", Westermann-Verlag, 260 Seiten, 29.80 Mark.

Vom Zauber der Trümmer: Phantasieansicht einer baumbestandenen Landschaft mit antiken Monumenten und *Ruinen (etwa 1750), Jean-Baptiste Lallemand zugeschrieben* FOTO: KATALOG

Die Kunstbibliothek Berlin zeigt „Ruinenromantik und Antikensehnsucht"

Wenn Kühe über Trümmern grasen

Ruinen bezaubern. Nicht gerade die zerbombten Zeugen unserer eigenen, jüngeren Vergangenheit, mit denen die ideologischen Aufräumer (Berliner Stadtschloß) und städteplanerischen Wegradierer (Anhalter Bahnhof) allzulange sehr ruppig und ihrerseits zerstörerisch umgegangen sind. Aber die älteren Ruinen haben es Kunsthistorikern und ihrer Klientel, den Ausstellungsbesuchern, angetan – *mehr aber noch der Zauber*, den die Trümmer der Antike zu früheren Zeiten auf nachfolgende Künstler und jeweiligen Zeitgeschmack übten. Erst vor wenigen Jahren hatte Berlins Kupferstichkabinett mit Jeannot Simmens spannungsvoller Aufbereitung der Grafik vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart vielfältigen Formen der „Ruinen-Faszination" nachgespürt.

Die Kunstbibliothek Preußischer Kulturbesitz besitzt unter ihren 25 800 Handzeichnungen mit 4850 Blatt die umfassendste und vielseitigste Sammlung französischer Zeichnungen, die es in deutschen Museen gibt. Dort wird jetzt mit einer, wenn auch bescheideneren Schau, „Ruinenromantik und Antikensehnsucht, Rom als Quelle des Frühklassizismus" dokumentiert. Im Zentrum stehen die französischen Künstler und die Schüler der Académie de France in Rom mit ihren bedeutenden Professoren Natoire und Panini. Die Reise nach Rom, zunächst seit der Renaissance Anlaß der „Kavalierstouren", die Adelige und Patrizier unternahmen, dann eine *willkommene Strapaze der* Bildungsreisenden, wurde Mitte des 18. Jahrhunderts geradezu ein Muß junger Maler, Bildhauer und Architekten des Nordens.

Rom, das damals weithin noch einer Parklandschaft glich, wurde zum Ort der Bildung und eigener kreativer Inspiration. Das Forum Romanum nannte man Campo Vaccino – und das war es auch: eine Kuhweide. Viele antike Bauten waren umfunktioniert worden im Laufe der Jahrhunderte oder standen, wie Thermen oder Kolosseum, noch immer als Steinbrüche offen. Überragende und prägende Figur ist der Hymniker (und Metaphoriker) der Antike, Giovanni Battista Piranesi, Architekt und Stecher, dessen Veduten die antiken Ruinen zugleich überliefern und – übersteigern. Sein Schüler Jean Barbault brachte eher einen idyllischen Zug in die Tempelszenerie. Solcher Trend zum architektonischen Capriccio wird noch deutlicher bei Giovanni Paolo Panini, der das historische Terrain samt Personenstaffage zu neuer und theaterhafter Bildrealität sortiert.

Ruinen als Ausdruck der Vergänglichkeit, als Zeugnis früherer Größe, aber auch, mit zahllosen dekorativen Details, Vorlage für einen modischen Zeitgeschmack, den *gout grec*, dem sich die Gesellschaft im Norden lustvoll hingab. Vor 200 Jahren betrat Goethe die Ewige Stadt, und er spürte die Wirkung des „Ungeheuren": „Wie man geht und steht, zeigt sich ein landschaftliches Bild aller Art und Weise, Paläste und Ruinen, Gärten und Wildnis, Häuschen, Ställe, Triumphbögen und Säulen, oft alles zusammen so nah, daß es auf ein Blatt gebracht werden könnte". (Bis 15. 11., Begleitheft des Pädagogischen Dienstes der Staatlichen Museen, 4 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

Ein Gespräch mit Ungarns Dichter Istvan Eörsi

Lukács und die Gewalt

Ungarn, in diesen Tagen durch den Besuch von Bundespräsident von Weizsäcker in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt, gilt als ein vergleichsweise liberales kommunistisches Land. Aber das bedeutet beileibe nicht, daß die Literaten dort keine Schwierigkeiten haben. Davon zeugt auch ein Interview, das jetzt der ungarische Dramatiker, Dichter und Philosoph Istvan Eörsi dem jugoslawischen Nahrichtenmagazin „Danas" gab. Eörsi hält sich zur Zeit als Besucher und Stipendiat in West-Berlin auf.

Er bezeichnet sich in dem Interview als „Mitglied einer sozialistischen Opposition in Ungarn". Begonnen habe er als Schüler des marxistischen Philosophen und Ideologen Georg Lukács. „Er hat aus mir nicht nur einen Marxisten, sondern einen Kommunisten gemacht." Aber bereits 1956 sei es zwischen ihm und Lukács zum ersten Konflikt gekommen: „In der Auseinandersetzung darüber, ob Ungarn neutral werden *sollte oder nicht"* (dies war damals eine der Hauptforderungen der ungarischen Revolution und der Regierung Imre Nagy), „war Lukács dafür, daß das Land vom Warschauer Pakt abhängen solle."

Lukács sei damals Mitglied der obersten kommunistischen Parteiführung gewesen – von sieben Mitgliedern hätten aber nur er und einer seiner Freunde für den Verbleib des Landes im östlichen Bündnis gestimmt. Das habe Eörsi nicht verstehen können. In seinen letzten Lebensjahren – also nach Niederschlagung der Revolution von 1956 – habe Lukács ihm, Eörsi, gesagt, daß, wenn man sich nicht dem Warschauer Pakt anschließe, „sofort die Russen kommen würden" und daß es außerdem in Ungarn „ein niedriges Niveau der Demokratie gebe". Ein neutrales Ungarn, so habe Lukács befürchtet, müßte sich in eine „Militärdiktatur" verwandeln.

„Das war phantastisch", meint Eörsi, der diese Auffassungen keineswegs teilte. „Der Warschauer Pakt sollte Ungarn vor der Sowjetunion und vor Amerika retten. Hier begannen unsere Kontroversen." Auch im Blick auf philosophische Probleme steht der einstige Schüler seinem Lehrer Lukács heute distanziert gegenüber.

Einmal habe er gefragt, welche Schuld Lukács im Laufe seines politischen Lebens auf sich geladen hätte, und dieser habe ihm – übrigens in deutscher Sprache – geantwortet: „Ah! Gewalt!" Eörsi wörtlich: „Er hat 1919" (während der ungarischen Räterepublik) „Menschen hingerichtet – Soldaten, die desertiert waren, aber sogar auch Köche, die Lebensmittel gestohlen hatten."

Eörsi berichtet dann, wie er selbst „als ‚wahrer' Kommunist, der Rakosi und Stalin für Verräter hielt", an der Revolution von 1956 teilgenommen habe. Nach dem Einmarsch der Sowjets habe er bei illegalen Zeitungen mitgearbeitet und sei Verbindungsmann zwischen dem „Revolutionskomitee der Schriftsteller" und dem Arbeiterrat von Budapest gewesen. Vom Dezember 1956 bis zum Sommer 1960 war er im Gefängnis.

„Gesetzlich bin ich niemals rehabilitiert worden", sagt Eörsi. Obwohl seine Bücher in Ungarn erscheinen konnten, wisse er, daß „man" ihm niemals die Teilnahme an der Revolution verzeihen werde – „denn ich habe keine Selbstkritik geübt". Jetzt sei seine Lage in Ungarn „nicht die beste": „Die meisten meiner Sachen sind verboten ... Ich habe keinen Zutritt zu Rundfunk, Fernsehen oder Film." Auch Veröffentlichungen in den Zeitungen seien „schwer" zu erreichen. „Leicht ist es mir mit dem Samisdat. Hier gibt es keine Probleme."

„Ich betrachte Solschenizyn als einen der größten Schriftsteller unserer Zeit", sagt Eörsi seinem jugoslawischen Interviewer. Am Tschechen Milan Kundera stört Eörsi das „Sexuelle, Erotische" in dessen letzten Büchern. Dies sei eine Konzession an den westlichen Geschmack. Ein hohes Lob spendet Eörsi dagegen dem Polen Czeslaw Milosz und dem „DDR"-Schriftsteller Heiner Müller, der – so Eörsi – „zweifellos an der Vereinigung Deutschlands" arbeite.

„Einige Politiker glauben, daß ich früher oder später emigrieren werde, wenn ich im Ausland Erfolg habe, in Ungarn aber nicht", sagt Eörsi. Als er kürzlich zum Dichtertreffen nach Struga (Mazedonien) reisen wollte, wurde ihm von den ungarischen Behörden das Visum verweigert. Auch seine Anstellung beim Provinztheater von Kaposvar habe er verloren. Den Begriff „Dissident" will er aber für sich nicht gelten lassen. „Das einzige, was ich weiß, ist, daß ich meinen eigenen Weg gehen möchte. Wenn es das ist, bin ich ein Dissident."

CARL GUSTAF STRÖHM

Unzufriedene schauen viel länger als Glückliche

Flucht in den Fernseher

Unzufriedene Menschen sehen länger fern als andere – das ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Lehrbeauftragten an der Berliner Hochschule der Künste, Hartmut Espe. Von 1004 Befragten (älter als 15 Jahre) gaben 19 Prozent an, sie seien mit ihrem Leben „nicht sehr zufrieden", 17 Prozent kreuzten „sehr zufrieden" an. Die erstgenannte Gruppe verbringt täglich 149 Minuten vor dem Fernseher, die zweite 119 Minuten (alle Zeitangaben sind Durchschnitt).

Espe teilte die Befragten in Unterhaltungs-, Informations-, Sport-Seher und solche ohne Programm-Vorlieben ein. 23 Prozent rechnet er zur ersten Gruppe, die sich fast ausschließlich für Film, Fernsehspiele, Serien, Varieté und Quiz interessiert. Diese Leute verbringen 146 Minuten täglich mit Fernsehen. Der Konsum-Unterschied zwischen mit ihrem Leben Zufriedenen und Unzufriedenen beträgt in diese Gruppe eine Viertelstunde. Zu den Unterhaltungs-Sehern gehören vor allem ältere Frauen mit unterdurchschnittlicher Bildung und geringem Einkommen.

Der Informations-Seher (knapp jeder Fünfte der Befragten) wählt vor allem Nachrichten, Magazine, Dokumentationen. Er verbringt an Werktagen 96 Minuten vor dem Fernseher – wenn er mit dem Leben zufrieden ist allerdings 28 Minuten weniger als die Unzufriedenen derselben Gruppe.

Der sogenannte Alles-Seher hat keine Vorlieben im Programm; Hauptsache, so scheint es, das Bild bewegt sich. Sein Tageskonsum beträgt 162 Minuten. Knapp ein Viertel der Befragten gehören in diese Schublade; sie sind schlechter ausgebildet und verdienen weniger als der Bevölkerungsdurchschnitt. In dieser Gruppe differiert der zeitliche Tageskonsum um 24 Minuten zwischen den mit dem Leben Zufriedenen und den Unzufriedenen.

Am deutlichsten wird dieser Unterschied bei denen, die von sich sagen, sie hätten wenig Interesse am Fernsehen (jeder Achte). Diese Gruppe, die sich nach Alter, Einkommen und Bildung nicht näher bezeichnen läßt, sitzt 107 Minuten am Tag vor dem Fernseher – wobei die mit ihrem Leben Unzufriedenen 71 Minuten mehr am Tag fernsehen als die Zufriedenen. Diese Unzufriedenen, die von sich sagen, Fernsehen interessiere sie wenig, schauen weit mehr als zwei Stunden am Tag fern, also mehr als der Bevölkerungsdurchschnitt (123 Minuten). Diese Gruppe umfaßt etwa zwei Prozent der Befragten.

Bereits 1921 beschrieb Hugo von Hofmannsthal das Phänomen des Flucht-Sehens („Der Ersatz für die Träume") für den Kinofilm. Es lasse sich, so meint Espe, ohne weiteres aus Fernsehen anwenden. Dabei spielt offenbar keine Rolle, ob man nach „Dallas" oder ins „Panorama" flieht. da

Phantasie ist der beste Regisseur

Sprachen wir da jüngst über Fernsehspiele, als Frau B. meinte, *mit mir als Dr. Wrschowitz in* Fontanes „Stechlin" sei sie auch heute noch nicht einverstanden – den Wrschowitz, diesen schlesisch-böhmisch-deutschen Querkopf, hätte sie anders sehen mögen.

Ich stutzte, denn nach elf Jahren ist ein Dr. Wrschowitz doch kein Thema mehr. Ich sagte, der olle Fontane hätte den Wrschowitz so präzise definiert und so anschaulich beschrieben, daß mir eigentlich zum Ausfüllen der Rolle nur noch eins blieb, dem märkischen Autor einfühlsam zu folgen. Aber das zog bei ihr (Fontane hätte gesagt: bei „Madam") nicht. Sie blieb dabei, ihr ureigner Wrschowitz decke sich nicht mit der Figur, wie ich sie spielte. Wir gingen auseinander.

Wie ich aber neulich mit Siegfried Lenz über die Schwierigkeiten beim Verfilmen von Literatur spreche, sagte er, als hätte er mein Gespräch mit Frau B. belauscht, der Vorsprung der gedruckten Geschichte vor der in Bildern liege wohl darin, daß der Bildschirm ein fertiges Produkt, eine genau umrissene Inszenierung biete, während die Lesegeschichte der Phantasie Raum zur Neuschöpfung biete. Denk an den Reiz, beim Lesen gewissermaßen selber inszenieren zu dürfen! sagte er.

Da wußte ich denn auch gleich: „Madam" hatte recht, ich mag ein noch so guter Wrschowitz gewesen sein; an den, den ihre Phantasie sich geschaffen hatte, konnte er nicht heranreichen. Die beste Darstellung ist immer weniger als das Werk mit der Phantasie als Regisseur. Ich werde das einmal der „Madam" sagen, aber auch hinzufügen, vor der „Selbstinszenierung" stünde nun einmal das Buch – und welches Mittel fördere den Vertrieb eines Buches mehr als dessen Verfilmung? VALENTIN POLCUCH



Mit der Drohung, sich zu verbrennen, antwortet Angela (Anne Bennent) auf Roberts Gefühlskälte. FOTO: KÖVESDI

Verzwickte Dreierbeziehung – alle machen's falsch

Die Nackte des Clans

Als Zehnjährige gab sie in Hans W. Geissendörfers Horror-Krimi „Eltern" (1973) ihr Debüt auf der Leinwand, die kleine Anne Bennent, Tochter des Schauspielers Heinz Bennent und der Schweizer Tänzerin Paulette Renou. Sie spielte ein Mädchen, das von seinen totgeglaubten Eltern des Erbes wegen in den Wahnsinn getrieben werden soll.

Sie wirkte damals wie eine jener hintergründig verschlagenen Gören, die Edward Gorey in seinen bitterbösen Cartoons aufs Papier geworfen hat: ernst, fast schwindsüchtig, den Blick starr ins Weite gerichtet. Gleichzeitig jedoch hatte sie die Grandezza einer Dame. Die Kritiker jubelten, die Kleine beherrsche das Repertoire einer großen Mimin.

Anne verstärkte den positiven Eindruck, den sie gemacht hatte, drei Jahre später in Geissendörfers „Wildente", wo sie – wieder *neben ihrem* Vater – das scheue Mädchen Hedwig war. Sie habe, meinte jetzt sogar ein Kritiker, glatt einen Oscar verdient. Fortan galt sie als meistversprechendes deutsches Nachwuchstalent, wurde 1977 mit dem Berliner Förderpreis für Film, Funk und Fernsehen ausgezeichnet und fand 1979 internationale Beachtung als „Lulu" in der modernen Wedekind-Verfilmung von Walerian Borowczyk, sorgte wohl auch für einen kleinen Skandal, denn Lulu alias Anne huschte ausschließlich als wohlgeformter Nackedei durch die Handlung, während Vater Heinz grimmig den Liebhaber des irregeführten Mädchens mimte.

In Georges Moorses 1981 gedrehtem, in Paris mit dem „Prix Mabuse" *ausgezeichneten Film „Brandmale"* ist Anne die Verkäuferin Angela, angestellt in einem Kräuterladen. Sie durchlebt mit dem Musik-Kritiker Robert (Hub Martin), den sie liebt, ein Wechselbad der Gefühle. Denn Robert kann nicht so kompromißlos sein wie Angela und ist der Intensität ihrer Empfindungen nicht gewachsen. Er flieht vor ihr in die Liebe der Cellistin Bettina (Gila von Weitershausen).

In unserer Kritik dieses Films hieß es damals: „Anne Bennent hat mit gelegentlichen Temperamentsausbrüchen der Angela Schwierigkeiten, mimisch jedoch ist sie enorm ausdrucksfähig ... Der Film ist ernst, aber nie larmoyant. Er wertet nicht. Keine der handelnden Personen verhält sich richtig. Die Voraussetzungen für richtiges – also nicht verletzendes – Verhalten wären von jedem

Brandmale – ARD, 23 Uhr

selbst zu erarbeiten. Möglich, daß sie erlernbar sind. Das ist der behutsame Optimismus dieses Films."

Anne Bennent hat der frühe Lorbeer offenbar nicht geschadet. In München hat sie das französische Gymnasium absolviert und in Paris die Schauspielschule besucht. In München stand sie wiederholt auf der Bühne. Unlängst war sie dort die Ophelia in der Residenz-Theater-Aufführung des „Hamlet", während Vater Bennent, einer der meistgefragten deutschen Schauspieler, sich auf Strehlers „Dreigroschenoper" vorbereitete, die in Kürze im Pariser „Chatelêt" Premiere haben wird. Bennent wird darin Partner seines Sohnes David (22) sein, der mit sieben Jahren in der „Blechtrommel" als Oskar Matzerath ähnlich spektakulär wie seine Schwester debütierte.

DORIS BLUM

ARD

9.45 Info: Gesundheit
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 Vertrauen gegen Vertrauen

14.15 Tagesschau
14.20 Hockey-WM
Indien – Deutschland
16.00 Frauengeschichten
Von Helmuth Weiland
Dagmar Koller lernte Tanz, Schauspielerei und Gesang. Anfang der 60er Jahre trat sie in Operetten in Kanada, den USA sowie Köln, Hamburg und Berlin auf. Sie arbeitete mit Curd Jürgens, Hans-Joachim Kulenkampff und Giuseppe di Stefano.
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Donnerlippchen
Mit Jürgen von der Lippe
Autor: Michael Hill
Regie: Klaudi Fröhlich
21.00 Kontraste
Themen: Sterilisation von geistig Behinderten. Strahlenkonservierung von Lebensmitteln. Deutsch-deutsches Umweltabkommen ohne die Elbe. Rudolf Bahro
21.45 Dallas
Maskerade
22.30 Tagesthemen
23.00 Brandmale
Von G. Moorse und M. Wittich
George Moorse variiert das Thema einer Dreiecksgeschichte, wie sie sich täglich und überall ereignen könnte: Die Liebesbeziehung zwischen Robert und Angela ist nicht ungetrübt, denn Robert lehnt die traditionelle Rolle des Beschützers ab. Eher unsicher und ängstlich, flüchtet er sich in Sachlichkeit und Kühle.
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken

ZDF

12.10 Video des Jahres
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

16.00 heute
16.04 Schneeweißchen und Rosenrot
Scherenschnittfilm
16.15 Pfiff
Mit Christa Gierke
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Mit dem Kopf durch die Wand
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Der Untermieter
Familienglück
19.00 heute
19.30 Kaum ein Morgen ohne Sorgen
Erntetage an der Wümme
Reportage von Ursula Scheicher
20.15 Wetterleuchten um Maria
Deutscher Spielfilm (1957)
Mit Marianne Hold, Wolf Albach-Retty, Viktor Staal, Kai Fischer, Ruth Kappelsberger
Regie: Luis Trenker
Die Jagd nach Wilddieben bringt die Bevölkerung gegen Oberförster Thomas auf, als er den Heimerer-Sepp als Wilderer entlarvt. Als dann auch noch der Bürgermeister von dem jungen Jäger in Notwehr erschossen wird und die Zeugin Kathrin falsche Angaben macht, verbreiten die Dorfbewohner das Gerücht, Thomas habe *den Dorfoberen ermordet.*
21.45 heute-journal
22.05 Fernseh-Grüße von West nach Ost
Videofilm
22.50 Karl Richters Vermächtnis
Film von Tobias Richter
Mit Karl Richter, 1981 mit 54 Jahren einem Herzanfall erlegen, verlor die deutsche Musikwelt eine ihrer profiliertesten Persönlichkeiten.
0.05 heute

III.

WEST
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Programme der Landesstudios
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Olrik Breckoff: Mein Riga
20.45 Hannah Arendt
Vor 80 Jahren geboren
21.00 Formel Eins
21.45 Wolf-Mahn-Porträt
22.15 Deutscher Alltag
Porträt zweier Buchhändlerinnen
23.00 Wie uns die Nachbarn sehen
Von Wackersdorf bis Cattenom
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Der Aufschwung und die Ausgeschlossenen
Film von Konrad Falter
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Wirtschaftsmagazin
21.00 Greg
Italienischer Fernsehfilm
Regie: Francesco Laudadio
22.30 Dialog
Fritz J. Raddatz im Gespräch mit Elisabeth Noelle-Neumann

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Zwei unter Millionen
Deutscher Spielfilm (1961)
Mit Hardy Krüger, Loni von Friedl
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur aktuell in Hessen
22.30 Clara von Arnim
In den Spuren Bettinas
23.30 Focus on Jazz

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.33 Zoos der Welt
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.30 Reise gegen das Vergessen
Frankreich
20.15 Paul Leni
Filme mit Liebe gebaut
Dokumentation von Hans Beller
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Das Verhör
Französischer Spielfilm (1981)
Mit Lino Ventura, Romy Schneider
Regie: Claude Miller
22.40 Mietrecht

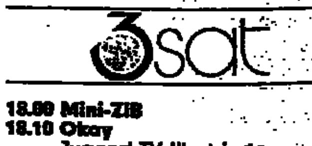
BAYERN
18.15 Wir und die Kinder
18.45 Rundschau
19.00 Der direkte Draht
19.56 Z. E. N.
Spiegelgalerie, Herrenchiemsee
20.00 Zwischen Wasserfall und Sumpf
20.45 Krebs bei Kindern
21.30 Rundschau
21.45 Begegnung am Vormittag
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Regie: Clint Eastwood

SAT 1

15.35 Lassie
16.00 Drei Mädchen und drei Jungen
17.00 Western von gestern
Wie vom Winde verweht
Anschließend: Jazz d'Antibes
18.00 Verliebt in eine Hexe
Anschließend: Goldies
18.30 APF blick
18.45 Schirm, Charme, Melone
Der Geist des Duke von [illegible]
19.45 Love Boat
Eine nicht ganz alltägliche Liebe
20.40 Airwolf
21.30 APF blick
22.15 F. A. Z. extra
22.45 Vegas
Mit Tony Curtis
23.55 APF blick



19.00 „Einfahrt auf Gleis 7"
Hinter den Kulissen des Frankfurter Hauptbahnhofs
19.45 Recht für jeden
Moderation: Tilman Steiner
20.00 Tagesschau
20.15 Familie
Fernsehspiel von Gert Weymann
Nach dem Schauspiel „Die hölzerne Schüssel" von Edward Morris
Regie: Peter Beauvais
„Entweder der Vater geht, oder *ich verlasse das Haus!" Vor diese* Alternative werden die Brüder Paul und Walter Bauer von Walters Ehefrau Clara gestellt.
21.55 Das makellose Schwert
Japanischer Spielfilm (1945)
Regie: Kenij Mizoguchi
23.00 Begegnung
Mit Christian Friedrich Daniel Schubart. Von Arno Görke
23.30 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Okay
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Ein zauberhaftes Biest
Angie und Papas Abenteuer
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Thema: Aids
0.40 Nachrichten



18.15 Deutsche Szene/Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Die Helios-Nadel
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Liebe Eltern
Ital.-franz. Spielfilm (1973)
Mit Maria Schneider, Catherine Spaak. Regie: Enrico M. Salerno
22.03 RTL-Spiel
22.05 Popeye
22.10 Blick in die Welt
22.20 Ein Star kommt selten allein
Howard Carpendales Tournee
22.50 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final

Köln darf nicht feiern

LBo. – Es ist gar nicht so einfach, Feste so zu feiern, wie sie fallen. Das mußte jetzt die Universität Köln bitter erfahren. Und zu allem Überfluß versucht ihr auch noch die Kultusbürokratie den Schwarzen Peter zuzuschieben. Aber die Tatsachen sind eindeutig.

Die Universität Köln ist die Patenuniversität der Universität Breslau. Und weil die Breslauer Alma mater in diesem Jahr ihr 150jähriges Bestehen feiert, planten die Kölner aus diesem Anlaß einen Festakt. Aber daraus wird nun nichts. Die Universität Köln wie auch die Universität Bonn wurden nämlich sozusagen unter Kuratel gestellt, weil sie sich als einzige weigerten, die Hochschule in eine Gruppenuniversität umzuwandeln. Die NRW-Wissenschaftsministerin Anke Brunn, erbost über soviel Renitenz, verordnete den beiden Hochschulen einen Staatskommissar. Und wenn der auch mit dem bisherigen Rektoren identisch ist, so darf er doch nur administrative, jedoch keine repräsentativen Tätigkeiten ausüben. Das Feiern steht ihm nicht zu. Deshalb wird es keinen Festakt der und in der Kölner Universität für Breslau geben.

Trotzdem fällt die Feierlichkeit nicht ins Wasser. Man wird sich am 15. November im Kölner Gürzenich zu diesem Zweck versammeln. Allerdings wird dieser Festakt vom Auswärtigen getragen, vom Gerhard-Möbius-Institut für Schlesienforschung an der Universität Würzburg, vom in Würzburg residierenden Kulturwerk Schlesien, von der in Mainz angesiedelten Historischen Kommission für Schlesien und von dem Verband der Absolventen der Universität Breslau.

Daß dieser Veranstaltung ein ministerialer Segen zuteil geworden sei, war allerdings bislang nicht zu hören. Wie sagte einst Bismarck? „Sie müssen nicht glauben, daß man dadurch, daß man Minister wird, sofort wesentlich klüger und einsichtiger wird."

Hermann Preys Schubert-Marathon in Bad Urach

Wechselbad, musikalisch

Ein Vorwurf Hermann Preys an Bad Urach kann Schuberts Liedzeile von der unbeständigen Stadt aus der „Winterreise" schwerlich sein. Denn in der kleinen Kurstadt am westlichen Rande der Schwäbischen Alb, eine gute halbe Stunde von Stuttgart entfernt, fanden in diesem Jahr zum 6. Mal die herbstlichen Musiktage statt, die Hermann Prey auf die Beine gestellt hat.

Die musikalische Ehe zwischen Bad Urach und Prey ist fruchtbar. Beide haben sich aufeinander eingespielt und sich aneinander gewöhnt, ohne daß sie sich gegenseitig ermüdeten. Im Gegenteil: Prey spornt die Atmosphäre des schwäbischen Thermalbades, in dem einst Württembergs Herzöge residierten, zu wahrhaft majestätischen Kraftanstrengungen an. Er sang Schubert-Liederabende innerhalb von acht Tagen. Das ist selbst für einen erfahrenen und musikalisch sattelfesten Bariton wie Prey eine Herausforderung. Er nahm sie mit dem Pianisten Leonard Hokanson an und reüssierte.

Seinem Schubert-Marathon stellte Prey zum Einsingen gewissermaßen einen Abend mit Liedern und Balladen nach Texten von Friedrich Schiller voran. Es folgten die „Schöne Müllerin", ein Goethe-Abend, die „Winterreise", ein gemischter Abend mit Liedern nach Texten verschiedener Dichter von Klopstock bis Rellstab und zum Abschluß schließlich der „Schwanengesang". Der gesundheitlich angekratzte Prey durchlebte und durchlitt Schuberts Wechselbäder der Stimmungen, die immer den Beigeschmack düsterer Melancholie haben und von den Zweifeln eines Vereinsamten erzählen. In der „Winterreise" gab es Momente ungebrochenen Einklangs, wo Preys Stimme klar und nachdenklich, Hokansons Tastenspiel weich und verständnisvoll klangen.

Sänger und Pianist interpretierten nicht schroff. Ihr Schubert fiebert nicht zwischen Hitzewallungen eines Fortissimo oder dem Schüttelfrost eines Pianissimo in Moll – der Schubert made in Bad Urach klingt wie aus dem Thermalbad: entspannt und erholt. Es kommt kein Schwelgen in Romantik auf. Die Melodien versakken nicht in vordergründiger Melancholie. Preys Schubert ist echt, reif und getragen von der Serenität des Künstlers. Daß am Ende des Schubert-Marathons mancher höhere Ton rauh wirkte, manche Betonung ermattete, ist zu verzeihen.

In der restaurierten Festhalle haben sich die Musiktage Bad Urach eine akustische Heimstatt geschaffen, wo im Gegensatz zum prunkvollen Palmensaal und der gotischen Amanduskirche auch die Optik stimmt. Dort stehen Säulen dem freien Blick im Weg. Im Gegensatz zum Publikum mag das Leopold Hager in der alten Amanduskirche wenig gestört haben, wo er Schuberts Messe in Es-Dur (D.950) mit dem Radio-Sinfonieorchester Stuttgart und dem Südfunkchor dirigierte.



Durchlitt Schuberts Stimmungs-Wechselbäder: Hermann Prey FOTO: DPA

In Urach herrscht künstlerisch keine Kurbehäbigkeit. Fürs nächste Jahr ist selten gespielter Beethoven angesagt (Oratorium „Christus am Ölberg", Kantaten auf Joseph II., schottische und andere Lieder), garniert mit Leckerbissen wie dem Gespann Peter Schreier und Norman Shettler, die „An die ferne Geliebte" zu Gehör bringen werden, oder Michael Gielen, der die Missa solemnis mit dem Sinfonie-Orchester des Südwestfunks, dem Chor des Singvereins der Musikfreunde Wien und namhaften Solisten aufführen wird. Dieses Programm und die lange Gästeliste stellen einen Beweis dafür dar, daß die Zusammenarbeit zwischen Prey und Bad Urach funktioniert und nicht zur Selbstdarstellung eines bekannten Baritons verödet, der Kunst und Kur verkauft.

FERRY KEMPER

Krefeld: S. Matthus' Oper „Judith" nach Hebbel

Als wär's von Donizetti

Der 53jährige, in Ost-Berlin wirkende Siegfried Matthus ist gewiß einer der produktivsten Bühnenkomponisten, dessen Erfolg mit jeder seiner sechs Opern gewachsen ist. Nach der „Rilke"-Vertonung erfuhr nun die 1985 uraufgeführte „Judith" in Krefeld-Mönchengladbach ihre westdeutsche Erstaufführung.

Das Libretto hat der Komponist nach dem gleichnamigen Hebbel-Drama und Texten des Alten Testamentes gestaltet. Er zielt nicht auf eine einengende aktualisierende Deutung des Judith-Themas, wie es jüngst noch Rolf Hochhuth unternahm. Großes Welttheater von klassischem Zuschnitt war eher das Ziel Matthus'. In der Gestalt der Judith und ihres faszinierenden babylonischen Widersachers Holofernes, durch dessen Enthauptung Judith das Volk der Hebräer zu befreien meint, symbolisieren sich die ewigen literarischen Themen des Verhältnisses von Individuum und Gesellschaft, der Gottsuche, des Tyrannenmordes und des Geschlechterkampfes.

Matthus komponierte in zeitgenössischer Klangsprache eine Grande Opéra der überlieferten Formen. Ausgedehnte ariose Monologe, auftrumpfende Chöre sowie A-cappella-Duette erinnern den klassisch geschulten Zuhörer immer wieder an die Großen der Opernzunft, an Wagner, Strauss und Verdi. In der mit Harfen, Piccoloflöten, Zimbeln und Celesta unterlegten Schlußszene der Judith glaubt man sich sogar in die aufwühlende Wahnsinnsszene einer Donizetti- oder Bellini-Oper versetzt.

Da liegt der Vorwurf des Eklektizismus natürlich nahe. Doch Siegfried Matthus hat zweifellos eine außergewöhnliche Bühnenmusik geschaffen, die ihre volle Wirkung allein in der szenischen Realisierung entfaltet, hingebungsvoll unterstützt von den Niederrheinischen Sinfonikern unter der Leitung von Reinhard Schwarz. Eike Gramss sowie das Ausstattungsteam Eberhard Matthies und Renate Schmitzer fanden für das Werk überzeugende szenische Entsprechungen. In einem weitgeöffneten, blutig symbolischen Bühnenraum, der die verschiedenen Handlungsdimensionen verdeutlicht, an reichhaltiger Bühnenmaschinerie nicht spart und die Verstrickungen der Hauptfiguren manchmal allzu wörtlich illustriert, erarbeitete Gramss eine Inszenierung der großen, unmißverständlichen Gesten.

Das von Identitäts- und Existenzängsten gebeutelte Paar Judith und Holofernes kann sein Innenleben in plakative Aktion übersetzen. Überzeugender als in der dramatischen Judith der Christa Ranacher und dem Holofernes des Baritons Monte Jaffe läßt sich die Sache des zeitgenössischen Musiktheaters kaum vertreten. Das Ensemble wurde vom Krefelder Publikum mit großer Begeisterung gefeiert.

ALBIN HÄNSEROTH

Nächste Vorstellungen: 26., 27., 29. Oktober; telefonische Kartenvorbestellung: 02151 / 23902

Zurück in die Hallen, des Wetters wegen: Das wechselhafte Schicksal der römischen Filmstadt „Cinecittà"

Doch Fellini blieb diesem Ort stets treu

Vor wenigen Jahren wurde sie totgesagt – Cinecittà, Roms Filmstadt, das europäische Hollywood am Tiber. Die großen Atelierhallen, die riesigen Werkstätten, die endlosen Requisitenkammern mit dem größten Fundus Europas, die Swimmingpools und das Wild-West-Dorf lagen gähnend leer. Nach den Jahren des Booms im italienischen Film, nach der Welle des Neorealismus, den Kolossal-Streifen im US-Stil traf die Filmkrise auch die Filmstadt vor den Toren Roms. Man sprach von seiner Schließung.

Einer hielt aus, aus Beharrlichkeit, aus Optimismus, vielleicht aus Gewohnheit. Der große Altmeister des italienischen Films, Federico Fellini, Schöpfer des legendären Leinwandwerkes „Das süße Leben", lebte und lebt praktisch in diesem Ambiente. Seit dreißig Jahren hat er sein Büro vorne rechts in einem Flügel neben dem Haupteingang. Die Räume sind gleichzeitig seine zweite Wohnung, mit Bett und Bad. In der Halle fünf im Zentrum des Geländes entstanden fast alle seine Filme, ob „Achteinhalb", „Die Nächte der Cabiria", ob „Satyrikon" und „Roma", ob „Casanova" und „Ginger und Fred", sein bisher letztes Meisterwerk.



Grabsteine, Helden, Putten und geflügelte Drachen: Blick in eine der Requisitenkammern der römischen Filmstadt „Cinecittà" FOTO: ZOLTAN NAGY

Fellini hielt aus, aber vergessen waren die Jahre, in denen hier das große Spektakel mit Liz Taylor und Richard Burton vor und hinter der Kamera ablief. Der Film hieß „Kleopatra" (1963) und wurde ein Welterfolg, hauptsächlich wegen der von der Presse bis ins Hysterische hochgejubelten Liebesgeschichte zwischen den beiden Hauptdarstellern, die sich hier ineinander verliebten – und das auch zeigten.

Als vor einigen Jahren auf dem Höhepunkt der Krise ganze Säle voller alter Filmrequisiten versteigert wurden, pilgerten Tausende von Römern zu dem einst weit vor der Stadt gelegenen Gelände mit den kasernenartigen Hallen, um den berühmten Diwan zu bestaunen, auf dem es Liz und Richard hinter den Kulissen während der Drehpausen getrieben hatten. Der Erlös bei der Versteigerung war hingegen mager: Niemand wollte das Ding haben, es ging für wenige hundert Mark weg.

Immerhin hatte das, was in Cinecittà passierte, Hollywood-Format. Es handelte sich wirklich um Show-Business. Dann kam die Zeit der Regisseure, die Atelieraufnahmen für zu teuer und aufwendig erklärten. Sie zogen mit Bussen und Lastwagen über Land und kurbelten ihre Epen billig vor Gratislandschaften herunter, die, zugegeben, in Italien etwas hergeben.

Bis zu den Jahren 1980/81. Die Regisseure und Produzenten waren die Landstraße leid, alles war dem Zufall überlassen, vor allem das Wetter. Sie strömten in die sicheren Hallen zurück, mit Achtstundentag, naher Kantine und festen Pausen. Bereits im Sommer 1982 ist Cinecittà wieder ausgebucht. Die großen Namen von Kamera und Leinwand treffen sich täglich in den schattigen Alleen des Riesengeländes: Fellini, Ferreri, Leone, Wertmüller, Olmi, Bellocchio. Da kommen Ausländer wie Jean-Yves Prate, Andrei Jannick, Jean-Jacques Beineix. Unter den Schauspielern sind Ava Gardner und Robert de Niro, Anthony Quinn und Hanna Schygulla. Gérard Depardieu und Fanny Ardant, Fernando Rey und Nastassja Kinski.

Zeffirelli dreht seine „La Traviata" ausgerechnet in jener Halle fünf, die Fellinis Domäne ist, der deshalb auf die Warteliste kommt – etwas noch nie Dagewesenes. Als Staatspräsident Pertini den Regisseur Zeffirelli auf dem Set besucht, bemerkt Fellini trocken: „Er wurde in einem prunkvollen Salon empfangen, während ich wie ein Arbeitsloser die Blumenbeete zwischen den Hallen bewässerte." Deshalb mußte der Drehbeginn für den Fellini-Film „E la nave va..." (Und das Schiff läuft aus...) verschoben werden.

In diesen Wochen begannen die Feierlichkeiten für das halbe Jahrhundert des Bestehens von Cinecittà. Ein exaktes Datum für den Geburtstag gibt es offiziell nicht. Das hat seinen Grund. Cinecittà entstand unter der Ägide des Faschismus, um dem Regime eine nationale, zentrale Filmproduktion mit Propagandafunktion zu schaffen. Am 29. Januar 1936 legte der „Duce", Benito Mussolini, eigenhändig den Grundstein. Er war sein eigener Goebbels. Am 27. April 1937 weihte der Diktator die in dieser kurzen Frist fast fertiggestellte Filmstadt ein. In Kern und Struktur ist die Anlage beinahe unverändert.

Die Jahre des Regimes sind ein fast groteskes Musterbeispiel für Korruption und Vetternwirtschaft unter einem Diktator: Sein Sohn Vittorio tritt als Produzent, Drehbuchschreiber, Oberaufseher, Filmverleiher und Chefredakteur einer Filmzeitschrift auf; ein anderer Mussolini-Sohn, Bruno, versucht sich als Drehbuchschreiber; die Schwester der Mussolini-Geliebten Clara Petacci wird sofort eine Diva; die meisten weiblichen Stars sind Mätressen der Parteibonzen.

Kein Wunder, daß sich internationales Niveau nicht so recht einstellen wollte. Es blieb meist bei belanglosen Filmchen. Die Autoren Lietta Tornabuoni und Oreste Del Buono schreiben 1980 in ihrem Buch „Es war einmal Cinecittà" (also kurz vor dem Erwachen aus dem Dornröschenschlaf): „Mehr als einem Hollywood ähnelt Cinecittà in den Jahren des Faschismus dem Filmzentrum einer kleinen latein-amerikanischen oder mittelöstlichen Diktatur oder einer asiatischen Monarchie."

Das ist alles ferne Vorgeschichte. Seit Jahren läuft die Produktion auf hohem Niveau und auf Hochtouren. Johannes Schaaf drehte hier 1985 „Momo" nach Michael Endes Roman. Die Brüder Taviani machen „Good morning Babilonia", Fellini beginnt jetzt „Das Interview", wieder einen autobiographischen Film, Montaldo macht „Ein Tag davor", Castellani und Pipolo, die renommierten Spaßvögel, kurbeln an „Das Kaufhaus", Ettore Scola an „Die Familie", Roberto Russo an „Francesca gehört mir" und Mauro Bolognini an „Moskau Ade".

Wer als Filmreporter und Kritiker einen Treff sucht, braucht beinahe keine Verabredung mehr. Man stolpert fast über die genannten Regisseure, über Darsteller wie Erland Josephson und Jacqueline Bisset, Mario Adorf und Liv Ullmann, Irene Papas und Terence Stamp. Es handelt sich um ein weiteres „Miracolo all'Italiana", ein Wunder auf italienische Art: Cinecittà lebt (wieder).

JÜRGEN VORDEMANN

Chabrols Film „Lavardin oder die Gerechtigkeit"

Zynisch wie Diogenes

Von den erstaunlich differenzierten Eigenschaften, die Claude Chabrol dem psychologisch genormten Typen seines Krimi-Puzzles „Lavardin oder die Gerechtigkeit" nachsagt, überrascht am meisten, daß dieser Inspektor (Jean Poiret) ein „Zyniker wie Diogenes" sein soll. Das nimmt ihm vielleicht die nachbetende, an „Bedeutenderes gewöhnte Gemeinde der Chabrologen" ab. Aber wie Lavardin mit dem verzwickten Mordfall in der reichlich angeknacksten Familie fertig wird, ist er mehr ein im Werbegeschäft steif sich durchlächelnder Père Noble, der selbst mit sieben Sorten Zahnpasta nicht über seinen Mangel an Biß hinwegtäuscht. (Den Tick hatte er schon in Chabrols „Hühnchen in Essig" – das es hier abermals zu essen gibt.)

In einer Kleinstadt der nordfranzösischen Region Dinan-Dinard wird der hochangesehene Schriftsteller Raoul erstochen aufgefunden; auf seiner nackten Leiche steht mit Lippenstift das Wort „Porc". Daß er ein Schwein war, bringt Lavardin erst heraus, wenn sich nacheinander alle durch absonderliches Verhalten verdächtig gemacht haben. Witwe Hélène (Bernadette Lafont) mußte ihren ersten Mann Pierre austauschen gegen Raoul, sonst hätte der die Familie ruiniert; ihr somnambules Glotzen in die Vergangenheit wäre damit erklärt. Daß Lavardin vor 20 Jahren mit ihr liiert war, erschwert natürlich die Ermittlung.

Ihr schwuler Bruder Claude (Jean-Claude Brialy), dessen Frau mit Pierre abgehauen ist, sammelt Augennachbildungen prominenter Leute wie Dali, Pompidou und sogar vom blinden Ray Charles. Er wird erpreßt von dem Rauschgiftler Francis, der ihn an der Leiche gesehen hat. Dabei hat Claude sie nur aus einer spießbürgerlichen Lusthöhle geschafft, wo seine 13jährige Nichte Veronique sich ihres lüsternern Stiefvaters Raoul nur durch einen tödlichen Stich erwehren konnte. Lavardins „Gerechtigkeit" unter solchen moralischen Strapazen sieht dann so aus: Er überzeugt den miesen Augenzeugen Francis, nicht Claude an der Leiche gesehen zu haben, sondern den zwar unbeteiligten, aber rundum unsympathischen Nachtclub-Chef Max. Chabrol zu dessen Verhaftung: „Das ist sicher nicht moralisch, aber die Leute sehen es lieber..." Juristisch schlägt das dem Faß den Boden aus, damit sich drinnen einer als Diogenes ausgeben kann.

Den Stammgästen von Chabrols Pariser Cineasten-Zirkel ist das schick genug. Auch mögen die sich an Hochrechnungen begeistern wie: Der Augenmacher Claude stehe für den „bösen Erschaffer der Welt" (was ja auf französisch etwas mitreißender klingt). Daß die Schauspieler allzu literarisch belastet werden, soll aber nicht von der eigentlichen Bildherrschaft des Krimis ablenken. Harte Farben, scharfe Konturen, malerische Sequenzen, nichts Verhuschtes, und alles ästhetisch kalkuliert, daß man überall die Regieanweisungen mitzuhören glaubt.

Oft scheint sich das rätselhafte Getue der Bourgeoisie nur den schönen Bildern zuliebe fortzuspinnen, um mit Interieurs zu prunken, mit Stoffmustern, Landschaft, Kleinstadtromantik. Aber noch da wird der Straßenverkehr wohl überlegt, wenn's auch nur zwei Nonnen sind, die mit weißen Hauben am goldenen Schnitt der Szene vorüberradeln.

Wenn Chabrol meint, er habe „zum ersten Mal eine Hauptfigur, die durch Intelligenz brilliert", so liegt die wohl mehr im Drehbuch als im Spiel. Sichtbarer intelligent wirkt jedenfalls die Kamera von Jean Rabier.

ARMIN EICHHOLZ



Er entwickelt eine recht eigenwillige Auffassung von Gerechtigkeit: Jean Poiret als Inspektor Lavardin FOTO: CONCORDE

Zürich: Engelmanns „Hochzeitsfahrt" uraufgeführt

Nur eine Zangengeburt

In der Schweiz ist man seit langem und fast hysterisch darum bemüht, neue Dramatiker zu entdecken. Als ob sie auf den Bäumen wüchsen! Man fördert sie, bevor sie überhaupt entdeckt worden sind.

Auch im Falle des jungen Dramatikers Philipp Engelmann, den das Zürcher Schauspielhaus jetzt mit seinem Erstling „Die Hochzeitsfahrt" herausgebracht hat, handelt es sich um eine Art Zangengeburt. Eine Theaterzeitschrift hatte einen Wettbewerb ausgeschrieben für junge Schweizer Dramatiker. Es gab weit über hundert Einsendungen. Daß sich die Jury, vor allem also Schweizer Dramaturgen und der Direktor des Schauspielhauses, Gerd Heinz, für Engelmann als ersten Preisträger entschieden, läßt darauf schließen, daß die anderen Stücke noch schlimmer gewesen sind.

Heinz erklärte sich bereit, das Stück aufzuführen. Dramaturg Dieter Bachmann reduzierte das ursprünglich über vier Stunden lange Opus auf etwa drei Stunden. Aber auch das ist, wie die Uraufführung erwies, noch viel zu lang. Dabei geschieht fast nichts. Es wird nur geredet und geredet auf einem Schiff, das mit einer Hochzeitsgesellschaft über den Thuner See fährt. Die zahlreichen Mitglieder der beiden Familien haben sich jedoch nichts zu sagen. War es da wirklich nötig, das Schiff respektive das Stück mit rund 25 Personen zu beladen?

Man erahnt eine Story: Der reiche Sohn eines schweizerischen Industriellen muß die Tochter eines Vorarbeiters heiraten, weil er sie geschwängert hat. Da taucht seine rächende, weil von ihm verlassene Geliebte auf, mit einem Dolch im Gewande – und einer brandroten Perücke bewaffnet. Bei Engelmann über ihre Mord-Motive befragt: „In meinen Schoß hat er abgesamt, und zwar à discretion." Und in diesem Jargon geht's munter weiter.

Auf dem Schiff befinden sich auch noch drei internationale Geschäftsfreunde des Unternehmers als Quasi-Conférenciers. Sie reden Leitartikel aus Hinterhupfingen. Der eine trägt um seinen Hals ein schwarz-weiß-rotes Band, an dem ein Eisernes Kreuz hängt. Denn just an dem betreffenden Tag, dem 28. Juni 1914, wird der österreich-ungarische Thronfolger nebst Gattin in Sarajewo ermordet, was bekanntlich zum Weltkrieg führte. Die drei Herren auf dem Schiff zitieren dazu das Kriegsgedicht „Serbien muß sterbien" (das erst Wochen nach dem Attentat in Berlin entstand).

Regisseur Gerd Heinz wurde nach der Aufführung von der Schweizer Kritik scharf kritisiert. Dabei wollte er seinem unzufriedenen Publikum doch nur beweisen, wie schweizerisch er inzwischen geworden ist. Aber verfügt er wirklich über keine besseren Schauspieler? Einige waren ja sogar noch schlechter als ihre Vorlagen.

Zuletzt geht das Schiff unter, ohne jeglichen Zusammenhang mit dem „Inhalt", nur weil es dem Autor so gefällt. Die Geretteten treten dann noch einmal in Unterhosen auf. Das wirkt immer komisch, schon seit Arnold und Bach. Die Leute lachten sehr.

Man hört, daß der Schweizer Dialekt Engelmanns streckenweise durch Hochdeutsch ersetzt worden sei, damit das Werk auch jenseits der Landesgrenzen gespielt werden könne. Doch keine Sorge, das wird wohl kaum geschehen. Übrigens: Schon in der zweiten Aufführung des Stückes war das Theater nur noch zu knapp einem Drittel besucht.

CURT RIESS

KULTURNOTIZEN

Die zwölf Cellisten des Berliner Philharmonischen Orchesters gastieren am 4. Dezember erstmals in Ost-Berlin.

„Schlesische Zeichnungen" von Wolfgang Neumann sind im Großen Rathaussaal in Duderstadt bis 2. November ausgestellt.

Münzen, Medaillen und Plaketten von Maximilian Dasio (1865–1954) sind bis 23. November im Stadtmuseum Fembohaus (Nürnberg) zu sehen. Der Katalog kostet 20 Mark.

Städte- und Landschaftsbilder der Vertreibungsgebiete aus dem Besitz der Ostdeutschen Galerie in Regensburg stellt das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung bis 7. November aus.

„Buddhistische Thangkas aus Nepal" werden bis 14. November im Bonner Kultur Forum gezeigt.

JOURNAL

Akademietagung 1987 über Ethik des Forschens

dpa, **Darmstadt**

Die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung will sich auf ihrer Frühjahrstagung mit ethischen Aspekten des Forschens beschäftigen. Wie Akademiepräsident Herbert Heckmann in Darmstadt erläuterte, soll das Treffen vom 14. bis 16. Mai nächsten Jahres in Bad Kreuz unter dem vorläufigen Titel „Faust heute" stehen. Nachdem bei den traditionellen Frühjahrs- und Herbsttagungen der Darmstädter Autoren-Vereinigung in den vergangenen Jahren vor allem sprach- und literaturwissenschaftliche Themen im Mittelpunkt standen, würden jetzt Probleme im Zusammenhang mit den Naturwissenschafen diskutiert werden.

Druckplatten Lesser Urys in Ost-Berlin entdeckt

dpa, **Berlin**

Zwei Radierplatten des Malers und Grafikers Lesser Ury (1862–1931) sind in der Kupferdruckerei des staatlichen Kunsthandels in Ost-Berlin entdeckt worden. Die beiden als Originalradierungen Urys identifizierten Arbeiten zeigen Berlin-Motive. Zum 750jährigen Bestehen Berlins soll dazu eine einmalige Auflage beider Blätter zu je 50 Exemplaren herauskommen. Lesser Ury war mit impressionistischen Gemälden und Grafiken über das Berliner Großstadtleben bekannt geworden. Der seit 1887 in Berlin lebende Künstler hatte seine Themen meist mittels leuchtender Farbigkeit und raffinierter Lichteffekte umgesetzt.

Rettung für das „Tal der Wunder"

dpa, **Nizza/Paris**

Die rund 100 000 geheimnisvollen Felszeichnungen aus der Bronze-Zeit im „Tal der Wunder", rund 80 Kilometer nördlich von Nizza, sind durch den Massentourismus bedroht. Deshalb soll Ende dieses Jahres in dem „Vallée des Merveilles" ein Museum errichtet werden. Im vergangenen Sommer hatten Vandalen versucht, die Darstellungen von Mensch und Tier aus den Felsen herauszuhauen. Schäden verursachen auch zunehmend Fotografen, die die schematischen Umrisse mit Kreide oder Steinen nachzeichnen.

„Focus" – Kanadische Kunst 1960 bis 1985

DW. **Köln**

Eine Sonderausstellung im Rahmen der „Art Cologne", dem internationalen Kunstmarkt Köln vom 13. bis 19. November, ist der kanadischen Kunst gewidmet. Unter dem Titel „Focus" stellt sie Arbeiten von mehr als zwanzig Malern, Bildhauern, Photographen und Video-Künstlern vor, die in den letzten 25 Jahren entstanden.

Paris erhält ein modernes Filmzentrum

AFP, **Paris**

Ein modernes Filmzentrum, das voraussichtlich 1990 eröffnet wird, entsteht im 13. Pariser Arrondissement an der Place d'Italie. Der Bau mit einer Nutzfläche von 33 000 Quadratmetern wird auf einem Gelände errichtet, das die Stadt Paris 1985 zum Preis von rund zehn Millionen Mark ursprünglich für den Bau eines Wohnhochhauses erworben hatte. Das Gebäude nach einem Plan des japanischen Architekten Kenzo Tange wird aus einem Mehrzweck-Saal, Büros, einem Hotel und einem Ausstellungsraum bestehen. Das Filmzentrum wird privat finanziert und verwaltet.

Kulturpreis für Junge Deutsche Philharmonie

AP, **München**

Die „Stiftung Institut für Kulturforschung" in München vergibt in diesem Jahr ihren Kulturpreis an die Junge Deutsche Philharmonie in Witten und Frankfurt. Mit dem mit 100 000 Mark dotierten Preis würdigt die Stiftung die „perfekte Musikalität" und das beispielhafte Engagement der Orchestermitglieder, Studenten verschiedener Musikhochschulen.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Inmitten der Flut von Polit- und Action-Krimis ein fast simpler Mord: Eine Patientin stirbt an einer Überdosis Schlaftabletten, ihr Psychologe spielt auf eigene Faust Detektiv, durchforscht das Umfeld der Toten (einen Lebensmittelkonzern) und gerät dabei selbst in Lebensgefahr. Bei der Schilderung erweist sich als Vorteil, daß der Autor selbst Psychologie-Professor ist, was zur Echtheit der Darstellung des Verhältnisses zwischen Therapeut und Patient beiträgt. Weil Kriminalroman wohl zu altmodisch klingt, nennt der Verlag den spannenden Band einen „schwarzen Thriller".

ohn

James A. Howard: „Der Tod prüft die Rechnung", Ullstein, 173 S., 7,80 Mark

Immer mehr Kinder werden chronisch krank

DRK geht mit Reha-Klinik in Bad Neuenahr neue Wege

URSULA POSNY, **Düsseldorf**

Nach einer Untersuchung des Deutschen Roten Kreuzes haben nicht nur Diabetes, Krebs und angeborene Stoffwechselstörungen im Kindesalter rapide zugenommen, sondern auch Krankheiten ohne erkennbare organische Ursachen. Schulangst, Enttäuschungen, Schuldgefühle – all das geht an der Seele eines Kindes nicht spurlos vorbei. Die magersüchtige 17jährige, die bis zur völligen Auszehrung hungert, gilt heute als typisches Beispiel.

Auf 250 Teenager kommt bereits einer, der an Magersucht leidet. Für jeden zehnten endet die Krankheit tödlich. Zunehmend sind auch Jungen betroffen. „Meist stecken massive Probleme im psychischen und sozialen Bereich dahinter", betonte Steffen Fliegel, Psychologe an einer neuartigen Rehabilitationsklinik für chronisch kranke Kinder und Jugendliche, die der DRK-Landesverband NRW am 1. November in Bad Neuenahr eröffnet.

Mitten im Kurzentrum gelegen, wurde ein ehemaliges Mütter-Kurheim für rund eine Million DM zu einem Haus für Kinder umgebaut. Ganz ohne hektische Betriebsamkeit und Krankenhausatmosphäre soll es dort zugehen. 36 Betten stehen zur Verfügung. Platz genug – notfalls in umliegenden Pensionen – ist auch für die Eltern.

Da chronische Krankheiten manchmal ihre Wurzeln in der Familie haben, umgekehrt das Familienleben selten heil bleibt, wenn ein Kind schwer erkrankt, steht die familienorientierte Behandlung im Mittelpunkt des Konzepts dieser Klinik. Vater oder Mutter, vielleicht auch die Großmutter, wenn sie die wichtigste Bezugsperson ist, reisen zur Behandlung mit an und werden in die Therapie eingebunden. Den Pflegesatz von 188 DM täglich übernehmen die Krankenkassen.

Da kann es besonders wichtig sein, daß chronisch kranke Kinder zusammen mit Eltern und Geschwistern lernen, mit ihrem Leiden zu leben. Psychologen, Kinderärzte und Sozialarbeiter helfen Kindern nach Krebsbehandlungen in Bad Neuenahr ihr Gleichgewicht zu finden. In anderen Fällen kann eine Abnabelung von den Eltern die sinnvollere Verordnung sein. Denn krank machen kann beides: das Überbehüten ebenso wie fehlende Zuneigung.

Nach der Devise „Sowenig stationär wie nötig, soviel ambulant wie möglich", setzt die Reha-Klinik besonders auf gute Kontakte zu den weiterbehandelnden Ärzten am Wohnort der jungen Patienten, denn „gerade die ambulante Nachbehandlung ist wichtig".

Mit ihrer von den Krankenkassen anerkannten Reha-Klinik will das Rote Kreuz nun eine Versorgungslücke zwischen Kinderklinik und Jugendpsychiatrie füllen. Daß ihr kinderfreundliches Haus in unmittelbarer Nähe zur Neuenahrer Spielbank gelegen ist, war bei der Auswahl des Standortes sicher nicht entscheidend.



FOTO: MANFRED VOLLMER

Der Garten ist den Deutschen teuer

DW. Bonn

Vor etwa 150 Jahren versuchte der Leipziger Arzt und Pädagoge Daniel Gottlieb Moritz Schreber, seine neue Idee zur Volksgesundheit zu verwirklichen. Diese Idee bestand darin, am Rande der Städte Spielplätze für Kinder und Nutz- und Erholungsgärten für Erwachsene zu schaffen. Schrebers Vorstellungen trugen Früchte, wie die Volkstümlichkeit der städtischen Gartenbaukultur belegt.

Die Beliebtheit von Gartenarbeit hat gerade in den letzten Jahren noch zugenommen. Während 1977 in einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach 55 Prozent aller befragten Erwachsenen in der Bundesrepublik eine Garten hatten, in dem sie oft oder manchmal arbeiteten, verweisen in einer vor kurzem veröffentlichten Markt- und Werbeträgeranalyse (10 000 Interviews) sogar 60 Prozent auf einen Nutz- oder Ziergarten. Für 31 Prozent gehört die Gartenarbeit zur regelmäßigen Freizeitbeschäftigung.

Es gibt eine Reihe von Hinweisen, an denen man ablesen kann, daß es heute vor allem um den Erholungswert des Gartens und auch um den Aspekt von Lebensfreude bei der Gartenarbeit geht. Das wird unter anderem daran deutlich, daß die Gärten heute überwiegend als Ziergärten genutzt werden. Während 1977 noch 30 Prozent ihren Garten hauptsächlich als Nutzgarten für Kräuter, Gemüse und Obst bearbeiteten, beschreiben heute 36 Prozent gegen 29 Prozent ihren Garten als Ziergarten.

Je näher man an größere Städte kommt, um so eher werden aus den Nutzgärten Ziergärten. Auf dem Lande haben – abgesehen von den Landwirten – 41 Prozent aller Befragten einen Garten, in dem sie hauptsächlich Gemüse anbauen, während in kleinen und mittelgroßen Städten eindeutig der Ziergarten (41 Prozent gegen 25 Prozent) im Vordergrund steht. 39 Prozent der Großstädter bezeichnen sich als Gartenbesitzer.

Seit der Antike schon wird der Garten als ein Ort der Muße, des Friedens und der Erholung von Dichtern und Philosophen gepriesen. Der Züricher Philosoph Hermann Lübbe sieht im Garten den Ort, an dem sich persönliche Lebenskrisen bewältigen lassen: „Sind einmal die Salatpflänzchen gesetzt, so wollen sie begossen sein, und daß sie gedeihen, ist über erhebliche Zeiträume hinweg eine verläßliche Quelle von Dauerfreude."

Gartenarbeit wird von vielen Menschen als eine Art Ausgleichssport empfunden. Das kann man auch an der Berufsstruktur der Gartenbesitzer ablesen. So haben 69 Prozent der leitenden Angestellten und Beamten einen Garten, in dem sie zu 35 Prozent „häufig" und zu 32 Prozent immerhin „ab und zu" bei der Gartenarbeit zu beobachten sind.

Die Bäder setzen auf „Aquarobic" und Wasserdisco

dpa, Köln

Der Bademeister soll zum „Animateur", das klinisch weiße Hallenbad zum bunten Treffpunkt werden: Mit neuen Konzepten wie „Wasserdisco" und „Aquarobic" wollen Nordrhein-Westfalens Kommunen den Besucherschwund in den rund 1500 Hallen- und Freibädern des Landes stoppen. Dazu soll auch „Treffpunkt Bad" beitragen, die gestern in Köln eröffnete Aktionswoche, in der viele Bäder bei ermäßigtem oder freiem Eintritt besondere Programme und Attraktionen bieten.

19jähriger erstochen

dpa, Peine

Unter dem Verdacht, einen 19jährigen Deutschen erstochen und zwei weitere junge Männer verletzt zu haben, sind in der Nacht zum Montag im niedersächsischen Edemissen sechs libanesische Asylbewerber festgenommen worden. Vorausgegangen war ein Streit in einer Gaststätte.

Drei Tote bei Autounfall

AP, Neu-Ulm

Drei Menschen kamen in der Nacht zum Montag bei einem Autounfall im Landkreis Neu-Ulm ums Leben, ein weiterer wurde schwer verletzt. Ursache war nach Polizeiangaben ein riskantes Überholmanöver.

Von Egge durchbohrt

dpa, Rot am See

Eine senkrecht aufgestellte Egge ist am Sonntag abend einem 53jährigen in Hilgartshausen (Kreis Schwäbisch-Hall) zum Verhängnis geworden: Beim Sturz vom Motorrad fiel der Mann mit dem Rücken in die Zähne des Geräts und wurde mehrfach durchbohrt. Er war sofort tot.

Piloten ohne Führerschein

SAD, Pittsburgh

Bis zu 16 000 Piloten, davon etwa 1000 hauptberuflich, fliegen nach Angaben der Zeitung „The Pittsburgh Press" durch Amerika, obwohl sie nicht Auto fahren dürfen. Ihnen ist nämlich wegen Trunkenheit am Steuer der Führerschein entzogen worden.

WETTER: Weiterhin mild

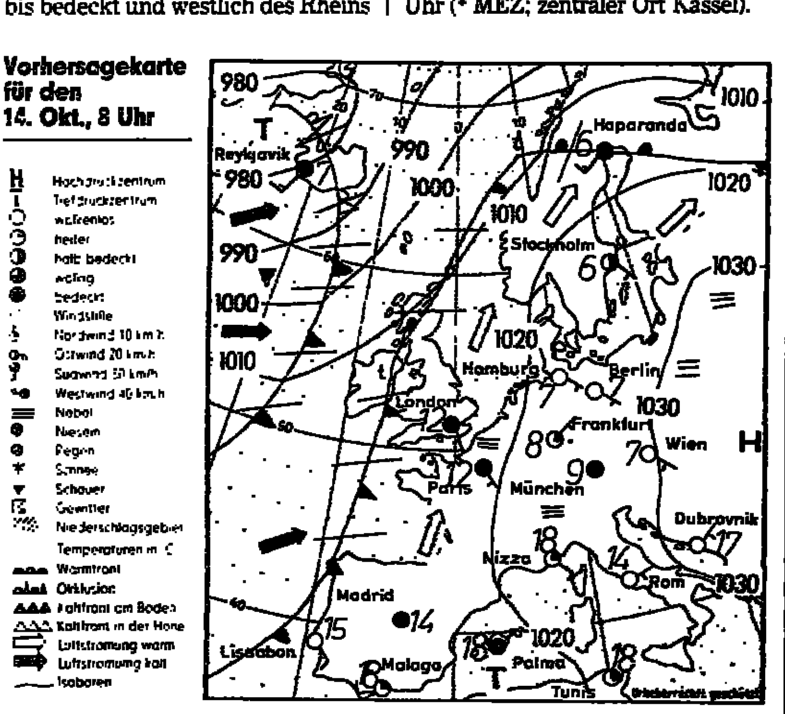
Lage: An der Westflanke des kräftigen russischen Hochs wird Mittelmeerluft in den Westen Deutschlands geführt.

Vorhersage für Dienstag: Zunächst in den Niederungen verbreitet Nebel oder Hochnebel. Nach dessen zum Teil zögernder Auflösung östlich der Weser noch sonnig, später auch hier, wie in den anderen Gebieten, wolkig bis bedeckt und westlich des Rheins vereinzelt Regen. Höchsttemperaturen 15 bis 20, nachts 9 bis 14 Grad, östlich der Elbe örtlich darunter. Allgemein schwach windig.

Weitere Aussichten: Noch keine durchgreifende Wetteränderung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.45 Uhr*, Untergang: 17.30 Uhr; **Mondaufgang:** 16.55 Uhr, Untergang: 3.39 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 14. Okt., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	18	wl
Bielefeld	17	wl
Braunlage	16	he
Bremen	15	wl
Dortmund	18	wl
Dresden	17	wl
Düsseldorf	18	he
Erfurt	13	wl
Essen	17	he
Feldberg/S.	14	bw
Flensburg	14	wl
Frankfurt/M.	16	he
Freiburg	15	bw
Garmisch	18	he
Greifswald	18	wl
Hamburg	14	wl
Hannover	16	wl
Kahler Asten	15	he
Kassel	15	wl
Kempten	17	he
Kiel	14	wl
Koblenz	17	he
Köln-Bonn	17	he
Konstanz	15	he
Leipzig	16	he
List/Sylt	11	wl
Lübeck	15	wl
Mannheim	16	he
München	16	he
Münster	18	he
Norderney	14	he
Nürnberg	17	wl
Oberstdorf	19	he
Passau	20	he
Saarbrücken	10	Ne
Stuttgart	17	he
Trier	12	he
Zugspitze	7	he

Ausland:		
Algier	27	bw
Amsterdam	16	he
Athen	20	he
Barcelona	24	bw
Belgrad	19	he
Bordeaux	22	he
Bozen	17	he
Brüssel	18	he
Budapest	18	he
Bukarest	16	he
Casablanca	24	bw
Dublin	13	bd
Dubrovnik	22	wl
Edinburgh	14	he
Faro	21	bw
Florenz	25	wl
Genf	15	bd
Helsinki	14	he
Hongkong	24	he
Innsbruck	18	he
Istanbul	18	bw
Kairo	27	he
Klagenfurt	16	he
Konstanza	12	he
Kopenhagen	12	he
Korfu	26	he
Las Palmas	23	bw
Leningrad	10	he
Lissabon	20	bw
Locarno	17	he
London	14	bd
Los Angeles	18	bw
Luxemburg	15	he
Madrid	28	bw
Mailand	20	wl
Malaga	23	he
Mallorca	25	he
Moskau	7	he
Neapel	25	wl
New York	13	bw
Nizza	22	bw
Oslo	11	bd
Ostende	16	he
Palermo	25	wl
Paris	18	he
Peking	19	bw
Prag	18	he
Rhodos	24	he
Rom	22	he
Salzburg	17	he
Singapur	23	bw
Split	23	he
Stockholm	12	he
Straßburg	16	he
Tel Aviv	26	bw
Tokio	22	bw
Tunis	28	he
Valencia	23	he
Varna	15	he
Venedig	21	he
Warschau	15	wl
Wien	16	he
Zürich	17	he

bd = bedeckt, bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen, wl = wolkenlos; – = keine Angabe

„Mummenschanz" oder Heimatliebe?

E. N. Bonn

Weil immer mehr Frauen und Männer in der Bundesrepublik Deutschland Trachten tragen und Volkskundler deswegen schon von „Mummenschanz" sprechen, haben die in wenigen Jahren auf 250 000 Mitglieder angewachsenen Trachtenverbände den „Deutschen Heimatbund" in Bonn um Koordinierung und Hilfestellung gebeten. „Wir wissen nicht, woher der Boom kommt", erklärt der Präsident des Bundes, Hans Tiedeken.

Während die Volkskunde auf „Wahrhaftigkeit und Nachweisbarkeit" der regionalen Tracht besteht und, wie der Heimatbund feststellt, „keinen Reißverschluß statt historischer Haken und Ösen gelten lassen will", sehen die Trachtler-Dachverbände ihre Aktivität als „Erscheinung regionaler Kultur" und als Zeichen von Heimatverbundenheit. Der Heimatbund will jetzt einen „Arbeitskreis Trachten" einrichten und sich bei der „rechten Trachtenpflege gegen Vermarktung und Merkantilismus wenden".

Armenviertel San Salvadors sind besonders betroffen

Nach dem Beben nur zwei Krankenhäuser funktionsfähig

RAFAEL NOBOA, **San Salvador**

Nach dem Erdbeben in der salvadorianischen Hauptstadt San Salvador am Freitag sind bisher 890 Todesopfer geborgen worden. Wie Staatspräsident José Napoleón Duarte am Sonntag abend bekanntgab, sind noch zahlreiche Menschen in den Trümmern der zerstörten Häuser begraben. Rund 10 000 Menschen wurden verletzt und 150 000 bis 200 000 obdachlos. Duarte bezifferte den Schaden zugrund einer „persönlichen Schätzung" auf zwei Milliarden Dollar. Dies sei mehr, als der Bürgerkrieg in El Salvador in den letzten sieben Jahren gekostet habe.

Die internationalen Hilfstrupps konnten am Sonntag noch 15 Überlebende aus den Trümmern des fünfstöckigen Geschäftszentrums Ruben Dario bergen. Einem sechsjährigen Mädchen gelang es, sich 48 Stunden nach dem Beben selber zu befreien. Spürhunde entdeckten weitere verschüttete Überlebende.

Die Lage in San Salvador hat sich am Sonntag durch Regenfälle noch verschärft. Es kam zu mehreren Nachbeben. Nach Angaben humanitärer Organisationen, die mit der katholischen Kirche zusammenarbeiten, sind besonders die Armenviertel von den Folgen des Erdbebens betroffen. Überall mangelt es an Decken, Trinkwasser, Nahrung und Medikamenten. Inzwischen wurden erste Fälle von Darminfektionen gemeldet.

Die ärztliche Betreuung der Verletzten erfolgt unter schwierigen Bedingungen. Es fehlen vor allem starke Antibiotika und Tetanus-Impfstoff. Nur zwei Krankenhäuser funktionieren nach dem Erdbeben noch, das Rosales-Krankenhaus und das Militärkrankenhaus, wo jedoch nur einige wenige Verletzte Aufnahme fanden. Sie liegen in den Korridoren auf dem Fußboden. In ganz San Salvador war am Sonntag kein Operationssaal mehr einsatzbereit. (AFP)

Die Warnung des Vulkanologen

SAD, Paris

Noch vor dem Jahr 2000 wird Frankreich ein gewaltiges Erdbeben erleben, das aufgrund der dichten Besiedlung im Lande mindestens vierzehnmal so verheerend sein wird wie das Beben vom Wochenende in El Salvador. Das behauptet der französische Vulkanforscher Laurent Tazieff. Als Beweis für seine These führt der Wissenschaftler die „Erdbeben-Geschichte" seines Landes an: Rund viermal pro Jahrhundert würde in Frankreich die Erde zittern. Das letzte schwere Beben sei im Jahr 1909 bei Aix-en-Provence registriert worden. Die schlimmste Erdbeben-Katastrophe ereignete sich nach Tazieff im Jahr 1356 in der Gegend um Basel. Im Umkreis von 30 Kilometern sei alles zerstört worden.

Um die Folgen des „unausweichlichen" Erdbebens so gering wie möglich zu halten, verlangt Tazieff schnelle Regierungsmaßnahmen. „Vor allem Schulen, Krankenhäuser und Telefonzentralen sollten sofort auf ihre Erdbebensicherheit überprüft und eventuell verbessert werden."

Ein Leitfaden gibt Nachhilfe für den wahren Snob

SIEGFRIED HELM, **London**

Die Säkularisierung der Snobs hat solche Ausmaße angenommen, daß die wahren Snobs unter Zugzwang geraten sind. Da überrascht es nicht, daß im Ursprungsland des Snobs jetzt der Supersnob geboren wurde. In England kam soeben ein Leitfaden für ihn heraus, denn der Snob ist bekanntlich kein Individualist, sondern ein Herdentier, das nur unter seinesgleichen das Gefühl genießen kann, so ganz anders als die andern zu sein.

Weil England den Snob schon lange nicht mehr in Alleinpacht besitzt und die Qualifikation für snobistisches Savoir-vivre von Snobs zwar nicht beim Namen genannt, aber nun einmal Mammon heißt, zielten die Herausgeber der Supersnob-Bibel konsequent auf eine internationale Leserschaft in der zweifellos richtigen Einschätzung, daß angehende Supersnobs auch andernorts für Nachhilfe zu haben sind. Kein Geringerer als der Queen-Vetter Lord Lichfield firmiert als Herausgeber der Snob-Bibel, die unter dem Titel „Courvoisier's Book of the Best" in London herauskam. Die Fakten trug die Schriftstellerin Sue Carpenter zusammen. „Letzte Instanz für Auswahl und Bewertung aber war der Earl of Lichfield", versichert der Verlag Ebury Press. Leute, deren snobistische Ambitionen ihre Erfüllung fanden, wenn sie in einem Haus mit Swimming- und Whirlpool plus Tennisplatz wohnten, müssen umdenken und anbauen. Denn wer heute als Snob „in" sein will, wohnt in einer Villa mit zwei Swimmingpools und Whirlpool in jedem Badezimmer.

Ein versierter Kenner

Lord Lichfield will die Unterstellung, er sei dank seiner königlichen Verwandtschaft über Snobs bestens im Bilde, gar nicht erst aufkommen lassen: „Als Fotograf, der im Jahr 400 000 Kilometer reist, 150 Nächte in Hotels verbringt und praktisch jeden Tag in Restaurants speist, habe ich ständig Gelegenheit, mir ein Urteil über das Niveau zu bilden." Da eine Bibel für Supersnobs aus kleinbürgerlicher Perspektive undenkbar wäre, wurden 200 prominente Persönlichkeiten nach den Jagdgründen der Snobs befragt, darunter so versierte Kenner der Szene wie Joan Collins' über Snobs schreibende Schwester, die Bestseller-Autorin Jackie Collins, und andere Insider dessen, was in der Sprache der Snobs „High Life" heißt.

Der Supersnob steigt nur in bestimmten Hotels ab, am besten gleich in den drei besten der Welt, dem Mandarin in Hongkong, dem Oriental in Bangkok, dem Connaught Hotel in London (Europas bestem). In Deutschland „muß" er einfach in Berlin im Kempinski, in München im Vierjahreszeiten, in Baden-Baden in Brenner's Parkhotel absteigen.

Auf dem Gebiet des Sports ist der deutsche Treffpunkt der Snobs eindeutig der Kieler Jachtklub. Nur bei den Supersnobs hat sich herumgesprochen, welchen Champagner „man" trinkt: Roederer Christal. Und wer erst vom Snob zum Supersnob aufsteigen will, der sei bestens beraten, wenn er sich bei Rotwein an Chateau Petrus hält, einen Pomerol, zu 800 Mark die Flasche.

Das Mittel gegen Kater

Wenn Margaret Thatcher als Snob bezeichnet wurde, weil sie sich für 1,4 Millionen Mark eine Villa zulegte, dann von politischen Plebejern, die keinen blassen Schimmer von echtem Snobismus haben: Im Südlondoner Stadtteil Dulwich gibt es nämlich überhaupt keine Snobs. Die bevorzugen Belgravia, oder, als Landsitz, die Grafschaft Gloucestershire, wo man Nachbar von Prinzessin Anne und Prinz Charles sein kann.

Supersnobs schwören im übrigen auf das Rezept des kalifornischen Meisterkochs Jeremiah Tower gegen den Kater: „Man nehme einen warmen Krabbencocktail mit Knoblauch und scharfem Paprika zu sich und meide eine Weile alle lauten Geräusche." (SAD)

ZU GUTER LETZT

Ein Ehepaar aus Birmingham, bei dem schon mehrmals eingebrochen worden war, deponierte vor Urlaubsbeginn vier Pfund auf dem Wohnzimmertisch und schrieb dazu: „Dies ist das einzig Wertvolle im Haus, der Rest ist bereits gestohlen worden." Es wurde tatsächlich wieder eingebrochen. Die Gauner zeigten sich aber als Gentlemen. Sie ließen das Geld unangetastet und schrieben auf einen Zettel: „Bitte behaltet das Geld für das eingeschlagene Fenster. Es tut uns leid!"